

ISSN 0343-690X

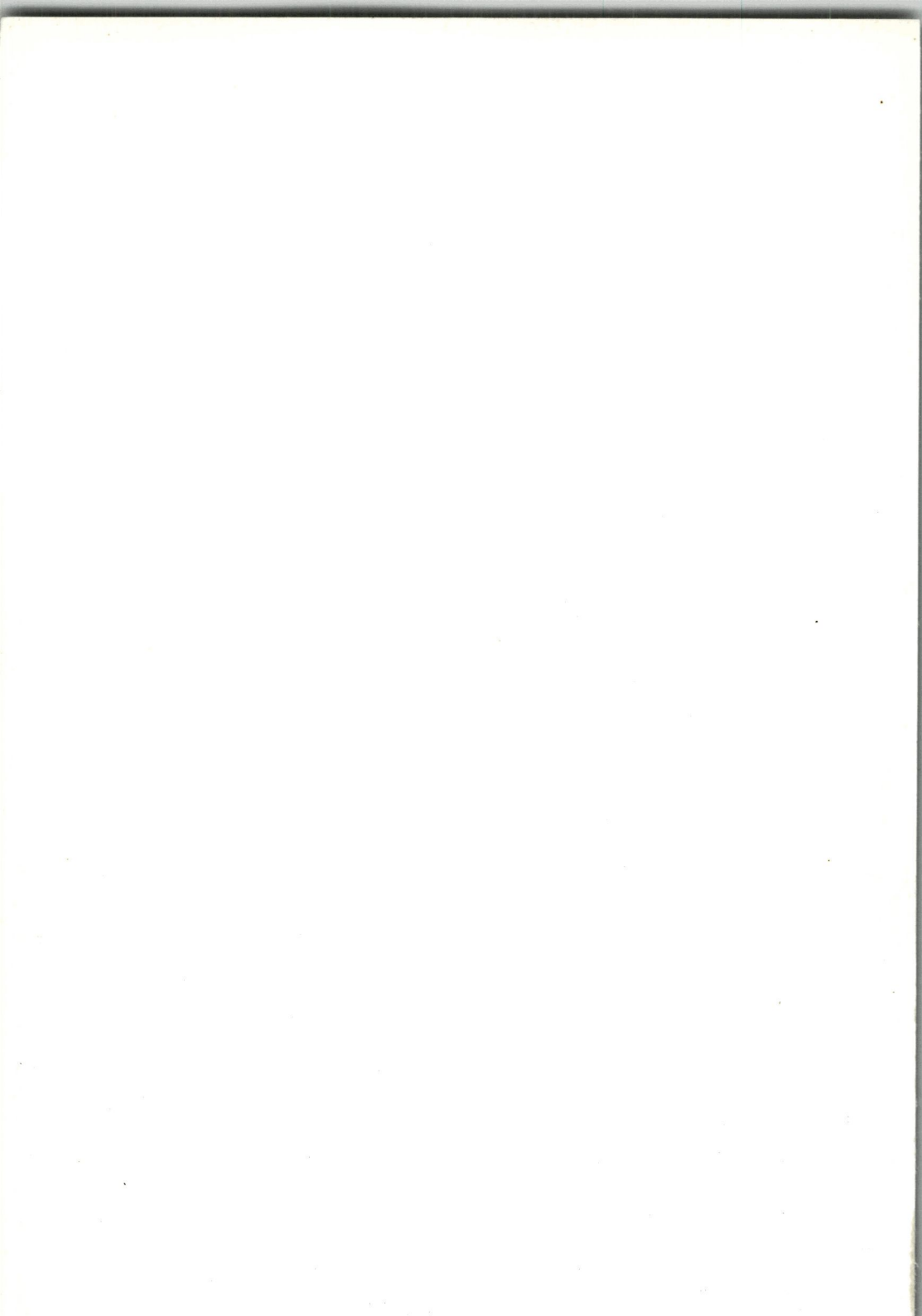
**Linksextremistische
Bestrebungen**

**Rechtsextremistische
Bestrebungen**

**Sicherheitsgefährdende und
extremistische Bestrebungen
von Ausländern**

Spionageabwehr

**Verfassungs-
schutzbericht
1983**



Verfassungsschutzbericht 1983

Linksextremistische Gruppen riefen zum „Widerstand“ gegen die Nachrüstung auf. Der Stimmenanteil linksextremistischer Parteien bei Wahlen lag wiederum weit unter einem Prozent. Dagegen erreichten linksextremistische Gruppen in den Studentenparlamenten trotz eines leichten Rückgangs ihrer Sitze einen Anteil von knapp einem Drittel.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) mit ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Vereinigungen blieb die stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Kraft. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Organisationen ist – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – mit 106 500 (Vorjahr: 106 100) nur wenig angestiegen. Der politische Einfluß der DKP war weiterhin erheblich größer, als Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse ausweisen. Die DKP wurde von der SED angeleitet und weitgehend finanziert sowie von anderen „Bruderparteien“ politisch unterstützt. Entsprechend den Weisungen von SED und KPdSU konzentrierte sich die DKP mit ihrem Umfeld auf den Kampf gegen die NATO-Nachrüstung und übte dabei einen Einfluß aus, der erheblich über ihren zahlenmäßigen Anteil hinausging. Die „Bündnisfähigkeit“ der DKP verbreiterte sich: In der Protestbewegung wurde sie von den demokratischen Kräften als Partner anerkannt. Innerhalb der „Neuen Linken“, d. h. derjenigen Linksextremisten, die nicht dem prosowjetischen, orthodoxen Kommunismus zuzurechnen sind, verlief die Entwicklung wiederum unterschiedlich. Die meisten Gruppen der dogmatischen, d. h. marxistisch-leninistischen und trotzkistischen „Neuen Linken“ verloren weiter an politischer Bedeutung; ihre Anhänger versuchten häufig durch Mitarbeit in der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung und bei Gruppierungen wie „Grünen“ oder „Alternativen“ Einfluß zu gewinnen.

Mehr Erfolg hatten die autonomen, anarchistischen und sonstigen Kräfte der undogmatischen „Neuen Linken“. Von ihnen kamen die Anstöße zu den Aktionen für einen „Volkszählungsboykott“ und zu einer „antitechnokratischen“ Kampagne. Beim Kampf gegen die NATO-Nachrüstung gelang es ihnen, weite Teile der Protestbewegung zu dezentralen „Widerstandsaktionen“ zu bewegen. Militante „Autonome“ propagierten „Sabotage auf allen Ebenen“ und bedienten sich auch terroristischer Handlungsformen. Sie verübten zahlreiche Brandanschläge.

Etwa vier Fünftel der linksextremistischen Terrorakte verübten Täter aus einem terroristisch motivierten Teilbereich der „militanten Autonomen“. Hier zeigen sich weiterhin Übergänge von der „Militanz“ zum Terrorismus.

Die „Revolutionären Zellen“ haben wegen interner Auseinandersetzungen über die politische Linie nur wenige Anschläge ausgeführt, die sich gegen die NATO-Nachrüstung richteten. Andere gewaltorientierte Gruppen warfen ihnen vor, sich zu einer „revolutionären Avantgarde“ zu entwickeln. Ihre Versuche scheiterten, Massenbewegungen zu radikalisieren.

Die untergetauchten Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) blieben inaktiv. Allerdings ist ihre Täterschaft bei dem Banküberfall in Würzburg am 26. März 1984 wahrscheinlich. Ursache für die Inaktivität der RAF 1983 dürften ihre personellen Einbußen und der weitgehende Verlust ihrer materiellen Basis im Vorjahr gewesen sein. Dagegen verübten Täter aus dem Umfeld der RAF auch 1983 einige Terroranschläge nach dem Muster der „Revolutionären Zellen“; außerdem warben sie für die „antiimperialistischen“ Vorstellungen der RAF, fanden aber nur begrenzte Resonanz.

2. Rechtsextremisten strebten aus ihrer rassistisch und nationalistisch motivierten Einstellung heraus auch 1983 ein Staatssystem an, das mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist und totalitäre sowie völkisch-kollektivistische Strukturen, bei den Neonazis auch unverkennbare Elemente der NS-Diktatur, aufweist. Um ihre Ziele zu erreichen, bekämpften Rechtsextremisten die demokratische Regierungsform, versuchten die breite Zustimmung der Bürger zu dieser Regierungsform zu erschüttern und verleumdete demokratische Personen und Einrichtungen.

78 Gewalttaten – acht mehr als im Vorjahr –, davon elf Terrorakte, sowie zahlreiche Gewaltandrohungen und umfangreiche Sicherstellungen von Waffen und Munition belegten auch 1983 die anhaltende Bereitschaft deutscher Rechtsextremisten zur Gewaltanwendung. Nach auf dem geheimen Meldeweg gewonnenen Informationen erörtern fanatische Neonazis weitere terroristische Straftaten, wobei ihre Verbindungen zu militanten Gesinnungsgenossen im westlichen Ausland nach wie vor eine bedeutende Rolle spielen.

Ende 1983 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 68 erkannte rechtsextremistische Organisationen mit rund 20 300 Mitgliedern. Während somit die Zahl der Organisationen – im Vorjahr 74 – zurückgegangen ist, stieg die Zahl ihrer Mitglieder – im Vorjahr 19 000 – an. Letzteres ist vor allem auf die Werbeaktionen Dr. Freys für seine „national-freiheitlichen“ Aktionsgemeinschaften zurückzuführen, deren Mitglieder gleichzeitig der „Deutschen Volksunion“ (DVU) angehören. Die DVU konnte dadurch ihre Stellung als mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation mit über 11 000 Mitgliedern – Dr. Frey spricht von 14 500 – gegenüber der Vorjahreszahl von 10 000 weiter ausbauen. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) konnte erstmals seit 1970 eine geringe Zunahme der Mitgliederzahl verzeichnen. Sie hatte Ende 1983 6000 Mitglieder gegenüber 5900 Ende 1982. Die schlechte finanzielle und organisatorische Lage der NPD hat sich jedoch nicht gebessert.

Auch 1983 stand die Ausländerproblematik im Mittelpunkt der Agitation rechtsextremistischer Gruppierungen. Militanten Neonazis und „Jungen Nationaldemokraten“ gelang es, ausländerfeindlich eingestellte Gruppen wie Skinheads, militante Fußballfans und Rocker in ihre Aktionen gegen Ausländer einzubeziehen.

Die Gesamtzahl der erkannten Neonazis ist 1983 von 1300 auf 1400 leicht angestiegen. Mit dem Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) einschließlich ihrer Teilorganisationen hat der Bundesminister des Innern Ende 1983 die bedeutendste neonazistische Gruppierung getroffen.

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen ging gegenüber 1982 von 89 auf 82 zurück; ihre Auflagenhöhe verringerte sich von 324 000 auf 311 000. Die Gesamtzahl der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund – einschließlich rechtsterroristischer Taten – ging von 2492 im Jahre 1982 auf 2180 im Jahre 1983 zurück. Dies beruht insbesondere auf einem Rückgang der Schmier- und Klebeaktionen, aber auch der Gewaltandrohungen, die von 251 im Jahre 1982 auf 202 im Jahre 1983 zurückgingen. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Terrorakte nahm im gleichen Zeitraum von 17 auf 11 ab. 82 Prozent der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund hatten 1983 neonazistischen Charakter, im Vorjahr waren es 64 Prozent.

3. Die Gesamtmitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer ging auf ca. 114 000 (1982: ca. 122 000) zurück. Auf orthodox-kommunistische Gruppen entfielen 58 300 (1982: 65 100), auf die „Neue Linke“ 23 300 (1982: 24 200) und auf rechtsextremistische beziehungsweise nationalistische Vereinigungen 32 700 (1982: 32 800). Gruppen ausländischer Extremisten gefährdeten wie im Vorjahr durch ihre Aktivitäten auf deutschem Boden die Sicherheit oder beeinträchtigten wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Palästinenser verübten 1983 keine Gewaltaktionen in der Bundesrepublik Deutschland. Anschläge gegen Gefolgsleute Arafats in den europäischen Nachbarländern bestätigen aber die Gewaltbereitschaft der Kräfte, die die Linie des PLO-Vorsitzenden Arafat und seiner Anhänger beenden wollen.

Von gewaltorientierten Gruppen der türkischen „Neuen Linken“ gehen weiterhin Sicherheitsrisiken aus, wie ein Bombenanschlag und andere Ausschreitungen deutlich machten. Die Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und ihren politischen Gegnern nahmen weiter ab, sie gingen fast ausschließlich von Anhängern der türkischen „Neuen Linken“ aus. Extrem nationalistische Türken hielten sich weiter mit öffentlichen Aktivitäten zurück.

Armenische Terroristen, deren Unterstützerguppen sich ansatzweise jetzt auch im Bundesgebiet bilden, verübten vermutlich einen Bombenanschlag in Berlin (West). Obwohl es keine Anhaltspunkte für eine Beteiligung im Bundesgebiet lebender Armenier an dem Anschlag gibt, besteht die Gefahr weiterer Gewaltakte.

Iranische Extremisten verhielten sich im Vergleich zum Vorjahr verhältnismäßig inaktiv; zu Ausschreitungen kam es nur noch vereinzelt. Sie gingen von Gegnern der iranischen Regierung aus.

Es bestehen Anhaltspunkte, daß auch 1983 terroristische Operationen von ausländischen staatlichen Stellen gesteuert wurden, deren Ziel es war, damit Gegner des jeweiligen Regimes außerhalb der Heimatländer auszuschalten.

Mit der Ermordung von zwei kroatischen Extremisten und einem Mordversuch an einem weiteren setzte sich die Serie der Mordanschläge gegen Exiljugoslawen fort. Trotz ihres fortschreitenden Niederganges gehen auch von den großen kroatischen Exilorganisationen nach wie vor Gefahren für die Sicherheit aus.

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer ging 1983 auf insgesamt 9 (1982:36) stark zurück. Die Zahl der versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffvergehen reduzierte sich auf 2 (1982:23). Es gab 5 (1982:4) versuchte bzw. vollendete Tötungsdelikte.

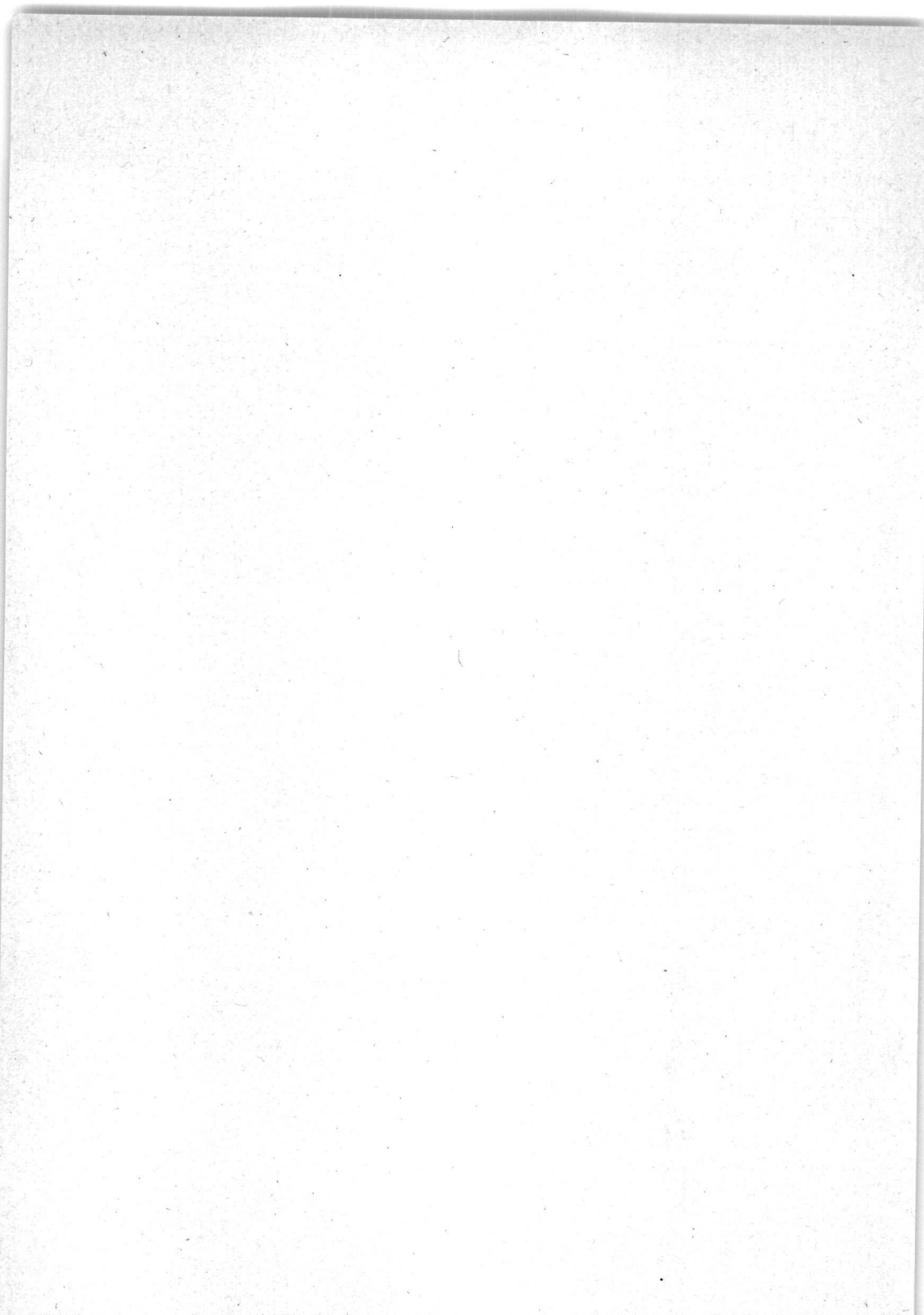
4. Wie in den Vorjahren war die Bundesrepublik Deutschland auch im Jahre 1983 aufgrund ihrer exponierten politischen, geographischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage intensiven Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste kommunistisch regierter Staaten ausgesetzt. Schwerpunkte dieser Aktivitäten waren die politische und militärische sowie zunehmend die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionage waren wie in der Vergangenheit wiederum die Nachrichtendienste der DDR.

Auch im Jahre 1983 operierten die gegnerischen Dienste aus den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen ihrer Staaten sowie der „gemischten Firmen“ in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). Im Jahre 1983 wurden 31 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit festgenommen.

Es ergingen 29 Haftbefehle. In 28 Fällen bestätigte sich im Verlauf der weiteren Ermittlungen der Anfangsverdacht. Im gleichen Zeitraum sind 26 Personen rechtskräftig wegen Landesverrats und Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93–101 a StGB) verurteilt worden. In 20 Fällen konnten Nachrichtendienste der DDR als Auftraggeber ermittelt werden, 5 Personen wurden von einem sowjetischen Nachrichtendienst geführt, in einem Falle war ein ungarischer Dienst beteiligt. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1984 sind bereits Festnahmen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit erfolgt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 1983 die Herausforderung des Extremismus und Terrorismus erfolgreich bestanden. Den Extremisten von links und rechts gelang es nicht, ihre Agitationsbasis zu verbreitern. Verbrecherische Terroranschläge schlugen auf ihre Urheber zurück. Unsere Demokratie erweist sich als stabil; sie ist fest im Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Bundesbürger verankert. Dies ist auch ein Verdienst der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Ihre Arbeit zum Schutze des Bürgers verdient Dank und Anerkennung.

Dr. Friedrich Zimmermann
Bundesminister der Innern.



Inhaltsverzeichnis

Linksextremistische Bestrebungen 1983

I. Allgemeine Erfahrungen	17
1. Orthodoxe Kommunisten	17
2. „Neue Linke“	17
3. Terrorismus	18
II. Übersicht in Zahlen	19
1. Organisationen und Mitgliederstand	19
2. Verlage und Vertriebsdienste	19
3. Periodische Publikationen	21
4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst	21
5. Linksextremisten in Studentenvertretungen	24
5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft	24
5.1.1 Studentenparlamente (SP)	24
5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASTen)	25
5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft	27
6. Soziologische Daten	27
6.1 Analyse der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig Verurteilten	27
6.2 Analyse der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund ermittelten mutmaßlichen Täter	28
III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation	29
1. Verfassungspolitik	29
2. Außen- und Verteidigungspolitik	30
3. Innen- und Sicherheitspolitik	30
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik	30
5. „Internationalismus“	32
IV. Orthodoxe Kommunisten	33
1. Politische und organisatorische Entwicklung	33
1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	33
1.1.1 Ideologisch-politischer Standort	33
1.1.2 Parteitag	35
1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung	35
1.1.4 Schulung	36
1.1.5 Finanzierung	36
1.1.6 Parteipresse	37
1.1.7 Internationale Beziehungen	37
1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) einschließlich Hilfsorganisationen	40
1.3 Nebenorganisationen der DKP	40
1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	41
1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	42
1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)	42
1.4 DKP-beeinflußte Organisationen	43

1.4.1	„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	43
1.4.2	„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	44
1.4.3	„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)	45
1.4.4	„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V.“ (DFG – VK)	45
1.4.5	„Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)	46
1.4.6	„Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ)	48
1.4.7	Sonstige orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen	48
2.	Bündnispolitik	48
2.1	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	51
2.2	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften	52
2.3	Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung	53
2.4	Kampagne gegen Arbeitslosigkeit	57
2.5	„Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“	58
2.6	„Antiimperialistische Solidarität“	59
2.7	Kampagne gegen „Berufsverbote“	59
3.	Betriebsarbeit	59
4.	Jugend-, Kinder- und Studentearbeit	62
4.1	Jugend	62
4.2	Kinder	65
4.3	Studenten	68
5.	Ideologischer Kampf	68
5.1	„Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF)	69
5.2	„Marx-Engels-Stiftung e. V.“	69
5.3	„Marxistische Arbeiterbildung“	70
5.4	Verlage und Druckereien	70
5.5	„Kulturarbeit“	72
6.	Teilnahme an Wahlen	73
6.1	Bündnisbestrebungen	73
6.2	Bundestagswahl	73
6.3	Landtagswahlen	76
6.4	Kommunalwahlen	76
6.5	Mandate in Kommunalvertretungen	76
	V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland	76
1.	Anleitung und Unterstützung der DKP	78
2.	„Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen	78
3.	Reisen in die DDR und DDR-„Reisekader“	80
	VI. „Neue Linke“	81
1.	Politischer Standort und Entwicklung	81
2.	Organisationen und Gruppierungen	82
2.1	Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde (K-Gruppen)	82
2.1.1	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	83
2.1.2	„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD)	84
2.1.3	„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	86

2.1.4	„Kommunistischer Bund“ (KB)	86
2.1.5	„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)	87
2.2	Trotzkistische Gruppen	87
2.2.1	„Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM)	87
2.2.2	„Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)	87
2.2.3	Sonstige trotzkistische Gruppen	87
2.3	Revolutionär-marxistische Gruppen	88
2.3.1	„Marxistische Gruppe“ (MG)	88
2.3.2	„Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	88
2.3.3	„Sozialistisches Büro“ (SB)	89
2.4	Anarchisten	89
2.4.1	Anarcho-syndikalistische Gruppen	89
2.4.2	Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“	90
2.5	„Autonome“	90
3.	Aktionsfelder	92
3.1	„Antimilitarismus“ und „Friedensarbeit“	92
3.1.1	Aktionen gegen Bundeswehr und Stationierungsstreitkräfte	92
3.1.2	„Anti-Raketen-Bewegung“	94
3.1.3	„Anti-Kriegs-Bewegung“	95
3.1.4	Kampagne gegen Munitionstransporte	95
3.2	„Anti-technokratischer Widerstand“	97
3.3	„Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“	99
3.4	Tätigkeit an Hochschulen	99
VII.	Verbindungen zum ausländischen Linksextremismus	100
1.	Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld	100
1.1	Kern- und Nebenorganisationen	100
1.2	Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen	101
2.	„Neue Linke“	102
VIII.	Deutscher linksextremistischer Terrorismus	103
1.	Entwicklung der Terroraktionen	103
2.	Terrorgruppen	104
2.1	„Revolutionäre Zellen“ (RZ)	104
2.2	„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	105
3.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	106
4.	RAF-Umfeld	107
5.	Internationale Verflechtungen	108
IX.	Gesetzesverletzungen deutscher Linksextremisten und staatliche Maßnahmen	108
1.	Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	108
2.	Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten	110
2.1	Verurteilungen (Überblick)	110
2.2	Einzelne Verurteilungen	110
2.3	Anklagen	110
	Abbildungen	
	Agitation der DKP	31
	DKP-Zentralorgan	38
	Orthodox-kommunistische Pressedienste	39

Schriften DKP-beeinflußter Organisationen	47
Neue kommunistische Bündniszeitung	50
DKP in Aktion	55
DKP-Betriebszeitungen	60
Linksextremistische und beeinflusste Soldatenzeitungen	63
SDAJ-Betriebszeitungen	64
Orthodox-kommunistische Kinderferienaktion	66
Linksextremistische Studentenzeitungen	67
Orthodox-kommunistische Kulturarbeit	71
Wahlergebnisse der DKP	74
Mandate der DKP in Kommunalparlamenten	75
„Patenbezirke“ der SED in der Bundesrepublik Deutschland	77
Orthodox-kommunistische Kulturarbeit	79
„Friedenskampf“ der „Neuen Linken“	85
Militante Aktionen	93
Schmieraktionen der „Neuen Linken“	96
Aufrufe zu Sabotage und „Widerstand“	98

Rechtsextremistische Bestrebungen 1983

I. Allgemeine Erfahrungen	111
II. Übersicht in Zahlen	113
1. Organisationen und Mitgliederstand	113
2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	113
3. Periodische Publikationen	114
4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	114
5. Soziologische Daten	117
5.1 Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der seit 1977 wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hinter- grund rechtskräftig verurteilten Personen	117
5.2 Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der für 1983 wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hinter- grund ermittelten mutmaßlichen Täter	117
5.3 Analyse der militanten Rechtsextremisten	119
III. Schwerpunkte rechtsextremistischer Agitation	119
1. Verfassungspolitik	119
2. Außen- und Verteidigungspolitik	120
3. Innen- und Sicherheitspolitik	121
4. Ausländerpolitik	121
IV. Neonazismus	122
1. Zielsetzung	122
2. Zahl der Neonazis	122
3. Militante Neonazis	122
4. Neonazistische Gruppen	123
4.1 „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA)	123
4.2 „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfrem- dung und Umwelt-Zerstörung“ (AAR)	126
4.3 Neonazikreis um Curt MÜLLER	127

4.4	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	127
4.5	„NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	128
4.6	„Nationalistische Front“ (NF)	128
4.7	„Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)	128
4.8	„Deutsche Bürgerinitiative e. V.“ (DBI)	130
4.9	„Deutsche Arbeiter Jugend“ (DAJ)	130
4.10	„Wehrsportgruppe Wolfspack, Sturm 12“	130
4.11	„Wehrsportgruppe Totila“, Bad Ems	130
V.	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NDP)	131
1.	Wahlen	131
1.1	Bundestagswahl	131
1.2	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz	131
1.3	Europa-Wahl 1984	131
2.	Parteiorganisation	133
3.	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	134
4.	„Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)	134
5.	Agitation	134
VI.	„National-freiheitliche“ Rechte	137
1.	„Deutsche Volksunion“ (DVU)	137
2.	Verlage	139
3.	Agitation der „National-Freiheitlichen“	139
VII.	Sonstige rechtsextremistische Gruppen	141
1.	Jugendgruppen	141
1.1	Überblick	141
1.2	Rechtsextremistische Einflußnahme auf jugendliche Subkulturgruppen	141
1.3	„Wiking-Jugend“ (WJ)	142
1.4	„Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)	143
2.	Kulturgruppen	143
2.1	„Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)	143
2.2	„Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)	143
2.3	„Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)“ (BfG)	143
3.	„Freundeskreis Ulrich von Hutten“	143
4.	„Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)	144
5.	„Deutscher Rechtsschutzkreis e. V./Deutsche Rechtsschutzkasse“ (DRsK)	144
VIII.	Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste	144
1.	Zeitungs- und Schriftenverlage	144
1.1	„Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)	144
1.2	„Nation Europa“ (NE)	144
1.3	„MUT“	145
1.4	„Deutsche Monatshefte“ (DM)	145
1.5	„Mensch und Maß“	145
2.	Buchverlage und Vertriebsdienste	145
3.	Indizierungen	145
IX.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	146
1.	Internationaler Neonazismus	146

2.	Frankreich	146
3.	Belgien	148
4.	Österreich	148
5.	Schweiz	150
6.	Großbritannien	150
7.	Spanien	150
8.	Nordamerika	150
	X. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund (ohne Rechtsterrorismus)	151
1.	Überblick	151
2.	Gewaltaktionen	152
3.	Gewaltandrohungen	152
4.	Sonstige Gesetzesverletzungen	154
5.	Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen	154
6.	Täter	154
	XI. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen (einschließlich Rechtsterrorismus)	154
1.	Verurteilungen	154
2.	Anklagen	155
3.	Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen	155
4.	Vereinsverbote	155
5.	Veranstaltungsverbote	155
	XII. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus 1983	156
1.	Allgemeine Feststellungen	156
2.	Terroristische Gruppen	156
3.	Internationale Verflechtungen	158
4.	Verurteilungen	159
	Abbildungen	
	Entwicklung der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen von 1974 bis 1983	115
	Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1974 bis 1983	115
	Analyse der Täter bei rechtsextremistischen Gesetzesverletzungen	118
	Sicherstellungen anlässlich des Verbots der ANS/NA	124
	Auftreten der ANS/NA	125
	Neonazistische Agitation	129
	NPD zur „Europawahl“	132
	Parolen der „Nationaldemokraten“	136
	Die „Deutsche Volkunion“ und ihre Aktionsgemeinschaften	138
	Schlagzeilen der „Deutschen Nationalzeitung“ und des „Deutschen Anzeigers“	140
	Neonazistische Publikationen aus dem Ausland	147
	Neonazistische Agitation aus dem Ausland	150
	Neonazistische Schmieraktionen	153
	Anschlag auf US-Soldat in Butzbach	157
	Sichergestellte Gegenstände im Fall Hepp/Kexel	157

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1983

I. Allgemeine Erfahrungen	161
II. Übersicht in Zahlen	163
1. Überblick	163
2. Organisationen	166
3. Mitglieder	166
4. Publizistik	169
5. Gewaltaktionen	171
III. Mitgliederentwicklung, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen	173
1. Araber	173
1.1 Mitgliederentwicklung	173
1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	173
1.3 Gewaltaktionen	174
1.3.1 Palästinenser	174
1.3.2 Libyer	174
2. Türken	174
2.1 „Neue Linke“	174
2.1.1 Mitgliederentwicklung	174
2.1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	174
2.1.3 Gruppen besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung	175
2.2 Orthodoxe Kommunisten	176
2.2.1 Mitgliederentwicklung	176
2.2.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	177
2.2.3 Aktionsbündnisse türkischer Linksextremisten	178
2.3 Extreme Nationalisten und islamische Extremisten	178
2.3.1 Mitgliederentwicklung	178
2.3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	179
2.4 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken	179
3. Armenier	180
3.1 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	180
3.2 Gewaltaktionen	181
4. Iraner	181
4.1 Mitgliederentwicklung	181
4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	182
4.3 Anhänger der iranischen Regierung	182
4.4 TUDEH-Partei	182
4.5 Gegner der iranischen Regierung	182
4.5.1 „Neue Linke“	182
4.5.2 Monarchisten/Nationalisten	183
5. Jugoslawen	183
5.1 Mitgliederentwicklung	183
5.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	183
5.3 Mordanschläge auf Exilkroaten	184

Abbildungen

Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1979 bis 1983	162
Vergleich der Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beein- flußter Organisationen, unterteilt nach Nationalität und ihrem poli- tisch ideologischen Standort 1983	165
Mitgliederentwicklung bei den ausländischen Extremisten-Gruppen 1979 bis 1983	167
Übersicht über die ausländische Wohnbevölkerung, deren Perso- nenanteil über 16 Jahre, sowie die Führungsstellen extremistischer und extremistisch beeinflußter Organisationen im Jahr 1983 im Bun- desgebiet	170

Spionageabwehr 1983

I. Allgemeine Erfahrungen	185
1. Überblick	185
2. Operative Reiskader im Führungs- und Verbindungswesen	187
3. Nachrichtendienstliche Nutzung von Detekteien und Auskunfteien	189
4. Aktive Maßnahmen	190
II. Legale Residenturen	193
1. Überblick	193
2. UdSSR	194
3. Polen	195
4. CSSR	195
5. Rumänien	195
III. Die DDR-Nachrichtendienste	196
1. Lückenlose Grenzkontrolle: DDR-Reisende im Computer des MfS	196
2. Nachrichtendienstliches Interesse an Unternehmensberatern	198
3. Mißbrauch privater Ost-West-Beziehungen für Spionagezwecke	200
IV. Sowjetische Militär- und Wirtschaftsspionage	201
1. Das sowjetische System der Beschaffung militärisch nutzbarer Informationen aus den westlichen Industrieländern	201
2. Der Sowjetische Nachrichtendienst GRU – Moskaus Spezialisten für militärstrategische und rüstungstechnische Aufklärung	205
V. Verbringungsmethoden beim illegalen Technologietransfer	207
VI. Festnahmen und Verurteilungen	208
1. Überblick	208
2. Fall BATASCHEW	209
3. Fall M.	210
4. Fall SCH./W.	212
5. Fall M.	214

Linksextremistische Bestrebungen 1983

I. Allgemeine Erfahrungen

Gefüge und Mitgliederstand des organisierten Linksextremismus haben sich seit Ende 1982 kaum verändert. Die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung stand auch 1983 im Zentrum linksextremistischer Aktivitäten. Wiederum gingen Linksextremisten auch gewalttätig vor. Während die Zahl militanter Aktionen – unterhalb der Schwelle zum Terrorismus – zurückging, nahm die Zahl der Terrorakte zu. Wie Bundes- und Landtagswahlen erneut zeigten, können Linksextremisten, wenn sie offen auftreten, keine erhebliche Zahl von Wählern gewinnen.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) mit ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Vereinigungen blieb die stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Kraft. Ihr Einfluß war weiterhin größer als Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse ausweisen. Sie wurde von der SED angeleitet und weitgehend finanziert sowie von anderen „Bruderparteien“ politisch unterstützt. Entsprechend den Weisungen von SED und KPdSU konzentrierte sich die DKP mit ihrem Umfeld auf den „Friedenskampf“ gegen die NATO-Nachrüstung; wegen ihres großen personellen und materiellen Einsatzes übte sie auf die „Friedensbewegung“ einen erheblichen Einfluß aus, der weit über ihren zahlenmäßigen Anteil an der Bewegung hinausging. Die „Bündnisfähigkeit“ der DKP verbreiterte sich: In der Protestbewegung wurde sie von demokratischen Kräften als Partner anerkannt. In den Betrieben ist der kommunistische Einfluß trotz vermehrter Anstrengungen gering geblieben.

2. „Neue Linke“

Innerhalb der „Neuen Linken“, d. h. derjenigen Linksextremisten, die nicht dem prosovjatischen, orthodoxen Kommunismus zuzurechnen sind, verlief die Entwicklung wiederum unterschiedlich.

Die meisten Gruppen der dogmatischen „Neuen Linken“¹⁾ verloren weiter an politischer Bedeutung; ihre Anhänger versuchten häufig, durch Mitarbeit in der „Friedensbewegung“ und bei „Grünen“ und „Alternativen“ Einfluß zu gewinnen.

Mehr Erfolg hatten die anarchistischen und sonstigen Kräfte der undogmatischen

¹⁾ Als dogmatische „Neue Linke“ werden die ideologisch und organisatorisch zumeist festgefühten Gruppen bezeichnet, die die Lehre von Marx in ihrer leninistischen Ausprägung ihrem Erklärungs- und Handlungskonzept sowie ihrer Organisationsstruktur zugrunde legen, zugleich aber die bürokratischen und imperialistischen Elemente des sowjetischen Systems kritisieren.

„Neuen Linken“²⁾. Von ihnen kamen die Anstöße zu den Aktionen für einen „Volkszählungsboykott“ und zu einer „antitechnokratischen“ Kampagne. Beim Kampf gegen die NATO-Nachrüstung gelang es ihnen, weite Teile der Protestbewegung zu dezentralen „Widerstandsaktionen“ zu bewegen und zunehmend Interesse für „direkte gewaltfreie Aktionen“ zu wecken. Militante „Autonome“ suchten erneut die „offene Konfrontation“ mit dem „Schweinesystem“, sie propagierten „Sabotage auf allen Ebenen“ und bedienten sich auch terroristischer Handlungsformen. Es wurden zahlreiche Brandanschläge verübt.

3. Terrorismus³⁾

Die Zahl linksextremistischer Terrorakte⁴⁾ ist erneut gestiegen. Etwa vier Fünftel der Anschläge wurden von Tätern aus einem terroristisch motivierten Teilbereich der „militanten Autonomen“ verübt. Hier zeigen sich weiterhin Übergänge von der „Militanz“ zum Terrorismus.

Die „Revolutionären Zellen“ haben erklärt, wegen interner Auseinandersetzungen über die politische Linie nur wenige Anschläge beim Kampf gegen die NATO-Nachrüstung ausgeführt zu haben. Ihre Versuche, Massenbewegungen zu radikalisieren, scheiterten. Andere gewaltorientierte Gruppen warfen ihnen vor, sich zu einer „revolutionären Avantgarde“ zu entwickeln.

Die untergetauchten Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) blieben inaktiv. Ursache dafür dürften ihre personellen Einbußen und der weitgehende Verlust ihrer materiellen Basis im Vorjahr gewesen sein. Dagegen verübten Personen aus dem Umfeld der RAF auch 1983 einige Terroranschläge nach dem Muster der „Revolutionären Zellen“; außerdem warben sie für die „antiimperialistischen“ Vorstellungen der RAF, fanden aber nur begrenzte Resonanz.

²⁾ Zur undogmatischen „Neuen Linken“ werden diejenigen Gruppen gezählt, die den Marxismus-Leninismus als dogmatisch ablehnen: anarchistische und sonstige sozialrevolutionäre Zusammenschlüsse, aber auch revolutionär-marxistische Gruppen, die den Leninismus kritisieren. Diese Gruppen sind oft nur lose organisiert und in ihren ideologischen Aussagen ungenau oder unvollständig.

³⁾ Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff), oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

⁴⁾ Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Die Mitgliederzahl orthodox-kommunistischer Kern- und Nebenorganisationen blieb gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich; bei den DKP-beeinflußten Vereinigungen ist die seit 1978 beobachtete Aufwärtsentwicklung zum Stillstand gekommen.

Der Mitgliederbestand bei der dogmatischen „Neuen Linken“ (siehe S. 17 Fußnote 1) und den von ihr beeinflussten Gruppen ist in der Summe nur geringfügig zurückgegangen; Verlusten bei den Kernorganisationen stehen mäßige Zuwächse bei den beeinflussten Gruppen gegenüber. Hingegen hat die undogmatische „Neue Linke“ (siehe S. 18 Fußnote 2) in der Zahl ihrer Gruppen sowie im Mitgliederbestand leicht zugenommen.

Die Statistik auf Seite 20 stellt das organisatorische Gefüge des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nur in großen Zügen dar. Die zahlreichen Sekundärorganisationen (Arbeitskreise, Initiativen, Komitees, Basis- und Ad-hoc-Gruppen usw.) und nur örtlich tätigen Kleingruppen sind nicht enthalten, weil sie statistisch nicht mit der notwendigen Sicherheit erfaßt werden können: Häufig handelt es sich um kurzlebige Zusammenschlüsse ohne feste Mitglieder und um lose Gremien, die von Mitgliedern bereits statistisch erfaßter Kern- und Nebenorganisationen getragen werden.

2. Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der linksextremistischen Verlage und Vertriebsdienste hat gegenüber dem Vorjahr, wie die nachstehende Statistik ausweist, leicht abgenommen. Von den 93 Unternehmen arbeitet ein Teil für linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Organisationen, ein anderer Teil ist an keine Organisation gebunden. Erfaßt wurden nur Objekte von überregionaler Bedeutung, also beispielsweise nicht die zahlreichen lokalen Verlage und Vertriebsdienste für Zeitungen, sonstige Schriften und Flugblätter der undogmatischen „Neuen Linken“, weil sie nicht zuverlässig erfaßt werden können.

Verlage/Vertriebsdienste	1981	1982	1983
Buchverlage	56	54	52
Zeitungs- und Zeitschriftenverlage	25	27	26
Vertriebsdienste	13	15	15
Summe:	94	96	93

Organisationen	1981			1982			1983		
	Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder	
Orthodoxer Kommunismus									
– Kernorganisationen	2	44 500		2	44 500		2	44 500	
– Nebenorganisationen	14	29 000		13	27 000		13	27 600	
– beeinflusste Organisationen*	48		61 000	50		70 000	52		70 000
Dogmatische „Neue Linke“									
– Kernorganisationen	26	5 300		23	3 900		20	3 400	
– Nebenorganisationen	13	800		11	1 100		12	1 100	
– beeinflusste Organisationen*	19		4 500	18		4 300	17		4 500
Undogmatische „Neue Linke“**	54	3 200		55	3 700		59	4 900	
Summe:	176	82 800	65 500	172	80 200	74 300	175	81 500	74 500
Nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften und Kinderorganisationen		62 000	49 000	60 150	55 700		61 000	56 000	

* Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen ausgerückt.

** Erfasst sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen der undogmatischen extremistischen „Szene“ sind schätzungsweise 6 000 Personen zuzurechnen.

3. Periodische Publikationen

Zahl und Jahresgesamtauflage der Zeitungen und Zeitschriften linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen sind insgesamt leicht zurückgegangen. Dagegen ist die Einzelauflage⁵⁾ im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Der Rückgang der Jahresgesamtauflage ist vor allem auf die Einstellung der Montagsausgabe des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ) zurückzuführen. Gleichwohl beträgt die Jahresauflage der Blätter kommunistischer Kern-, Neben- und kommunistisch beeinflusster Organisationen noch immer mehr als 43 Millionen Exemplare. Die Statistiken S. 22 u. 23 erfassen nicht die vielen Sonderausgaben und Sonderdrucke, die oft in hoher Auflage herausgegeben werden und ein wesentliches Element linksextremistischer Agitation darstellen, und auch nicht solche Publikationen (überregionale und regionale), die weniger als viermal im Jahr erscheinen.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

4.1 Ende 1983 waren den Verfassungsschutzbehörden 2299 (1982: 2362) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein. Es liegen Anhaltspunkte vor, daß etwa 4000 Angehörige des öffentlichen Dienstes allein in linksextremistischen Kernorganisationen organisiert sind.

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1982 in Klammern):

	Personen insgesamt	DKP und SEW	Neben- organisatio- nen von DKP und SEW	von DKP und SEW beeinflusste Organisa- tionen ⁷⁾	„Neue Linke“
Bundesebene ⁶⁾	225 (246)	171 (181)	8 (9)	7 (7)	39 (49)
Landesebene	1517 (1598)	1004 (964)	33 (32)	77 (91)	403 (511)
Kommunal- ebene	557 (518)	420 (378)	5 (3)	11 (13)	121 (124)
	2299 (2362)	1595 (1523)	46 (44)	95 (111)	563 (684)

4.2 Von den erkannten 225 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Bundesebene sind 114 bei der Bundespost und 56 bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Funktionen; 11 sind Angehörige der Streitkräfte oder der Bundeswehrverwaltung.

⁵⁾ Unter Einzelauflage ist die Gesamtzahl der pro Erscheinungsdatum herausgegebenen Exemplare der periodischen Publikationen zu verstehen.

⁶⁾ Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind nicht erfaßt.

⁷⁾ In dieser Rubrik sind Personen, die einer beeinflussten Organisation angehören, nur erfaßt, wenn sie selbst sich linksextremistisch betätigt haben.

Periodische Publikationen des orthodoxen Kommunismus im Vergleich 1982 — 1983

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1982			1983		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Kernorganisationen	täglich	3	44 000	13 728 000	3	44 000	12 760 000
	monatlich	34	45 000	540 000	44	44 800	537 600
	zweimonatlich	39	29 250	175 500	35	32 500	195 000
	vierteljährlich*	916	4 595 340	18 342 500	921	4 711 940	18 847 760
		1 003	4 713 590	32 786 000	1 003	4 833 240	32 340 360
Nebenorganisationen	monatlich	10	65 000	780 000	9	65 600	787 200
	zweimonatlich	1	1 000	6 000	1	5 000	30 000
	vierteljährlich*	449	251 000	1 004 000	445	262 300	1 049 200
		460	317 000	1 790 000	455	332 900	1 866 400
beeinflussten Organisationen	wöchentlich	3	53 000	2 756 000	2	35 000	1 755 000
	14täglich	1	6 000	156 000	1	6 000	156 000
	monatlich	8	87 800	1 053 600	8	86 800	1 041 600
	zweimonatlich	12	41 000	246 000	11	40 500	243 000
	vierteljährlich*	40	47 600	190 400	38	45 600	182 400
		64	235 400	4 402 000	60	213 900	3 378 000
	Summe:	1 527	5 265 990	38 978 000	1 518	5 380 040	37 584 760

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

Periodische Publikationen der dogmatischen und undogmatischen „Neuen Linken“ im Vergleich 1982 — 1983

Periodische Publikationen	Erscheinungsweise	1982			1983		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
dogmatische „Neue Linke“ (Kernorganisationen)	wöchentlich	3	10 000	520 000	3	17 000	884 000
	14täglich	5	13 750	357 500	4	5 450	141 700
	monatlich	8	12 400	148 800	5	9 000	108 000
	zweimonatlich	3	3 000	18 000	2	2 000	12 000
	vierteljährlich*	122	217 000	868 000	108	182 200	728 800
		141	256 150	1 912 300	122	215 650	1 874 500
dogmatische „Neue Linke“ (Nebenorganisationen)	monatlich	4	8 000	96 000	4	5 000	60 000
	zweimonatlich	—	—	—	1	2 000	12 000
	vierteljährlich*	6	6 000	24 000	1	1 000	4 000
		10	14 000	120 000	6	8 000	76 000
dogmatische „Neue Linke“ (beeinflusste Organisationen)	14täglich	—	—	—	1	1 000	26 000
	monatlich	5	4 600	55 200	3	3 000	36 000
	zweimonatlich	2	1 600	9 600	2	1 600	9 600
	vierteljährlich*	10	21 000	84 000	12	26 000	109 000
		17	27 200	148 800	18	31 600	180 600
	Summe:	168	297 350	2 181 100	148	259 050	2 176 700
undogmatische „Neue Linke“	wöchentlich	—	—	—	1	2 000	104 000
	14täglich	18	86 000	2 236 000	17	80 600	2 191 600
	monatlich	42	90 000	1 080 000	49	91 400	1 028 400
	zweimonatlich	4	9 000	54 000	5	12 000	66 000
	vierteljährlich*	20	28 000	112 000	28	30 900	123 600
		84	213 000	3 482 000	100	216 900	3 513 600
	Endsumme:	1 779	5 776 340	44 641 100	1 764	5 852 100	43 229 460

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

4.3 Von den erkannten 1517 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Landesebene sind beschäftigt (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

an Schulen und Hochschulen			1 180	(1 262)
davon als Lehrer	854	(911)		
als wissenschaftliches Personal an Hochschulen	169	(200)		
als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen	157	(151)		
in der Justiz			36	(39)
bei der Polizei			–	(–)
in anderen Verwaltungsbereichen			301	(297)
			<u>1 517</u>	<u>(1 598)</u>

Hinzu kommen noch 74 bei Kommunen beschäftigte Lehrer.

4.4 Von den erkannten 2299 Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind 1039 Beamte (1982: 1070), 1106 Angestellte (1982: 1118), 145 Arbeiter (1982: 165) sowie 9 Soldaten (1982: 8) auf Zeit.

Die 1039 (1071) Beamte gehören folgenden Laufbahngruppen an (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

höherer Dienst		514	(524)
gehobener Dienst		427	(446)
mittlerer Dienst		77	(77)
einfacher Dienst		21	(24)

5. Linksextremisten in Studentenvertretungen

Die nachfolgende Darstellung beruht auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse an 61 der 63 Hochschulen mit Promotionsrecht, davon 42 mit verfaßter Studentenschaft. Die Fernuniversität Hagen und die Verwaltungshochschule Speyer blieben unberücksichtigt. An diesen 61 Hochschulen studierten ca. 850 000 Studenten; die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag zwischen 25 und 30%.

5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft

(Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein)

5.1.1 Studentenparlamente (SP)

Im Dezember 1983 waren in 39 der 45⁸⁾ berücksichtigten Studentenparlamente Linksextremisten vertreten. In 7 Studentenparlamenten besaßen sie mehr als 50% der Sitze.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht (Vergleichszahlen Dezember 1982 in Klammern)⁹⁾:

Gruppen	Zahl der Sitze		Anteil		Vertreten in (Zahl der Parlamente) Dezember 1983	
	Dezember 1983		Dezember 1983			
„Neue Linke“	193	(219)	12,7%	(14,6%)	24	(21)
MSB/ADS ¹⁰⁾	173	(172)	11,4%	(11,5%)	35	(33)
SHB	113	(105)	7,4%	(7,0%)	23	(22)
Linksextremisten zusammen	479	(496)	31,5%	(33,1%)	39	(34)
Andere	1 043	(1 003)	68,5%	(66,9%)	45	(44)
Insgesamt:	1 522	(1 499)	100,0%	(100,0%)	45	(44)

5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)

Im Dezember 1983 waren in 28 der 42 berücksichtigten ASten Linksextremisten vertreten. Ein AStA bestand ausschließlich, 14 weitere ASten bestanden zu mehr als 50% aus Linksextremisten.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht¹¹⁾ (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Gruppen	Zahl der Sitze		Anteil		Vertreten in (Zahl der ASten) Dezember 1983	
	Dezember 1983		Dezember 1983			
„Neue Linke“	62	(62)	16,7%	(17,5%)	16	(15)
MSB/ADS	37	(27)	10,0%	(7,6%)	18	(13)
SHB	28	(30)	7,5%	(8,5%)	13	(12)
Linksextremisten zusammen	127	(119)	34,2%	(33,6%)	28	(25)
Andere	244	(235)	65,8%	(66,4%)	41	(36)
Insgesamt:	371	(354)	100,0%	(100,0%)	42	(41)

⁸⁾ Einzelne Hochschulen haben Abteilungen mit jeweils eigenen studentischen Vertretungen, so daß die Zahl der Studentenvertretungen höher ist als die der berücksichtigten Hochschulen.

⁹⁾ Der Übersicht mußten vereinzelt – auf Erfahrungswerte der Vorjahre gestützte – Schätzungen zugrunde gelegt werden.

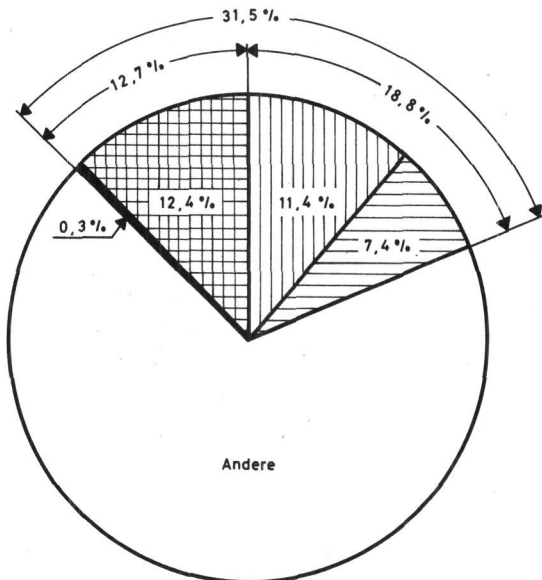
¹⁰⁾ „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-Berlin“

¹¹⁾ Der Übersicht mußten vereinzelt – auf Erfahrungswerte der Vorjahre gestützte – Schätzungen zugrunde gelegt werden.

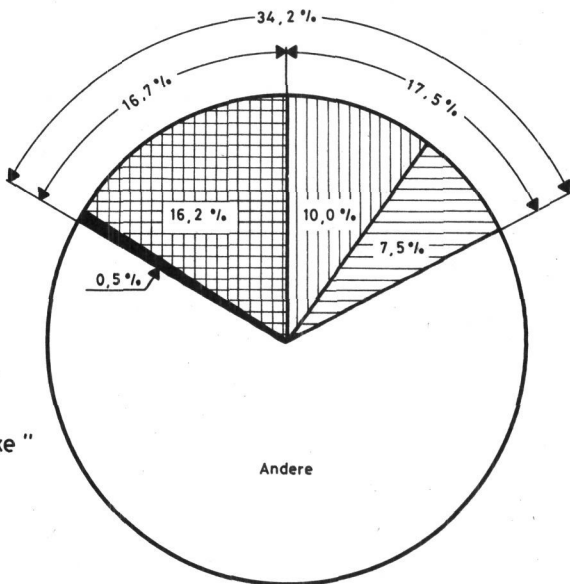
Linksextremisten in Studentenparlamenten (SP) und Allgemeinen Studentenausschüssen (A Sten)





Stand : Dezember 1983

SP
(1983 = 31,5 %)



A Sten
(1983 = 34,2 %)



-  dogmatische „Neue Linke“
-  undogmatische „Neue Linke“
-  MSB Spartakus / ADS
-  SHB

5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft (Baden-Württemberg, Bayern)

An 12 der 19 berücksichtigten Universitäten gehörten im Dezember 1983 Linksextremisten bzw. Vertreter von Listen mit linksextremistischer Beteiligung insgesamt 17 (1982: 13) studentischen Vertretungsorganen (Allgemeinen Studentenausschüssen, studentischen Konventen und Sprecherräten) an.

6. Soziologische Daten

Nachfolgend werden soziologische Gruppenkriterien der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten bzw. ermittelten Personen dargestellt.

Die Analyse der rechtskräftig verurteilten Personen umfaßt den Zeitraum 1978 bis 1983. Die Zahl dieser Personen ist größer als die Summe der in den einzelnen Jahresberichten dieses Zeitraumes genannten Täter, weil viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des jeweiligen Jahresberichtes bekannt wurden (vgl. auch Abschnitt IX.2.1).

6.1 Analyse der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig Verurteilten (ohne Linksterrorismus):

Seit 1978 wurden 1552 Personen bekannt, die – zum Teil mehrmals – wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilt wurden (1712 Urteile).

Altersstruktur¹²⁾:

Jugendliche und Heranwachsende (14–20 Jahre)	8,5%
Personen der Altersgruppe 21–30 Jahre	76,9%
Personen der Altersgruppe 31–40 Jahre	13,5%
Personen der Altersgruppe über 40 Jahre	1,1%

Berufsschichtung:

Schüler/Studenten	43,9%
Facharbeiter	13,5%
Angestellte	12,2%
Ungelernte	10,7%

Die übrigen 19,7% verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. 2,4% der Verurteilten gehören dem öffentlichen Dienst an; 23,2% sind Frauen.

Die Verurteilten gehörten zur Tatzeit an (Vergleichszahlen aus dem Jahresbericht 1982 in Klammern):

orthodox-kommunistischen Organisationen zu	9,9%	(8,1%)
der dogmatischen „Neuen Linken“ zu	66,2%	(75,8%)
der undogmatischen „Neuen Linken“ zu	23,9%	(16,1%)

¹²⁾ Für die Zuordnung wurde auf das Alter zum Tatzeitpunkt abgestellt, bei Mehrfachtätern auf das bei der ersten Tat.

Der hohe Anteil der dogmatischen „Neuen Linken“ erklärt sich mit der großen Gewaltbereitschaft dieser Gruppen vor ihrer allgemeinen Krise, die noch 1978 und 1979 zu zahlreichen Verurteilungen ihrer Mitglieder führte. Die Verschiebungen im Vergleich zum Bericht des Vorjahres bestätigen die Entwicklung: Die Bereitschaft zur Begehung von Straftaten stieg im orthodox-kommunistischen Spektrum, noch stärker bei den undogmatischen „Neuen Linken“; bei den dogmatischen „Neuen Linken“ nahm sie parallel zu deren Verfall weiter ab.

6.2 Analyse der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund (ohne Linksterrorismus) ermittelten 1329 mutmaßlichen Täter¹³⁾:

Altersstruktur:

Jugendliche und Heranwachsende (14–20 Jahre)	13,8%
Personen der Altersgruppe 21–30 Jahre	67,8%
Personen der Altersgruppe 31–40 Jahre	14,2%
Personen der Altersgruppe 41–50 Jahre	2,8%
Personen der Altersgruppe über 50 Jahre	1,4%

Berufsschichtung:

Schüler/Studenten	52,8%
Ungelernte	16,5%
Facharbeiter	10,3%
Angestellte	9,6%
Auszubildende	1,3%

Die übrigen 9,5% verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. 29,6% der mutmaßlichen Täter sind Frauen. Dem öffentlichen Dienst gehören 2,1% an; 3,6% sind Akademiker.

Innerhalb des organisierten Linksextremismus gehören die mutmaßlichen Täter orthodox-kommunistischen Organisationen zu	30,6%
der dogmatischen „Neuen Linken“ zu	13,3%
der undogmatischen „Neuen Linken“ zu	56,1%

an.

¹³⁾ Die Zahl der mutmaßlichen Täter dürfte wesentlich höher liegen, weil die Strafverfolgungsmaßnahmen der letzten Monate des Berichtsjahres erfahrungsgemäß erst nach Erstellung des Jahresberichts bekannt werden, somit auch die Gesetzesverletzungen bei den „Herbstaktionen“ der Protestbewegung gegen die Nachrüstung noch weitgehend unberücksichtigt sind.

Vergleichszahlen für 1982 können aus technischen Gründen nicht angegeben werden.

III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation

Die linksextremistische Agitation zielte unverändert darauf ab, staatliches Handeln und staatliche Organe zu diffamieren, um dadurch gegenüber den Bürgern den Wert der freiheitlichen demokratischen Grundordnung herabzusetzen. Die Mehrzahl der organisierten Linksextremisten ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet und strebt an, die „bürgerliche“ Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland durch die „sozialistische Revolution“ zu zerschlagen und durch die „Diktatur des Proletariats“ zu ersetzen. Andere linksextremistische Kräfte wollen – ebenfalls auf revolutionärem Weg – eine „basisdemokratische“ Gesellschaftsstruktur in Form einer Räteherrschaft verwirklichen, während wieder andere jegliches staatliche Herrschaftssystem ablehnen und daher den Staat zerstören wollen, um ihn durch eine herrschaftslose – anarchistische – Gesellschaft zu ersetzen.

1. Verfassungspolitik

Im Gegensatz zu den meisten Gruppen der „Neuen Linken“, die offen erklären, die Verfassungsordnung „von Grund auf“ beseitigen zu wollen, versuchen die orthodoxen Kommunisten, durch Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz und dessen sinnentstellende Interpretation („Umwertung“) ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verschleiern („Subversion durch Interpretation“). So behauptet die DKP, sie wirke „auf dem Boden des Grundgesetzes“, das sie „entschieden“ verteidige. Regierungsparteien und Bundesregierung, der „ein übler Geruch von Korruption“ anhafte, handelten hingegen „verantwortungslos“ und „verfassungswidrig“. Das Bundesverfassungsgericht wird als „willfähiges Hilfsorgan“ der „reaktionärsten politischen Kreise“ diffamiert. Nach wie vor befürworten orthodoxe Kommunisten auch Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele; dem marxistischen Grundsatz folgend, „zweckmäßig“ sei jede Kampfform, wenn sie die „Massen“ an das gestellte Ziel herantühre, erklärte die DKP in der Diskussion um Aktionsformen der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung: „Wir Kommunisten unterstützen alle Formen des Kampfes gegen die Stationierung der Raketen, wenn sie dazu beitragen, das Volk in einem noch viel stärkeren Maße zu mobilisieren. Das fängt mit der Unterstützung der Unterschriftensammlung an, und das geht bis hin zur Unterstützung von Aktionen gegen die direkte Stationierung, auch gegen die Raketenbasen. Da klammern wir nichts aus“ (vgl. Abschn. IV.1.1.1; u. a. UZ vom 25. 1., 27. 5., 24. 11. und 27. 12. 1983).

Gruppen der dogmatischen „Neuen Linken“ diffamieren die „bürgerliche Demokratie“ als „parlamentarische Fassade“ zur „Verschleierung der Diktatur einer Handvoll Monopole“. Sie fordern deshalb den „revolutionären Sturz“ der „kapitalistischen Ausbeuter“ und des „kapitalistischen Systems“ (u. a. „Rote Fahne“ vom 26. 2., 4. 6. und 8. 10. 1983, „was tun“ vom 27. 1. 1983).

In noch aggressiverer Tonart agitieren undogmatische Linksextremisten: Sie wollen „mit allen Mitteln“ die „totale Zerschlagung“ der Verfassungsordnung und „keine Diskussion mit den Schweinen“ führen (Flugblatt Hamburger „Autonomer“ vom Juli 1983).

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Schwerpunkt linksextremistischer Agitation und Aktion blieb der Kampf gegen die NATO-Nachrüstung. Orthodoxe Kommunisten und Gruppen der „Neuen Linken“ diffamierten die NATO als „Kriegsbündnis“, das in einem „anti-kommunistischen Kreuzzugswahn“ den „Angriffskrieg gegen die Sowjetunion“ vorbereite und die Bundesrepublik Deutschland in eine „tödliche Gefahr“ bringe. Sie riefen zum „Volkswiderstand“ gegen die Nachrüstung auf (u. a. „Roter Morgen“ vom 19. 8., „Politische Berichte“ vom 24. 9. und UZ vom 24. 11. 1983).

Orthodoxe Kommunisten warfen Bundesregierung und Regierungsparteien „Verrat an den nationalen Interessen“ vor. Im Gegensatz zur westlichen „Konfrontations- und Kriegsstrategie“ stehe die „berechenbare“ und „konstruktive Friedenspolitik“ der „Friedenssupermacht Sowjetunion“ (DKP-Pressedienst vom 7. 7., UZ vom 15. und 24. 11. 1983, „elan“ Nr. 11/83). Gruppen der „Neuen Linken“ agitieren gegen „die Politik der Kriegsvorbereitung“: Die Bundeswehr sei längst für den „großdeutschen Eroberungskrieg“ gerüstet („Politische Berichte“ vom 23. 4. 1983). Im Gegensatz zu den orthodoxen Kommunisten verurteilten sie jedoch auch die Sowjetunion, die den Warschauer Pakt in ein „aggressives Militärbündnis verwandelt“ habe und neben den USA „mächtigster Hort“ der „imperialistischen Kriegsvorbereitung“ sei (MLPD-Grundsatzprogramm).

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Staatliche Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit blieben nach wie vor Zielscheibe linksextremistischer Agitation. Die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden wurde diffamiert und als rechtswidrig abgestempelt. Die DKP sprach von „bürgerkriegsähnlichen“ und „willkürlichen, brutalen“ Polizeieinsätzen, bei denen „zum Haß“ angestachelte Polizisten als „Steinewerfer, Prügler und Knüppelschwinger“ gegen friedliche Demonstranten vorgegangen seien. Heftig wurde der Verfassungsschutz angegriffen, dessen „Bluthunde“ in ihrer „verfassungswidrigen Schnüffelpraxis“ „alle Kritiker der Regierungspolitik“ bespitzelten (DKP-Pressedienst vom 23. 2., „Marxistische Blätter“ 5/83, PPA-Tagesdienst vom 10. 6., UZ vom 16. 7. und 23. 11. 1983). Mit gleicher Stoßrichtung agitierte die „Neue Linke“: Sie diffamierte polizeiliche Maßnahmen wiederum als „Polizeiterror“ und bezeichnete die Polizei als „Henker“, der „schon in Uniform durch die Straßen läuft“ („Roter Morgen“ vom 8. 7. und „Rote Fahne“ vom 13. 8. 1983).

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke“ verunglimpften die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland als „kapitalistisches Profitsystem“. Sie warfen der Bundesregierung vor, im Interesse der „Profitgier einer Handvoll von Konzernbossen“ mit „sozialpolitischen Untaten“ und einer „Politik des sozialen Kahlschlags“ einen „Raubzug“ gegen die „Werk tätigen“ zu führen. „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft“ sei das Gebot der Stunde (UZ vom 7. 2., 21. 5. und 16. 6. 1983, DKP-Pressedienst vom 22. 7. 1983, „Roter Morgen“ vom 11. 11. 1983).

**Daten in falschen Händen —
Mißtrauen gegen staatliche
Schnüffelei ist angebracht**

**Scharfe Kritik der DKP
an Polizeimaßnahmen**

Das Auge des „großen Bruders“ dringt in alle Winkel
Bundeskriminalamt entwickelt technische Mittel zur schnellen „flächendeckenden Observation“ / 2. Teil

Auch Konzernangestellte bespitzelt
Als sie aus der Aeroflot-Maschine stiegen, fotografierte der Bundesgrenzschutz

DKP: Bespitzelung noch perfekter

**Schärfere Überwachung und
intensivere Bespitzelung**

**Neue maschinenlesbare
Kennkarte aufgetaucht**



**Überwachungsstaat
Personalausweis —
das Super-PAISY**

**DKP zu Personalausweisen
Gemeinsamer Kampf
gegen Schnüffelstaat**

Schnüffler gegen DDR-Künstlerverbände
Freier Austausch?

- Neuer Personalausweis sichert totale Überwachung - jeder Grenzübertritt kann gespeichert werden - jede größere Menschenansammlung (Sportstadien, Demonstrationen, Großveranstaltungen) kann registriert und datenmäßig verglichen werden - Teilnahme an politischen Aktionen, Kontakte mit "verdächtigen" Personen werden im Zentralcomputer aktenkundig - Zehntausende von verstreuten Daten werden zu einer Personalakte zusammengefaßt - wer wann wohin reist, ist für die Behörden ein offenes Geheimnis -

**Wuppertaler Massenfestnahmen
Polizeistaat**

**DKP protestiert bei Innenminister
gegen Polizeiwillkür in Bonn**

**Nein
zum totalen
Schnüffelstaat**

der DKP

5. „Internationalismus“

Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke“ warben im Namen des „proletarischen Internationalismus“ und der „antiimperialistischen Solidarität“ für politische und materielle Unterstützung der ihnen ideologisch nahestehenden Regime und der „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt, namentlich in Lateinamerika. Der „BRD-Imperialismus“ wurde beschuldigt, ebenso wie die „US-Imperialisten“ „reaktionäre“ und „faschistische“ Diktaturen zu unterstützen (DKP-Pressedienst vom 9. 5., UZ vom 28. 6. und 20. 7., „Politische Berichte-Extra“ vom 22. 10. 1983). Im Gegensatz zum orthodox-kommunistischen Spektrum griffen Teile der „Neuen Linken“ erneut auch die Sowjetunion scharf an: Sie sei eine „imperialistische Supermacht“ und „Hauptrivale“ der USA „im Kampf um die Neuaufteilung der Welt“ („Rote Fahne“ vom 3. 7. 1983).

IV. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen Kommunismus, d. h. den Kommunismus sowjetischer Prägung. Sie sieht sich in der politischen Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Zum 65. Jahrestag des KPD-Gründungsparteitags bekräftigte die DKP, die „Traditionslinie der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“ fortzusetzen und bekannte sich „zu deren Geist, zu deren grundsätzlichen Zielen“; wie früher die KPD vertrete die DKP „heute die sozialistische Alternative zum krisengeschüttelten kapitalistischen System“ (UZ vom 30. 12. 1983).

Die DKP ordnete sich auch 1983 vorbehaltlos der von KPdSU und SED vorgegebenen ideologischen und politischen Linie unter. Sie sieht in der Sowjetunion heute „mehr denn je den Hauptfaktor für die Festigung des Friedens, das Vorankommen des gesellschaftlichen Fortschritts, die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses“ (UZ vom 12. 1. 1983). Die positive Einstellung zur Sowjetunion entscheide, ob man zum „Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution“ gehöre (UZ vom 17. 8. 1983); man könne „nicht zugleich Sozialist und Gegner der Sowjetunion“ sein (GERNS/STEIGERWALD, Antimonopolistischer Kampf heute, 5. Auflage 1983, S. 207). Nach wie vor betont die DKP ihre enge „brüderliche Verbundenheit“ mit der SED; in der DDR sei das Wirklichkeit geworden, „wofür die deutschen Kommunisten vor 65 Jahren angetreten sind“ (UZ vom 30. 12. 1983).

Wiederholt bezeichnete es die DKP als ihre „Kampfaufgabe“, den „proletarischen Internationalismus“, die „marxistisch-leninistische Solidarität im Rahmen der Gesamtströmung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ zu stärken; dabei sei die „positive Haltung zum bereits existierenden Sozialismus und seiner stärksten und führenden Kraft, der UdSSR“ von besonderer Bedeutung (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 206 f.). KPdSU und SED bestätigten der DKP, daß sie als eine der „kämpferproben Abteilungen der kommunistischen Weltbewegung“ treu am Marxismus-Leninismus und am „proletarischen Internationalismus“ festhalte.

Unverändert verfolgte die DKP ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Sie betonte wiederum, sich als „revolutionäre, systemverändernde Partei der Arbeiterklasse“ (UZ vom 8. 1. 1983) stets „ohne Wenn und Aber zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin als Grundlage ihres Handelns“ bekannt zu haben (UZ vom 28. 9. 1983). Ihr erklärtes Ziel, der „Sozialismus/Kommunismus“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 9), könne nicht durch Reformen, sondern nur durch eine „sozialistische Umwälzung“, d. h. die „sozialistische Revolution“, erreicht werden und setze die „politische Herrschaft“ oder „Macht der Arbeiterklasse“ – im Sprachgebrauch deutscher Kommunisten identisch mit „Diktatur des Proletariats“ – voraus (u. a. „Marxistische Blätter“, Nr. 2/1983, S. 15f., Nr. 3/1983, S. 37; UZ vom 13. 7. 1983). Die DKP bekräftigte, daß sie einen Sozialismus errichten wolle, der wie in den Staaten des „realen Sozialismus“ gekennzeichnet sei

„durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Klassen und Schichten, durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und durch eine gesamtgesellschaftliche Planung der ökonomischen Prozesse“ („Marxistische Blätter“ Nr. 5/1983, S. 78 ff.; vgl. auch UZ vom 12. 1. 1983).

Die revolutionäre Strategie und Taktik der DKP blieb unverändert. Nach Ansicht der Partei sind mit dem „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland die materiellen Voraussetzungen für eine „revolutionäre Umwälzung“ gegeben, angesichts der politischen Kräfteverhältnisse, vor allem wegen des fehlenden revolutionären Bewußtseins in der Arbeiterschaft sei aber der Übergang zum Sozialismus nicht in „einem einzigen revolutionären Akt“ möglich. Deshalb müsse zunächst der „Kampf um Übergangsforderungen, um Übergangsstufen“ geführt werden (u. a. GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 39). Erstes Nahziel sei dabei eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“, mit der die „Tür für grundsätzliche antimonopolistische Umgestaltungen“ geöffnet werden soll. Die dabei angestrebte „antimonopolistische Demokratie“ entspricht der Leninschen „revolutionär-demokratischen Diktatur“; sie ist die Vorstufe der „Diktatur des Proletariats“ und soll den Weg zum Sozialismus ebnen (u. a. „Marxistische Blätter“, Nr. 5/1983, S. 31 ff.).

Die „Kunst revolutionärer Politik“ besteht für die DKP darin, „Tagesfragen“ mit der „grundlegenden Alternative“ zu verbinden (UZ vom 13. 7. 1983). Entsprechend der marxistisch-leninistischen Forderung nach „Einheit von Strategie und Taktik“ sind also Tages- und Nahziele nur Mittel zur Erreichung des Endzieles; damit sind sie Bestandteil der verfassungsfeindlichen Aktivitäten der DKP. Zur Verschleierung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele behauptet die DKP nach wie vor, „auf dem Boden des Grundgesetzes“ zu wirken (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 134). Dabei benutzt sie die bereits von der KPD angewandte „Umwertungstaktik“ und interpretiert das Grundgesetz und dessen tragende Begriffe (wie z. B. „Volkssouveränität“ und „Sozialstaatsgebot“) verfälschend, um sodann zu behaupten, sie trete „entschieden für die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Rechte“ ein (a. a. O., S. 132). In Wahrheit jedoch sind die im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten für die DKP lediglich „Kampfbedingungen der demokratischen Kräfte“ („Marxistische Blätter“, Nr. 1/1983, S. 11), mit denen letztlich „grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen“ und der Sozialismus errungen werden sollen (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 131).

Die DKP bekennt sich unverändert zur „revolutionären Gewalt“ als Mittel der „grundlegenden Umwälzung“ der Gesellschaftsordnung („Revolution“), die sich „nicht im Selbstlauf, sondern nur im harten Klassenkampf vollziehen“ werde; es hänge von der „Reaktion“ ab, ob der „Arbeiterklasse und ihrem Verbündeten . . . die bewaffnete Auseinandersetzung aufgezwungen wird oder ob es ihnen gelingt, ihr Streben nach dem günstigsten Weg zum Sozialismus, einem Weg ohne Bürgerkrieg, durchzusetzen“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 85; vgl. auch „Marxistische Blätter“, Nr. 2/1983, S. 17). Dabei kann nach kommunistischem Verständnis Gewalt – auch von den „Beherrschten“ – „offen oder verdeckt, direkt oder indirekt, blutig oder unblutig“, angewandt werden (UZ vom 14. 5. 1982). Ebenfalls in tagespolitischen Auseinandersetzungen bejaht die DKP den Einsatz von Gewalt mit der Maßgabe, daß jede „Kampfform“ „zweckmäßig“ sei, die möglichst breite Teile der Bevölkerung einbeziehe, zur „Hebung des Bewußtseins“

beiträge und letztlich an „weitergehende und höhere Forderungen“ heranzuführen (DKP „Bildungsjahr“ 1983/84, Heft 1, S. 15 ff.). Orthodoxe Kommunisten beteiligten sich an Blockaden, leisteten der Polizei Widerstand und begründeten ihre Mitwirkung an gewaltsamen Aktionen mit der Erklärung, sie seien nicht gewillt, sich an „Legalitätsvorstellungen der Herrschenden“ zu orientieren („Marxistische Blätter“, Nr. 4/1983, S. 15).

1.1.2 Parteitag

Auf ihrem 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 stellte sich die DKP erneut als „Teil einer weltumspannenden revolutionären Bewegung“, als „zuverlässige Kraft des proletarischen Internationalismus“ dar. Im Mittelpunkt des Parteitages standen der Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland und die Agitation gegen „Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau“.

Bei der Neuwahl der Führungsgremien der Partei (Parteivorstand, Präsidium, Sekretariat, Zentrale Schieds- und Zentrale Revisionskommission) wurden Herbert MIES als Vorsitzender und Hermann GAUTIER als sein Stellvertreter bestätigt. Die Parteiführung besteht weiterhin aus zuverlässigen Kadern. Mehr als zwei Drittel der Funktionäre sind aus der illegalen KPD hervorgegangen; fast die Hälfte absolvierte mehrmonatige Lehrgänge an Parteischulen in der DDR oder der Sowjetunion; das Durchschnittsalter liegt weiterhin bei knapp 50 Jahren.

1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung

Auf dem 7. Parteitag gab die DKP die Zahl ihrer Mitglieder mit 50 482 an (6. Parteitag im Mai 1981: 48 856). Tatsächlich dürfte sie jedoch nach wie vor weniger als 40 000 Mitglieder haben. Weder der Ende 1982 abgeschlossene Wettbewerb zur Stärkung der Partei noch der Zugang aus den „Kaderreserven“ der DKP, der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB), erbrachten den angestrebten Mitgliederzuwachs. DKP-Funktionäre klagten über zahlreiche Parteiaustritte infolge mangelhafter Führung und Betreuung.

Die DKP bekannte sich zu den Leninschen Normen der Mitgliedschaft und Organisationsprinzipien der Partei „neuen Typus“ (z. B.: Demokratischer Zentralismus, Parteidisziplin, Verbot der Fraktionsbildung): Mitglied einer bolschewistischen Partei könne nur sein, wer „ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt“ (UZ vom 13. 7. 1983). Die DKP wies auf die Pflicht jedes Mitglieds hin, die Parteibeschlüsse aktiv „im gesellschaftlichen Leben zu vertreten“ und nach der Devise zu handeln: „Wo eine Kommunistin oder ein Kommunist ist, da ist auch die Kommunistische Partei“ (Herbert MIES).

Die Mitglieder der DKP sind in mehr als 1500 Grundorganisationen (Betriebs-, Orts- bzw. Wohngebietsgruppen und Hochschulgruppen) organisiert, die in etwa 200 Kreisorganisationen zusammengefaßt sind; diesen sind nach wie vor 12 Bezirksorganisationen übergeordnet: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen/Niedersachsen-Nord, Niedersachsen, Ruhr-Westfalen, Rheinland-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen, Baden-Württemberg, Nordbayern und Südbayern.

1.1.4 Schulung

Die Parteiführung wiederholte ihre Forderung, die marxistisch-leninistische Schulung der Mitglieder zu verstärken, um das „propagandistische Wirken nach außen zu qualifizieren“ (UZ-EXTRA vom 24. 3. 1983, S. 24); außerdem gelte es, den „neuen, höheren Anforderungen an die politisch-ideologische Standfestigkeit, an die Bewahrung ... (der) kommunistischen Identität und an das selbständige und offene Auftreten als Kommunisten“ zu entsprechen (Antragsbuch des 7. Parteitag des der DKP, S. 147). An den zweimonatlichen Bildungsabenden der Grundorganisationen – die im Bildungsjahr 1983/84 vor allem die Rolle der Partei in Bündnissen behandelten – soll jedem Mitglied das „notwendige und wirkungsvolle Rüstzeug“ für „überzeugendes Auftreten in der Öffentlichkeit“ vermittelt werden (UZ-EXTRA vom 1. 9. 1983, S. 23). Kommunistische Betriebsarbeiter wurden in bis zu einjährigen Abendkursen an den „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ bei den Bezirksorganisationen (vgl. Nr. 3) im Marxismus-Leninismus unterwiesen. Annähernd 900 Parteimitglieder absolvierten 1983 die etwa 40 ein- und zweiwöchigen Grund- und Speziallehrgänge an der „Karl-Liebknecht-Schule“ der DKP in Leverkusen. Außerdem entsandte die DKP wiederum fast 300 Mitglieder zu Monats-, Dreimonats- und Jahreslehrgängen an die eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichtete SED-Parteischule „Franz Mehring“ und das „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ beim ZK der KPdSU. Darüber hinaus stellten die FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ in der DDR und die Hochschule des Leninschen Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) in Moskau kommunistischen Jugendfunktionären aus der Bundesrepublik Deutschland Plätze zur Verfügung.

1.1.5 Finanzierung

Die DKP wies in ihrem Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz (Bundesanzeiger Nr. 213 vom 12. 11. 1983) für das Jahr 1982 Einnahmen in Höhe von insgesamt 16 488 872,- DM (1981: 15 102 744,- DM) aus; davon entfielen 6,2 Millionen DM oder 37,6% (1981: 5,8 Millionen DM oder 38,4%) auf Mitgliedsbeiträge, 6,1 Millionen DM oder 37% (1981: 6,5 Millionen DM oder 43%) auf Spenden und 3,2 Millionen DM oder 19,4% (1981: 1,9 Millionen DM oder 12,6%) auf Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Drucksachen usw. Durch Einführung höherer Beitragssätze seit Januar 1983 (40,- und 50,- DM bei Einkommen über 3000,- DM bzw. über 4000,- DM) wurde der durchschnittliche monatliche Mitgliedsbeitrag zwar auf etwa 15,- DM (1982: unter 13,- DM) erhöht, die Parteiführung klagte aber über mangelnde „Beitragsehrlichkeit“ und Kassierung. Die angegebene Spendensumme enthält 8 größere Einzelspenden (1981: 13) von 20 000,- DM bis 106 253,- DM (§ 25 Parteiengesetz) mit einem Gesamtbetrag von rund 416 000,- DM (1981: fast 760 000,- DM), darunter 4 Erbschaften in Höhe von annähernd 330 000,- DM; ein Teil der ausgewiesenen Spenden dürfte jedoch fingiert sein. Auffallend sind die unterschiedlichen Angaben der DKP zum Spendenaufkommen für das Jahr 1982: Abweichend vom Rechenschaftsbericht gemäß § 23 Parteiengesetz (Bundesanzeiger Nr. 213 vom 12. 11. 1983) enthält der von dem Vorsitzenden der Zentralen Revisionskommission der DKP, Willi MOHN, vor dem Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg erstattete Bericht 9 Spenden mit einem Gesamtbetrag von 406 794,- DM.

Darüber hinaus führte die DKP Sach-, Werk- und Dienstleistungen ihrer Mitglieder (§ 27 Abs. 3 Parteiengesetz) im Wert von 5,5 Millionen DM (1981: 5 Millionen DM)

auf. Der Finanzbedarf der DKP war auch 1983 erheblich höher als die Einnahmen. Diese dürften nicht einmal ausgereicht haben, die mehreren hundert hauptberuflich für die DKP tätigen Funktionäre und Hilfskräfte zu besolden, wengleich ein Teil von ihnen ihr Gehalt von DKP-nahestehenden Unternehmen bezieht, die einzelnen hauptamtlichen Funktionären berufliche Positionen zur Verfügung stellen, die in Wahrheit nicht ausgeübt werden. Beträge in Millionenhöhe waren außerdem erforderlich, um die Sachausgaben für den aufwendigen Parteiparat zu bestreiten, Herstellung und Vertrieb des umfangreichen Propagandamaterials, Großveranstaltungen, Wahlkämpfe und Kampagnen zu finanzieren und Vorfeldorganisationen zu unterstützen. Für diese Zwecke dürfte die DKP wiederum mehr als 60 Millionen DM auf konspirativen Wegen aus der DDR erhalten haben; hinzu kommen noch umfangreiche weitere geldwerte Leistungen der SED: u.a. unentgeltliche Benutzung von Einrichtungen der DDR für Schulung, Delegationsreisen sowie Urlaubs-, Krankenhaus- und Kuraufenthalte von DKP-Funktionären.

1.1.6 Parteipresse

Die kommunistische Presse hat im Leninschen Sinne eine dreifache Aufgabe: „kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator“ zu sein („praxis“, Zeitschrift des Parteivorstandes der DKP, Nr. 4/1983, S. 26). Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) erschien auch 1983 mit einer täglichen Auflage von etwa 25 000, freitags rd. 50 000 Exemplaren; die Montagsausgabe wurde dagegen seit Juli aus Kostengründen eingestellt. Wie in den Vorjahren wurden zu aktuellen Anlässen, so beim Abschluß eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch sowjetische Jagdflugzeuge im September 1983 über der Insel Sachalin oder zu Aktionen der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung, Extrablätter mit einer Auflage von bis zu 140 000 Exemplaren herausgegeben.

Der DKP-Parteivorstand gab weiterhin den „DKP-Pressedienst“ (unregelmäßig), den „infodienst“ – Informationsdienst für die DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen (mindestens monatlich), die Zeitschrift „praxis – Erfahrungen aus dem Leben der Arbeit der Partei“ (zweimonatlich) und die „DKP-Landrevue“ (unregelmäßig) heraus. Neben etwa 360 Betriebszeitungen erschienen 560 weitere „Kleinzeitungen“ der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen; davon kamen einige bis zu zwölfmal im Jahr mit einer Auflage bis zu 70 000 Exemplaren heraus (z.B. „Hamburger Utsichten“, „marburger echo“, „Neues München“).

In der Düsseldorfer Zentrale der „Progress-Presse-Agentur“ (PPA) und PPA-Büros in Hamburg, Bonn, Mannheim, München sowie dem 1983 neu hinzugekommenen Büro in Kiel sind etwa fünfzehn Redakteure und Korrespondenten tätig, die im wesentlichen von der DKP-Parteiführung angeleitet werden. Der „PPA-Tagesdienst“ enthält Berichte über die Arbeit der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen sowie neben tendenziösen Analysen auch der DKP genehme Beiträge aus nicht-kommunistischen Zeitungen.

1.1.7 Internationale Beziehungen

Die DKP unterhielt auch 1983 enge und vielfältige Kontakte zu ihren „Bruderparteien“. Ihre besonderen Beziehungen zur SED sind unter Abschnitt V, ihre Verbindungen zum ausländischen Linksextremismus unter Abschnitt VII dargestellt.

Unsere Zeit

UZ unsere Zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

11. Jahrgang Nr. 221

Dienstag, den 19. Oktober 1988

Preis 90 Pfennig

Es bleibt dabei: Arbeitsplätze statt Raketen!
Aktionswohlt gegen den Rechtsblock —
das ist das Gebot der Stunde!

Koalitionsverhandlungen in Bonn
So sieht Kohls „Aufschwung“ aus:
Noch mehr Massenentlassungen
 Weniger für Rentner, Arbeitslose und Familien

Bei Werften, Bahn und Post
„Vater“ Staat kilt
Tausende Arbeitsplätze
 Gewerkschaften kündigen Widerstand an

Kohl, „Bild“ und die Unternehmer
mit neuer Lehrstellen-Lügenaktion

Was sie uns wegnehmen,
geben sie dem Großkapital

Gewerkejugend startet Aktionen
Auszubildende wehren sich
gegen Erpressung der Bosse
 Keine Müllrunde bei Lehrlingsvergütungen!

Stoltenberg bleibt stur:
Die Mütter sollen zahlen



Das korrupte System!
Von Flick bestochen.
Darum DKP

Nach der Wahl hat nun der Rotfuß „Aufschwung“
Brutales Streckkonzept
der Bonner Rechtskoalition
 Neue Opfer für Arbeitslose und Rentner

Schwarzentzwei weiter belastet
Kohl im Bestechungsring
des Flick-Imperiums
 Neue Dokumente belegen strafbare Handlungen

Ermittlungen im Schmiergeldskandal ergeben:
Flick zahlte Lambsdorff
als Minister Beraterhonorar
 NRZ: „Folterische wie geschändete Bestrafungen“

1.2 „Sozialistische Einheitspartei West-Berlins“ (SEW) einschließlich Hilfsorganisationen

Die SEW, die den orthodoxen Kommunismus in Berlin (West) vertritt, rühmte sich auch 1983 „prinzipienfest“ gegenüber „allen Versuchen der Verfälschung des Marxismus ... den revolutionären Geist und die revolutionäre Wissenschaft von MARX, ENGELS und LENIN“, und zwar „auf dem Fundament fester Verbundenheit“ mit der KPdSU und der SED bewahrt zu haben (SEW-Zentralorgan „Die Wahrheit“ vom 16./17.4. 1983).

Die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung war Schwerpunkt der politischen Arbeit der SEW und ihrer Vorfeldorganisationen. Aufgrund ihres hohen personellen und materiellen Einsatzes nahm sie in organisatorischer und propagandistischer Hinsicht eine tonangebende Rolle in der Berliner „Friedensbewegung“ ein, die sie für ihre Bündnispolitik zu nutzen suchte. So hob der SEW-Vorsitzende Horst SCHMITT als „wichtiges Ereignis“ den gemeinsamen Aufruf der „Friedenskoordination“ zur „Volksversammlung“ am 22. Oktober hervor: „Erstmals seit 1946“ habe es wieder einen „Aufruf in dieser Stadt“ gegeben, „der sowohl vom Parteivorstand der SEW als auch vom Parteivorstand der SPD“ unterzeichnet sei („Die Wahrheit“ vom 1./2.10. 1983). Neben dem „Friedenskampf“ war die Kampagne gegen die „Massenarbeitslosigkeit“ weiterer Agitationsschwerpunkt der SEW.

Trotz ihrer Werbetätigkeit, die sie gerade innerhalb der „Friedensbewegung“ verstärkte, gelang es der SEW nicht, ihre bei etwa 4500 stagnierende Mitgliederzahl zu erhöhen. Auch die Auflagenhöhe des SEW-Zentralorgans „Die Wahrheit“ blieb mit 13000 Exemplaren konstant.

Die SEW-Hochschulgruppen (etwa 350 Mitglieder; 1982: etwa 400) und die SEW-beeinflusste „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-Berlin“ („ADS West-Berlin“; etwa 350 Mitglieder, 1982: etwa 500) agitierten ebenfalls schwerpunktmäßig gegen die NATO-Nachrüstung. Der „Sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV Karl Liebknecht), die SEW-Jugendorganisation, unterstützte die Kampagnen gegen NATO-Nachrüstung und „Massenarbeitslosigkeit“ sowie die Bündnispolitik der SEW. Höhepunkt seiner Aktivitäten war die maßgebliche Mitwirkung an dem „Friedenskonzert“ der „Initiative Jugend gegen Aufrüstung“ am 6. August, das von etwa 80000 Personen besucht wurde. Der SJV Karl Liebknecht konnte die Zahl seiner Mitglieder auf 800 erhöhen (1982: 700), darunter 250 Kinder der „Pionierorganisation Karl Liebknecht“; er setzte auch 1983 seine engen Beziehungen zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR fort.

Die SEW-gesteuerten Organisationen „Demokratischer Frauenbund Berlin“ (DFB) mit etwa 600 Mitgliedern, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft West-Berlin“ (DSFW) mit etwa 500 Mitgliedern sowie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes West-Berlin – Verband der Antifaschisten“ (VVN West-Berlin-VdA) mit etwa 500 bis 600 Mitgliedern waren auch 1983 in die SEW-Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung eingebunden.

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Die DKP wurde auch 1983 bei der politischen Arbeit durch ihre Nebenorganisationen unterstützt; die wichtigsten sind nach wie vor – die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ),

- die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)
und
- der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB).

Diese formell selbständigen Verbände mit eigenen Satzungen, Führungsorganen und Mitgliedschaften bekennen sich zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der DKP; bedeutsame Funktionen sind mit DKP-Mitgliedern besetzt.

1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die SDAJ kämpfte wie im Vorjahr als „revolutionärer Arbeiterjugendverband“ an der Seite der DKP für den Sozialismus nach dem Vorbild der sozialistischen Staaten, deren „revolutionäre Rolle“ kein anderer übernehmen könne („Treffpunkt Gruppenleiter Aktuell“ Nr. 1). Sie bekannte sich zur Sowjetunion, der „Friedenssupermacht“ („elan“ 11/83), und zur DDR, wo der Sozialismus Realität geworden sei („World Youth“ 4/83).

Der SDAJ-Vorsitzende Werner STÜRMANN gehört dem Präsidium des DKP-Parteivorstandes an. Die Mehrzahl der SDAJ-Funktionäre ist Mitglied der DKP, ebenso sind etwa 40% aller Mitglieder gleichzeitig in der Partei. Die SDAJ behauptete, während ihrer „Festivalstafette“ (September 1982 bis Pfingsten 1983) – einem Wettbewerb, der vorwiegend der Mitgliederwerbung diene – habe sie Tausende neuer Mitglieder gewonnen. Tatsächlich dürften dem Verband jedoch nach wie vor nur wenig mehr als 15 000 aktive Mitglieder angehören, die in etwa 900 Gruppen organisiert sind.

Die SDAJ legte auch 1983 großen Wert auf die marxistisch-leninistische Schulung ihrer Mitglieder; dieser dienten die Bildungsabende der Gruppen, die „Zirkel“ und die meist einwöchigen Lehrgänge an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ in Aurach/Krs. Ansbach¹⁴).

Sprachrohre der SDAJ blieben „elan – Das Jugendmagazin“ (Auflage etwa 35 000 Exemplare) und die „Jugendpolitischen Blätter“, die beide monatlich erscheinen. Seit April wurden die beiden früheren „elan-Artikeldienste“ als gemeinsamer „elan-Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen“ monatlich unentgeltlich herausgegeben. „elan“ veröffentlichte ferner neben dem kostenlosen „Informationsdienst für Soldaten“ erstmals die Soldatenzeitung „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten“ in drei Regionalausgaben. Die Zahl der meist unregelmäßig und z. T. mit geringer Auflage erscheinenden SDAJ-Kleinzeitungen lag wiederum bei etwa 400.

Besonders eng gestalteten sich auch 1983 die Kontakte zwischen der SDAJ und der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR. So beteiligte sich die SDAJ am 13. „Festival des politischen Liedes“ vom 12. bis 20. Februar in Berlin (Ost), am „Internationalen Freundschaftslager“ am Scharmützelsee (15. bis 27. Juli) sowie am „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel (25. bis 30. September).

¹⁴) Die „Jugendbildungsstätte“ wurde 1977 mit materieller Unterstützung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR eingerichtet. Eigentümer der „Burg Wahrberg“ sind die Besitzer des Guts Wahrberg, von denen einer als Mitglied der DKP angehört. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter der Leiter der „Jugendbildungsstätte“ sowie deren Geschäftsführer; die Referenten der Schulungskurse kommen z. T. von auswärts.

1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die JP veröffentlichten im Berichtsjahr 12 Thesen zur „sozialistischen Erziehungsarbeit“. Darin betonen sie, Erziehung diene „nicht allgemein gesellschaftlichen Zielen, sondern Klasseninteressen“; Kinder könnten daher nur „proletarisch oder bürgerlich“ erzogen werden. Entsprechend bemühten sich die JP auch 1983 in Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ, „systematisch und planmäßig Einfluß auf Kinder auszuüben“, um ihnen Grundlagen „sozialistischen Bewußtseins“ zu vermitteln und sie „an den wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“ teilnehmen zu lassen (u. a. UZ vom 10. 12. 1983).

Das enge Verhältnis der JP zu DKP und SDAJ zeigt sich auch in den personellen Verflechtungen; so ist der JP-Bundesvorsitzende Achim KROOSS Mitglied der DKP und der SDAJ-Bundesgeschäftsführung. Viele andere JP-Funktionäre gehören ebenfalls der DKP und SDAJ an. Die Mitgliederzahl der JP lag Ende des Jahres bei 4000 (1982: 3500).

Zur Schulung der Pionierleiter wurden wiederum Lehrgänge an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ in Aurach/Krs. Ansbach durchgeführt. Die Bundesleitung der JP gab monatlich das „Pionierleiter-Info“ und eine Kinderzeitung heraus, deren Name inzwischen von „Willibald“ in „pionier“ geändert wurde.

1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der MSB, der unverändert im Marxismus-Leninismus die Anleitung zum Handeln sieht, wiederholte sein Bekenntnis zur DKP als der „Organisation von Revolutionären“ und als der „Zukunftshoffnung des Volkes“ („rote blätter“ 11/83). Als „die revolutionäre Studentenorganisation der Bundesrepublik“ (MSB-Info Nr. 2 zur a. o. VDS-MV vom 28. bis 31. Oktober 1983) will er „jede Aktionsform“ mittragen, sofern sie „das eigene Handeln der Massen verstärkt“ („rote blätter“ 11/83).

Der 8. MSB-Bundeskongreß am 3./4. Oktober in Münster wählte Bernd GÄBLER zum neuen Bundesvorsitzenden, der auf dem 7. Parteitag der DKP auch in den Parteivorstand aufgenommen wurde; seine beiden Stellvertreter gehören ebenfalls der DKP an, ebenso die Mehrzahl der Verbandsmitglieder. Im Herbst, nach Abschluß einer Mitglieder-Werbekampagne, behauptete der MSB, nun mehr als 6500 Mitglieder zu haben; tatsächlich dürfte die Mitgliederzahl weiterhin bei 6000 liegen.

Die MSB-Mitglieder werden durch Kurse und Bildungsabende sowie Seminare in der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ geschult. Gemeinsam mit dem „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF; vgl. Nr. 5.1) veranstaltete der MSB eine „Marxistische Woche“ (9.–14. 10. 1983 in Marburg).

Die durchschnittliche Auflage des monatlich erscheinenden MSB-Organs „rote blätter“ lag – wie im Vorjahr – bei 18 000 Exemplaren; zu aktuellen Anlässen wurden wiederum „rote blätter-Extraausgaben“ kostenlos verteilt.

Der MSB setzte 1983 seine vielfältigen Kontakte zu „Bruderverbänden“ fort, vorrangig zur FDJ der DDR. So nahm der MSB am 13. „Festival des politischen Liedes“ in Berlin (Ost) im Februar, an den „Internationalen Freundschaftslagern“ in Blankensee (im März) und am Scharmützelsee (im Juli) sowie am „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel (im September) teil.

1.4 DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP stützt sich bei ihrem Bemühen, möglichst viele Bürger für ihre jeweiligen Ziele zu mobilisieren, auf etwa 50 überregional tätige Organisationen und Initiativen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheblich von der DKP beeinflusst werden. Die Mehrheit der Mitglieder – häufig auch der Vorstände – gehört nicht der DKP an. Jedoch liegen entscheidende Funktionen, vor allem im organisatorischen Bereich („Sekretariat“), in den Händen kommunistischer und prokommunistischer Funktionäre, die bisweilen aus Tarnungsgründen der Partei nicht offiziell beitreten („verdeckte Mitgliedschaft“) oder ihre DKP-Mitgliedschaft nicht offen zu erkennen geben.

Die DKP wünscht nicht, daß die von ihr beeinflussten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Vielmehr sollen sie Forderungen erheben, die als solche nicht verfassungsfeindlich erscheinen, aber (z. B. Kampf gegen die NATO-Nachrüstung) mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen; DKP-beeinflußte Organisationen können um so wirksamer arbeiten, je weniger der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen erkannt wird.

Fast alle größeren DKP-beeinflußten Vereinigungen arbeiteten auch 1983 in sowjetisch gesteuerten internationalen „Frontorganisationen“ mit (vgl. Abschnitt VII) und unterhielten unverändert auch Kontakte zum „Friedensrat der DDR“, der von sich sagt, er habe durch seine „internationalen Aktivitäten“ das „gemeinsame Handeln aller Friedenskräfte“ unterstützt („Neues Deutschland“ vom 1. 3. 1983). Zu den orthodox-kommunistisch beeinflussten Organisationen zählen – bei unterschiedlicher Stärke des Einflusses – nach wie vor:

1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Der beherrschende Einfluß der DKP in der bereits 1949 gegründeten VVN-BdA blieb ungeschmälert; fast alle entscheidenden Funktionen sind mit Kommunisten besetzt: Der Generalsekretär Kurt ERLEBACH ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes; im „geschäftsführenden Präsidium“ haben Kommunisten eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Unter den etwa 13 000 Mitgliedern gibt es ebenfalls einen „hohen Anteil von Kommunisten“ (so 1983 die Landessekretärin der VVN-BdA Bayern, zugleich Mitglied des DKP-Bezirksvorstands Südbayern).

Vom 13. bis 15. Mai führte die VVN-BdA ihren Bundeskongreß im Hamburger Gewerkschaftshaus durch. Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann GAUTIER sagte in seiner Grußansprache, die DKP wisse sich „eng und solidarisch mit der VVN-Bund der Antifaschisten verbunden“. Er erkannte an, daß sich die VVN-BdA bei der „Zusammenführung von Sozialdemokraten und Kommunisten, von Christen und Liberalen, von Grünen und Alternativen große Verdienste erworben“ habe. Der Tätigkeitsbericht des VVN-BdA-Präsidiums registrierte eine „Verjüngung und politische Verbreiterung“ der Organisation, die Kontakte zu den Medien seien „verbessert“ worden. Den Auftritt von Repräsentanten demokratischer Organisationen auf dem Bundeskongreß wertete VVN-BdA-Generalsekretär ERLEBACH als „für uns wichtig“ (UZ, Ausgabe Pfingsten 1983).

Aktionsschwerpunkte der VVN-BdA waren auch 1983 der „Antifaschismus“-Kampf (vgl. Nr. 2.5) und die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung (vgl. Nr. 2.3); beides wurde durch die Parole „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg – keine neuen Atomraketen“ miteinander verbunden.

Gleichzeitig machte die VVN-BdA es sich zur Aufgabe, „die Einheit der Friedensbewegung gegen alle Spaltungsversuche, vor allem gegen den Antikommunismus, zu verteidigen“ (Dokumentation zum Bundeskongreß der VVN-BdA, S. 135 f.). Sie arbeitete in Koordinierungsgremien der Protestbewegung mit. Offener als bisher wandte sie sich dabei auch gegen eine „Ausgrenzung von Aktionsformen innerhalb der Friedensbewegung“:

„Wir müssen dabei sein, wenn junge Menschen zum Blockieren gehen, und auch gerade unsere alten Kameraden sollten dabei sein, wenn vor Raketenstellungen blockiert wird“ (ebenda).

Die VVN-BdA unterhielt auch 1983 enge Verbindungen zu ausländischen „Bruderverbänden“ und zum „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR“.

1.4.2 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Der 1960 auf kommunistisches Betreiben als „Volksfront“-Partei gegründeten DFU gehören kaum mehr als tausend Mitglieder an. Dennoch spielte sie auch 1983 eine tragende Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik, vor allem im „Friedenskampf“. Dabei agierte sie wiederum in enger Abstimmung mit der DKP und nahm – z. T. maßgeblich – Einfluß auf andere Organisationen und Initiativen, so z. B. auf die Initiative „Christen für die Abrüstung“, die „Krefelder Initiative“ und berufsspezifische Unterstützergruppen für den „Krefelder Appell“ (vgl. Nr. 2.3) sowie auf die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (vgl. Nr. 2.7). Den Leitungsgremien (Bundesvorstand mit 59, „Direktorium“ mit 7 Mitgliedern) der DFU gehören nach wie vor auch zahlreiche ehemalige KPD-Angehörige an. Wichtige Positionen auf Bundes- und Länderebene sind mit hauptamtlichen Funktionären besetzt, darunter mehrere Kommunisten.

Unablässig warb die DFU für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Demokraten; dabei bezeichnete sie Antikommunismus und Antisowjetismus als „Generalnenner aller antidemokratischen Strategien“. Auf dem DKP-Wahlkongreß am 22. Januar in Wuppertal sagte DFU-Direktoriumsmitglied Horst BETHGE, die DFU habe „in den Kommunisten stets zuverlässige Mitkämpfer gefunden“; die DKP gehöre „zur demokratischen Bewegung wie das Amen zur Kirche“ (UZ vom 24. 1. und 26. 1. 1983). Auch 1983 konzentrierte die DFU ihre Kraft auf die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung, insbesondere auf die organisatorische Betreuung des von ihr Ende 1980 herbeigeführten „Krefelder Appells“ (vgl. Nr. 2.3). Es gelang ihr, hauptamtliche Funktionäre in einflußreiche Positionen der Protestbewegung zu bringen. Bei den „Ostermärschen 1983“ war für die Hälfte der zwölf „Schwerpunktkundgebungen“ die jeweilige DFU-Landesgeschäftsstelle Kontaktadresse, die Landesgeschäftsstelle Hessen darüber hinaus – wie im Vorjahr – „Zentrale Informationsstelle“ für das gesamte Bundesgebiet. In den regionalen Koordinierungsgremien für die „Herbstaktionen“ war die DFU ebenfalls vertreten. Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES übermittelte der DFU anläßlich deren „10. ordentlichen Unionstages“ am 17. April in Köln den Dank der DKP für den Kampf gegen den „Antikommunismus“; der „Friedensrat der DDR“ bekundete seine „solidarische Verbundenheit“. Der DFU-Bundesvorstand bezeichnete in seinem Rechenschaftsbericht den Kampf gegen die NATO-Nachrüstung als „Hauptaufgabe“. Dabei habe sich die DFU stets „gegen die Gleichsetzung der Außenpolitik von USA und Sowjetunion“ gewandt und als Mitglied des sowjetisch gesteuerten

„Weltfriedensrats“ (WFR; vgl. Abschnitt VII) Wert darauf gelegt, „den Dialog mit der Friedensbewegung der sozialistischen Staaten zu vertiefen“. Alle DFU-Landesverbände hätten „Studienreisen“ in die DDR durchgeführt.

1.4.3 „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)

Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen gegründete KFAZ, das sich nach eigenen Angaben auf „Hunderte von örtlichen Komitees und Initiativen“ stützt, erwies sich auch 1983 als wichtiges Instrument zur Koordinierung der kommunistischen „Friedenskampagne“.

Das KFAZ verfügt weder über eine Satzung noch über einen festen organisatorischen Unterbau; zentrales Leitungsgremium – zuständig für die Planung von „Friedensaktionen“ und Ausarbeitung politisch/strategischer Konzepte – ist das „Büro“, in dem orthodoxe Kommunisten entscheidende Funktionen ausüben. Die personelle Zusammensetzung des „Büros“ spiegelt auch die vom KFAZ umworbenen Zielgruppen wider: Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Christen beider großen Konfessionen. Von den 17 Mitgliedern des „Büros“ gehören 10 persönlich oder über ihre Organisationen (DFU, VVN-BdA) dem sowjetisch gesteuerten WFR an.

Im Februar erörterte das KFAZ auf einem Seminar in Frankfurt/M. „Aktionsformen der Friedensbewegung“. Dabei forderte „Büro“-Mitglied Gunnar MATTHIESSEN die „Einheit der verschiedenen Aktionsansätze von Krefelder Appell, Demonstration und Blockade“. Im November veranstaltete das KFAZ in Köln ein weiteres Seminar über „Perspektiven und Aufgaben der Friedensbewegung '84“. In der KFAZ-„Schriftenreihe“ erschienen u. a. folgende Hefte: „13 Generale für den Frieden: Zehn Fragen und Antworten“, „Zur Friedensdiskussion in der evangelischen und katholischen Kirche“, „120 Anregungen für Friedensaktionen“ und „Der Antikommunismus als Haupthindernis bei der Arbeit für Frieden und Abrüstung“.

Das KFAZ wirkt – vertreten durch seine beiden „Büro“-Mitglieder Achim MASKE (WFR-Präsidium) und Gunnar MATTHIESSEN (WFR) – im bundesweiten „Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen“ mit. Dort sind noch zwei weitere „Büro“-Mitglieder tätig: Mechtild JANSEN als Repräsentantin der Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ und Klaus MANNHARDT als Vertreter der DFG-VK.

1.4.4 „Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V.“ (DFG-VK)

Die DFG-VK, im November 1974 mit Unterstützung der DKP als Zusammenschluß zweier Wehrdienstgegnerorganisationen gegründet, blieb mit mehr als 20 000 Mitgliedern größte kommunistisch beeinflusste Organisation. Gleichzeitig ist sie unter den DKP-beeinflußten Vereinigungen diejenige mit dem höchsten Anteil an nichtkommunistischen Mitgliedern. Trotz wachsender innerverbandlicher Opposition konnte die DKP ihren Einfluß in Führungsgremien der DFG-VK wahren: Im Bundesvorstand arbeiteten auch 1983 Kommunisten maßgeblich mit; zwei von ihnen – Gregor WITT (Referat „Dokumentation und Information“) und Rolf BREUCH (Referat „Abrüstung“) – gaben ihre DKP-Mitgliedschaft offen zu erkennen. Der Bundesvorsitzende Klaus MANNHARDT gehört dem „Büro“ des KFAZ und dem sowjetisch gesteuerten WFR an. Der kommunistische Einfluß in den Untergliederungen der DFG-VK ist nach wie vor sehr unterschiedlich.

Einzelne Landesverbände und Gruppen, die sich dem „radikalpazifistischen“ Flügel des Verbandes zugehörig fühlen, arbeiten zugleich im „Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen“ (BAF) mit. Anhänger der „Radikalpazifisten“ kamen im Verlauf des Jahres zu mehreren gesonderten Treffen zusammen und riefen eine „Bundeskoordination der Radikalpazifisten in der DFG-VK“ ins Leben. Ihre Wortführer forderten im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung „radikalere“ Aktionsformen mit „tatsächlichem Behinderungscharakter“. Sie übten auch massive Kritik – z. T. von extremistischen Positionen aus – an der „Minimalkonsens“-Politik des Bundesvorstandes, die den Eindruck erwecke, die DFG-VK sei „im DKP-KFAZ-Spektrum verfestigt“ (z. B. „DFG-VK-intim“, Nr. 1/1983). Die Verbandsmehrheit jedoch bewies ihre einseitige Orientierung mit ihrem Fernbleiben von der „Zweiten Konferenz für europäische Atomare Abrüstung“ (9. bis 14. Mai in Berlin [West]). Zur Begründung führte sie an, „beschlossener Schwerpunkt“ für die DFG-VK sei der Kampf gegen die NATO-Nachrüstung („Zivil Courage“, Nr. 2/1983).

Der DFG-VK-Bundesvorstand, der Kontakte zum „Friedensrat der DDR“ und zum „Sowjetischen Friedenskomitee“ pflegt, betrachtete es auch 1983 als seine „Hauptaufgabe“, innerhalb der Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung „integrierend, mobilisierend und orientierend“ zu wirken. Auf der „3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ am 16./17. April in Köln wurde die DFG-VK als eine der sechs geschäftsführenden Organisationen des „Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen“ bestätigt.

Aktiv blieb die DFG-VK auch in der von ihr mitinitiierten Kampagne zur Schaffung „atomwaffenfreier Regionen“ (Städte, Straßen, Betriebe, Schulen, Kasernen usw.). Das DFG-VK-Festival „Jugend gegen Kriegsdienst – Leben ohne Atomwaffen“ vom 17. bis 19. Juni in Hamm zog nur 8000 Besucher an und verursachte ein Defizit von 80 000,- DM. Wiederholt beklagten DFG-VK-Funktionäre, der Verband zeige kaum eigenständiges Profil und drohe „in der Friedensbewegung verschlissen zu werden“. Deshalb verbreiteten sie intern Diskussionspapiere für ein „Heißes Frühjahr“ und propagierten eine „Werbekampagne zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung als Methode des zivilen Ungehorsams“, um so die „Bedarfsplanung“ der Bundeswehr „unmöglich zu machen“. Der Bundesvorstand erklärte diese Kampagne zum Aktionsschwerpunkt für 1984.

1.4.5 „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)

Die 1975 mit Unterstützung der DKP gegründete DFI bekräftigte auch 1983 ihren bündnispolitischen Grundsatz: „Abgrenzung, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Antikommunismus machen wir nicht mit“ („Arbeitsgrundlage“, Köln 1983, S. 8). In ihrem Leitungsgremium, dem „Zentralen Arbeitskreis“, wirken seit Jahren Kommunistinnen und Funktionärinnen DKP-beeinflußter Vereinigungen maßgeblich mit. Die DFI-Anhängerinnen – „Sozialdemokratinnen, Kommunistinnen, Grüne und parteilose Frauen“ („Politische Stellungnahme des Zentralen Arbeitskreises der DFI anläßlich der Bundestagswahlen“) – haben sich ohne feste Mitgliedschaft in mehr als 100 Ortsgruppen zusammengefunden. Mit „frauenspezifischen“ Losungen beteiligten sie sich an den auch von Kommunisten geförderten Kampagnen, insbesondere am „Frauenfriedenskampf gegen neue US-Atomraketen und gegen eine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr“ (DFI-Organ „Wir Frauen“, Nr. 3/1983). Die mit der DFI verbundene Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir

1 H 5755 F
 Nr. 2 März/April 1983
 9. Jahrgang
 DM 2,-

Zivil courage

FRIEDENSZEITUNG

1/1983

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Aus dem Inhalt
 S. 2
 Rüstung und Soziales
 S. 3
 Verhandlungen in Genf
 S. 4

**Darum geht es 1983!
 Die Stationierung
 der neuen Atomraketen verhindern**

Der Auftritt von US-Vizepräsident Bush bei dem Genfer Vierpartei-Vertrag, die über die Stationierung von Atomraketen in Europa verhandelt werden, ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Abrüstung. Die Stationierung von Atomraketen in Europa ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Abrüstung.

Wir Frauen

Demokratische Fraueninitiative

Juli/Aug. - Nr. 4/83 - DM 2,-

Die Bundeskonferenz der 13.1.1983...
 Die Bundeskonferenz der 13.1.1983...
 Die Bundeskonferenz der 13.1.1983...

Abrüstungsinfo

Argumente, Dokumente, Informationen

Herbeigeführt von
 Deutsche Friedensliga
 1983

Die völkerrechtlichen Vorschläge und der Streit der Bonner Parteien

Kein Eiertanz um die Raketen!

Antimilitaristischer Buch Basar

Katalog 83/84

Über 18
 Vorträge
 über
 die
 Abrüstung
 und
 die
 Friedensbewegung

3,7 Millionen Unterschriften
 Wichtig mehr als 2 Jahre...
 Wichtig mehr als 2 Jahre...
 Wichtig mehr als 2 Jahre...

cuba libre

Informationen der Freundschaft BRD-Kuba - Nr. 3 - Okt. 1983 - 3,- DM

antifaschistische rundschau

Nr. 0/ Dezember 1983
 Mitgliederzeitschrift der VVN - Bund der Antifaschisten



SS-HIAG mit
 zwei Gesichtern
 Rüstungsprojekt
 „Ringeltaub“

Schriften DKP -
 -ter Organisationen

sagen Nein!“ – von „autonomen“ Frauengruppen als „weibliches Kofaz-Spektrum“ bezeichnet (z. B. „Arbeiterkampf“, Nr. 235) – ist durch die DFI-Vorsitzende Mechtild JANSEN (Mitglied des „Büros“ des KFAZ und des WFR) im bundesweiten „Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen“ vertreten.

1.4.6 „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ)

Die auf Initiative der DKP 1972 gegründete VDJ vereinigt etwa 800 Mitglieder in 26 Regionalgruppen. Vier der acht Mitglieder des VDJ-Sekretariats engagierten sich in der Vergangenheit für kommunistische Organisationen, die übrigen sind gleichzeitig Funktionäre anderer kommunistisch beeinflusster Vereinigungen.

In zahlreichen Publikationen und auf Veranstaltungen versuchte die VDJ, die NATO-Nachrüstung als verfassungs- und völkerrechtswidrig darzustellen. Der VDJ-Bundesvorsitzende Professor Norman PAECH, der – wie er schrieb – als „Sozialdemokrat“ ein Grußschreiben an den DKP-Parteitag (Januar 1984) richtete, setzte sich für Massendemonstrationen gegen die Nachrüstung und Blockaden militärischer Anlagen ein. Falls das Bundesverfassungsgericht den Stationierungsbeschluß sanktioniere, müsse man „über einen Generalstreik nachdenken“ (DFU-„Abrüstungsinfo“, Nr. 5/1983). Auf einer u. a. von der VDJ ausgerichteten Konferenz „Recht, Justiz und Faschismus“ am 19. November in Frankfurt/M. stellte PAECH – so das DKP-Zentralorgan (UZ vom 25. 11. 1983) – den „Widerstand“ gegen die NATO-Nachrüstung in die „Kontinuität des Widerstands gegen den Faschismus“.

Im Verlauf des Jahres legte die VDJ einen Diskussionsbeitrag „Zur rechtspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Darin wird dem Bundesverfassungsgericht vorgeworfen, es habe den „antifaschistischen“ und „antimonopolistischen“ Auftrag des Grundgesetzes und die freiheitliche demokratische Grundordnung „mißinterpretiert“.

1.4.7 Sonstige orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen

Zahlreiche andere Organisationen, in denen Kommunisten und deren Sympathisanten bereits seit Jahren tätig sind, unterstützen ebenfalls die Bemühungen der DKP, unterschiedliche Zielgruppen für kommunistische Nahziele anzusprechen. Beispielhaft sind zu nennen: „Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK), „Arbeitsausschuß“ der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi). Einzelne von Kommunisten beeinflusste Gesellschaften für „Freundschaft“ zwischen sozialistischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, z. B. die „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V.“ und die Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam e. V.“, riefen wiederum zur „Solidarität“ mit „revolutionären“ Regimen auf.

2. Bündnispolitik

Um über die angestrebte „Massenbasis“ zu größerem politischen Einfluß zu gelangen, bemüht sich die DKP, auch mit nichtkommunistischen Kräften zusammenzuarbeiten, „Bündnisse“ einzugehen.

Bei ihrer Bündnispolitik, einem „fundamentalen Bestandteil der Strategie der revolutionären Arbeiterbewegung“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 174), ist die DKP gezwungen, aus taktischen Gründen auf Vorstellungen potentieller Bündnispartner einzugehen. Deshalb formuliert sie Forderungen, denen Demokraten ebenfalls zustimmen können, und übernimmt auch deren Vorstellungen, soweit sie mit kommunistischen Nahzielen vereinbar sind.

Dabei wollen die Kommunisten „selbst die kleinsten gemeinsamen Ansätze“ nutzen und „äußerst zurückhaltend sein“, um zu Bündnissen zu kommen (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 159). Entscheidende Bedingung für die DKP ist jedoch, daß die gemeinsamen Forderungen geeignet sind, die kommunistischen Positionen zu verbessern und die „Heranführung an weitergehende Ziele zumindest nicht behindern“ (UZ-EXTRA vom 17. 3. 1983, S. 29). Die Kommunisten lassen keinen Zweifel, daß das „punktuelle Zusammenwirken“ langfristig in „umfassendere“ Bündnisse, die „auf grundsätzliche antimonopolistische Umgestaltung gerichtet“ sind, einfließen soll (ebenda, S. 185). In diesem Sinne – so ein Mitglied des DKP-Präsidiums – bestehe die „Kunst revolutionärer Politik“ darin, das „Nächstliegende richtig zu erfassen, den Kampf darum zu organisieren“ („kürbis-kern“, Nr. 2/1983, S. 64).

„Hauptfelder“ der Bündnispolitik sind für die DKP gegenwärtig „Bürgerinitiativen und demokratische Bewegungen für Frieden und Abrüstung, für die Verteidigung demokratischer Rechte, für soziale und kulturelle Anliegen, für die Rechte der Frau und den Umweltschutz“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 185). Die bündnispolitischen Ansätze der Kommunisten werden dabei durch solche nicht-extremistischen Gruppen begünstigt, die sich einem wesentlichen Element des Leninschen „Kompromisses“ – dem „Aussparen der strittigen Fragen“ (UZ-Extra vom 1. 9. 1983, S. 20) – nicht widersetzen und auf einen „Minimalkonsens“ festlegen lassen, der kommunistische Nahziele fördert. Obwohl die DKP vorgibt, sie erhebe bei Bündnissen keinen Führungsanspruch und sei zu „gleichberechtigter, partnerschaftlicher“ Zusammenarbeit bereit, weiß sie sich dennoch zur Führung berufen: als marxistisch-leninistische Partei „mit dem Wissen um den gesellschaftlichen Gesamtprozeß ausgerüstet“ könne sie „richtige politische Schlußfolgerungen“ ziehen (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 203; „praxis“, Nr. 3/1983). Die DKP strebt vor allem zwei Bündnisformen an:

- die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, d. h. die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und parteilosen Arbeitern
- das „breite antimonopolistische Bündnis“ („Volksfront“), das sich gegen den „Hauptfeind“, das „Monopolkapital“, richtet und aufbauend auf der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ Intellektuelle und „bürgerliche“ Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern einbezieht.

Da die DKP die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ sein will, blieb Kernstück ihrer Bündnispolitik die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, die gleichzeitig den „Kristallisationspunkt“ für „breite demokratische Bündnisse“ („Volksfront“) bilden soll. Der Begriff „Volksfront“ wird in der bündnispolitischen Agitation der DKP nicht verwandt. Teile der Bevölkerung verbinden damit die „Volksfront“, auch „Nationale Front“ genannt, die den kommunistischen Parteien in den „Volksdemokratien“ als Werkzeug bei der Machtergreifung diente und noch heute ihre Diktatur absichern hilft.

Zur Förderung der kommunistischen Bündnispolitik erscheint ab Oktober wö-

Floß de Cologne, letzte Tour

F 2336 CX 14

Donnerstag, 7. April 1983
31. Jahrgang - Einzelpreis BRD
1,80 DM, Frankreich 8 F.

Deutsche Volkszeitung

Wochenzeitung für demokratischen Fortschritt

Grenada
Neues aus Reagan
Ankündigung Ge
hänge Luftnahme
von einer nicht gene
men Lösung.

DVZ-Gespräch
mit Prof. Sigrid Kurz
Zum Unisongang der
DVZ am 17. April im
Köln. SEITE 8

Weltmonopol
Kooperation
Monopol
SEITE 8

Australien
Für einen alomwaffen
freien Blick im Pazifik
Ein Interview mit Ken
Enders Mitglied der
Austral. SEITE 8

„Die sich des Vergangene
erinnern sind dazu
verurteilt, es noch
einmal zu erleben“
Santayana, Philoso

ist
möglich !!

Loß dich nicht vers

Erscheinen eingestellt Ende
September 1983

Wir bieten den verschiede-
nen politischen Kräften die Mög-
lichkeit, Positionen zu diskutieren,
sich kennenzulernen und einander
ernst zu nehmen. Die Zeitung ist aber
nicht nur Forum, sondern beteiligt sich
selbst an der Diskussion, ergreift Par-
tei. Sie fördert das Einigende, ist un-
duldsam gegen alles Inhumane, un-
duldsam gegenüber dem Antikommun-
ismus, aber geduldig im Bemühen
um Diskussion und Verständigung.
Unser Beitrag zur Diskussion ist die
Erkenntnis, daß das Grundübel, von
dem alle Gefahr bis zur Möglichkeit
der Vernichtung unseres Planeten aus-
geht, der Privatbesitz an Produk-
tionsmitteln ist.

4573 C
Postvermerk
Gebühr bezahlt
Einzelpreis DM 1,80

Deutsche Volkszeitung die tat

Nummer 4 (45)
Aktionswoche
Mit Reportagen, Berichten, Analysen,
Dokumenten, Kommentaren informieren

Dilettantismus
und/oder Kunst? Hans Platschek,
Stefan Siegart, Detlev Grumbach
diskutieren. SEITE 9

Frieden im Fernsehen
Ein NDR-Redakteur berichtet von
Diskussionen und Aktionen
während der Aktions-

Rechtfertigung

Neue kommunistische
Bündniszeitung

Wochenzeitung für Demokratie und Frieden

Freitag, 28. Okt.

chentlich die „Deutsche Volkszeitung/die tat“ (DVZ/die tat) mit einer Auflage von etwa 30 000 Exemplaren; hervorgegangen aus den bislang selbständigen Wochenzeitungen „die tat“ (Sprachrohr der VVN-BdA – vgl. Nr. 1.4.1) und „Deutsche Volkszeitung“ (Sprachrohr der DFU – vgl. Nr. 1.4.2). Zwei Drittel der Redakteure der neuen Bündniszeitung sind Kommunisten. Die Zeitung will ein „Forum für die demokratischen Bewegungen“ bilden, die „Friedensbewegung“ in den „Mittelpunkt“ ihrer Arbeit rücken, „Partei“ ergreifen und „unduldsam gegenüber dem Antikommunismus“ sein („die tat“ vom 5. 8. 1983, „Editorial“ in der Nullnummer „DVZ/die tat“ vom 6. 9. 1983).

Die Kommunisten bewerteten auch 1983 die Ergebnisse ihrer Bündnispolitik positiv; ihr „Einfluß“ sei „gewachsen“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 20) und gehe „über ihre zahlenmäßige Stärke und ihre Stimmanteile bei Wahlen hinaus“ (UZ vom 25. 3. 1983). Vor allem in der „Friedensbewegung“ sei eine „neue Qualität“ zu beobachten; die Partei werde nunmehr „als wichtiger Partner in der Friedensbewegung anerkannt“ („praxis“, Nr. 2/1983). Dies zeuge von einer „neuen, von antikommunistischen Berührungsängsten freieren, demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik“ („rote blätter“, Nr. 11/1983).

2.1 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

Da die DKP auch 1983 in einer Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten den „Kern“ der „Aktionseinheit“ sah, blieben die Sozialdemokraten hauptsächliches Ziel ihrer Bündnispolitik. Wie in den Vorjahren bemühte sich die DKP dabei, vorwiegend mit einzelnen SPD-Mitgliedern und SPD-Gliederungen zusammenzuarbeiten („Aktionseinheit von unten“), bot aber auch der SPD-Führung die Zusammenarbeit an („Aktionseinheit von oben“). Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES signalisierte nach den Bundestagswahlen im März, das Verhältnis zur „SPD als Oppositionspartei“ könne nicht mehr „ganz das gleiche“ sein wie zur SPD als Regierungspartei; die SPD habe die Unterstützung der DKP, falls sie im Deutschen Bundestag eine „kämpferische Position zur Vertretung von Arbeiterinteressen“ einnehme (UZ-EXTRA vom 24. 3. 1983, S. 31 und 34). „Vorprogrammierte“ Anlässe für die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten sah die DKP bei „Ostermärschen für Frieden und Abrüstung“, im Kampf um Arbeitsplätze, gegen „Sozialabbau“, um die Verhinderung der Volkszählung, gegen den „Abbau demokratischer Rechte, gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus“ (UZ-EXTRA a. a. O., S. 10).

Als besonderen Erfolg ihrer Bemühungen stellte die DKP die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung heraus: Mit der „Hinwendung“ zur „Friedensbewegung“ sei der „unselige Beschluß der SPD“, der die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten untersage, „faktisch außer Kraft gesetzt“; solches Zusammenwirken könne zu einer „größeren Veränderung der politischen Landschaft“ führen (UZ vom 10. 11. 1983). Weitere Beispiele der Zusammenarbeit zeigten sich nach Auffassung der DKP in der Betriebsarbeit, wo der „Unvereinbarkeitsbeschluß“ des SPD-Vorstandes niemals voll wirksam geworden sei („Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 10/1983, S. 1355), ferner bei Aktionen gegen „Berufsverbote“ und in der „Antifaschismuskampagne“. In einigen Fällen arbeiten Sozialdemokraten in kommunistisch beeinflussten Organisationen auch auf höherer Ebene mit, so z. B. im „Büro“ des KFAZ (vgl. Nr. 1.4.3), im zentralen „Arbeits-

ausschuß" der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (vgl. Nr. 2.7) sowie in Vorständen DKP-beeinflußter Freundschaftsgesellschaften mit sozialistischen Ländern.

Die Politik der „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten wurde im Berichtsjahr vom „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) unterstützt. Sein marxistisches Grundverständnis sowie Strategie und Taktik stimmen weitgehend mit orthodox-kommunistischen Vorstellungen überein. Der Verband bezeichnete auf seiner 24. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung vom 7. bis 9. Oktober in Siegen den „Kampf um die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten“ heute als wichtiger denn je. Er bekräftigte seine „Aktionseinheit“ mit dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) und versprach, als „Studentenverband im Spektrum der Sozialdemokratie“ darum bemüht zu bleiben, „das Prinzip der Aktionseinheit auch in der SPD zu verankern“. Als Weg nannte er seinen etwa 2000 Mitgliedern, die nach Verbandsangaben zu 70 % der SPD angehören: „Arbeit in der SPD und Kampf um diese Partei“ (SHB-Organ „frontal“, Extraausgabe zur VDS-MV, Nr. 4).

2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

Die Bemühungen der DKP, den DGB und seine Einzelgewerkschaften zu unterwandern, um sie in Instrumente des „Klassenkampfes“ zu verwandeln, hielten unvermindert an. Dabei glaubt die DKP, im Aufwind zu sein: Zwar gebe es noch – insbesondere in den Führungen einiger Gewerkschaften – einen starken Einfluß der „sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte“, doch wachse das Potential „sich an Klassenpositionen ausrichtender und nach gesellschaftlichen Veränderungen strebender Gewerkschafter“ („Marxistische Blätter“, Nr. 5/1983, S. 35).

Aufgabe der Kommunisten sei es, „diese notwendigen gewerkschaftlichen Klärungsprozesse zu verstärken“ (UZ-EXTRA vom 24. 3. 1983, S. 16/17). Einen wichtigen Ansatzpunkt sieht die DKP dabei in der Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen nach der 35-Stunden-Woche. Das DKP-Mitglied Gisela KESSLER, Frauensekretärin des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, sagte dazu auf einer DKP-Veranstaltung, der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen werde „mit dem Kampf um gesellschaftliche Veränderungen“ verbunden („Marxistische Blätter“, Nr. 5/1983, S. 72/74). Die DKP bekräftigte, für ihre Mitglieder sei es eine „selbstverständliche Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen“ (GERNS/STEIGERWALD, a. a. O., S. 172). Die orthodoxen Kommunisten, die – anders als Angehörige der „Neuen Linken“ – nicht von gewerkschaftlichen „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ betroffen sind, gaben allerdings zu erkennen, daß sie nach wie vor nur vordergründig zu den Gewerkschaften stehen und deren Beschlüsse in geteilter Loyalität praktizieren. So diffamierten sie Gewerkschaftsbeschlüsse, die nicht der DKP-Linie entsprachen, als „sozialpartnerschaftlich“ und warfen Teilen der Gewerkschaftsführung „Anpassung“ statt „kämpferischer Interessenvertretung“ vor (UZ-EXTRA vom 24. 3. 1983, S. 16). In ihrer Gewerkschaftsarbeit bestärkt fühlt sich die DKP durch den Beschluß der größten Einzelgewerkschaft, auch Kommunisten hätten „ihren Platz in der IG Metall“, daran lasse man „nicht rütteln“ (Beschluß 157 des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 9. bis 15. Oktober 1983 in München).

Die DKP war bemüht, die Forderung nach einem „politischen Streik“ gegen die

NATO-Nachrüstung anzuheizen; dem DGB-Bundesvorstand, der diese Forderung ablehnte, wurde vorgeworfen, „bisher mehr mit Generalstreiks in Polen sympathisiert“ zu haben („Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Nr. 6/1983). Gleichzeitig wurden ihm anderslautende Anträge aus Einzelgewerkschaften entgegengehalten. In einer internen Anweisung bekräftigte die DKP, während der „Aktionswoche“ gegen die NATO-Nachrüstung stehe für sie der 19. Oktober (Tag des „Widerstands der Arbeiter und Angestellten“) „absolut im Vordergrund“. Empfohlen wurden: „Soweit erreichbar politische Warnstreiks (½ Std., 1 Std.) . . . wenn noch nicht soweit, dann wenigstens anstreben: Diskussionspausen“. Trotz eines hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades ihrer Mitglieder (nach eigenen Angaben 85 Prozent) konnte die DKP bei den zahlreichen Gewerkschaftskongressen des Jahres 1983 in den obersten Führungsgremien keine zusätzlichen Positionen besetzen. Mit Erfolg verstärkte die Partei jedoch ihre Bemühungen, auf offizielle Publikationen der Gewerkschaften Einfluß zu nehmen. So veröffentlichte die „Hamburger Lehrerzeitung“ zunehmend Artikel von kommunistischen Redaktionsmitgliedern. Herausgeber der Zeitschrift ist der Landesbezirk Hamburg der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW), in deren Landesvorstand auch Kommunisten mitarbeiten. Die von drei Mitgliedern des DKP-Parteivorstands und einem langjährigen DFU-Funktionär herausgegebenen „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die sich vornehmlich an Gewerkschaftsfunktionäre wenden, konnten ihre in den letzten Jahren bereits brüchig gewordene Isolation in Gewerkschaftskreisen überwinden: Im November trat der ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier dem Herausgeberkreis bei. Die „Nachrichten“, die im Impressum ausschließlich Kommunisten als Redakteure ausweisen, erscheinen monatlich in einer Auflage von mehr als 7000 Exemplaren in der „Nachrichten-Verlags GmbH“, Frankfurt/M., die der DKP-beeinflußten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ angehört. Dementsprechend hatte der DGB-Vorsitzende die Gewerkschaftsgliederungen im Jahre 1970 über den kommunistischen Hintergrund der Zeitschrift unterrichtet.

2.3 Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung

Den Vorgaben von KPdSU und SED entsprechend blieb der „Friedenskampf“, die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung, „wichtigste“ Aufgabe kommunistischer Politik. Um die Basis der Protestbewegung zu verbreitern, verbanden die Kommunisten unter der Parole „Arbeitsplätze statt Raketen“ zunehmend das Arbeitslosenproblem mit den Zielen ihres „Friedenskampfes“. Sie bemühten sich, „den Friedenskampf noch stärker in die Betriebe (zu) tragen“ („praxis“, Nr. 2/1983). Zu einer bundesweiten Anlaufstelle für „betriebliche Friedensinitiativen“, deren Arbeit die DKP verstärktes Augenmerk schenkte, wurde eine Dortmunder Initiative. Zu ihren wenigen Aktivisten gehören zwei DKP-Bezirksfunktionäre. Angehörige der „Neuen Linken“ beklagten, die betriebliche „Friedensarbeit“ sei „weitgehend der DKP“ überlassen worden, die dort einen „vorherrschenden politischen Einfluß“ gewonnen habe („Roter Morgen“ vom 18. 11. 1983).

Um einerseits ihren Einfluß auf zahlreiche Aktionen gegen die Nachrüstung zu verschleiern, ihn andererseits aber auch zu verbreitern, bediente sich die DKP wiederum von ihr beeinflusster oder beherrschter Organisationen, insbesondere – der „Deutschen Friedens-Union“ (DFU) – vgl. Nr. 1.4.2,

- des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) – vgl. Nr. 1.4.3,
- der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) – vgl. Nr. 1.4.4,
- der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) – vgl. Nr. 1.4.1.

Mit Unterstützung dieser Organisationen gelang es der DKP, in mehreren Bundesländern Koordinierungsausschüsse für örtliche und regionale „Friedensinitiativen“ zu bilden und – z. T. bestimmenden – Einfluß auf deren Aktionsplanungen zu nehmen.

Zu den hervorzuhebenden Großaktionen der von Kommunisten unterstützten Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung zählten die „Ostermärsche 1983“ und die „Herbstaktionswoche“ vom 15. bis 22. Oktober. Bei den „Ostermärschen“ und den sie begleitenden „direkten gewaltfreien Aktionen“ (Blockaden) an Militärstandorten demonstrierten bundesweit etwa 250 000 – nach Angaben der Veranstalter etwa 785 000 – Personen. Auf größeren zentralen Kundgebungen – z. B. Essen, Bochum, Köln und Hamburg – traten mindestens 17 führende Funktionäre der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen als Redner auf. Alle Kontaktadressen für die zwölf „Schwerpunktkundgebungen“ hatten einen eindeutigen Bezug zur DKP oder ihren Vorfeldorganisationen; bundesweite „Zentrale Informationsstelle Ostermarsch“ war das Büro der DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen. Die Besetzung zentraler organisatorischer Funktionen mit aktiven, teilweise hauptamtlichen kommunistischen oder prokommunistischen Funktionären erleichterte es der DKP mit ihrem Umfeld, ihre Position des „Minimalkonsenses“ durchzusetzen, d. h. als Hauptstoßrichtung der „Ostermärsche“ den Kampf gegen die NATO-Nachrüstung festzulegen, hingegen die für orthodoxe Kommunisten nicht konsensfähigen Positionen (z. B. sowjetische Aufrüstung, Afghanistan, Polen, Menschenrechte in der Sowjetunion) in Diskussionen und Aktionen weitgehend auszuklammern. Nach Abschluß der Aktionen würdigte der DKP-Vorsitzende Herbert MIES die „Eindeutigkeit“ der Forderungen der „Ostermarschierer“; die „Ostermärsche“ hätten bewiesen, „welche Kraft die Friedensbewegung entwickeln kann, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne, Christen und Liberale an einem Strang ziehen“ (UZ vom 6. und 20. 4. 1983).

Begünstigt durch die Vielfalt und mangelnde organisatorische Struktur weiter Teile der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung konnte die DKP mit ihrem Umfeld – die größte geschlossen handelnde Kraft im organisierten Teil der Bewegung – auch frühzeitig Einfluß auf die Koordinierungsgremien für die „Herbstaktionswoche“ gewinnen. In einem internen „Leitfaden“ hatte die DKP die Vorbereitung dieser „Herbstoffensive“ zum „Schwerpunkt der Parteilarbeit“ erklärt. Kommunisten und Funktionäre ihrer Vorfeldorganisationen arbeiteten sowohl im bundesweiten „Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen“ (26 Organisationen) als auch in dessen im Dezember aufgelöster Geschäftsführung (sechs Organisationen) mit. In den meisten für die einzelnen „Widerstandstage“ eingerichteten Arbeitsgruppen konnten sie wichtige Funktionen besetzen. Bei der Planung und Koordinierung der „Herbstkampagne“ in Norddeutschland hatte die DKP mit ihren Neben- und den von ihr beeinflussten Organisationen eine einflußreiche Stellung. Mit Tarnung und effektiver Mobilisierung konnten orthodoxe Kommunisten und

UZ unsere zeit

Die Zeitung der...

15. Jahrgang Nr. 64

DKP - Friedensbewegung

ROHRE STATT RAKETE

Wir wollen in Frieden arbeiten

DKP in Aktion

933 mahnt: **Aktions-einheit** gegen Raketen

933 mahnt: **Aktions-einheit** gegen Raketen DKP

933 mahnt: **Aktions-einheit** gegen Raketen DKP

933 mahnt: **Aktions-einheit** gegen Raketen DKP

sozialismus und Frieden

gehört zu uns

DKP

UZ unsere zeit

Die Zeitung der...

15. Jahrgang Nr. 58

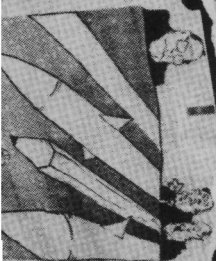
UJZ

Unsere Zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

50 Pfennig

**Arbeit &
Moneten**



**statt
Rotstift
& Diktier**

ihre Sympathisanten sich auf Regionalkonferenzen und in koordinierenden Gremien ein Übergewicht sichern. Im süddeutschen Koordinierungsausschuß blieben DKP-orientierte Kräfte hingegen in der Minderheit, z. B. in dem Streit um die Einladung eines DDR-Schriftstellers. Allerdings wurden sie auch dort als gleichberechtigte Partner akzeptiert. Durch geschicktes Taktieren gelang es ihnen zudem, auch im Stuttgarter „Aktionsbüro“ wichtige Funktionen zu besetzen. So zeichnete für das „Sonderkonto Herbst '83“ ein von der DFU abgestelltes DKP-Mitglied verantwortlich.

Die „Herbstaktionswoche“ wurde zu einem „massenwirksamen“ Höhepunkt der Proteste gegen die Nachrüstung. An den abschließenden „Volksversammlungen für den Frieden“ am 22. Oktober in Bonn, Hamburg, Stuttgart/Neu-Ulm und Berlin (West) beteiligten sich insgesamt etwa 650 000 – nach Angaben der Veranstalter rd. 1,5 Millionen – Personen. Die Masse der Teilnehmer identifizierte sich nicht mit kommunistischen Zielen. Von den rund 30 deutschen Rednern auf den „Volksversammlungen“ gehörten allerdings etwa ein Viertel der DKP und ihren Vorfeldorganisationen an, während fünf Redner Gruppen der „Neuen Linken“ zuzurechnen waren. Das Präsidium der DKP erklärte, die Kommunisten hätten in die „Aktionswoche“ „gemeinsam mit vielen anderen ihre politische und organisatorische Kraft eingebracht“ (DKP-Pressedienst vom 27. 10. 1983).

Grundlage kommunistischer „Friedensaktivitäten“ war auch 1983 der im „Krefelder Appell“ formulierte „Minimalkonsens“ gegen die NATO-Nachrüstung. Die Kampagne zum „Krefelder Appell“, als deren Träger nach außen unverändert die „Krefelder Initiative“ auftritt, wurde Ende 1980 von der DFU in Gang gesetzt und seither von Kommunisten und Nichtextremisten – häufig im Bündnis – gefördert. Unterstützung erfuhr sie wiederum durch berufsspezifische „Friedensinitiativen“, die zwar überwiegend Nichtextremisten in ihren Reihen vereinen, bei der Organisation ihrer Veranstaltungen oder sonstiger Aktionen jedoch häufig auf die Hilfe der DKP und der DFU angewiesen sind oder deren Mitwirkung dulden.

So wurden die Veranstalter des Kongresses „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung“ am 2./3. Juli in Mainz auf Veranlassung der „Krefelder Initiative“ von einem hauptamtlich tätigen DKP-Mitglied aus dem „Büro“ Josef WEBER (Mitglied des DFU-Direktoriums und „Mitinitiator“ des „Krefelder Appells“) unterstützt; für die „lokale Vorbereitungsgruppe“ zeichnete die DFU-Landesgeschäftsführerin Rheinland-Pfalz verantwortlich. Die bundesweite Initiative „Künstler für den Frieden“ (verantwortlich: Irmgard SCHLEIER, DFU) und das „Hamburger Forum“ (verantwortlich: Ingrid KURZ, Mitglied des DFU-Direktoriums) planten das von der DKP organisatorisch mitgetragene Großfestival „Künstler für den Frieden“ am 3./4. September in Hamburg, das an beiden Tagen jeweils mehr als 20 000 Besucher anzog. Die Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“, in deren Kern Kommunisten und Funktionäre ihrer Vorfeldorganisationen mitwirken, war Mitveranstalter des „2. bundesweiten Pädagogen-Friedenskongresses“ am 10./11. September in Köln. Zur Zusammenfassung der „berufsspezifischen Argumente“ gegen die NATO-Nachrüstung veranstaltete die „Krefelder Initiative“ am 17. September in Bonn ihr „3. Forum“. In einem „Bonner Manifest“ erklärten die etwa 500 Teilnehmer den „Widerstand“ gegen die Nachrüstung zur „Bürgerpflicht“. Die Zahl der zum „Krefelder Appell“ gesammelten Unterschriften wurde auf dem Forum mit fünf Millionen angegeben. Diese Zahl dürfte weit überhöht sein.

Um den Anschluß an weitergehende Aktionsvorstellungen des „unabhängigen/ autonomen“ Flügels der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung nicht zu verlieren, praktizierten orthodoxe Kommunisten und von ihnen beeinflusste Organisationen neben den von ihnen gegenwärtig bevorzugten „demonstrativen“ und „appellativen“ Protestformen zunehmend auch Aktionen des „direkten gewaltfreien Widerstandes“. Für Blockadeaktionen bildeten sie bisweilen eigene „Bezugsgruppen“.

Rufe nach einer „Ausgrenzung“ der DKP und ihrer „Subsysteme“ aus der „Friedensbewegung“, die noch auf Aktionskonferenzen des vergangenen Jahres laut geworden waren, verstummten fast vollständig. Befriedigt stellte die DKP fest, Versuche, mit Diskussionen über Polen und Afghanistan „die Friedensbewegung einzuengen bzw. unsere Partei ‚auszugrenzen‘“, seien „gescheitert“ („praxis“, Nr. 2/1983). Die „Einheit im Kampf gegen die Stationierung der US-Raketen“ – so ein Mitglied des DKP-Präsidiums – sei erhalten geblieben. Der DKP sei es gelungen, „diese Position als die Position der Friedensbewegung zu bewahren und zu entwickeln“ („Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1/1983, S. 105). Ohne die Kommunisten wären Größe, Breite und Einigkeit „bei gleichzeitig eindeutiger Stoßrichtung der Friedensbewegung nicht denkbar“ („jugendpolitische blätter“, Nr. 11/1983). Nach der Stationierungsentscheidung des Deutschen Bundestages im November mehrten sich innerhalb der Protestbewegung jedoch die Stimmen, die eine stärkere inhaltliche „Abgrenzung“ von den einseitigen Positionen der DKP – nicht jedoch deren „Ausgrenzung“ – forderten.

Obwohl die Linksextremisten auch 1983 nur eine Minderheit in der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung darstellten, waren sie in den organisierenden und koordinierenden Gremien der Bewegung unverhältnismäßig stark vertreten. Ohne ihr organisatorisches und finanzielles Engagement wären die Mobilisierungserfolge der „Friedensbewegung“ kaum möglich gewesen.

Die DKP würdigte diesen „Einsatz von Tausenden von Mitgliedern und Funktionären“ der Partei in der „Friedensbewegung“ (UZ vom 23. 9. 1983) und erklärte selbstbewußt:

„Im Kampf der linken und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ist die DKP ein unersetzlicher Faktor – durch ihre Organisationskraft und Organisiertheit, durch die Disziplin und den Elan ihrer Mitglieder...“ (UZ-Extra vom 17. 3. 1983, S. 9).

2.4 Kampagne gegen Arbeitslosigkeit

Die Bemühungen der DKP und der SDAJ, in Arbeitsloseninitiativen Fuß zu fassen und diese zugleich für den „Friedenskampf“ zu mobilisieren, blieben – von Ausnahmen abgesehen – auch 1983 ohne erkennbare Erfolge. Deshalb forderte die Parteiführung, die „Arbeitslosenarbeit“ verstärkt zum Bestandteil der „Leitungsarbeit auf allen Ebenen“ zu machen (UZ-Extra vom 1. 9. 1983, S. 13). Die Mitwirkung in Arbeitsloseninitiativen sei eine „marxistische Klassenpflicht“; notwendig sei eine „stärkere Organisation der Arbeitslosenbewegung und ihre Orientierung nach links“ („praxis“, Nr. 3/1983). Dazu wurden von der Partei eigene Arbeitsgruppen und Arbeitslosen-Ausschüsse eingerichtet (in denen jedoch allenfalls ein Prozent der Parteimitglieder aktiv sein dürften) sowie Arbeitslosenzeitungen herausgegeben. Um ihre unzureichende Verankerung in den Arbeitsloseninitiativen „vor Ort“ wettzumachen, bemühten sich die Kommunisten um Einfluß bei den

Versuchen einer bundesweiten Sammlung der Initiativen. Dabei konnten sie einzelne herausgehobene Funktionen besetzen. Während der von ihr unterstützten „Aktionswoche der Arbeitslosen“ vom 30. Mai bis 4. Juni, die mit einem „Solidaritätsmarsch“ (2000 Demonstranten) auf Bonn abschloß, agitierte die DKP mit einer Extra-Ausgabe ihres Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ).

2.5 „Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“

Die von Kommunisten beherrschte VVN-BdA war auch 1983 maßgeblicher Träger der Kampagne gegen „Faschismus“ und „Rechtsentwicklung“. Ihr Ziel blieb es, breite Bündnisse „gegen Rechts“ zu schaffen und das antitotalitäre Demokratieverständnis des Grundgesetzes auf dessen „antifaschistischen“ Gehalt zu reduzieren. Mit der Gleichsetzung der Begriffe „antifaschistisch“ und „demokratisch“ versuchen sich die Kommunisten – angeblich die „konsequentesten Antifaschisten“ – als die „konsequentesten Demokraten“ zu präsentieren. Gleichzeitig tragen sie ihren Mitgliedern auf, „entschieden jeglichem Antikommunismus und Antisowjetismus entgegen(zu)treten“ („effektiv“, Nr. 2/1982) und deren Kontinuität von den „Faschisten Goebbels und Hitler . . . über Adenauer bis heute zu Kohl und Reagan“ sichtbar zu machen (Dokumentation zum VVN-BdA-Bundeskongreß 1983, S. 135). Damit sollen „Antikommunismus“ und „Antisowjetismus“ als „faschistisch“ gebrandmarkt werden, um so Demokraten, die die Sowjetunion und den Kommunismus kritisieren, in das politische Abseits zu stellen. Die VVN-BdA stellte „mit Stolz“ fest, es habe kaum eine bekanntgewordene „neofaschistische“ Aktivität gegeben, die nicht mit einer „antifaschistisch-demokratischen Gegenaktion“ beantwortet worden sei; daran habe der Verband „ganz erheblichen Anteil“ (Dokumentation zum Bundeskongreß der VVN-BdA, S. 57, 145/146).

In ihrer „Antifaschismus“-Arbeit suchten DKP und Vorfeldorganisationen vor allem Sozialdemokraten, Gewerkschafter und demokratische Jugendorganisationen als Bündnispartner zu gewinnen. Herausragendes Beispiel waren die – als „Auftakt des verstärkten Kampfes gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen 1983“ geplanten – Demonstrationen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers am 29. Januar. Dem unter neutraler Kontaktadresse publizierten, tatsächlich jedoch vom Präsidium der VVN-BdA initiierten Aufruf eines „zentralen Trägerkreises“ – darunter führende Funktionäre der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen, aber auch mehrere Gewerkschaftsfunktionäre und Repräsentanten demokratischer Jugendorganisationen – folgten bundesweit etwa 50 000 Personen. Der Aufruf sei, so stellte die VVN-BdA fest, „ein gutes Hilfsmittel“ für ihre „Bündnisarbeit“ gewesen (ebenda, S. 58/59). Nachdem die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in der Öffentlichkeit auf Kritik gestoßen war, bekundete der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann GAUTIER „den mutigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären und anderen sozialdemokratischen Genossen“, die die „antikommunistischen Verleumdungen“ zurückgewiesen hätten, „Respekt und Solidarität“ (UZ vom 20. 1. 1983).

Wie in den Vorjahren führte der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“, in dem kommunistische Funktionäre maßgeblich mitarbeiten, am 3. September anlässlich des „Antikriegstages“ eine Gedenkveranstaltung an der Grabstätte sowjetischer Kriegsgefangener in Stukenbrock durch. Die DKP sah in den Kundgebungen des Arbeitskreises eine gute Gelegenheit,

„die Kontinuität der sowjetischen Friedenspolitik darzustellen und den Men-

schen deutlich zu machen, daß Frieden und Sozialismus zusammengehören“ (internes DKP-Schreiben).

2.6 „Antiimperialistische Solidarität“

Die DKP betrachtete auch 1983 Aktionen der „antiimperialistischen Solidarität“ als „unerläßlichen Bestandteil des Kampfes um den Frieden“ (UZ-Extra vom 1. 9. 1983). Bei ihren Bemühungen, demokratische Bündnispartner zu gewinnen, konnte sie sich auf das von ihr beeinflusste „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK) stützen, das einer der Hauptträger der Kampagne blieb. Ebenso wie die DKP-beeinflußte „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V.“ (FG), die nach eigenen Angaben „eine lange Tradition“ in der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberalen und Parteilosen hat („cuba libre“, Nr. 1/1983), bemühte sich das ASK, einen „ursächlichen Zusammenhang“ zwischen der „aggressiven Politik der USA in Lateinamerika und der Raketenstationierung in Westeuropa“ zu konstruieren (z. B. UZ vom 19. 10. 1983). ASK und FG arbeiteten auch 1983 im „Koordinierungskreis 3. Welt“ (KK3W) mit, der unter dem Namen „Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (BUKO) der Geschäftsführung des bundesweiten „Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen“ angehörte.

Schwerpunkte der „antiimperialistischen Solidarität“ waren Aktionen zum 10. Jahrestag des chilenischen Militärputsches im September und Proteste gegen das amerikanische Eingreifen auf der Karibikinsel Grenada, bei denen sich der 1982 unter maßgeblicher Beteiligung der DKP gegründete „Freundeskreis Grenada – BRD“ hervortat.

2.7 Kampagne gegen „Berufsverbote“

Hauptträger dieser Kampagne blieb die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, die sich bundesweit auf etwa 350 örtliche und regionale Komitees stützen kann. Etwa zwei Drittel der Mitglieder des zentralen „Arbeitsausschusses“ (Sprecherin: Ingrid KURZ, DFU-Direktorium) sind Kommunisten oder Funktionäre DKP-beeinflußter Organisationen. Die von ihm ausgerichtete „16. Aktionskonferenz gegen Berufsverbote“ am 25. September in Frankfurt/M. beschloß, die Zusammenarbeit mit ausländischen Komitees zu verstärken und für 1984 eine internationale Konferenz gegen „Berufsverbote“ einzuberufen. Der organisatorische Zusammenhalt der „Berufsverbotsinitiativen“ blieb durch die Unterstützung der DFU weitgehend gewahrt. Die bundesweite Initiative forderte vorrangig zur Teilnahme an „gewaltfreien Aktionen“ gegen die NATO-Nachrüstung auf, denn „Friedensbewegung“ und Protestbewegung gegen „Berufsverbote“ seien „zwei Seiten einer Medaille“ (u. a. Rundbrief vom 7. 7. 1983).

3. Betriebsarbeit

Für die DKP ist der Betrieb als „Ort des alltäglichen Klassenkampfes, des, wie Marx sagte, elementaren ‚Guerillakriegs zwischen Kapital und Arbeit‘“ nach wie vor das „wichtigste Kampffeld“ (DKP-Bildungsjahr 1983/84, Heft 2, S. 20). Die Parteiführung forderte deshalb wiederholt, den Einfluß der DKP in Betrieben zu vergrößern, vor allem in den Konzern- und Großbetrieben der „materiellen Produktion“. Dort sei der „Kern der Arbeiterklasse“ tätig, dort entscheide sich,

ZUR SACHE

AKTUELLESTIMUNG DER DDP 1917/18



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei DKP
Nr. 5
1.6.1918

Nicht mehr, sondern weniger Lehrstellen!
**Lehrstellen-Lüge der GDV
ist endgültig geplatzt!**

Arbeit statt Raketen



**Das
Auge**

Betriebszeitung der DKP

**ARBEITERFEINDLICHE
SPARBESCHLÜSSE
MÜSSEN VOM TISCH**

Juni 1918

DER HENSCHELWERKER



Zeitung der DKP - Schreibgruppe Thyssen-Henschel
6/31

Mehr Profit — weniger Arbeitsplätze

Sozialabbau stoppen

**Der rote
Postler**



**ERPRESSUNGSPOLITIK DES
BPM NICHT HINNEHMEN!**

EXTRA

DER ROTE ANKER

Betriebszeitung der
DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

für die Bundes- und Betriebsbetriebe



Juni 1918

Betriebszeitungen

APRIL 88

WIRTSCHAFT

BEIHAUUNG "HANNISCHEN MITT"



**GRÜNDUNG
"SPECIAL"**

Deutscher Ausgabe am 25.4.1983 um 5,20 DM/1,-Cent der Handelshauptstadt

INHALT

Seite 1: Die Sozialistische Partei
Seite 2: Die Sozialistische Partei
Seite 3: Die Sozialistische Partei
Seite 4: Die Sozialistische Partei

**Stadt Hamburg
an der Elbe Auen,
laß Dir nicht die
Werften klauen!**

**D M P U L S
D K P**

**Ausgabe
Adler**

**RHEIN
MAIN
AKTUELL**



Zeitung der
Deutscher Kameradschaften
10 für zwei Franken

Zeitung der
Gruppe b

**Zum
Umlauf**

**HDW - Besetzung
beendet**

HDW-Vorsitz Kopf keine
Frisen 5878

**Stadt Hamburg
an der Elbe Auen,
laß Dir nicht die
Werften klauen!**

HALO KONKRET



Mr. 39

Zeitung für den Arbeiter und Angestellten des HDW/Lager Nordens



**Der Kampf
geht weiter!**

**RETRIEBS
INFORMATION**

„ob die Arbeiter und Angestellten ihre Klassenlage erkennen und den Kampf um die Verteidigung der eigenen Interessen erfolgreich organisieren“ (DKP-Bildungsjahr 1983/84, Heft 2, S. 21).

Trotz verstärkter Bemühungen ist die DKP von ihrem Ziel, in allen Großbetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten durch eine Betriebsgruppe oder ein „Betriebsaktiv“ vertreten zu sein, noch weit entfernt. Sie konnte jedoch die Zahl ihrer Betriebsgruppen durch Neugründungen, Aktivierung ehemaliger Betriebsgruppen und durch Umwandlung von Sammelbetriebsgruppen in mehrere Einzelgruppen erhöhen: 1983 wurden etwa 330 (1982: etwa 300) Betriebsgruppen bekannt, davon etwa die Hälfte in der Metallindustrie und über 40 im öffentlichen Dienst, überwiegend in Kommunal- und Landesverwaltungen. Außerdem bestehen in allen DKP-Bezirken mehrere „Betriebsaktive“, d. h. kleine Gruppen von Parteimitgliedern, die für eine begrenzte Zeit für den Aufbau neuer Betriebsgruppen eingesetzt werden.

Die rund 360 Betriebszeitungen (1982: etwa 370) der DKP sollen als „Kampforgan“ der Beschäftigten den politischen Zusammenhang zwischen „Sozialabbau in den Betrieben“ und dem „staatsmonopolistischen System“ aufzeigen („Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 5/83, S. 642). Obwohl die DKP ihre Betriebszeitungen zu den „schärfsten Waffen der Partei im Klassenkampf“ zählt, erschienen sie – mit Auflagen zwischen 100 und 7000 Exemplaren (geschätzte Jahresauflage: 1 700 000 Exemplare) – oft unregelmäßig; häufig wurden sie nicht von den Betriebsgruppen, sondern von übergeordneten Parteigliederungen herausgegeben. Als Argumentationshilfe und zur gezielten Verbreitung in Betrieben erscheint seit Herbst eine Broschürenreihe des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen“ (vgl. Nr. 5.1) unter dem Titel „Durchblick“. Die Hefte sollen bei aktuellen Themen (z. B. „35-Stunden-Woche – Notwendigkeit oder Utopie?“) „populär und wissenschaftlich fundiert“ Hintergründe und „gesellschaftsverändernde Perspektiven“ aufzeigen und damit zur „Entwicklung von Klassenbewußtsein“ beitragen („praxis“, Nr. 5/1983, S. 44 f.).

Bei ihrem Kampf gegen die „Arbeitsplatzvernichtung“ propagierte die DKP Betriebsbesetzungen als eine der „höchsten und kompliziertesten Kampfformen“. Bei der Besetzung der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Hamburg vom 12. bis 20. September war sie durch bekannte Funktionäre im „Aktionskomitee“, in der Streikleitung und im „Solidaritätskomitee“ vertreten.

Zur Koordinierung und Aktivierung der Betriebsarbeit veranstaltete die DKP auch 1983 überörtliche Beratungen mit Betriebsarbeitern und Funktionären einzelner Wirtschaftszweige (Werft- und Stahlindustrie) und einzelner Automobil-Konzerne. Für die Betriebsratswahlen 1984 forderte die DKP, die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ durch gewerkschaftliche Einheitslisten zu stärken; dabei hob sie die „unersetzliche Rolle“ von „kämpferischen, an den Klasseninteressen orientierten Betriebsräten“ hervor (UZ-Extra vom 1. 9. 1983, S. 14 f.). Den „klassenmäßigen“ Beitrag hierzu garantieren die linksextremistischen Betriebsratsmitglieder, deren Zahl sich auf mehr als 2000 belaufen dürfte, darunter über 1500 orthodoxe Kommunisten.

Um Betriebsarbeiter besser für Leitungsfunktionen in der Betriebsarbeit vorzubereiten, forderte der Parteivorstand eine intensivere Nutzung der bei allen Bezirksvorständen eingerichteten „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“, der „wichtigsten Bildungseinrichtung“ für Parteimitglieder aus Betrieben (vgl. Nr. 1.1.4).

4. Jugend-, Kinder- und Studentearbeit

Hauptträger der kommunistischen Jugend-, Kinder- und Studentearbeit blieben die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) und der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB). Die DKP nannte sie „kämpferische Partner“, denen ein wesentliches Verdienst daran gebühre, daß sich in breiten Kreisen des „arbeitenden Volkes“ und der Jugend Ansätze von „antifaschistischem“, „antiimperialistischem“ und „Friedensbewußtsein“ entwickelt hätten und in „Teilen der Arbeiterklasse Klassenbewußtsein wiederbelebt“ worden sei (UZ-Extra vom 17. 3. 1983). Die DKP-Führung rief ihre Parteigliederungen wiederholt auf, diese Verbände zu unterstützen.

4.1 Jugend

„Im Betrieb, in der Schule, in der Kaserne, im Jugendzentrum . . . , überall dort, wo Jugendliche zusammen arbeiten, lernen, ihre Freizeit verbringen“, wollte die SDAJ tätig werden, um junge Menschen für ihre Ziele zu mobilisieren („elan“ 2/82). Zu diesem Zweck griff sie wiederum jugendwirksame Themen wie Frieden und Bundeswehr, Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, Solidarität mit der Dritten Welt und Freizeitgestaltung auf. Sie bediente sich dabei auch spektakulärer Aktionsformen (z. B. Anketten, Blockaden, Besetzungen) und führte ihre Bündnispolitik – nicht ohne Erfolg – fort. Als Bilanz dieser Aktivitäten verkündete die SDAJ: Sie habe Anteil daran, daß heute in der Jugend ein „geistig-moralisches Klima“ vorherrsche, das „im Lager der Rechtskräfte“ zu „ernsthafter Besorgnis“ geführt habe; sie sei an der Entwicklung von Bündnissen wesentlich beteiligt (UZ vom 6. 5. 1983).

Mittelpunkt der Aktivitäten der SDAJ blieb der „Friedenskampf“. Der Verband agitierte und demonstrierte, sammelte Unterschriften unter den „Krefelder Appell“, erklärte Schulen und Lehrwerkstätten zu „atomwaffenfreien Gebieten“ und arbeitete in Gremien der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung, wie z.B. im bundesweiten „Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen“, mit. Auf dem „Festival des politischen Liedes“ der FDJ in Berlin (Ost) im Februar forderten SDAJ, MSB und SHB zusammen mit demokratischen Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland in einer gemeinsamen Erklärung den einseitigen Verzicht auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (SDAJ-Presse-Info Nr. 20/1983).

Die SDAJ verband „Friedenskampf“ und „Antimilitarismuskampf“: als „einzige Arbeiterjugendorganisation“ habe sie ihre Mitglieder „ermuntert“, ihre Dienstzeit in der Bundeswehr – dem „Kern der imperialistischen Staatsmacht“ – abzuleisten und „auch in Uniform das Klasseninteresse nicht aus den Augen zu verlieren“ (UZ vom 28. 9 und 4. 10. 1983). 1983 wurden mehr als 20 SDAJ-beeinflußte „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ (ADS) und Initiativen „Soldaten gegen Atomraketen“ mit kommunistischer Beteiligung bekannt (1982: 17 ADS). Orthodoxe Kommunisten und von ihnen beeinflusste Gruppen gaben 8 (1982: 12) Soldatenzeitungen heraus. Sie führten 420 (1982: 600) Aktionen gegen die Bundeswehr durch und waren – teils im Bündnis mit anderen Linksextremisten und mit demokratischen Kräften – an mehr als 1000 weiteren derartigen Aktionen von „Friedensinitiativen“ etc. beteiligt (vgl. auch Abschn. VI.3.1). Wiederholt nahmen auch

MITGLIED DER JUNGEN POLIZEI • VERBANDSZEITUNGSMANUWAL VERBANDSLEHRER ZEITSCHRIFTEN

ROTSTIFT

FEB. '83



ZEITUNG DER SDAJ FÜR LEHRLINGE UND JUNGARBEITER DER BASF



Der heiße Draht

Betriebszeitung der SDAJ

LEHRLINGS ZEITUNG


ZEITUNG DER SDAJ BETRIEBSGRUPPE DAIMLER-BENZ BREITEN

No. 1



HUPE

Zeitung der SDAJ-Betriebsgruppe VW-Wilferink



FÜR DAIMLER-BENZ-LEHRLINGE UND JUNGARBEITER

links abbieger



Betriebszeitung der Betriebsgruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) bei Daimler-Benz Mannheim

SDAJ-Gruppe 470, Reckwitz 106, 2000 Hamburg 90

ROTSTIFT extra

JUGENDZEITUNG FÜR HDW-KOLLEGEN



HERAUSGEBER SDAJ BETRIEBSGRUPPE DER HDW HAMBURG

AUSGABE 3 / MÄRZ 83



ROTSTIFT

ZEITUNG DER SDAJ-BG ARBED-SAARSTAHL FÜR LEHRLINGE U. JUNGARBEITER März '83


Nr. 6

LEHRLINKS BLITZ

Zeitung der SDAJ-Betriebsgruppe Siemens Erlangen



DOLLE BOHRE



Zeitung der SDAJ-Betriebsgruppe VW 88 Ingbert

Nr. 2 März '83

Rot-Stift

SDAJ-ZEITUNG FÜR LEHRLINGE UND JUNGARBEITER DER HDW-KIEL

MITGLIED DER JUNGEN POLIZEI •



LEHRLINKS EXPRESS



Zeitung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Betriebsgruppe Hamburg

MITGLIED DER JUNGEN POLIZEI •



VW-LEHRLING

ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND

MITTWOCH 5. OKT. 1983



FEILEN FETT



Betriebszeitung der SDAJ für die Auszubildenden bei BASF

Betriebszeitungen

SDAJ-Angehörige in Bundeswehruniform an Demonstrationen der Protestbewegung teil. Die SDAJ setzte ihre Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel fort; sie bemühte sich, Initiativen junger Arbeitsloser aufzubauen und verband diese Aktivitäten mit der DKP-Kampagne gegen Arbeitslosigkeit (vgl. Nr. 2.4).

Weiteres „Hauptkampffeld“ blieben für die SDAJ die Betriebe; deshalb verstärkte sie ihre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Nach eigenen Angaben verfügte der Verband im Herbst über mehr als 160 Betriebsgruppen, deren Vertreter erstmals zu einer bundesweiten Konferenz am 24./25. September in Köln zusammenkamen. Betriebsgruppenleiter wurden in besonderen Lehrgängen an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ geschult. Die berufstätigen SDAJ-Mitglieder wurden angewiesen, sich auf die betrieblichen Jugendvertreterwahlen 1984 vorzubereiten und dabei zu kandidieren.

Fortschritte erzielte die SDAJ auch bei ihrer Schülerarbeit: Sie hat inzwischen etwa 150 Schülergruppen (1982: über 100), für deren Leiter ebenfalls Speziallehrgänge in „Burg Wahrberg“ abgehalten wurden. Die SDAJ hielt ihre Mitglieder erneut an, bei Wahlen zu Schülervertretungen zu kandidieren. In ihrem Aufruf zu den Schülervertretungswahlen für das Schuljahr 1983/84 forderte die SDAJ zur Wahl „aktiver Schülervertretungen“ auf, die „gegen Druck und reaktionären Mief“, „gegen jedes Stück Rechtsruck an ihrer Schule“ vorgehen. Damit verband sie den Aufruf, in Schulklassen Unterschriften für den „Krefelder Appell“ zu sammeln und im Rahmen der „Herbstaktionswoche“ den „Widerstandstag der Schulen“ am 20. Oktober 1983 für vielfältige „Friedensaktivitäten“ zu nutzen (SDAJ-Presseinfo, Nr. 81/1983). Nach wie vor ist die SDAJ auch in Landesschülervertretungen und in Gliederungen der „Deutschen Jugendpresse e. V.“ (DJJP) vertreten.

Bei einem Teil ihrer Arbeit im Freizeitbereich stützte sich die SDAJ wieder auf den von ihr beeinflussten, bundesweit organisierten Motorradclub „Kuhle Wampe“ mit über 30 örtlichen Clubs.

Höhepunkt der SDAJ-Arbeit bildete das gemeinsam mit dem MSB zu Pfingsten in Dortmund veranstaltete 4. „Festival der Jugend“, das wegen seines breiten Kultur- und Sportprogramms etwa 100 000 – nach Angaben der SDAJ 250 000 – Besucher anlockte. Bei diesem Festival wurde – wie auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten – die Zusammenarbeit der SDAJ mit demokratischen Jugendverbänden sichtbar: Neben Gastdelegationen von „Bruderverbänden“ und befreundeten Organisationen aus mehr als 60 Ländern waren auch die Jungsozialisten, die „Deutschen Jungdemokraten“ (DJD), die „Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken“ und die „Naturfreundejugend Deutschlands“ (NFJD) vertreten.

Die SDAJ gehört – nach eigenen Angaben – bereits seit 1981 mehr als 80 Kreis- und Stadtjugendringen an; seit Jahren ist sie Mitglied der Landesjugendringe Bremen, Hamburg und Saarland. Ihr Ziel, in den „Deutschen Bundesjugendring“ aufgenommen zu werden, konnte sie jedoch auch 1983 nicht erreichen.

4.2 Kinder

Die JP intensivierten ihre Versuche, Kinder, vor allem „Arbeiterkinder“, kommunistisch zu beeinflussen und für politische Aktionen einzusetzen. Dabei wurden die JP häufig auch auf Kinderspielplätzen tätig. Die JP-Bundesleitung startete eine Kampagne „Tragen wir Friedenstauben in Kinderzimmer, auf Spielplätze und in

Kinderferienlager '83

2 Wochen Sommerferien für nur 100,-DM!
Achtung! Ihr Arbeitslose Robott!!



Hurra, wir fahren in ein kinderfreundliches Land!

Bei der Werbung ist das A und O das Gespräch mit den Eltern
Mit Kinderfesten zum Endspurt für die DDR-Kinderferienaktion

18 Tage - Ferien
in einem kinderfreundlichem Land, der DDR

Kinder aus Bremerhaven besichtigen KZ Ravensbrück:

„Damit sich der Friedensgedanke tief verwurzelt bei den Kindern“



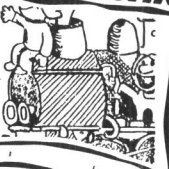
18 Tage wunderbare schöne Ferien!

Hurra, wir fahren in die Ferien!

Kinderferiensommer

Ferienkinder besuchen einen DDR-Betrieb
Gibt es auch im Sozialismus Ausländerfeindlichkeit?
15. Juli 1983

VERANSTALTER:
DDP u. JUNGE PIONIERE



Kinderferienfahrt in die DDR 1983

DDR
Strenzsee
Prebelow

Aus dem Ferienlager zurück: Besuch in der UZ-Redaktion
Es war einfach super in der DDR



kommunistische
ktion

Über 80 Osterratsch...

...damit 1983 trotz Kohl kein Raketenjahr wird

Roter Pfeil

Organ der Kommunistischen Studentengruppen-KSG
12. Jahrgang Okt. 83 Nr. 9 Preis 1,50 DM

MSZ

Nr. 3/83 DM 1,50
26. Mai 1983
Das politische
Magazin der MG

B 5945 FX

Kreml-Courier

des MSB Spartakus Uni Kiel

Okt. '83

Hammer und Sichel

Deutsche
Kommunistische
Partei
Zeitung für die Universität Regensburg

Mai 1983

Münchner Hochschulzeitung

Redaktion: AEGIDIENTE ZUM 12. JUNI - Kohl Meint Korymbosung 14 - München - Treue bis Marzahn, 10 1 80 311
TU - Neuerscheinung - 700

Nr. 18 (48) 1. April 1983

Roter Faden

MSB SPARTAKUS
Kommunistische Studentengruppen
Duisburg
1983
Nr. 1



Martwürts

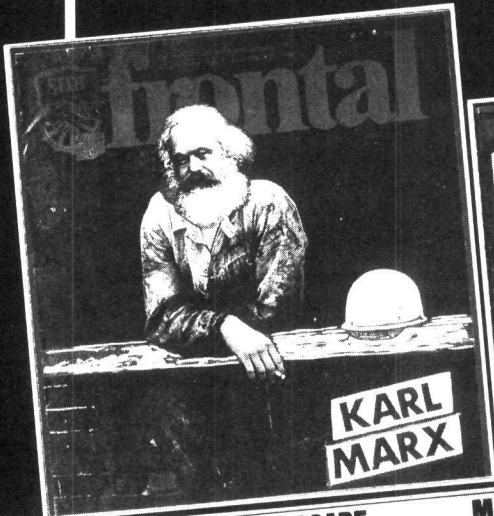
mit dem SHB
Herbst 1983



Sozialdemokratische Hochschulgruppe für Kiel

WILL
SANDEN

Extremistische
Zeitschriften



**KARL
MARX**



**rote
blätter**

VOLKSBEFRAGUNG

BIO-KAMPFSTOFF!
UNIFORSCHT,
BUNDESWEHR ZAHLT.

FRIEDENSBEWEGUNG
IN AKTION: FOTOS,
REPORTAGEN,
INTERVIEWS

STUDENTEN GEGEN
SARETEN: DAS WAR
DER 20. 10.

Alptraum Volksbefragung

STUDENTEN FANGEN AN: PILOTPROJEKT URABSTIMMUNG

Studentenmagazin
des MSB Spartakus

EXTRAAUSGABE

MA

**rote
blätter**



die Schulklasse“: Kinder wurden angehalten, auf Friedenstauben Unterschriften für den „Krefelder Appell“ zu sammeln und an Friedensdemonstrationen teilzunehmen. Parallel zum „Festival der Jugend“ der SDAJ und des MSB fand das erste bundesweite Pfingsttreffen der JP in Dortmund statt, dessen Höhepunkt ein „Friedensumzug“ mit ca. 5000 Kindern bildete.

Wie in den Vorjahren veranstalteten DKP und JP preisgünstige Ferienreisen für Kinder in die DDR. An dieser Ferienaktion „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“ beteiligten sich im Sommer ca. 4000 Kinder. DKP und JP wollen dabei Eltern und Kinder die behaupteten Vorzüge des „realen Sozialismus“ vor Augen führen und die Kinder für die JP werben.

4.3 Studenten

Einfluß und Aktivitäten der orthodoxen Kommunisten an den Hochschulen hielten unvermindert an. Träger der kommunistischen Studentenarbeit blieben der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) und die etwa 100 DKP-Hochschulgruppen, in denen die an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder organisiert sind.

Der MSB setzte die „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung“ fort, indem er soziale und hochschulpolitische Anliegen der Studenten aufgriff, enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften forderte und Bündnisse mit der „Arbeiterklasse“ anstrebte. Mit Losungen wie „Arbeit statt Raketen“, „Bildung statt Bomben“, „Bafög statt Pershing“ suchte er „alle demokratischen und Linkskräfte“ zu „gemeinsamem Handeln gegen die neuen US-Atomraketen und gegen Rechts“ zu bewegen („rote blätter“ 11/1983). „Strategisches Kernstück“ seiner Bündnispolitik blieb dabei das „Ringeln um Aktionseinheit“ mit seinem Dauerbündnispartner, dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB; vgl. Nr. 2.1) als „höchstentwickelte Form der Zusammenarbeit“ von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland und als „das wichtigste Kraftzentrum der Studentenbewegung für den Kampf gegen Rechts“. Auch 1983 arbeiteten demokratische Studentengruppen, die „Jungsozialisten-Hochschulgruppen“ (Juso-HG) und der „Liberale Hochschulverband“ (LHV), wieder mit MSB und SHB zusammen, so daß diese beiden Verbände, die nach wie vor mit je einem Vertreter dem Vorstand der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) angehören, dort einen ihren Mandatsanteil in den Studentenvertretungen (vgl. Abschnitt II. Nr. 5) übersteigenden Einfluß ausübten; sie konnten dadurch die VDS weiterhin als Plattform ihrer Aktivitäten nutzen. So wurden MSB-Funktionäre, offiziell als Vertreter der VDS, in Gremien der Protestbewegung gegen die NATO-Nachrüstung, wie z.B. im bundesweiten „Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen“ sowie in dessen Geschäftsführung, tätig. Sie beeinflussten die Kampagne „atomwaffenfreie Hochschulen und Fachbereiche“ und das „Pilotprojekt Volksbefragung an den Hochschulen“, das im November/Dezember zur Unterstützung der von der Protestbewegung für 1984 geplanten „Volksbefragung“ stattfand. Nach Angaben der VDS waren in dieses Projekt Hochschulen mit einer Gesamtzahl von 813 380 Studenten einbezogen; davon sollen knapp ein Drittel (261 911) an der Abstimmung teilgenommen haben; von diesen hätten 88% die NATO-Nachrüstung abgelehnt.

5. Ideologischer Kampf

Die DKP nahm das „Karl-Marx-Jahr 1983“ zum Anlaß, den Marxismus-Leninismus

„noch aktiver zu propagieren“, um die „Massen“ aus der „Ideologie der Herrschenden in ihrer offenen oder systemstabilisierend-reformistischen Form“ zu befreien und Klassenbewußtsein zu vermitteln (UZ vom 12. 1. 1983). Damit befolgte sie zugleich die Forderungen der KPdSU, mit „offensiver Gegenpropaganda“ der in „hysterischer, antisowjetischer und antikommunistischer Tonart“ geführten „psychologischen Kriegsführung“ zu begegnen (UZ vom 20. 6. 1983). Bei diesem „ideologischen Kampf“ bediente sich die DKP wiederum vielfältiger Methoden und stützte sich auch auf eigens dafür geschaffene Einrichtungen:

5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF)

Das IMSF in Frankfurt/M. (Leiter: Dr. Heinz JUNG, Mitglied des DKP-Parteivorstandes) ist als wissenschaftliches Institut der DKP anzusehen; es versteht sich als „Teil der fortschrittlichen Arbeiterbewegungen“ („Gesamtverzeichnis“ des IMSF, September/Oktober 1982). Anlässlich seines 15jährigen Bestehens gab es sich im Dezember einen „wissenschaftlichen Beirat“, dem neben Prof. Dr. Josef SCHLEIFSTEIN und Dr. Robert STEIGERWALD (beide Mitglieder des DKP-Parteivorstandes) weitere 16 überwiegend kommunistische Wissenschaftler angehören. Gegenwärtig stehen – wie auch der sechste Band der „Marxistischen Studien – Jahrbuch des IMSF“ ausweist – Analysen zur Entwicklung und Formierung der Arbeiterklasse im Mittelpunkt der Institutsarbeit. In der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ erschienen Untersuchungen über „die Sozialpolitik des Staates in der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft“ und eine Stellungnahme „Volkszählung – nein danke!“, die Reihe „Soziale Bewegung – Analyse und Dokumentation des IMSF“ befaßte sich in den Heften 12 und 13 mit den Themen „Betriebsbesetzungen“ und „Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft“.

Das IMSF führte „Diskussionveranstaltungen“ über „US-Konfrontationsstrategie“ am 9. Mai (ca. 70 Teilnehmer) und „Die Alternativen der Alternativbewegung“ am 26./27. November (ca. 300 Teilnehmer) durch. Unter dem Motto „Arbeiterklasse und Intelligenz – Kampfbedingungen der 80er Jahre“ veranstaltete das IMSF ferner gemeinsam mit dem MSB und der „Marxistischen Abendschule Marburg“ die „Marxistische Woche '83“ vom 9. bis 14. Oktober in Marburg (ca. 500 Teilnehmer); Hauptthemen waren die „neuen sozialen Bewegungen“ und die „Perspektiven des Friedenskampfes“.

5.2 „Marx-Engels-Stiftung e. V.“

Die „Marx-Engels-Stiftung e. V.“ in Wuppertal – Vorstandsvorsitzender der DKP-Vorsitzende Herbert MIES – hat nach ihrer Satzung die Aufgabe, der Öffentlichkeit Kenntnisse über die „heutige Wirksamkeit der Ideen“ von Karl Marx und Friedrich Engels zu vermitteln. Der Verein ist Träger des Wuppertaler „Marx-Engels-Zentrums“ mit der vom „Deutschen Museum für Geschichte“ der DDR überlassenen ständigen Ausstellung über das Lebenswerk von Marx und Engels. 1983 beteiligte er sich an Aktivitäten zum 100. Todestag von Karl Marx (vgl. VII.1.1) und stellte seine Räume auch DKP-Nebenorganisationen für Bildungsveranstaltungen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem IMSF führte die Stiftung am 10. Dezember in der Universität Hannover ein Kolloquium zur Marx-Engels-Gesamtausgabe durch, an dem auch Wissenschaftler aus der DDR teilnahmen.

5.3 „Marxistische Arbeiterbildung“

Über die „Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (MAB) präsentiert die DKP „aktuelle und attraktive Angebote für das Kennenlernen und das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus“ (Antragsbuch des 7. Parteitages der DKP, S. 149), um neben ideologischer Schulung organisierter Kommunisten vornehmlich potentielle Bündnispartner an die „marxistische Arbeiterbewegung“ heranzuführen. Dabei nutzt die „Marxistische Arbeiterbildung“ erfolgreich die gegenüber offiziellen DKP-Veranstaltungen geringere „Hemmschwelle“ für einen Besuch ihrer Veranstaltungen (MAB-Informationen, Sonderheft 2, Oktober '83, S. 79).

Als gegenwärtig wichtigste Aufgabe der MAB nannte ihr im September wiedergewählter Vorsitzender Hans SCHNEIDER (Mitglied des DKP-Parteivorstandes) die Aufklärung über „marxistische Friedensphilosophie“ und „sozialistische Friedenspolitik“ sowie über die Notwendigkeit zum „Schulterschuß zwischen Arbeiterbewegung und Friedensbewegung“ (MAB-Informationen, a. a. O., S. 55 ff.). Die etwa 60 örtlichen MAB-Gemeinschaften organisierten dazu Vortragsveranstaltungen, zum Teil mit Referenten aus der DDR; knapp ein Viertel der MAB-Gemeinschaften bietet als „Marxistische Abendschulen“ (MASCH) auch Kurse zum Marxismus-Leninismus an. Die MAB versuchte auch mit Fotozirkeln, Filmabenden, Sprachkursen und Reisen den Teilnehmern kommunistische Ideologie nahezubringen und sie der DKP zuzuführen („praxis“, Nr. 2/83, S. 25; MAB-Informationen, a. a. O., S. 78).

5.4 Verlage und Druckereien

„Unverzichtbarer Bestandteil der ideologischen Arbeit“ ist für die DKP die „marxistische Literatur“ (Antragsbuch des 7. Parteitages der DKP, S. 149); sie zu verbreiten, ist Aufgabe der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und der demokratischer Verleger und Buchhändler“ (langjähriger Vorsitzender: Erich MAYER, Mitglied des DKP-Parteivorstandes).

Die 11 Verlage (1982: 14) und etwa 30 „collectiv“-Buchhandlungen der „Arbeitsgemeinschaft“ decken mit ihren periodischen Schriften und sonstigen Literatur alle „Kampffelder“ der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen ab. So bringt der „Verlag Marxistische Blätter“ neben allgemeiner Literatur zum Marxismus-Leninismus vor allem das theoretische Organ der DKP „Marxistische Blätter“ und Bücher führender DKP-Funktionäre zur Strategie und Taktik der Partei heraus; im „Weltkreisverlag“ erscheinen neben dem SDAJ-Sprachrohr „elan“ insbesondere Bücher zur Jugendpolitik; der „Röderberg-Verlag“ ist auf „antifaschistische“, die „Nachrichten-Verlags GmbH“ auf gewerkschaftsbezogene Literatur spezialisiert. Die Publikationen des „Pahl-Rugenstein-Verlages“ – darunter die monatlich mit einer Auflage von ca. 16 000 Exemplaren erscheinenden „Blätter für deutsche und internationale Politik“ – dienen vor allem der Bündnispolitik. Zehn der Verlage stellten auf der Frankfurter Buchmesse nach eigenen Angaben über 1800 Buchtitel, darunter rund 500 Neuerscheinungen, aus eigener Produktion vor, der Düsseldorfener „Brücken-Verlag“ ferner etwa 1000 Buchtitel aus Verlagen der DDR und UdSSR.

Der Verlag „Plambeck & Co“, die „Hausdruckerei“ der DKP, verlegte und druckte neben dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ fast alle sonstigen Publikationen der DKP und der von ihr beeinflussten Organisationen sowie Agitationsmaterial für die

Altlorier, Brentano, Beuys, Dürer,
 Heinzinger, Heilmann, Heß,
 Higashiyama, Kirchner,
 Mattheuer, Prechtl, Roman,
 Seidensticker, Sitte, Somville, Zylla.
 Kunst aus Afrika und
 Nicaragua

F 2482 F
tendenzen

Nr. 144
 24. Jahrgang
 Oktober - Dezember 1983
 DM 8,50

Geschichte
 der Aktfotografie V

Umweltängste



Eiserne Lerche

Helfe für eine demokratische Musikkultur

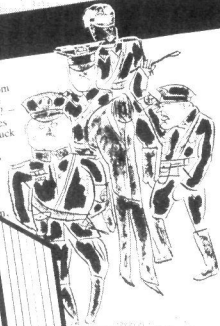
L 4702 FX

April - Juni 83



kürbiskern

Ulrich Becher: Das Märchen vom
 Räuber, der Schatzmann wurde
 ABSCHIED VON GESTERN!
 Eine Collage zur Geschichte des
 SDS und des '68 in der IG Druck
 und Papier: Kurt Tacholisky,
 Carl von Ossietzky, Johannes
 R. Becher, Erich Kästner,
 Bert Brecht, Alfred Döblin,
 Alfred Wolfenstein, Oskar



Kulturbrief '84 der DKP

Kulturbrief '84 der DKP

I. Die Existenzfragen der achtziger Jahre
 1. Krieg oder Frieden

Friedliche Koexistenz zwischen den beiden Welt-
 systemen ist die einzige Möglichkeit, die sich
 gegenwärtig als realistisch erweist.

3183
 JUNI

orthodox - kommunistische
 Kulturarbeit

„Friedenskampagne“. Er führte darüber hinaus auch wieder Druckaufträge für sozialistische Länder aus und organisierte Herstellung und Vertrieb des „Messemagazins International“ (MMI), das 1983 zu neun Messen (bisher: sieben Messen) in sozialistischen Ländern erschien; die hohen Gewinne aus dem Anzeigengeschäft des MMI dürften zum Ausgleich der Defizite bei anderen Publikationen beitragen.

5.5 „Kulturarbeit“

Die DKP betonte auch 1983 die „bedeutende Rolle der Kultur in den politischen Auseinandersetzungen“ (UZ vom 29. 1. 1983). Sie bekräftigte die marxistisch-leninistische Theorie des „Kampfes zweier Kulturen“: Der „demokratischen und sozialistischen Kulturströmung“ stehe nach wie vor ein „tödlicher Gegner“ gegenüber, die „imperialistische Kultur“. In diesem Kampf habe die Einwirkung der „Kultur des Sozialismus“ auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland „zugekommen“ („Kulturbrief '84 der DKP“, Dezember 1983). Zur attraktiveren Darstellung ihrer Agitation setzte die DKP wiederum ihre „Genossinnen und Genossen Kulturschaffenden“ (UZ vom 29. 1. 1983) ein, ließ sich durch „fortschrittliche“ Künstler unterstützen und suchte das Bündnis mit nichtkommunistischen Künstlern. Die SED leistete ebenfalls ihren Beitrag zur „Kulturarbeit“ der DKP (vgl. Abschnitt V).

Nach wie vor kann die DKP auf eine große Anzahl kommunistischer und „fortschrittlicher“ Künstler zurückgreifen, auf Song- und Agitationsgruppen, auf Mitglieder des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“, auf „Arbeiterfotografengruppen“ und auf den „UNIDOC Film Verleih“, der seinen Sitz im Berichtsjahr von München nach Dortmund verlegte.

Bei ihrer „Kulturarbeit“ – von der Musik über Literatur zur bildenden und darstellenden Kunst – bedient sich die DKP vielfältiger Verlage und Publikationen. Beispiele dafür sind:

- Verlag „pläne“ GmbH, Dortmund. Er arbeitet „an der Seite“ der DKP (UZ vom 24. 1. 1977), produziert und vertreibt Schallplatten, vermittelt „fortschrittliche“ Rockgruppen und „Liedermacher“ und gibt die Vierteljahresschrift „Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur“ – verantwortlicher Redakteur: Dr. Olaf CLESS (Mitarbeiter des DKP-Parteivorstandes) – heraus.
- Vierteljahresschrift „kürbiskern – Literatur, Kritik, Klassenkampf“. Herausgeber sind die DKP-Funktionäre Hannes STÜTZ und Oskar NEUMANN sowie Friedrich HITZER (verantwortlicher Redakteur) und Klaus KONJETZKY, die 1980 (HITZER) bzw. 1978 (KONJETZKY) zur Wahl der DKP aufriefen. Die Zeitschrift erscheint im „Darnitz-Verlag im Verlag Plambeck & Co.“.
- Dreimonatsschrift „tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst“. Der Chefredakteur und weitere Mitglieder des Redaktionskollektivs – darunter das Parteivorstandsmittglied Guido ZINGERL – gehören der DKP an. Die Zeitschrift erscheint im „Darnitz-Verlag im Verlag Plambeck & Co.“.

Die genannten Verlage gehören der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ an (vgl. Nr. 5.4).

Bei Wahlen zum Bundestag und zu Landtagen riefen Künstler zur Stimmabgabe für die DKP auf. „Liedermacher“, Kabarettisten und Schauspieler begleiteten den DKP-Vorsitzenden Herbert MIES im Bundestagswahlkampf mit einer „Wahlrevue“ unter dem Motto „Wir touren mit Herbert – für die DKP“.

Nahezu die gesamte DKP-Kulturszene, aber auch zahlreiche andere Künstler be-

teiligten sich am kommunistischen „Festival der Jugend“ am 22./23. Mai (Pfungsten) in Dortmund (vgl. Nr. 4.1), das als „geistige und kulturelle Kampfansage an die Rechtswender“ (UZ vom 29. 4. 1983) möglichst viele Jugendliche davon überzeugen sollte, „Mitglied der DKP zu werden“ (UZ vom 29. 4. 1983). Nach Angaben der Veranstalter hatten 1400 Künstler ihre Teilnahme zugesagt. An einem Ausscheidungswettbewerb für das Festival sollen sich 200 Amateurrockbands beteiligt haben (UZ vom 19. 3. 1983).

Kommunistische Künstler leisteten – wie bereits im Vorjahr – „einen Beitrag“ zur Initiative „Künstler für den Frieden“ (UZ vom 13. 9. 1983).

Bei der gleichnamigen Großveranstaltung am 3./4. September in Hamburg, die organisatorisch weitgehend von DFU und DKP betreut wurde, wirkten sie mit nichtkommunistischen Künstlern zur Unterstützung des „Krefelder Appells“ zusammen (vgl. Nr. 2.3). Wie bei den vorhergehenden „Friedenskonzerten“ betonte die DKP wiederum die politische Funktion des Festivals, die sie in einem internen Papier präziserte:

„Über den zunächst unpolitischen, rein künstlerischen Zugang können Menschen für eine Teilnahme an den großen Herbstaktionen der Friedensbewegung gewonnen werden, die bisher passiv waren.“

Im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ wandten sich allerdings mehrere kommunistische Künstler gegen eine Favorisierung solcher Großveranstaltungen. Sie äußerten „Unmut über die praktische Kulturarbeit der Partei“ und kritisierten, bei zahlreichen – schlecht honorierten – Einsätzen „verheizt“ zu werden. Künstlerische Arbeit werde von der Partei oftmals nur als „Vehikel“ dazu benutzt, daß „der Saal voll“ werde (UZ vom 12. 7. 1983). In seiner Antwort bekräftigte DKP-Präsidiumsmitglied Gerd DEUMLICH, Kultur dürfe nicht „bloße anziehende Umrahmung“ für Politik sein, sondern müsse ihre eigenständige „bewußtseinsbildende Rolle“ wahrnehmen. Wo es um einen stärkeren Einfluß der „revolutionären Ideen“ gehe, könne deshalb von einer „Seitanstellung der Kultur“ keine Rede sein, sondern nur von einer „Herausforderung an alle Kulturschaffenden“ (UZ vom 13. 9. 1983).

6. Teilnahme an Wahlen

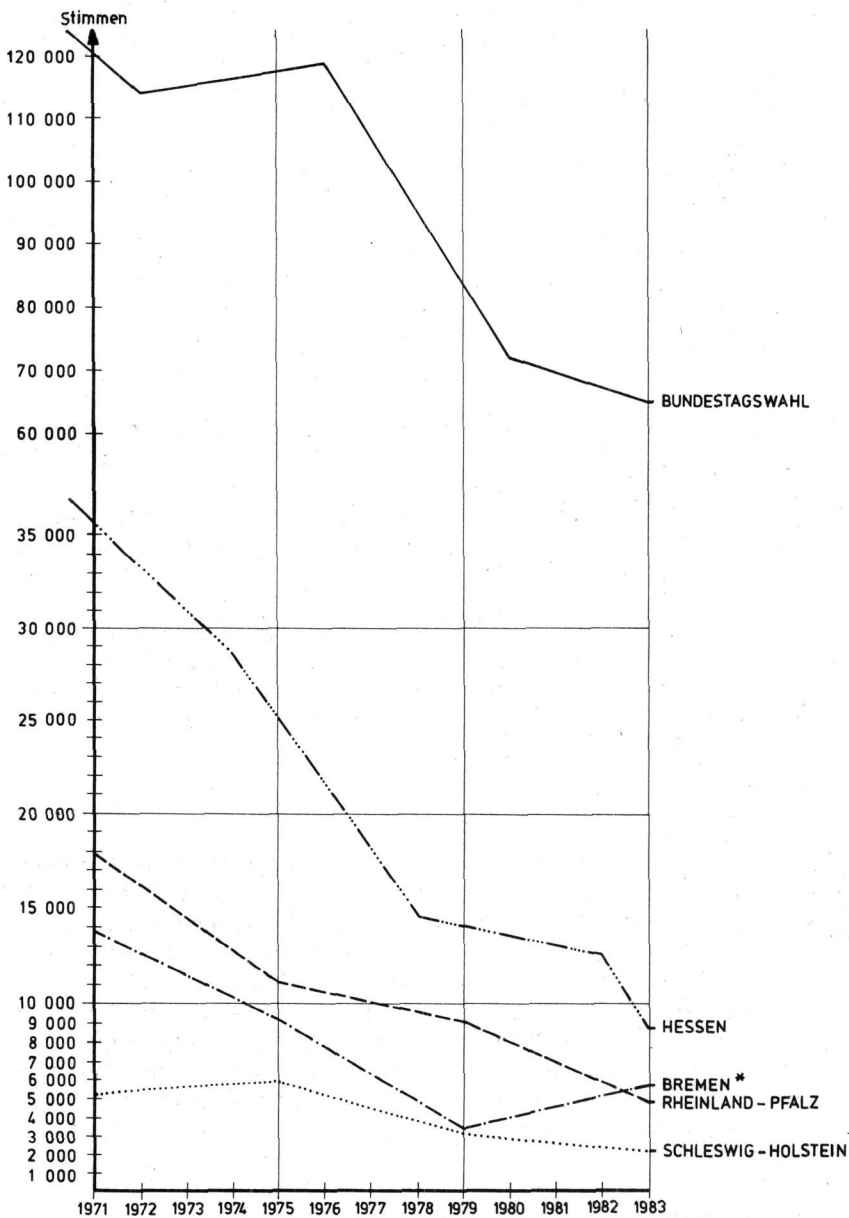
6.1 Bündnisbestrebungen

Die DKP war auch 1983 darum bemüht, „linke und demokratische Wahlbündnisse“, insbesondere mit den „Grünen“, den „Demokratischen Sozialisten“ und den „Liberalen Demokraten“ einzugehen, stieß jedoch auf Ablehnung. Lediglich zur Bürgerschaftswahl in Bremen (25. September) kam erstmals ein Bündnis von Vertretern der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen mit Gruppen der „Neuen Linken“ und der „Alternativen“ zustande, das als „Betrieblich-Alternative Liste“ (BAL) kandidierte; dabei nahm die DKP sogar sowjetkritische Vorbehalte im Programm der BAL hin. Obwohl sich die DKP in ihrem Bemühen um Wahlbündnisse insbesondere durch „Antikommunismus und Antisowjetismus“ potentieller Bündnispartner behindert sah, will sie auch bei kommenden Wahlen an diesem Ziel festhalten.

6.2 Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl am 6. März stellte die DKP in allen Wahlkreisen und auf allen Landeslisten insgesamt 599 Kandidaten auf. Sie erhielten 96 143 = 0,2% (1980:

Wahlergebnisse der DKP bei Bundestags- und Landtagswahlen in Hessen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein seit 1971



* 1983 in Personenbündnis - BAL

Mandate der DKP in Kommunalparlamenten

BUNDESLAND	1978	1979	1980	1981	1982	1983
SCHLESWIG - HOLSTEIN	2	2	2	2	2	2
HAMBURG	-	-	-	-	-	-
BREMEN	-	-	-	-	-	-
NIEDERSACHSEN	4	4	4	18	18	18
NORDRHEIN - WESTFALEN	8	20	20	20	20	20
HESSEN	25	25	25	30	30	30
RHEINLAND - PFALZ	5	9	9	9	9	9
SAARLAND	-	2	2	2	2	2
BADEN - WÜRTTEMBERG	5	6	8	8	8	8
BAYERN	4	4	4	4	4	4
GESAMT :	53	72	74	93	93	93

107 158 = 0,3%) der Erststimmen und 64 986 = 0,2% (1980: 71 600 = 0,2%) der Zweitstimmen.

Die DKP glaubt, Wähler an die „Grünen“ und die SPD verloren zu haben. Sie begrüßte jedoch den Einzug der „Grünen“ in den Bundestag und erklärte, sie würde deren Tätigkeit im Parlament „konstruktiv begleiten“ (UZ vom 8. 3. 1983).

6.3 Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen kandidierte die DKP mit eigenen Listen; bei der Bürgerschaftswahl in Bremen hatte sie zugunsten der BAL auf eine eigene Kandidatur verzichtet.

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (6. März) erhielt die DKP 4940 Stimmen = 0,2% (1979: 9024 = 0,4%);

in Schleswig-Holstein (13. März) entfielen auf sie 2199 Stimmen = 0,1% (1979: 3123 Stimmen = 0,2%);

in Hessen (25. September) stimmten für sie 8697 Wähler = 0,3% (1982: 12 625 = 0,4%).

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft erhielt die BAL 5610 Stimmen = 1,4% (1979 waren auf die DKP-Liste 3340 Stimmen = 0,8% entfallen, bei der Bundestagswahl im März nur noch 1982 = 0,4% der Zweitstimmen).

Für dieses schlechte Abschneiden machte die DKP vor allem die „Fünf-Prozent-Klausel“ und „Behinderungen im Wahlkampf“ verantwortlich; die Wahlergebnisse entsprächen nicht dem „größeren Gewicht“ der Partei in außerparlamentarischen Bewegungen (DKP-Pressedienst vom 7. 3., 14. 3. und 26. 9. 1983).

6.4 Kommunalwahlen

In Bremerhaven fand am 25. September – gleichzeitig mit der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft – die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Auch hier kandidierten DKP-Mitglieder für die BAL, auf die 886 Stimmen = 0,8% entfielen.

6.5 Mandate in Kommunalvertretungen

Die DKP verfügte 1983 – wie im Vorjahr – über 93 Mandate in 44 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie über 11 Mandate in 8 Bezirksvertretungen bzw. Ortsbeiräten; in 4 hessischen Gemeinden stellte sie je 1 Magistratsmitglied.

V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

Die SED entfaltete auch 1983 vielfältige subversive Aktivitäten, um die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu beeinflussen. Da die DDR „besondere Beziehungen“ zwischen beiden deutschen Staaten verneint und jede gegenseitige Einmischung verurteilt, wurde diese „Westarbeit“ entweder verdeckt durchgeführt oder als „internationale“ Zusammenarbeit im Rahmen der „friedlichen Koexistenz“ ausgegeben. Angeleitet und koordiniert wird die „Westarbeit“ der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR nach wie vor von der „Westabteilung“ des ZK der SED unter Leitung Herbert HÄBERS. Diese Abteilung stützt sich auf die „Westsektoren“ bei den SED-Bezirksleitungen, denen bestimmte „Patenbezirke“ im Bundesgebiet zugewiesen sind.

1. Anleitung und Unterstützung der DKP

Die „besonderen Beziehungen“ zwischen SED und DKP zeigen sich schon darin, daß die DKP von der „Westabteilung“ des ZK der SED angeleitet wird, während für die Beziehungen der SED zu anderen „Bruderparteien“ die ZK-Abteilung „Internationale Verbindungen“ zuständig ist. Die Anleitung und Kontrolle sowie die erhebliche materielle Unterstützung durch die SED (vgl. Abschn. IV 1.1.5) lassen die DKP nach wie vor als bloße „Agentur“ der SED erscheinen. Um das Ausmaß der Abhängigkeit der DKP vor der Öffentlichkeit zu verbergen, wurden auch 1983 die Verbindungen zwischen beiden Parteien weitgehend konspirativ abgewickelt. Gelegentlich wurde aber auch ihr enges Verhältnis als „Bruderparteien“ demonstrativ zur Schau gestellt: Bei einer „herzlichen Begegnung“ am 21. September in Berlin (Ost) betonte der SED-Generalsekretär Erich HONECKER gegenüber dem DKP-Vorsitzenden Herbert MIES die „hohe Wertschätzung“ der SED für den „entschlossenen Kampf der DKP“; Egon KRENZ, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, versicherte der DKP auf ihrem 7. Parteitag (6.–8. Januar 1984) in Nürnberg, sie könne „auch in Zukunft auf die kämpferische Solidarität der Kommunisten und der Bürger des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates bauen“.

Mit einem gemeinsamen „Appell an die Parteien der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Jugendverbände“ riefen die „kommunistischen Parteien auf deutschem Boden“, SED, DKP und SEW, am 27. September zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa auf (SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 27. 3. 1983).

Grundlage der Zusammenarbeit bildete wiederum der von beiden Parteiführungen festgelegte Rahmenplan, den die Leitungen der einzelnen patenschaftlich verbundenen Bezirksorganisationen von SED und DKP mit Einzelplänen ausfüllten. Zahlreiche „Arbeitsgespräche“ zwischen SED- und DKP-Funktionären auf allen Ebenen, Berichte an die SED-Führung und die Aufbewahrung von DKP-Unterlagen (u. a. Kaderunterlagen) in SED-Archiven sicherten weiterhin die lückenlose Kontrolle der DKP durch die SED.

2. „Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen

„Massenorganisationen“ und andere Institutionen der DDR setzten ihre „Westarbeit“ ebenfalls fort. Sie unterhielten Kontakte zu entsprechenden Zielgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Beispiele dafür sind die Aktivitäten der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ), des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) und des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) in Berlin (Ost). Ziel der FDJ-„Westarbeit“ blieb wiederum die Unterstützung des „revolutionären Kampfes“ ihrer „Bruderorganisationen“ – SDAJ, MSB, JP und die SEW-Jugendorganisation SJV Karl Liebknecht (vgl. Abschn. IV. 1.2) – sowie die „Verbreiterung des antiimperialistischen Potentials“ in anderen Jugendverbänden. Die Formen der Zusammenarbeit mit den „Bruderorganisationen“ stimmen weitgehend mit denen zwischen SED und DKP überein: periodische Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche in Ost und West, materielle Hilfen, Delegationsaustausch. So nahm am kommunistischen „Festival der Jugend“ in Dortmund (vgl. Abschn. IV. 4.1) auch eine Delegation des FDJ-Zentralrats teil, begleitet von



Mai-Fest der DKP

Festhalle Trimmtritt Püttingen
30. April 1983, ab 16:00 Uhr

FÜR DIE GANZE FAMILIE

- Kinderfest
- Schalmelmusik
- Mai-Ansprache
- Kulturprogramm
- Tanz
- Essen & Trinken
- und, und...



ARBEIT-FRIEDEN SOLIDARITÄT 12. Festkonzert

Ein Stück nach Briefen von
Karl Marx, Jenny Marx
und Friedrich Engels
von Günter Kalfoten und Hans Pfeifer
Regie: Hans-Diether Meves
Es spielen: Ekkehard Schall,
Vera Oelschlegel, Hans-Peter Minetti

Eine Produktion des
„Theater im Palast“ (Berlin, DDR)

Freitag, 27. 3. 19
10 Uhr, Mainz,
Städtisches Sch
Saal

Gisela Steinecker

Ein Gedicht
aus der
DDR

DKP Hamburg:
Konzert für Arbeiter
und Angestellte
Rundfunk-Sinfonieorchester
Berlin/DDR

Kommunistische
Zeit

Beethoven, Tschalkowsky, Katzer, Brahms DKP-Arbeiterkonzerte 1983: Frieden, Arbeit ...

14. Arbeiterfestkonzert der DKP Ruhr-Westfalen

Weiterverhandeln, nicht
stationieren!
Arbeitsplätze
statt
Raketen!



Maiveranstaltungen in der Fabrik am Donnerstag 28.4.83, 20 Uhr in der Fabrik am Freitag 29.4.83, 20 Uhr

Die Prognosen sind gefährlich vom Komitee des
Posttocker Volkstheater
sind von
Gitar
Jugend
Orchestra
K. Fabrik
5.7.83
Esleiderstr. 47
Münster

BARBARA KELLERBAUER



Veranstaltung der DKP Düsseldorf



1. Mai DKP

Festveranstaltungen der DKP Hessen zum 100. Todestag von Karl Marx

Marburg, Stadthalle
Es spricht: Dr. G. Baud, stellvert. Kreisvorsitzende

FRANKFURT/M., Bürgerhaus Sindlingen
Es spricht: Dr. R. Eckert, Sekretär des Bezirksvorstandes der DKP Hessen

Esleiderstr. 47, Münster

Arbeiter-Friedenskonzert mit dem

Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin/D
In der Kongress-Halle Saarbrücken

DKP Saar

Schriftstellern, Sportlern und Musikgruppen aus der DDR. An dem alljährlichen „Internationalen Freundschaftslager“ am Scharmützelsee beteiligten sich im Juli erneut SDAJ, MSB, SJV Karl Liebknecht und erstmalig die SEW-beeinflußte „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-Berlin“ (ADS West-Berlin). Ausdruck der unverändert engen „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen der FDJ und dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB; vgl. Abschn. IV. 4.3) war die Teilnahme einer FDJ-Abordnung an der Bundesdelegiertenversammlung des SHB im Oktober in Siegen.

Vertreter des FDJ-Zentralrates sprachen wiederholt auch mit den Leitungen demokratischer Jugendorganisationen der Bundesrepublik Deutschland, sowohl bei zweiseitigen Treffen als auch anlässlich „internationaler“ Veranstaltungen der FDJ. In diesen Gesprächen konnte die FDJ ihr zentrales Anliegen fast immer durchsetzen: Die Verhinderung der NATO-Nachrüstung wurde zur gemeinsamen Forderung erhoben.

Die FDJ setzte ihre Bemühungen, auch den innerdeutschen Jugendaustausch für ihre politische Agitation auszunutzen, fort. „Touristengruppen“ aus der DDR, die in das Bundesgebiet reisten, wurden von besonders geschulten FDJ-Funktionären angeführt; bei den Teilnehmern handelte es sich nahezu ausnahmslos um FDJ-Mitglieder.

Das „INTERNATIONAL-Informations- und Bildungszentrum e. V.“ der DDR veranstaltete „Studien- und Informationsreisen“ insbesondere für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland, um diese in Gesprächen mit Vertretern des FDGB oder „Werkstätigen“ im Sinne der SED zu beeinflussen. Außerdem betreute „INTERNATIONAL“ Studiendelegationen der DKP sowie Elterndelegationen, die zur Vorbereitung der kommunistischen Kinderferienaktion in die DDR reisten (vgl. Abschn. IV. 4.2).

Das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) entsandte auch 1983 Wissenschaftler als „Reisekader“ zu wissenschaftlichen Institutionen und Veranstaltungen in das Bundesgebiet; sie hatten den Auftrag, für die Politik der DDR zu werben und dabei für diese nützliche Erkenntnisse zu gewinnen. Nach wie vor bestehen enge Verbindungen zwischen dem IPW und dem „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS), das solche Informationen und Kontakte des IPW für seine Zwecke nutzt.

Die „kulturelle Westarbeit“, die der politischen Unterstützung der Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland und der Werbung für den „realen Sozialismus“ der DDR dient, wurde unvermindert fortgeführt. Zahlreiche – teilweise namhafte – Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles sowie Rockgruppen aus der DDR traten auf Veranstaltungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen auf. Schwerpunkte waren der 1. Mai und das „Festival der Jugend“ in Dortmund. Das „Theater im Palast“ (TiP) aus Berlin (Ost) führte bei zwei DKP-Veranstaltungsreihen im März und Oktober/November das Stück „Salut à alle. Marx“ auf. Die im Berichtsjahr von der DKP veranstalteten sechs „Arbeiterkonzerte“ bestritt das „Rundfunkinfonieorchester Berlin“ (Ost) unter dem Motto „Weiter verhandeln, nicht stationieren! Arbeitsplätze statt Raketen!“.

3. Reisen in die DDR und DDR-„Reisekader“

Die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Vereinigungen

entsandten auch 1983 weit über 600 Delegationen mit mehr als 10 000 Teilnehmern zu „Studienaufenthalten“ in die DDR. Diese Reisen dienten der Anleitung, ideologischen Festigung und Schulung von „Genossen“, aber auch der Mitgliederwerbung unter mitreisenden Sympathisanten. Die DKP bemühte sich, insbesondere „Werkstätige“, Jugendliche, Arbeitslose und Angehörige der „Friedensbewegung“ als Delegationsteilnehmer zu gewinnen. Außerhalb dieser Delegationsreisen hielten sich häufig Funktionäre der DKP und ihrer Nebenorganisationen einzeln oder in kleinen Gruppen zu Anleitungs- und „Arbeitsgesprächen“ sowie zur Schulung und Erholung in der DDR auf.

Im Berichtsjahr wurden wiederum über 1000 Einreisen von „Reisekadern“ aus der DDR erkannt; zu ihnen zählten vornehmlich Funktionäre der SED und der „Massenorganisationen“, die Kontakte zur DKP und ihren Vorfeldorganisationen aufrechterhielten. Hinzu kamen Funktionäre, die auf öffentlichen DKP- und SDAJ-Veranstaltungen meist über die „Friedenspolitik“ der DDR sprachen. Die „Reisekader“ der DDR haben Berichte über Reiseverlauf und Kontaktpersonen zu erstellen, die von der SED und dem MfS ausgewertet werden.

VI. „Neue Linke“

1. Politischer Standort und Entwicklung

1983 waren wieder zahlreiche Bünde und Parteien, Initiativen und Zellen aktiv, um unabhängig von den orthodoxen Kommunisten und häufig mit deutlicher Frontstellung gegen sie auf revolutionäre Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland hinarbeiten. Viele forderten offen den Einsatz von Gewalt für den „Umsturz“ oder die „Zerschlagung“ der „herrschenden staatlichen Ordnung“. Einige versuchten wiederum, mit Methoden des „bewaffneten Kampfes“ – mit Brand- und Sprengstoffanschlägen – ihrem Ziel näherzukommen.

Zu diesen Gruppen und Strömungen, die sich in Abgrenzung von den prosovjetschen Kommunisten mitunter auch selbst als „Neue Linke“ bezeichneten, gehören Marxisten-Leninisten und Trotzlisten, Anhänger eines revolutionären Marxismus sowie Anarchisten, „Autonome“ und sonstige Sozialrevolutionäre.

Auch im Berichtsjahr überwogen Einfluß und Aktivitäten der anarchistischen und sonstigen undogmatischen Gruppierungen.

Die rückläufige Entwicklung bei den dogmatischen, marxistisch-leninistischen Bünden und Parteien (K-Gruppen¹⁵) setzte sich insgesamt fort.

Auch die aktivste K-Gruppe, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), sprach zum Jahresende von einer „Stagnation im Parteaufbau“. Mitglieder verschiedener K-Gruppen beklagten das schwindende „politische Selbstbewußtsein“ ihrer Organisationen, das Aufweichen ideologischer Positionen bis zur „Unverbindlichkeit“. Die Verlagerung der eigenen politischen Arbeit sowie die Abwanderungen in örtliche Initiativen der „Friedensbewegung“, der „grünen“ und „alternativen“ Wahlbewegung oder der „Dritte-Welt-Solidarität“ hielten an.

¹⁵) Sammelbezeichnung für die Gruppen der „Neuen Linken“, die sich als kommunistische Partei oder als deren Vorläufer verstehen

Gemeinsam blieb den marxistisch-leninistischen und den revolutionär-marxistischen Gruppen der „Neuen Linken“ die Überzeugung, nur über eine Verschärfung der „Klassengegensätze“ und mit Beteiligung der bisher noch unzureichend mobilisierten „Arbeiterklasse“ als „revolutionäres Subjekt“ seien revolutionäre Veränderungen möglich. Mehrere sahen in Arbeitslosigkeit, in „Lohnraub“ und „Sozialabbau“ Anzeichen für das Heranreifen einer „revolutionären Situation“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bereitschaft, in Aktionsbündnissen zusammenzuarbeiten, hielt an, ebenso das Bemühen um neue Sammlungsprozesse innerhalb der „Linken“.

Im Frühjahr beteiligten sich K-Gruppen und Trotzlisten an Gesprächen über ein „alternatives Wahlbündnis“ für die Bundestagswahlen. Einigung über eine Bündnisliste „revolutionärer Sozialisten“ erzielten aber nur die „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD) und der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK). Andere Gruppen wie der „Kommunistische Bund“ (KB), der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) und das „Sozialistische Büro“ (SB) empfahlen die Unterstützung der „Grünen“.

Zum herausragenden Arbeitsschwerpunkt entwickelte sich der „Kampf gegen die NATO-Nachrüstung“. Während die dogmatischen Gruppen dort jedoch keine wesentlichen Impulse einbringen konnten, gewannen anarchistische und sonstige undogmatische Gruppierungen weite Teile der Protestbewegung für dezentrale Aktionsformen und für „Widerstandsaktionen vor Ort“. Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“ arbeiteten in den Koordinierungsgremien der Kampagne mit. Sie fanden zunehmendes Interesse für ihre Ziele und Methoden.

Von den anarchistischen und sonstigen undogmatischen Gruppierungen kamen darüber hinaus die Anstöße zu der „Kampagne für einen Volkszählungsboykott“.

Für die militanten „autonomen“ Gruppen, meist Anhänger eines diffusen Anarchismus, wurde der Kampf gegen angebliche „imperialistische Kriegsvorbereitungen“ zum wichtigsten Aktionsfeld. Sie suchten die „offene Konfrontation mit dem Staatsapparat“ bei Straßenkrawallen, empfahlen Sabotage und verübten erneut in größerer Zahl Brandanschläge nach dem Vorbild terroristischer Gruppierungen. Die Trennlinie zwischen militanten „Autonomen“ und terroristischen Gruppen, wie den „Revolutionären Zellen“ (RZ) und Gruppierungen im Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ (RAF), wurde zunehmend durchlässig.

Wichtig für den Informationsaustausch im undogmatischen Lager blieben die Publikationen der Alternativpresse, von denen erneut viele, ohne selbst extremistische Bestrebungen zu verfolgen, Aufrufe und Erklärungen linksextremistischer Gruppen abdruckten. Angehörige der undogmatischen „Neuen Linken“ gaben auch weiterhin eigene Schriften heraus wie „Putz“ (Bochum), „Regenbogen“ (Dortmund), „Info für eine sozialrevolutionäre Bewegung“ (Bremen), „Autonomie – Neue Folge“ (Hamburg) und „radikal“ (Berlin).

Der Einsatz von „Schwarzsendern“ hatte für die Verbreitung aktueller Informationen und die Steuerung bei Demonstrationen kaum noch Bedeutung; nur noch 12 (1982: 29) solcher Sender waren gelegentlich aktiv.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde (K-Gruppen)

Wie im Vorjahr erhoben zwei der vier noch bundesweit organisierten marxistisch-

leninistischen Zusammenschlüsse, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD), den Anspruch, „die“ revolutionäre Partei der „Arbeiterklasse“ zu sein; sie blieben beide organisatorisch weitgehend intakt. Zwei Bünde („Parteiansätze“), der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) und der „Kommunistische Bund“ (KB), konnten, wenn auch mit Einbußen, Ortsgruppen und Stützpunkte in den meisten Bundesländern halten.

Kleinere, nur regional verbreitete K-Gruppen, wie der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB), stagnierten oder zerfielen. Der Mitgliederbestand der K-Gruppen insgesamt ging auf etwa 2700 Personen in den Kernorganisationen (1982: etwa 3300) zurück.

Der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW), einst die stärkste K-Gruppe, will keine marxistisch-leninistische Kaderorganisation mehr sein.

2.1.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangene MLPD bekennt sich in ihrem „Grundsatzprogramm“ zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und – als einzige K-Gruppe – auch uneingeschränkt zu Mao Tsetung und dessen „Idee der großen proletarischen Kulturrevolution“. Sie verurteilt aber die „revisionistischen Entartungen“ in der Volksrepublik China und allen anderen „realsozialistischen Ländern“. In ihrem Statut bezeichnet sich die MLPD als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und in West-Berlin.“ Ziel der Partei sei der „revolutionäre Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats“. Zunehmend übte sie Kritik an der DKP, dem „Hauptträger des modernen Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland: diese Partei wolle nur einen „rotlaktierten Kapitalismus“ wie in der DDR und in der Sowjetunion („Rote Fahne“ vom 5. 11. 1983).

Die MLPD blieb stärkste Organisation im dogmatischen Lager; ihre etwa 1000 Mitglieder (1982 ca. 900) sind bundesweit in 11 Bezirken mit über 80 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert. Die Parteizentrale in Essen wurde weiter ausgebaut; dort wurde auch die eigene „Repro + Druck GmbH“ untergebracht. Das Zentralorgan „Rote Fahne“ erschien ab Mitte Juli wöchentlich (zuvor 14täglich); die Auflage stieg auf ca. 10 000 (1982: ca. 8000) Exemplare. Wiederholt rügte die MLPD die mangelhafte Arbeit ihrer drei Nebenorganisationen: „Revolutionärer Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) mit dem Organ „Rebell“, „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG) mit dem Organ „Roter Pfeil“ und „Bund Kommunistischer Intellektueller“ (BKI); die Zahl ihrer Mitglieder blieb bei insgesamt 600. Die KSG und der BKI benannten sich als Zeichen „der Unterordnung unter die Führung der MLPD“ zum Jahresende in „Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband“ (MLSV) bzw. in „Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller“ (MLBI) um.

Zur Bundestagswahl 1983 begann die MLPD mit dem Aufbau einer „Vereinigten Arbeiterliste“ (VAL) als „Massenorganisation“ und „Wahlpartei“, empfahl dann aber den „aktiven Wahlboykott“ und wies die mehr als 40 VAL-Initiativen an, sich zugunsten der Mitarbeit in örtlichen oder betrieblichen Friedensinitiativen aufzulösen.

Zum Jahresende stagnierte der Parteaufbau. Der MLPD-Vorsitzende Stefan

ENGEL und das Zentralkomitee warnten vor „Liquidatorentum“; um die „kleinmütige Verzagtheit“ der Mitglieder zu bekämpfen, wurde zu einer „Kritik-Selbstkritik-Kampagne“ und zur Hebung des „ideologisch-politischen Niveaus“ durch verstärkte Schulung aufgerufen.

2.1.2 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD)

Die 1968/69 gegründete KPD bekennt sich in ihrem Statut zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sie will die „Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland“ in einer „gewaltsamen sozialistischen Revolution“ zerschlagen und ein „vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“ aufbauen (Programm der KPD). Als einzige K-Gruppe blieb sie auf eine ausländische „Bruderpartei“, die „Partei der Arbeit Albanien“ (PAA), orientiert. Sie betonte, neben Albanien gebe es „kein anderes sozialistisches Land“. Auf ihrem V. Parteitag im Herbst gab die KPD ihren Anspruch auf, eine für „ganz Deutschland“ zuständige Partei mit den Sektionen „Deutsche Bundesrepublik, West-Berlin und DDR“ zu sein; statt dessen wurde ein „Nationaler Ausschuß“ als gemeinsames Gremium der KPD in der „BRD/West-Berlin“ und der KPD in der DDR gebildet. Die Kampagne für die Freilassung in der DDR inhaftierter KPD-Anhänger ging weiter; die Partei klagte, die Verfolgung ihrer Mitglieder in der DDR hätte „größere Lücken“ gerissen und „viele Probleme“ geschaffen.

1983 mußte die KPD Rückschläge hinnehmen: Es gab erhebliche finanzielle Engpässe und der Mitgliederbestand ging auf etwa 400 zurück (1982: ca. 500); sie räumte zwar Mitgliederverluste ein, sprach aber anläßlich ihres Parteitages noch von 800 Mitgliedern.

Das wöchentlich erscheinende Zentralorgan „Roter Morgen“ konnte die Auflage von ca. 6000 Exemplaren halten, mußte jedoch Mitte August aus Kostengründen den türkischsprachigen Teil einstellen; er wurde durch eine Monatsschrift für die „türkischen Genossen“ ersetzt. Die KPD-Nebenorganisationen „Kommunistische Jugend Deutschlands“ (KJD) mit ca. 200 Mitgliedern (1982: ca. 250) und dem Organ „Roter Rebell“ sowie „Kommunistische Studenten“ (KS) mit dem Organ „Zwischenruf Links“ stagnierten; ebenso die beiden „Massenorganisationen“: die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) mit ca. 1200 Mitgliedern (1982: ca. 1300) und dem Organ „RGO-Nachrichten“ sowie die „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT) mit unverändert ca. 1500 Mitgliedern und dem Organ „Volksecho“.

Die KPD war im Berichtsjahr zu größeren politischen Aktionen nicht mehr imstande. Wegen der andauernden Erfolglosigkeit eröffnete die Partei eine Diskussion über ihre „Generallinie“. Ihr langjähriger Vorsitzender Ernst AUST forderte, falsche Vorstellungen von einer „Partei von Berufsrevolutionären“ über Bord zu werfen; die KPD sei „keine Kader-, sondern eine Mitgliederpartei“. Die Anforderungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder müßten herabgesetzt und Fehleinschätzungen im Parteiprogramm beseitigt werden. Auf dem V. Parteitag, der im Herbst wiederum unter strenger Geheimhaltung stattfand, wurde Horst-Dieter KOCH zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Trotz fünftägiger Beratungen konnten die Delegierten keine abschließende Entscheidung über eine neue politische Orientierung treffen. Ein Sonderparteitag soll deshalb ein neues Parteiprogramm und Statut beschließen.

Die KPD intensivierte die Zusammenarbeit mit dem BWK. Beide Organisationen

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGE DEUTSCHLANDS
OKTOBER 1983



Verteidigt DDR/Sowjetunion! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

**Verhindert die
NATO-Erstschlagswaffen
durch Arbeiterstreik!**

**Z Info des KB für einen
Volksentscheid**

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands — MLPD

Der Kampf um Land und unterste Volksebene vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands



Die Friedenswoche in vollem Gange:
Mit allen Mitteln gegen die Kriegstreiber

**NEIN ZUR
Stationierung
JA zum aktiven
Widerstand!**



**Weg mit den Raketen!
Raus aus der NATO!**

Roter Pfeil

Organ der Kommunistischen Studentengruppen - KSG

12. Jahrgang Mai 83 Nr. 5 Preis 1,50 DM

**Ja zum
Volksentscheid
gegen
US-Raketen**

Nr. 9, September / Oktober 1 H 4062 E

Volksecho

MITTEILUNGEN DER VOLKSFRONT GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG

**Beteiligt
Euch an
den
Friedens-
aktionen
der
nächsten
Wochen**

**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**



**Lieber raus
aus der NATO**

**als rein friedlich
3. Weltkrieg!**

Kommunistische Jugend
Deutschlands

**Pershing II
Cruise Missiles
NEIN!**



Kommunistische Jugend
Deutschlands



Kommunistische Jugend
Deutschlands



„Kriegskampf“ der
„Linken“

vereinbarten gemeinsame Sitzungen ihrer Zentralkomitees und beteiligten sich in einem Wahlbündnis mit wechselseitig offenen Listen in sieben Bundesländern an der Bundestagswahl am 6. März. Dabei erhielt die KPD 3431, der BWK 2129 Zweitstimmen (1980 hatte die VOLKSFRONT bei bundesweiter Kandidatur 9319 Zweitstimmen erhalten).

2.1.3 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der BWK hat nach seiner Abspaltung vom KBW (1980) dessen Programm beibehalten und bekennt sich darin zum „Marxismus-Leninismus“; er fordert die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ und die „Errichtung der proletarischen Diktatur“. Von seinem bisherigen Urteil über die Sowjetunion als „imperialistische Supermacht“ rückte er im Berichtsjahr allerdings ab.

Der Mitgliederverlust des BWK hielt an; zum Jahresende waren in seinen 7 Landesverbänden noch etwa 450 (1982: ca. 500) Personen organisiert. Die 14tägliche erscheinende zentrale Zeitschrift „Politische Berichte“ kam über eine Auflage von etwa 1500 Exemplaren nicht hinaus; die ebenfalls 14täglichen erscheinenden, nach verschiedenen Branchen aufgeteilten „Nachrichtenhefte“ hatten noch eine Gesamtauflage von ca. 1200 Exemplaren. Die 1982 auf Initiative der „Kommunistischen Hochschulgruppen“ des BWK gebildete „Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik“ – in der auch Vertreter der KPD und der anarchistischen „Freien Arbeiter-Union“ (FAU) mitwirkten – trat auf der Stelle, gab aber 14täglich ein Informationsheft mit „Nachrichten, Analysen und Protokollen“ heraus.

Auf seiner 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz (1./2. April in Hannover), zu der als Gäste Vertreter der KPD, der MLPD, des KB, der MG, der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) sowie der anarchistischen „Freien Arbeiter-Union“ (FAU) geladen waren, bekräftigte der BWK sein zentrales Anliegen, alle Organisationen „revolutionärer Sozialisten“ zu einer Partei zusammenzuschließen. Diesem Ziel dienten auch sein Wahlbündnis mit der KPD zur Bundestagswahl und die verstärkte Mitarbeit in deren Organisation VOLKSFRONT. BWK-Mitglieder übernahmen dort Funktionen im Bundesvorstand.

2.1.4 „Kommunistischer Bund“ (KB)

Der KB bekennt sich als eigenständige „revolutionäre Organisation“ zum Marxismus-Leninismus. Die Mitgliederzahl lag zwar unverändert bei etwa 500, davon rd. 300 in Hamburg, die Einsatzbereitschaft der Mitglieder ließ aber weiter nach. Anlässlich der Demonstration in Bremerhaven gegen die NATO-Nachrüstung (15. Oktober) räumte der KB ein, „kräftig mitgearbeitet“ zu haben, aber nicht mehr in der Lage zu sein, die Organisation solcher überregionaler Aktionen allein zu tragen. Neben der Herausgabe seiner Monatszeitung „Arbeiterkampf“, deren Auflage auf etwa 5000 Exemplare zurückging (1982: ca. 6000), konzentrierte sich der KB auf die Mitarbeit in örtlichen und regionalen „Friedensinitiativen“, in „antifaschistischen Bündnissen“ und in der Hamburger „Grün-Alternativen Liste“ (GAL).

Die Ende 1979 vom KB abgespaltene „Gruppe Z“, Schwerpunkt in Hamburg, trat im Berichtsjahr nicht mehr als geschlossen handelnde Gruppe auf. Ehemals führende Funktionäre dieser Gruppe arbeiteten auf Bundes- und Landesebene bei den „Grünen“, in der Hamburger GAL sowie in der Redaktion des sozialistischen Monatsmagazins „Moderne Zeiten“ mit.

2.1.5 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)

Der AB, dem unverändert etwa 300 Mitglieder, vor allem in Bayern und Nordrhein-Westfalen angehörten, bemühte sich weiterhin um Einfluß unter „Werkstätigen“ und in Betrieben. Er agitierte vor allem gegen angebliche faschistische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland. Mitglieder des AB mobilisierten im Januar zur „Belagerung“ eines neonazistischen Treffens auf einem privaten Anwesen in Mainz und protestierten am 18. Juni in Berlin (West) mit eigenmächtigen Straßenkontrollen gegen ein Treffen der „Konservativen Aktion“. Die Tätigkeit der Nebenorganisationen „Kommunistischer Hochschulbund“ (KHB) und „Rote Schülerfront“ (RSF) blieb auf Städte in Bayern beschränkt. Von dem AB-Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) erschien im Berichtsjahr nur noch eine Ausgabe.

2.2 Trotzistische Gruppen

Bis zum Jahresende wurden 13 (1982: 11) teils bundesweit, teils nur regional aktive trotzistische Gruppen bekannt. Ihr Mitgliederbestand hat sich auf insgesamt etwa 700 (1982: etwa 600) erhöht. Die Mehrzahl dieser Zusammenschlüsse folgt unterschiedlichen, oft miteinander konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus; allen gemeinsam ist, daß sie den Kapitalismus, aber auch die „entarteten Bürokratien“ in den sozialistischen Staaten ablösen wollen und für die „permanente Revolution“ und die „Diktatur des Proletariats“ in Form von „Räte-systemen“ eintreten.

2.2.1 „Gruppe internationale Marxisten“ (GIM)

Die GIM, deutsche Sektion der IV. Internationale, ist dem „Vereinigten Sekretariat“ (Sitz Brüssel) angeschlossen. Sie konnte ihre Mitgliederzahl u. a. durch intensive „Jugendarbeit“ auf etwa 250 (1982: 200) erhöhen. Die Auflage ihrer 14täglich erscheinenden Zeitung „was tun“ stieg auf ca. 2300 (1982: ca. 2000). Die seit zwei Jahren von der GIM unterstützten Jugendgruppen „Rote Maulwürfe“ berichteten im November von 17 arbeitsfähigen örtlichen Gruppen mit zusammen über 150 Mitgliedern und über Fortschritte beim Aufbau einer „Revolutionär Sozialistischen Jugendorganisation“ (RSJ), deren Gründungskongreß für Juni 1984 geplant sei. Im „Friedenskampf“ betonte die GIM ihre „aktive Solidarität“ mit der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR.

2.2.2 „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)

Der BSA, deutsche Sektion des „Internationalen Komitees“ der IV. Internationale (Sitz: London), konnte seinen Mitgliederbestand und den seiner Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendbund“ (SJB) nicht über 150 Personen ausweiten. Im Gegensatz zur GIM, die er als „revisionistisch“ kritisierte, zeigte der BSA kaum Bereitschaft zu Aktionsbündnissen. Gespräche über ein „linkes Wahlbündnis“ zur Bundestagswahl lehnte er als „sektiererische Spielereien“ ab. Zur Landtagswahl in Hessen (25. September) stellte er – als erstmalige Beteiligung an Wahlen – in Frankfurt/M. zwei Kandidaten auf, die zusammen nur 35 Stimmen erhielten.

2.2.3 Sonstige trotzistische Gruppen

Die kleineren trotzistischen Gruppen wie die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD), die „Internationale Sozialistische Arbeiterunion“ (ISA), die „Internationale Kommunistische Strömung“ (IKS), die „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und

die „Posadistische Kommunistische Partei“ agitierten in ihren Publikationen ebenfalls gegen die NATO-Nachrüstung, gegen „Sozialabbau“ und gegen „Arbeitslosigkeit“.

2.3 Revolutionär-marxistische Gruppen

2.3.1 „Marxistische Gruppe“ (MG)

Organisatorisch entspricht die MG einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation: hierarchischer Aufbau, straffe Disziplin, intensive Schulung und strenge Abschirmung des Verbandslebens. Gleichwohl lehnt sie den „Leninismus“ ab. Die MG diffamierte den demokratischen Staat unverändert als Garanten „bürgerlicher Ausbeutung“ der „Arbeiterklasse“, den sie durch die sozialistische Revolution beseitigen will. Voraussetzung dafür sei der „Klassenkampf“, an den die MG das „Proletariat“ durch Bewußtmachung seiner „Ausbeutung“ heranzuführen will.

Die MG hat etwa 1300 Mitglieder (1982: 1000), überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe, und mehrere tausend in „Sympathisantenplena“ fest eingebundene Anhänger; organisatorischer Schwerpunkt blieb Bayern. Als zentrale Publikation gab sie ab November anstelle der zweimonatlich erscheinenden „Marxistischen Studentenzeitung“ (MSZ) die Monatszeitschrift „Marxistische Zeitung (MZ) – Gegen die Kosten der Freiheit“ heraus; daneben erschienen in unregelmäßigen Abständen die „Marxistischen Arbeiterzeitung“ (MAZ) mit Betriebs-, Branchen- und örtlichen Ausgaben, die „Marxistische Hochschulzeitung“ mit örtlichen „Hochschulzeitungen“ (in Einzelaufgaben bis zu 14 000 Exemplare) sowie die „Marxistische Schulzeitung“ mit örtlichen Ausgaben. 1983 wurde auch eine Ausgabe des theoretischen MG-Organs „Resultate“ herausgegeben.

In mehr als 250 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, an denen bis zu 1400 Personen teilnahmen, diffamierte die MG Staat, Gesellschaft und Gewerkschaften. Anhänger der MG störten Vorlesungen und Veranstaltungen anderer politischer Organisationen. Zu ihren Demonstrationen gegen den „US-Krieg in Nicaragua“ mobilisierte die MG am 7. Mai in Hamburg ca. 2500 und in Nürnberg ca. 3000 Anhänger. Am 17. Juni, dem „Tag der Deutschen Einheit“, führte die Gruppe in Bonn gemeinsam mit dem BWK eine Demonstration „Gegen den BRD-Imperialismus! – Gegen die gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg“ durch, an der ca. 6500 Personen teilnahmen.

2.3.2 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)

Im Berichtsjahr vollzog der marxistische KBW endgültig die Abkehr von seinem langjährigen Anspruch, auch leninistische Kaderorganisation zu sein. In seiner auf der 7. ordentlichen Delegiertenkonferenz (21./22. Mai in Frankfurt/M.) verabschiedeten neuen Satzung beschreibt sich der KBW als „Verein“, nicht mehr als politische „Partei“.

Hans Gerhart SCHMIERER, Mitglied des Bundesvorstandes und führender Theoretiker der Gruppe, erklärte auf der Konferenz, schon seit längerem habe der KBW aufgehört, sich „im Sinne seiner Gründungsdokumente“ zu entwickeln. Seine Mitglieder sollten als „revolutionäre Kommunisten“ in der „Bewegung politisch präsent“ bleiben und an deren „Theoriebildung und Strategiefindung“ teilnehmen. Die Delegierten empfahlen, bundesweit in Arbeits- und Diskussionszusammenhängen zu wirken, den „Parteibildungsprozeß der Grünen“ zu unterstützen und sich um die „Aneignung und Entwicklung revolutionärer Theorie“ zu bemühen. Ei-

ne Strategie des Kommunismus könne nur in der Kritik des „modernen Kapitalismus“ und des „sowjetischen Staatsmonopolismus“ entwickelt werden.

Der Mitgliederbestand ging bis zum Jahresende auf ca. 300 (Ende 1982: ca. 500) zurück. Über Neben- oder beeinflusste Organisationen verfügt der KBW nicht mehr.

Die von KBW-Mitgliedern herausgegebene Monatsschrift „KOMMUNE – Forum für Politik und Ökonomie“ kam über eine verkaufte Auflage von etwa 2800 Exemplaren nicht hinaus und machte damit im ersten Jahr Verluste von ca. 160 000 DM.

2.3.3 „Sozialistisches Büro“ (SB)

Das SB beansprucht nach wie vor, Teil der „sozialistischen revolutionären Bewegung“ sowie Ort „kollektiver Theoriebildung“ und „Entwicklung politischer Initiativen“ auf dem Weg zu „revolutionärer Umwälzung“ zu sein. Sein Mitgliederbestand sank auf ca. 700 (1982: 900) ab; die verbliebenen Mitglieder klagten über mangelnde „inhaltliche Impulse“ und über „konzeptionelle Unklarheiten“. Zum Jahresende mehrten sich Vorschläge aus den eigenen Reihen zur Auflösung der Gruppe oder zur Beschränkung auf einen Trägerverein für die bisher vom SB herausgegebenen Publikationen: „links – Sozialistische Zeitung“ (monatliche Auflage ca. 6000); „express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ (monatliche Auflage ca. 3000) und „widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ (vierteljährliche Auflage bis zu 3000 Exemplare).

2.4 Anarchisten

Während die anarcho-syndikalistischen Gruppen politisch weitgehend unbeachtet blieben und stagnierten, fanden die in der „Graswurzelbewegung“ zusammenarbeitenden „Gewaltfreien Aktionsgruppen“ zunehmendes Interesse.

2.4.1 Anarcho-syndikalistische Gruppen

Die anarcho-syndikalistische „Initiative Freie Arbeiter-Union“ (I.FAU) – Monatschrift: „direkte aktion“ –, die in 19 (1982: 12) Städten über Ortsgruppen oder Kontaktstellen verfügt, rief zum „Kampf gegen jede Art von Staat, Autorität und Herrschaft“ und zum Aufbau einer „militanten, revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ auf. Als Kampfmittel empfahl sie „Fabrikbesetzungen, Boykotts und Streiks“.

Auch die 1980 von der I.FAU abgespaltene „Freie Arbeiter-Union“ (FAU) mit Gruppen oder Kontaktstellen in 16 (1982: 25) Städten propagierte die „Errichtung der Anarchie“ und nannte als Fernziel die „weltweite sozialistische Räterepublik“. Rückschläge gab es, als sich im März wegen ideologischer Differenzen die bislang aktivste FAU-Ortsgruppe in Hamburg auflöste, die sich im Herbst als „Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten“ (FAU/R) neu konstituierte. Daraufhin zerfiel die FAU, ihre Zeitschrift „direkte aktion“ erschien nicht mehr. Gemäß Beschluß ihres Pfingstkongresses in Köln übernahm dann die I.FAU den Namen FAU. Das FAU-Sprachrohr „direkte aktion“ erschien 1983 nicht mehr.

An Hochschulen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg traten Gruppen mit der Bezeichnung „Freie Arbeiter-Union/Studenten“ (FAUST) auf. In ihrem Mitteilungsblatt „Fanal – Anarchistische Studentenzeitung“ nannten sie als Ziel, den „bürgerlichen Staatsapparat“ in einer „sozialistischen Revolution“ zu zerschlagen und durch „rätedemokratische Strukturen“ zu ersetzen.

2.4.2 Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“

Die anarchistische „Graswurzelbewegung“ wuchs auf etwa 85 Gruppen und Kollektive mit zusammen etwa 1000 Anhängern an. Sprecherin dieser „gewaltfreien“ Anarchisten blieb die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA). Sie wirbt für eine „gewaltfreie Revolution“ („Graswurzelrevolution“), in der durch „Macht von der Basis her“ der „mit Gewaltmitteln ausgestattete Staatsapparat“ abgeschafft werden soll. Ihre „Strategie der Gewaltlosigkeit“ bedeute „Konfrontation mit dem Staat“, sei „antistaatlich orientiert“ und lasse eine „Einschätzung staatlicher Gewaltorgane (Militär, Justiz, Polizei) als neutrale Institutionen des Rechtsstaates“ nicht zu (Diskussionspapier der AG-Militarismus der FöGA, August 1983). Mit Hilfe „gewaltloser Kampfformen“ wie „öffentlicher Protest, ziviler Ungehorsam (gezielte Mißachtung von Gesetzen), Nichtzusammenarbeit (Streik, Boykott, Verweigerung jeder Art) und direkte Aktionen (Besetzungen, Blockaden, Sabotage)“ sollten und könnten „einzelne Pläne der Herrschenden“ durchkreuzt, u. U. sogar „revolutionäre Entwicklungen“ ausgelöst werden („graswurzelrevolution“ Nr. 77, Juli-September 83, S. 6). Wiederholt forderte die FöGA ihre Anhänger auf, in die zahlreichen neuen nichtextremistischen Gruppen, die sich für die Technik der „gewaltfreien Aktion“ interessierten, auch den „Graswurzelansatz“ und das Ziel „weitergehender Gesellschaftsveränderung“ hineinzutragen. Die Monatschrift der FöGA „graswurzelrevolution“ erreichte eine Auflage von durchschnittlich 4500, einzelne Ausgaben bis zu 7000 Exemplaren.

2.5 „Autonome“

Diffuse anarchistische Vorstellungen, umschrieben in der Forderung nach „Autonomie“ – nach Existenz in „Freiräumen“ außerhalb der „herrschenden Gesetze“ und der „Zwänge dieses Systems“ – blieben in der undogmatischen extremistischen „Szene“ vorherrschend. In kleinen, lockeren, oft kurzlebigen und aktionsbezogenen Zusammenschlüssen fanden sich mehrere tausend junge Leute zum „Widerstand“ gegen „das, was den Staat BRD ausdrückt und stützt“ – gegen „Kriegsvorbereitungen, AKW's¹⁾ und WAA's²⁾“, die „Startbahn West“, den „Knast“ und die „zunehmende Verelendung in den Metropolen“, gegen „NATO, US- und BRD-Imperialismus“ („Krefeld am 25. 6. 83 – eine Dokumentation“; „radikal“ Nr. 112, Januar 1983).

In Diskussionspapieren und Aufrufen bezeichneten sich viele als „Autonome“. Einzelne, die sich in Bekenntnissen zu Brandanschlägen und Sabotagehandlungen als „autonome Antiimperialisten“, als „autonome Zellen“ oder als „autonome revolutionäre Zellen“ vorstellten, wiesen damit auf ihre Annäherung an Konzepte terroristischer Gruppen hin. Im Ruhrgebiet, in Berlin (West) und in mehreren norddeutschen Städten setzten kleine Gruppen die Bemühungen um den Aufbau einer „autonomen sozialrevolutionären Bewegung“ fort. „Ansprechpartner“ für diese „Bewegung“ seien auch die Menschen „in den Fabriken“ und in den sozialen „Randgruppen“, alle, die in einem „wenn auch noch diffusen Widerspruch zu diesem System stehen“ (Strategiepapier „Autonomer“ aus Göttingen, Juli 1983). Das Streben nach „Autonomie“ könne auch in Sabotage der „politischen, moralischen und technischen Herrschaftsstrukturen“ zum Ausdruck kommen, z. B.

1) AKW = Atomkraftwerke

2) WAA = Wiederaufbereitungsanlagen

wenn „Arbeitslose Supermärkte plündern“, „Arbeiter krank feiern, weil sie die Fremdbestimmung am Arbeitsplatz nicht mehr aushalten“ (Thesenpapier „Autonomer“ aus Hamburg, Januar 1983).

Viele bekannten sich offen zur Militanz. Sie sei der Ausdruck ihrer „Unversöhnlichkeit“ gegenüber „diesem Staat“, ihrer „Wut“ und „Entschlossenheit“, das System „zu kippen“ (Strategiepapier Göttinger Autonomer, Juli 1983). Militant sein heiÙe, so meinten einige, „jede Möglichkeit zu praktischem Widerstand zu nutzen“ („Krefeld am 25. 6. 83 – eine Dokumentation“). Bei Angriffen militanter „Autonomer“ auf die Polizei, u. a. am 18. Juni in Berlin (Kundgebung der „Konservativen Aktion“), am 25. Juni in Krefeld (Besuch des US-Vizepräsidenten), am 1. Oktober in Fallingb. (NPD-Parteitag), am 15. Oktober in Bremerhaven sowie am 22. Oktober in Hamburg (Aktionswoche gegen die NATO-Nachrüstung) und wiederholt am Baugelände der „Startbahn West“/Frankfurt, wurden mehr als 160 Polizeibeamte verletzt. Mehrere hundert Gewalttäter wurden festgenommen.

Andere „Autonome“ warnten vor sinnloser „offener Konfrontation“. „Militärische Auseinandersetzungen“ mit dem „Bullenapparat“ seien nicht Ausdruck von Stärke, sondern von „polit-militärischer Selbstüberschätzung“ und „Phantasielosigkeit“; sie trügen nur dazu bei, die Erfahrung von Ohnmacht zu „zementieren“. Der Widerstand müsse „subversiv“ sein; „Sabotage auf allen Ebenen“ täte Not (Stellungnahme Hamburger Autonomer zur Krefeld-Demo, Flugschrift Juli 1983).

Erneut kam der Rat, in „Banden“ oder „Kleingruppen“ dort anzugreifen, wo der Staat dies nicht erwarte, „Überraschungseffekte“ auszunutzen, „unberechenbar“ zu bleiben. Unter dem Motto „Phantasie an die Macht“ müsse man „revoltieren, sabotieren, sich verweigern, zum Sand im Getriebe der totalen Herrschaftssicherung“ werden.

Auch 1983 kam es wieder – wenn auch mit fallender Tendenz – zu zahlreichen „Sabotageaktionen“: Türschlösser, Zäune, Automaten, Fensterscheiben, Maschinen, Gebäude und Fahrzeuge wurden beschädigt oder zerstört.

Im Berichtsjahr verstärkten sich Klagen über die „Zersplitterung“ der Szene und über den Mangel an Beständigkeit. Mehrere Gruppen bekannten, sich zu oft „nur über ihre Mittel definiert“, die dahinterstehenden Inhalte aber zu wenig offengelegt zu haben.

Das „autonome Selbstverständnis“ reduziere sich häufig darauf, Sammelbecken für unorganisierte Leute zu sein mit dem einzigen Konsens, „dieses System abschaffen zu wollen und militanten Widerstand“ zu leisten (Autonome aus Hildesheim in „die Tageszeitung“ vom 15. 8. 83).

„Autonome“ in Berlin kritisierten zum Jahresende, daß in der gegenwärtigen „Zwangspause der Revolte“ Gruppen zunehmend zur „Abschottung“ nach außen neigten und „althergebrachte Ideologien“ sich ausbreiteten; der „neue autonome Kommunismus“ führe aber ebenso wie das „Kleingruppenfeeling mit dem Konzept der Stadtguerilla“ in die Isolierung („radikal“ Nr. 123, Dezember 1983).

Der Aufbau fester überregionaler Verbindungen gelang der autonomen Szene auch 1983 nicht. Absprachen über Art und Ziel der Beteiligung an Protestaktionen erfolgten weiterhin auf örtlichen „Autonomenplena“ und in überregionalen, zum Teil auch „nationalen“ Vorbereitungstreffen. Gruppen aus Hamburg gelang die Organisation zweier bundesweiter „Autonomen-Treffen“ (26./27. Februar in Hannover, 18.–24. Juli Domäne Lutter/Niedersachsen). Jeweils über 100 Anhänger „autonomer“ und auch „antiimperialistischer“ Gruppen aus verschiedenen

Bundesländern diskutierten über „Knastarbeit“, „Häuserkampf“, „Munitionstransporte“, „Arbeitslosigkeit“ und die Beteiligung an den „Herbstaktionen“ gegen die NATO-Nachrüstung.

3. Aktionsfelder

Die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung entwickelte sich auch für die Gruppen der „Neuen Linken“ zum überragenden Thema. Das Interesse an der „Anti-Kernkraft-Bewegung“ ließ dagegen spürbar nach; größere, von Linksextremisten unterstützte Demonstrationen gegen Kernkraftprojekte blieben 1983 aus. Im Sommer und zum Jahresende kam es jedoch wieder, vor allem in Niedersachsen (Gorleben/Dragehn), zu Behinderungs- und Sabotageaktionen an Baustellen für Atommülllager. Kräfte der „Neuen Linken“ beteiligten sich an den gewalttätigen Protesten gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens; militante Aktionen am Baugelände, als „Sonntagsspaziergänge“ beschrieben, hielten das Jahr über an.

Der „Häuserkampf“, das wichtigste Aktionsfeld der „Autonomen“ in den Jahren 1980/81, erlahmte völlig.

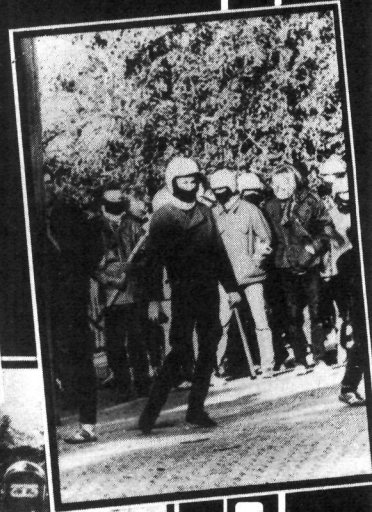
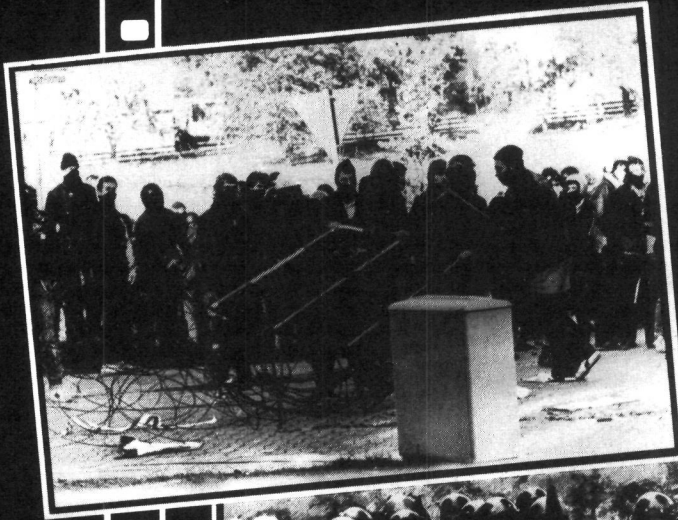
Mit der Kampagne gegen die Volkszählung, gegen einen neuen maschinenlesbaren Personalausweis, gegen „Computerisierung“ und „Verkabelung“ fanden Gruppen der „Neuen Linken“ Ansätze für einen neuen „antitechnokratischen Widerstand“.

Der Kampf gegen Rechtsextremisten erhielt für die „Neue Linke“ wieder größere Bedeutung. Mitglieder „antifaschistischer Aktionsbündnisse“ aus Norddeutschland, darunter militante „Autonome“, versuchten gewaltsam den Bundesparteitag der NPD (am 1. Oktober in Fallingb. ostel) zu stören; sie griffen dabei auch die Polizei an und verletzten 39 Polizisten. Anlässlich des Fußballländerspiels Deutschland–Türkei (26. Oktober in Berlin) mobilisierten Gruppen der „Neuen Linken“, als Reaktion auf rechtsextremistische Hetzparolen, ihre Anhänger gegen einen „Aufmarsch der Faschisten“ in Berlin und bereiteten sich auf Schlägereien mit Rechtsextremisten vor; Sicherheitsvorkehrungen verhinderten Zusammenstöße beider Lager.

3.1 „Antimilitarismus“ und „Friedensarbeit“

3.1.1 Aktionen gegen Bundeswehr und Stationierungstreitkräfte

Innerhalb der „Neuen Linken“ bemühten sich nur noch einzelne K-Gruppen, insbesondere der BWK, für ihre Ziele unter Soldaten und Reservisten der Bundeswehr zu werben; lediglich 3 (1982: 10) von K-Gruppen herausgegebene „Soldatenzeitungen“ wurden bekannt. Eigene Aktionen der „Neuen Linken“ gegen die Bundeswehr (Demonstrationen, Blockaden, Verteilen von Flugblättern etc. vor Kasernen) nahmen mit rd. 80 gegenüber dem Vorjahr (etwa 180) deutlich ab. Beteiligt waren „Neue Linke“ jedoch – teils im Bündnis mit orthodoxen Kommunisten und demokratischen Gruppen – an mehr als 1000 weiteren ähnlichen Aktionen gegen die Bundeswehr. Die in der Bundesrepublik stationierten NATO-Streitkräfte, insbesondere Truppen der USA, waren das Ziel von über 400 Aktionen (Mahnwachen, Menschenketten, Blockaden, Demonstrationen und Flugblattaktionen) linksextremistischer Gruppierungen aller Richtungen. Sie erreichten damit einen neuen Höhepunkt (1982: etwa 150).



Militante Aktionen

3.1.2 „Anti-Raketen-Bewegung“

K-Gruppen, Trotzlisten, revolutionär-marxistische Gruppen und Anarchisten riefen ihre Anhänger zur Mitarbeit in den örtlichen Initiativen gegen eine NATO-Nachrüstung, zur Teilnahme an den regionalen und bundesweiten „Aktionskonferenzen“ und zur Mitarbeit in den „Koordinierungsgremien“ der Protestbewegung auf.

K-Gruppen und Trotzlisten sahen, wie die DKP, den „Friedenskampf“ als Teil des „Klassenkampfes“ und versuchten, mit dem Aufbau „betrieblicher Friedensinitiativen“ ihre Positionen in der „Arbeiterbewegung“ zu verbessern.

Ebenso wie Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken“ warnten sie die Protestbewegung, sich auf Aktionen gegen die Stationierung neuer amerikanischer Raketen zu beschränken; die „Anti-Raketen-Bewegung“ müsse zur „Anti-NATO-Bewegung“ entwickelt werden: „Raus aus der NATO“, „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“.

Militante „Autonome“ verkündeten die Parole: „Zerschlagt die NATO – zerschlagt den Staat – zerschlagt den Herrschaftsapparat“ und nannten als Ziel: „sämtliche militärische Strukturen“ in der „BRD“ und den USA und in allen Warschauer Paktstaaten „plattmachen“ („radikal“ Nr. 121, Oktober 1983).

Als Mittel im „Friedenskampf“ propagierten K-Gruppen und Trotzlisten und auch die MG Streiks bis hin zum „Generalstreik“. KB und MLPD riefen darüber hinaus bereits im Frühjahr zu einer Kampagne für einen „Volksentscheid“, mindestens aber eine „Volksbefragung“ über die NATO-Nachrüstung auf.

Breite Zustimmung fand der von „gewaltfreien“ Anarchisten und anderen undogmatischen Extremisten empfohlene „direkte gewaltfreie Widerstand“. Extremistische Gruppen, die sich als unabhängige und daher „autonome“ Kräfte in der „Friedensbewegung“ sehen, arbeiteten weiterhin im Projekt „Bundeskongress Autonome Friedensinitiativen“ (BAF) mit; sie entwickelten sich auch im „autonomen/unabhängigen“ Flügel der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung zu einem wichtigen Faktor. Auf den „Aktionskonferenzen“ zur Vorbereitung der „Herbstaktionen“ warben sie für eine „Eskalation“ und „Radikalisierung“ des „Widerstandes“. Im Bündnis mit nichtextremistischen Gruppen konnten sie ihre Forderung nach regionalen Protestaktionen unter Einbeziehung militärischer Objekte durchsetzen. Sie propagierten und organisierten „direkte Aktionen“ (Blockaden, „Belagerungen“, „Umzingelungen“ etc.) gegen militärische Standorte, gegen „Rüstungsbetriebe“, gegen den Deutschen Bundestag, mehrere Bundesministerien, gegen Kreiswehrratsämter und gegen kommunale Verwaltungsstellen. In Aktionsvorschlägen für die Zeit nach der „Protestwoche“ (15. bis 22. Oktober) wurde die Entwicklung der „Anti-Raketen-Bewegung“ zu einer „Anti-Militaristischen Bewegung“ gefordert. Nur eine breite „Loyalitätskrise“ mit „vielfältigen Formen der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams“ gegenüber diesem „Rüstungsstaat“ könne den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses noch verhindern. Überall im Lande müsse es beginnen „zu brodeln und zu kochen“ (u. a. Flugblatt „Vom Protest zum Widerstand“ der Kasseler „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam“). Die Diskussion über die richtigen „Aktionsformen“, insbesondere über Gewaltanwendung im „Friedenskampf“, hielt in der „Neuen Linken“ an. Gruppen, die eine Festlegung auf ausschließlich „gewaltfreie Aktionsformen“ ablehnten, gerieten im Frühjahr innerhalb des „autonomen/unabhängigen“ Flügels der Kampagne in die Minderheit. Aber auch die anderen, die aus prinzipiellen oder nur aus taktischen

Erwägungen „Gewaltfreiheit“ bejahten, wollten ihren „Widerstand“ nicht auf „appellative und legale Formen einengen“. Sie seien zwar entschlossen, staatliche Gewalt nicht mit „Gewalt zu beantworten“, würden ihr aber auch nicht weichen; der eigene „Widerstand“ könne die „Übertretung ungerechter Gesetze wie auch die Beseitigung materieller Hindernisse einschließen“ (Rundbrief der „Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam“ Nr. 0 vom 28. 6. 1983).

Die anarchistische FöGA stellte klar, daß selbst „Sabotage“ Bestandteil des „gewaltfreien Widerstandes“ sein kann: „Gewaltlosigkeit verbietet nicht ‚Gewalt gegen Sachen‘“; „ein Zaun, der zerschnitten wird, empfindet keine Gewalt“ („graswurzelrevolution“ Nr. 77, Juli bis September 1983). Zum Jahresende mehrten sich die Versuche „Gewaltfreier Aktionsgruppen“, in militärische Standorte einzudringen, um die „Tabuzone ‚Militärgelände‘“ zu durchbrechen und „aufdringlichere Aktionsformen“ zu erschließen (Rundbrief der „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam“, Nr. 6. vom 5. 12. 1983).

Die Gegner „gewaltfreier“ Aktionsformen und Gruppen, die sich nur aus Taktik auf „Gewaltfreiheit“ eingelassen hatten, klagten zunehmend, die erhoffte „Radikalisierung“ des Protestes werde nicht erreicht. Absprachen („Deeskalationsgespräche“) mit der Polizei seien „Verrat und Betrug“ („Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ in „Loccum 23. 9. 83 – Dokumentation“); so werde der Widerstand „berechenbar“ und dadurch wirkungslos.

3.1.3 „Anti-Kriegs-Bewegung“

Militante „autonome“ Gruppen wandten sich gegen den „Raketenpazifismus“ der „Friedensbewegung“ und forderten eine „Anti-Imperialismus- und Anti-Kriegs-Bewegung“. Mehrere von ihnen riefen, gemeinsam mit Gruppen des terroristischen Umfeldes, zum Kampf gegen den „US-Imperialismus“ und gegen die „militärischen Strukturen der Hauptkriegstreiber“ in der Bundesrepublik Deutschland auf. Eine Gelegenheit dazu sahen sie beim Besuch des Vizepräsidenten der USA am 25. Juni in Krefeld (300-Jahr-Feier der deutschen Auswanderung nach Nordamerika), wo mehrere hundert „Autonome“ und „Antiimpis“ versuchten, gewaltsam zum Seidenweberhaus (dem Ort der Festveranstaltung) in Krefeld vorzudringen und die „Kriegspropagandashow der NATO“ zu stören; der Fahrzeugkonvoi des US-Vizepräsidenten wurde mit Steinen beworfen. Die Polizei nahm bei den Krawallen über 130 Personen fest; mehr als 30 Beamte wurden verletzt.

Militante „Autonome“ und Angehörige „antiimperialistischer“ Gruppen, vor allem aus Norddeutschland, suchten bei den „Herbstaktionen“ der Anti-Nachrüstungskampagne am 15. Oktober in Bremerhaven und am 22. Oktober in Hamburg erneut die Gelegenheit zu gewalttätigem Vorgehen; in Hamburg kam es bei einer Blockade des Springer-Verlagshauses zu größeren Krawallen.

3.1.4 Kampagne gegen Munitionstransporte

Um Munitionstransporte für die Streitkräfte der USA und auch anderer NATO-Partner zu verhindern, fanden sich extremistische Gruppen aus der „Anti-Kriegs-Bewegung“ mit Kräften der „Neuen Linken“ aus der „Anti-Raketen-Bewegung“ zusammen. Aus ersten Anstößen linksextremistischer Gruppen in Bremen entwickelten sich – entlang der vermuteten Fahrtstrecken – über 90 örtliche Komitees und Initiativen gegen „Bombentransporte“. Viele von ihnen gaben die Lösung aus: „Beobachten, begrüßen, blockieren“. Mitglieder der Komitees, darun-

TÄGLICH

Banken und Bosse
werden

erschossen

SCHAFFT DEN STAAT AB
BEVOR ER EUCH ABSCHAFFT

(A)

Nato-Waffen-Programme

MORDEN MIT W ALER
WELT

Interaktionen der
'Linken',

STOPPT
DIE
US-BOMBENZÜGE!

NATO
ZERESCHLAGEN
☞

WITOD RAUS AUS NATO
KISTUNG TÖTET

ter auch Angehörige nichtextremistischer „Friedens-Initiativen“, tauschten auf fünf bundesweiten und mehreren regionalen „Arbeitstreffen“ die Ergebnisse ihrer Ausspähungen zum Verlauf von Munitionstransporten aus. Sie vereinbarten „Telefonalarmketten“ und berieten über geeignete Behinderungsaktionen. Norddeutsche Gruppen befürworteten zumeist „vermittelbare“, auf Breitenwirkung angelegte Aktionsformen und verbanden die Kampagne gegen „Munitionstransporte“ mit der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung: Der Protest gegen die „militärische Nutzung“ norddeutscher Häfen und die angebliche „systematische Militarisierung der Unterweserregion“ wurde am 15. Oktober mit Blockaden des Hafengeländes in Bremerhaven Thema der zentralen „Auftaktkundgebung“ der „Herbstaktionen“ der „Friedensbewegung“ in Norddeutschland.

Gruppen des terroristischen Umfeldes, vornehmlich aus Süddeutschland, zogen als Teil des „praktischen Widerstandes“ auch „technische“ Eingriffe in den Transportablauf in Erwägung. Außerdem hofften sie, mit Aktionen gegen Munitionstransporte die von ihnen kritisierte einseitige Ausrichtung der Protestbewegung gegen die Nachrüstung aufbrechen zu können.

In Norddeutschland kam es zu mehreren Protest- und Behinderungsaktionen gegen Schiffstransporte. Als im Herbst die Transporte ausblieben, erlahmte das Interesse vieler Gruppen.

3.2 „Anti-technokratischer Widerstand“

Gruppierungen der „Neuen Linken“ gaben wesentliche Impulse zur Kampagne gegen die für 1983 geplante Volkszählung; orthodoxe Kommunisten hängten sich an. Anarchistische Gruppen in Berlin empfahlen, die Fragebögen zur Volkszählung nicht zu beantworten, solange nicht die Stationierungsorte neuer US-Mittelstreckenraketen bekanntgegeben werden. In Hamburg formierte sich unter Beteiligung von Linksextremisten eine „Initiative“ zum Boykott der „Volksaushorchung“, um zu verhindern, daß jeder Bürger „total erfaßt und verdatet“ werde. Bis März entstanden mehr als 300 „Boykott-Initiativen“. In vielen arbeiteten Linksextremisten unterschiedlicher Richtungen mit. Aus den „Initiativen“ wurde u. a. vorgeschlagen, die Fragebögen zu beschädigen oder zu vernichten, die „Volkszähler“ zu behindern oder zu bedrohen, notfalls auch mit „Sabotage“ gegen beteiligte Behörden vorzugehen.

Als das Bundesverfassungsgericht den Vollzug des Volkszählungsgesetzes vorläufig aussetzte (13. April), reagierten viele „Initiativen“ mit „gedämpfter Freude“ und „Ratlosigkeit“, denn das Urteil habe dem „Widerstand“ den Schwung genommen. Sie kündigten an, als „Initiativen“ gegen „Computerisierung“ und „Verkabelung“ weiterzuarbeiten.

„Autonome“ in Berlin forderten im März, den „Volkszählungsboykott“ zu einer „anti-technokratischen Bewegung“ auszuweiten, um den „computerlesbaren Personalausweis“ zu verhindern („radikal“ Nr. 114, März 1983).

Auf einem Kongreß „Ratschläge gegen die ‚Schöne Neue Welt‘“ vom 28. bis 30. Oktober in Köln beschlossen Mitglieder des KB, Vertreter ehemaliger Boykottinitiativen, neugegründeter „Anti-Kabelgruppen“ sowie Anhänger der „Grünen“ und der Hamburger „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) eine „Kampagne gegen die Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte“. Dabei müsse die Rolle des Personalausweises als „Schlüssel“ zum gesamten „Erfassungssystem“ des „Überwachungsstaates“ herausgestellt werden. Teilnehmer eines „1. Koordinie-

Sabotage am Laufenden Band

entspannt entspannt.

Sabotage ist einfacher, als man denkt. Es gibt genug Möglichkeiten, durch Störung oder Nutzung von technischen Einrichtungen im eigenen Sinne Unordnung in den glatten Ablauf der staatlichen Maschinerie zu bringen; unseren Protest unüberhörbar zu machen.

UM hier in diesem menschverachtenden System wirklich was zu be- bzw. verhindern zu können, werden wir nicht um Sabotageakte und gezielte militante Angriffe rumkommen, wobei Mittel und Angriffspunkte jedesmal wieder konkret neu zu bestimmen sind.

Es muß unklar werden, daß wir nichts mehr zu verlieren haben.

Technische Störungen müssen so angelegt sein, daß ihre politische Zielsetzung eindeutig erkennbar ist.

Wir empfehlen Sabotage als lustvolles Mittel zur Selbsterfahrung: billig und für kriminell Begabte sogar gewinnbringend.

Wir drängen auf sorgfältige Berücksichtigung der möglichen Schwachstellen.

**- wir werden immer unzähliger -
- wir werden immer unzähliger -
- wir werden immer unzähliger -**

Kampf gegen ihre Technik heißt für uns zu einem, daß wir ihre Schwachstellen ausfindig machen und sie da angreifen, zum anderem, daß wir unsere Organisations- und Widerstandsformen rechtzeitig auf die zunehmende Überwachung einstellen

**- wir werden immer unzähliger -
- wir werden immer unzähliger -
- wir werden immer unzähliger -
- wir werden immer unzähliger -**

Der bewußte Loyalitätsbruch von möglichst vielen und das massenhafte kollektive Gefühl eines gemeinsamen Sich-Wehrens und der Stärke kann uns der sozialen Revolution einen bedeutenden Schritt näher bringen. Über den Vobo hinaus gibt es an vielen Stellen Angriffsflächen, um gegen die Computerisierung und Maschinisierung unseres Alltags vorzugehen.

...nicht nur theoretisch diskutieren sondern auch praktische Umsetzung in Banden.

Unter praktischem Widerstand verstehen wir, daß viele Menschen, je nach ihren Möglichkeiten, sich aktiv gegen die Bespitzelung, Aushorchung und Verplanung unserer Lebensbereiche wehren. Die Volkszählung ist ja nur ein Teil von dem, was im Alltag erfahren (zum Beispiel die Personalinfor-

...weife zu Sabotage
...Widerstand''

„Kampagne“ für die Kampagne (am 3./4. Dezember in Köln) kamen überein, die Einführung des Ausweises „mit allen verfügbaren Mitteln“ bis hin zur „Subversion“ zu verhindern.

Von Köln aus wurde Anfang Mai ein Flugblatt „Sabotage am laufenden Band“ mit Hinweisen zur Zerstörung oder Beschädigung von Computern und Automaten verbreitet: das „Instrument heutiger Herrschaftssicherung“ sei „labil, verletzlich und angreifbar“. Vor allem Fahrkartenautomaten und Geldautomaten bei Banken und Sparkassen wurden in größerer Zahl unbrauchbar gemacht.

3.3 „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“

Die kommunistischen, sozialistischen und anarcho-syndikalistischen Gruppen der „Neuen Linken“ sehen zwar in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eine zentrale Aufgabe, nur wenige von ihnen waren jedoch in der Lage, an der Basis tätig zu werden:

Die MLPD gab mehr als 70 Betriebszeitungen heraus. Bei ihrem Bemühen, den „Friedenskampf“ mit der „Betriebsarbeit“ zu verknüpfen, kann sie sich auf Betriebszellen (über 20 wurden bekannt) und mehr als 30 „betriebliche Friedensinitiativen“ stützen. Die MLPD-Mitglieder wurden angewiesen, trotz „Ausschlußterrors“ „unter allen Umständen in den Gewerkschaften zu bleiben“; notfalls müßten sie ihre MLPD-Zugehörigkeit abstreiten.

Hauptträger der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der KPD blieb ihre „Massenorganisation“ RGO, deren Sprachrohr, die „RGO-Nachrichten“, aus finanziellen Gründen nur noch alle zwei Monate erschien. Noch 30 (1982: 39) KPD-Betriebszeitungen wurden bekannt. Nach eigenen Angaben verfügte die Partei zum Jahresende über 17 Betriebszellen und 36 Betriebsaufbauzellen.

Die „Betriebsarbeit“ der MG beschränkte sich vorwiegend auf das Verteilen von Publikationen vor Großbetrieben; die „Marxistische Arbeiterzeitung“ (MAZ) erschien mit zahlreichen örtlichen Ausgaben, Branchenausgaben und mindestens 19 Betriebsausgaben.

3.4 Tätigkeit an Hochschulen

Die Hochschulen blieben auch im Berichtsjahr ein wichtiges Aktionsfeld der „Neuen Linken“. Ihr Anteil in den Studentenparlamenten betrug am Jahresende knapp 13% (1982: 14,6%), ihr Anteil an Sitzen in den Allgemeinen Studentenausschüssen lag nahezu unverändert bei knapp 17%. Darunter befanden sich nur vereinzelt Mitglieder von K-Gruppen, die sich – meist ohne Erfolg – an Wahlbündnissen zu beteiligen versuchten.

Studentische Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken“ propagierten den „Umsturz des Systems“ durch „außerparlamentären Kampf“ gegen den „bürgerlichen Staat“.

Die „Neue Linke“ setzte auch an den Hochschulen ihren Kampf gegen die NATO-Nachrüstung fort. Einige Gruppen forderten, den „zivilen Ungehorsam“ zur „materiellen Gewalt“ zu entwickeln, andere meinten, der „antiimperialistische Widerstand“ könne nur in „Pflastersteinen“ gemessen werden.

Die „Basisgruppenfraktion“ in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) empfahl eine „Radikalisierung des Widerstandes“ ohne „Rücksichtnahme auf die Legalität“ (Anti-Kriegspapier der BG-Fraktion auf der 8. Mitgliederversammlung der VDS, März/April 1983).

Die MG trat an den Hochschulen erneut mit ihren Publikationen, mit Diskussionen und gelegentlichen Störaktionen hervor.

VII. Verbindungen zum ausländischen Linksextremismus

1. Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld

1.1 Kern- und Nebenorganisationen

Als „Teil der kommunistischen Weltbewegung“ („Marxistische Blätter“, Nr. 5/1983, S. 20) unterhielt die DKP auch 1983 enge und vielfältige Kontakte zu ihren „Bruderparteien“.

Sie wertete die Teilnahme der Delegationen von 40 „Bruderparteien“ und „antiimperialistischen Befreiungsbewegungen“ an ihrem 7. Parteitag (vgl. Abschn. IV. 1.1.2) als „Zeugnis für den Internationalismus“, der die ganze Arbeit der DKP durchdringe. Der KPdSU und der SED (vgl. Abschn. V) räumte sie wiederum den Vorrang ein. Der Leiter der KPdSU-Delegation Grigorij W. ROMANOW, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hob in seiner Rede auf dem DKP-Parteitag die „festen Bande der brüderlichen Freundschaft“ und die traditionelle Zusammenarbeit zwischen KPdSU und DKP hervor; den DKP-Vorsitzenden MIES bezeichnete er als „namhaften Funktionär der internationalen kommunistischen Bewegung“ und „großen Freund der Sowjetunion“. Ausdruck der engen Beziehungen zwischen beiden Parteien waren auch der Empfang, den der sowjetische Außenminister Andrej GROMYKO während seines Staatsbesuches der Bundesrepublik Deutschland DKP-Spitzenfunktionären auf Schloß Gymnich gab (19. Januar), und ein Treffen der DKP-Parteiführung mit dem ZK der KPdSU in Moskau (5. Dezember). Vertreter der DKP besuchten die kommunistischen Parteien Großbritanniens, der Türkei, Österreichs, der Tschechoslowakei, Ungarns und Bulgariens und nahmen an Veranstaltungen der „Bruderparteien“ in Dänemark, auf Kuba, in Großbritannien, Portugal, Spanien und den USA teil. Die SEW (vgl. Abschn. IV. 1.2) unterstrich ebenfalls ihre engen Verbindungen mit ausländischen „Bruderparteien“ u. a. durch Besuche der kommunistischen Parteien in Polen, Bulgarien, auf Kuba, in Italien, Österreich und Dänemark. Als „Imagegewinn“, als „Tribut“ der USA an die „Friedensbewegung“, wertete die DKP die erstmals einem DKP-Vorsitzenden erteilte Einreiseerlaubnis zur Teilnahme am 23. Parteitag der KP der USA (November in Cleveland/Ohio). Im Bundesgebiet trafen Funktionäre des DKP-Parteivorstandes zu Gesprächen mit Abordnungen von „Bruderparteien“ und Befreiungsbewegungen aus Vietnam, dem Libanon, Griechenland, Südafrika, Syrien, Chile, El Salvador, Polen, Frankreich und dem Iran zusammen. Die DKP beteiligte sich auch an internationalen kommunistischen Begegnungen, so an dem Kolloquium des „Instituts für Marxistische Forschungen“ der Französischen Kommunistischen Partei über „den Marxismus und die Befreiung der Menschheit“ (20. bis 22. Januar in Paris mit Vertretern von 32 kommunistischen Parteien) und an der Konferenz der SED über „Karl MARX und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“ (11. bis 16. April in Berlin/Ost mit 145 Gastdelegationen). Außerdem entsandte sie Vertreter zu einem von der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialis-

mus“ und der Kommunistischen Partei Österreichs organisierten Symposium über „die Kommunisten in den Betrieben“ (16. bis 19. Mai in Mauerbach bei Wien) sowie zu einer Festveranstaltung anlässlich des 25jährigen Bestehens dieser Zeitschrift (14. September in Prag).

Das IMSF der DKP (vgl. Abschn. IV 5.1) veranstaltete gemeinsam mit der „Marx-Engels-Stiftung e. V.“ am 10./11. März in Trier zum 100. Todestag von Karl Marx (14. März) eine „Internationale wissenschaftliche Konferenz“ über „Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute“ mit etwa 400 Gästen, darunter auch Delegationen der KPdSU, der SED und der Französischen Kommunistischen Partei.

Die zahlreichen internationalen Verbindungen der orthodox-kommunistischen Jugendverbände wurden erneut beim 4. „Festival der Jugend“ sichtbar, das SDAJ und MSB gemeinsam zu Pfingsten in Dortmund veranstalteten (vgl. Abschn. IV 4.1). Zu diesem kommunistischen Festival waren Delegationen von „Bruderverbänden“ und befreundeten Organisationen aus mehr als 60 Ländern erschienen. SDAJ, MSB, JP und der SEW-Jugendverband SJV Karl Liebknecht setzten auch 1983 ihre Einzelbegegnungen mit dem sowjetischen Komsomol und anderen ausländischen „Bruderverbänden“ fort. So traf z. B. die SDAJ mit den kommunistischen Jugendverbänden der UdSSR, der CSSR, Polens, Rumäniens, Frankreichs, Griechenlands, Japans, Luxemburgs, der Türkei sowie Chiles zusammen und besuchte die Gründungskonferenz des kommunistischen Jugendverbandes der USA. Funktionäre der SDAJ beteiligten sich aus „antiimperialistischer Solidarität“ an „freiwilligen Arbeitsbrigaden“ in Nicaragua.

Als Schatzmeister des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) nahm die SDAJ auch an der Tagung des WBDJ-Exekutiv-Komitees teil, die vom 21. bis 23. April erstmals in Berlin (West) stattfand und vom SJV Karl Liebknecht ausgerichtet wurde. Die JP führten gemeinsam mit der prosowjetischen Weltkinderorganisation CIMEA (Zweigorganisation des WBDJ), deren Mitglied sie sind, vom 16. bis 18. September ein Seminar „Kinder brauchen Frieden und Abrüstung“ durch.

Im Juni veranstaltete der SEW-Jugendverband einen „Freundschaftszug“ in die UdSSR, die SDAJ im Juli einen solchen in die CSSR und im September ebenfalls eine Reise in die Sowjetunion für die erfolgreichsten SDAJ-Gruppen ihrer „Festivalstafette“ zur Werbung neuer Mitglieder.

1.2 Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen

Zur Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik operieren weltweit – angeleitet von der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU – kommunistische „Frontorganisationen“. Fast alle größeren DKP-beeinflussten Vereinigungen arbeiteten auch 1983 in solchen sowjetisch gesteuerten internationalen „Frontorganisationen“ mit. Die bedeutendste ist nach wie vor der „Weltfriedensrat“ (WFR), mit dem die DKP und von ihr beeinflusste „Friedensorganisationen“ auf vielfältige Weise verflochten sind. Dem WFR gehören aus der Bundesrepublik Deutschland als sog. „angeschlossene Organisationen“ die DFU und die VVN-BdA an, außerdem etwa 20 Einzelpersonen. DKP-Präsidiumsmitglied Martha BUSCHMANN wurde im Juni zu einem der Vizepräsidenten gewählt, Präsident blieb der indische Kommunist Romesh CHANDRA. Auf einer „Friedenskundgebung“ am 1. Oktober in Moskau sagte er, jeder Schritt der Sowjetunion sei „ein Schritt zum Weltfrieden“ („Neues Deutschland“ vom 3. 10. 1983). Zum WFR-Präsidium gehört auch Vitali

SCHAPOSCHNIKOW, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU.

Zentrales Anliegen des WFR-„Aktionsprogramms 1983“ war die „Verstärkung von Aktionen gegen die Stationierung der neuen US-Raketen in Europa“. Dazu diente u. a. eine „Weltversammlung für Frieden und Leben, gegen den Atomkrieg“ vom 21. bis 26. Juni in Prag, an der auch mehr als 130 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen.

Im „Friedenskampf“ waren 1983 wiederum auch weitere internationale „Frontorganisationen“ engagiert, die spezifische Bevölkerungsschichten u. a. der Bundesrepublik Deutschland ansprechen sollen: die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer“ (FIR), die „Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ), die „Internationale Demokratische Frauenföderation“ (IDFF) sowie die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK), deren bundesdeutscher Regionalausschuß mit der DFU und der Initiative „Christen für die Abrüstung“ (CfA; vgl. Abschn. IV 1.4.2) personell verflochten ist. Nach wie vor gehört die VVN-BdA der FIR an; 1. Vizepräsident der IVDJ ist weiterhin Prof. Gerhard STUBY, Sekretariatsmitglied der dieser „Frontorganisation“ als Sektion angeschlossenen VDJ (vgl. Abschn. IV 1.4.6). Die DFI (vgl. Abschn. IV 1.4.5) arbeitet mit der IDFF zusammen.

2. „Neue Linke“

Alle Gruppen der „Neuen Linken“ sind „internationalistisch“ orientiert: Sie bekennen sich zu einem revolutionären „Internationalismus“ und zur „internationalen Solidarität“. Jedoch nur wenige dieser Gruppen unterhielten nennenswerte internationale Verbindungen.

Die KPD und die „Partei der Arbeit Albanien“ (PAA) bekräftigten ihre Verbundenheit erneut durch Grußadressen anlässlich des V. KPD-Parteitages. Delegierten der KPD reisten wiederum zur „Bruderpartei“ nach Albanien.

Mitglieder trotzkistischer Gruppen, insbesondere der GIM und des BSA, beteiligten sich im Ausland an Kongressen und Arbeitstreffen der rivalisierenden Richtungen der trotzkistischen IV. Internationale und ihrer jeweiligen „nationalen Sektionen“.

Angehörige „autonomere“ Gruppierungen aus mehreren Städten folgten im Mai der Einladung niederländischer anarchistischer orientierter Gruppen zu einem „Doe-Wat-Festival“ in Hengelo. Bei Ausschreitungen wurden mehrere Personen aus der Bundesrepublik Deutschland festgenommen.

VIII. Deutscher linksextremistischer Terrorismus¹⁶⁾

1. Entwicklung der Terroraktionen

Die Zahl der Terrorakte¹⁷⁾, die von deutschen Linksextremisten begangen wurden oder ihnen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand zuzurechnen sind, ist 1983 mit insgesamt 215 (51 Sprengstoff- und 164 Brandanschläge bzw. Versuche) gegenüber dem Vorjahr (183 Anschläge; 1 Bankraub) gestiegen. Teilbereiche der gewaltorientierten „autonomen“ Gruppierungen, die in der Vergangenheit militante Aktionsformen unterhalb der Schwelle zum Terrorismus praktiziert hatten, sind inzwischen verstärkt auch zu terroristischen Gewaltaktionen übergegangen.

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge wie folgt aufschlüsseln:

	Brand- anschläge	Spreng- stoff- anschläge	insgesamt
„Revolutionäre Zellen/Rote Zora“	12	15	27
RAF-Anhänger	8	5	13
sonstige Gruppen/Einzeltäter	144	31	175
Summe	164	51	215

Räumlich häuften sich die Anschläge in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen; zeitlich häuften sie sich im Januar (32 Fälle) und im November (28 Anschläge). Zielobjekte von Anschlägen waren in erster Linie Gebäude von Wirtschaftsunternehmen und Banken, vielfach aber auch Maschinen und Fahrzeuge von Firmen, die an bedeutenden Bauvorhaben und wirtschaftlichen Großprojekten beteiligt waren. Insoweit sind zahlreiche Terrorakte zugleich als Sabotagehandlungen zu werten. Die gegen öffentliche Einrichtungen verübten Brandstiftungen und Sprengstoffexplosionen richteten sich vornehmlich gegen Polizei und Justiz. Bei der Auswahl der Zielobjekte spielte der Grad der Sicherung eine entscheidende Rolle; es wurden vorzugsweise Objekte angegriffen, die gar nicht oder kaum gesichert waren.

Die verübten Gewalttaten stellten die terroristischen Gruppierungen in ihren Bekenntnissen zumeist als Teil ihres „antiimperialistischen Kampfes“ dar; als „Imperialisten“ verstehen sie ausschließlich die Partner des westlichen Bündnisses. Auf das herausragende politische Thema des Jahres, die NATO-Nachrüstung, bezogen sich mit 32 Brand- und Sprengstoffdelikten nur 15% aller Terrorakte, die allerdings zum Teil erhebliche Schäden und Folgewirkungen auslösten. Gegen das „imperialistisch-kapitalistische System“ gerichtet waren aber auch viele Anschläge gegen wirtschaftliche Großprojekte wie z. B. den Ausbau der Startbahn West

¹⁶⁾ Zur Definition des „Terrorismus“ siehe S. 18, Fußnote 3)

¹⁷⁾ Zur Definition des „Terrorakts“ siehe S. 18, Fußnote 4)

des Frankfurter Flughafens. Als Begründung für die Anschläge auf den Flughafen- ausbau mußten nicht nur ökologische Gründe, sondern auch die mögliche militä- rische Nutzung herhalten. Fast ebenso häufig wie mit dem Protest gegen die NA- TO-Nachrüstung wurden die Anschläge – vornehmlich in Berlin – mit dem Thema Stadtсанierung begründet; es hat jedoch im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ebenso wie die Themen „Startbahn West“ und Nutzung von Kernenergie erheblich an „Motivationskraft“ eingebüßt.

Der „antiimperialistische Kampf“ gilt zum Teil auch der Unterstützung ausländi- scher Linksextremisten im Bundesgebiet. Mit neun Anschlägen bekundeten Per- sonen des RAF-Umfeldes und sog. Autonome ihre Solidarität mit linksextremisti- schen Türken.

Neues politisches Reizthema der terroristischen Linken war 1983 die „Mikroelek- tronik“. Bekenner schreiben zu einigen der in diesem Zusammenhang verübten 14 Anschläge sowie mehrere zu diesem Thema publizierte Artikel in der sog. Alternat- iverpresse mit Anregungen für Sabotagehandlungen zeigen, daß Terroranschlä- ge gegen Unternehmen der Mikroelektronik nicht nur mit einer möglichen Beein- trächtigung der privaten Sphäre (Erfassung persönlicher Daten), sondern auch mit negativen wirtschaftlichen Folgen (Rationalisierung, Verlust von Arbeitsplätzen) und militärischen Nutzungsmöglichkeiten begründet werden sollen. Es ist zu er- warten, daß in einer sich bereits abzeichnenden neuen subversiven Kampagne des „antitechnokratischen Widerstandes“ vermehrt Anschläge gegen EDV-Anla- gen und deren Hersteller verübt werden.

2. Terrorgruppen

2.1 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Die terroristischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen“ und ihrer Frauengrup- pe „Rote Zora“ sind mit 27 vollendeten oder versuchten Brand- und Sprengstoff- anschlägen deutlich hinter denen des Vorjahres (38 Anschläge) zurückgeblieben. Nahezu 80 % dieser Gewalttaten wurden in den Bundesländern Nordrhein-Westfä- len (6), Hessen (6), Bayern (5) und Niedersachsen (4) verübt.

Für acht der RZ-Anschläge war die „Rote Zora“ verantwortlich. Ihre Aktivitäten sind damit (nach insgesamt zehn Terrorakten von 1975 bis 1982) sprunghaft an- gestiegen. In ihren Tatbekenntnissen hat die „Rote Zora“ erstmals nach längerer Zeit wieder verstärkt Frauen berührende Themen aufgegriffen, sie will ihre Taten vor allem als Hinweis auf die „ökonomische und sexuelle Ausbeutung“ von Fra- uen, vornehmlich aus Staaten der Dritten Welt, verstanden wissen.

Nur sechs Anschläge der RZ richteten sich gegen den Vollzug des Nachrü- stungsbeschlusses der NATO, obwohl dieser für die RZ ein zentrales politisches Thema darstellte. Noch im Herbst 1982 hatten die RZ angekündigt, sie wollten „den bewaffneten Kampf dann realistisch angehen lassen, wenn die Stationierung der Mittelstreckenraketen hier aktuell wird“. Die dennoch geübte Beschränkung der Zahl der Anschläge auf einschlägige Objekte begründeten sie in einem gegen Jahresende herausgegebenen „Diskussionspapier“ u. a. mit umfassenden inhaltli- chen Kontroversen in der Bewegung, deren Tragweite ihnen erst im Laufe der Zeit bewußt geworden sei. Der „Friedensbewegung“ werfen sie vor, sie habe mit ihren gewaltfreien Aktionen gegen eine „abstrakte Vernichtungsdrohung“ ange- kämpft, anstatt den Zusammenhang zwischen der Nachrüstung und einer globa-

len „imperialistischen Strategie“ der NATO-Länder zu berücksichtigen. Deshalb habe sich auch nicht eine „Fundamentalopposition“ gegen die Ziele dieser Politik entwickeln können. Die „revolutionären“ Kräfte hätten den Fehler begangen, hinter dem breiten Bündnis der „Friedensbewegung“ bereits Ansätze einer „revolutionären Massenhaftigkeit“ zu vermuten, die nur radikalisiert werden müsse. Sie müßten sich jetzt in einer „autonomen Gegenbewegung“ von den „Beschränkungen und dem Niveau“ der „Friedensbewegung“ freimachen und sich eigene Strukturen von „Subversion und Illegalität“ schaffen, um „unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar“ zu bleiben.

Ähnlich kritisch äußerten sich die „Revolutionären Zellen“ zu der Protestbewegung gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens, gegen die sich 1983 fünf RZ-Anschläge richteten. In einer seit Ende August verbreiteten Schrift analysieren sie aus ihrer Sicht das Scheitern des „Widerstandes“ gegen die Startbahn. Einer der Gründe sei der Dissens über die Anwendung von Gewalt; den „gewaltbereiten Kräften“ sei es nicht gelungen, die Tolerierung ihrer Aktionsformen durch die anderen Teile der „Bewegung“ zu erreichen.

Die „Linksradikalen“ müßten deshalb ihre Isolierung von der übrigen Bevölkerung überwinden und Perspektiven aufzeigen, an die auch nach dem Versiegen der Anziehungskraft eines politischen Themas wieder angeknüpft werden könne. So könne man den „Konflikt in die Produktionsstätten tragen“; spontane Krankmeldungen und Urlaubsgesuche kämen einer Art passiven Streiks gleich; auch durch Sabotage lasse sich ein Betrieb stilllegen. Mit vielfältigen Aktivitäten müsse man versuchen, eine Region, in der ein zu bekämpfendes Großprojekt liege, „unregierbar“ zu machen oder die Betreiber einem solchen „Ausmaß an Militanz“ auszusetzen, daß das Projekt nicht mehr realisierbar sei. Die Schrift ist insgesamt das Eingeständnis der RZ, in ihrem Bemühen um das Zusammenwirken gewaltfreier und gewältätiger Kräfte zur Erreichung von „Massenmilitanz“ einen schweren Rückschlag erlitten zu haben.

Erstmals seit Jahren sind die RZ innerhalb der militanten extremistischen Linken auf Kritik gestoßen. Mitglieder sog. autonomer Gruppen griffen in Zeitungsartikeln die derzeitige Konzeption und Praxis zumindest einiger RZ scharf an. Sie warfen diesen vor, sich zu einer Avantgarde zu entwickeln, die nicht mehr aus den „Bewegungen“ heraus, sondern eigenständig agiere. Das Fehlen der „Basisnähe“ behindere aber die Entwicklung einer Massenbewegung. Die RZ müßten sich deshalb wieder als „militanter Teil linksradikaler Bewegungen“ verstehen und sich in ihren Aktionen an deren Zielen orientieren. Da die so argumentierenden „autonomen“ Gruppen von ihrem Selbstverständnis her den „Revolutionären Zellen“ sehr nahestehen, kann ihre Kritik den RZ nicht gleichgültig sein. Die Zustimmung, die die RZ in der Vergangenheit in weiten Teilen der militanten extremistischen Linken gefunden haben, beruhte wesentlich darauf, daß sie sich gerade durch Basisnähe von der RAF unterscheiden wollten.

2.2 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Die „Rote Armee Fraktion“ hat 1983 weder terroristische Aktionen durchgeführt noch politische Erklärungen abgegeben. Von den im Herbst 1982 erlittenen schweren Rückschlägen, der Reduzierung ihrer Kader auf weniger als zehn Personen und dem weitgehenden Verlust ihrer materiellen Basis hat sich die RAF bisher offensichtlich nicht erholt. Ihr personeller Bestand ist vielmehr durch die

Festnahme von Gisela DUTZI im März und die Selbstgestellung ihres mutmaßlichen Mitglieds Günter Maria RAUSCH im Oktober weiter geschwächt worden.

3. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Neben den „Revolutionären Zellen“ gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe kleiner Gruppierungen, die schwere Gewalttaten begehen mit dem Ziel, die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu zerschlagen. Die weitaus überwiegende Zahl dieser Kleingruppen ist namenlos oder tritt von Fall zu Fall unter wechselnden Bezeichnungen auf.

Die Gefahr dieser Gruppierungen und Einzeltäter für die innere Sicherheit im Bundesgebiet zeigt sich daran, daß sie 1983 für 80 % der Terroranschläge verantwortlich waren. Zu diesen Taten gehörten ein Brandanschlag gegen Einrichtungen der Bundeswehr in Engstingen (Schadenshöhe ca. 500 000,- DM), mehrere offensichtlich von terroristisch orientierten Personen aus der „Häuserkampfbewegung“ verübte Brandstiftungen gegen Bankgebäude in Berlin mit Schäden bis zu im Einzelfalle 800 000,- DM oder der Sprengstoffanschlag gegen ein Verwaltungsgebäude eines Unternehmens in Kiel (ca. 800 000,- DM Sachschaden), den eine Gruppe „Revolutionäres antiimperialistisches Kommando“ mit Rüstungsaufträgen, aber auch mit den politischen Verhältnissen in der Türkei begründete.

Zu diesen gefährlichen Gruppierungen zählen auch Personenkreise, die zwar „dieses ganze System“ ablehnen, deren Gewalttätigkeit sich aber nur gegen bestimmte politische oder wirtschaftliche Entwicklungen richtete, ohne daß sie mit einem langfristig angelegten, ideologisch begründeten strategischen Konzept operieren.

Zu diesen Gruppierungen gehören auch terroristische Aktionsformen befürwortende „Autonome“. Diese fühlten sich 1983 insbesondere im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung von den „gewaltfreien“ Kräften an den Rand gedrückt. Nachdem sie in der Nachrüstkampagne keine hinreichende Unterstützung für ihre Positionen und Methoden gefunden haben, werden bei ihnen wieder stärker sozialrevolutionäre Ansätze erkennbar. So hoffen sie, u. a. mit Angriffen gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung auf Resonanz zu stoßen; auch entspreche es der revolutionären Regel, den Feind da anzugreifen, wo er es nicht erwarte. Die Regierung werde verunsichert, wenn „die Kataster der Arbeitsämter und der Kriegsverpflichtung zur Zwangsarbeit brennen, wenn die Lebensmittelkartendecks und die Supermärkte geräumt würden“. Daneben verübten auch diese Kräfte immer wieder Terroraktionen mit Bezügen zu den Themen: Entwicklung der Kernenergie, angeblich zunehmende Überwachung der Menschen durch den Staat, Rationalisierung durch den Einsatz der Mikroelektronik sowie Imperialismus. In letzter Zeit kam in diesem Bereich die Überzeugung auf, effektiver Widerstand könne nur in „Banden“ organisiert geleistet werden.

Nicht zuletzt gehören zu den terroristischen Klein-Gruppierungen auch Anhänger der RAF-Ideologie, die selbst Brand- und Sprengstoffanschläge ausführen. Die 1982 verstärkte beobachtete Bereitschaft zu eigenen Terroranschlägen hat sich 1983 fortgesetzt. 13 Anschläge sind aufgrund von Tatbekenntnissen diesem Personenkreis zuzurechnen; davon ereigneten sich allein zehn in Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zu anderen Tätergruppen beschränkten sich die Anhänger der RAF auf nur wenige politische Themen, mit denen sie ihre Gewaltakte begründe-

ten. Dazu zählten der Protest gegen den Imperialismus und die NATO-Nachrüstung, die Forderung nach Zusammenlegung „der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand“ sowie die Solidarität mit linksextremistischen Türken. Herausragende Terrorakte, die Tätern aus dem Umfeld der RAF zugeordnet werden müssen, waren die Sprengstoffanschläge auf das Offizierskasino des US-Militärflugplatzes Hahn am 7. August sowie auf die Schule für Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Ems am 22. Oktober.

4. RAF-Umfeld

Die „klassische“ Aufgabenstellung der Gruppierungen des engeren RAF-Umfeldes besteht unverändert darin, für die Ziele der RAF durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu werben, die inhaftierten Mitglieder und Unterstützer der RAF zu betreuen und sich für deren Forderungen einzusetzen, den Informationsfluß mit den Untergetauchten und mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern aufrechtzuerhalten und Aufträge der im Untergrund lebenden RAF-Mitglieder auszuführen. Die enge Kommunikation zwischen den Unterstützern und den Kernmitgliedern der RAF wurde 1983 erneut in sichergestellten Unterlagen belegt. Gegenüber anderen Kreisen der extremistischen Linken treten die Angehörigen des engeren RAF-Umfeldes unter der Bezeichnung „Antiimperialisten“ (kurz „Antiimpis“ bzw. „Antiimps“) auf.

Hauptaufgabe der RAF-Anhänger war die Fortsetzung der bereits 1982 beobachteten Bemühungen um den Aufbau einer „antiimperialistischen Front“. Sie bestritten zahlreiche Diskussionen mit sog. autonomen Antiimperialisten, um diese für die Vorstellungen der RAF zu gewinnen. In dieses Ziel eingebunden waren auch ihre Aktivitäten gegen die NATO-Nachrüstung. RAF-Anhänger arbeiteten mit militanten „Autonomen“ in der „Anti-Kriegs-Bewegung“ (vgl. Abschn. VI. 3.1.3) zusammen und engagierten sich besonders in mehreren „Initiativen gegen Munitionstransporte“. Die „Friedensbewegung“ lehnen sie ab, weil sie sich nicht daran hindern lassen wollen, ihre gegen den Staat gerichtete Einstellung „radikal“ zum Ausdruck zu bringen. Die gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des Besuches des Vizepräsidenten der USA, BUSH, am 25. Juni in Krefeld wurden von Angehörigen des RAF-Umfeldes mit vorbereitet und beeinflusst. In zahlreichen Publikationen und Diskussionen versuchten Anhänger der RAF, den Protest gegen die Nachrüstung in einen Kampf gegen die NATO und gegen die Bundesrepublik Deutschland überzuleiten und einen Zusammenhang zwischen diesem Kampf und den Zielen der RAF herzustellen. Sie hatten damit jedoch kaum Erfolg, weil sie eine Ausrichtung des Kampfes an der Antiimperialismustheorie der RAF für unabdingbar halten, während die anderen militanten Gruppen, die sie ansprechen wollen, eine solche dogmatische Festlegung ablehnen.

Die RAF-Anhänger konnten 1983 auch ihre personelle Basis nicht verbreitern; die Bildung einer gemeinsamen „Front“ ist bisher nicht erkennbar. In Einzelfällen, in denen sie ihre dogmatische Grundhaltung zurückstellten, ist es ihnen jedoch gelungen, von anderen Gruppen als Bündnispartner akzeptiert zu werden und bisher in diesen Kreisen bestehende Vorbehalte gegenüber der RAF abzubauen. Seit Anfang des Jahres haben die Personenkreise des RAF-Umfeldes ihre Kampagne zur „Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF mit den Inhaftierten aus dem antiimperialistischen Widerstand“ – gemeint sind in erster Linie Häftlinge

aus dem Unterstützerebereich der RAF – verstärkt. Sie wollen für diese Forderung nicht nur die Unterstützung linksextremistischer Kreise, sondern auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gewinnen. Die Zusammenlegung in Gruppen von gleichgesinnten Häftlingen – einen gemeinsamen Haftvollzug mit Gefangenen aus dem allgemein-kriminellen Bereich lehnen die inhaftierten RAF-Mitglieder in aller Regel ab – solle die „Zerstörung der politischen Identität“ der Häftlinge verhindern. Dabei verschweigen die RAF-Anhänger nicht, daß die gewünschten Haftbedingungen der RAF die Möglichkeit schaffen sollen, den „Kampf aus dem Knast heraus“ fortzusetzen.

Die Gruppierungen der RAF-Anhänger agitierten im Laufe des Jahres sowohl gegen Gerichtsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder der RAF als auch gegen die Bestrafung von Personen des RAF-Umfeldes wegen Unterstützung der RAF oder Werbens für die RAF. Sie versuchten der Öffentlichkeit zu suggerieren, die Taten der Angeklagten seien kein kriminelles, sondern politisches Handeln; somit seien die Verfahren politische Prozesse und dem Gesinnungsstrafrecht des Nationalsozialismus gleichzusetzen.

5. Internationale Verflechtungen

Hinweise auf eine Einbindung deutscher linksextremistischer **Terroristen** in international operierende terroristische Organisationen oder auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Ausführung terroristischer Aktionen sind 1983 nicht angefallen. Lediglich ein von dem international gesuchten Terroristen Ilich RAMIREZ-SANCHEZ („CARLOS“) im September an den Bundesminister des Innern gerichtetes Schreiben belegt, daß Bezüge zum internationalen Terrorismus noch bestehen. „CARLOS“ hat für den Fall einer Überstellung von Gabriele TIEDEMANN aus der Schweiz in die Bundesrepublik Deutschland zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens bzw. bei sonstigen exekutiven Schritten gegen Angehörige seiner Organisationen eine „entsprechende“ Antwort angedroht.

Im terroristischen **Umfeld** sind dagegen internationale Kontakte festgestellt worden, die auf einer vielfältig bekundeten Solidarität mit linksextremistischen Türken sowie einer wachsenden Unterstützung für revolutionäre Organisationen in mittel- und südamerikanischen Staaten beruhen.

IX. Gesetzesverletzungen deutscher Linksextremisten und staatliche Maßnahmen

1. Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund

Linksextremisten setzten wiederum Gewalt bis hin zum Terror als Mittel zur Förderung ihrer politischen Ziele ein. Die Zahl der 1983 bekanntgewordenen Gesetzesverletzungen ging gegenüber dem Vorjahr nur leicht zurück.

Ausmaß und Intensität linksextremistischer Gewalt kommen in der nachfolgenden Zahlen-Übersicht nur unvollkommen zum Ausdruck; hinter den einzelnen Gewaltaktionen verbergen sich auch schwerste Ausschreitungen mit zahlreichen Körperverletzungen. So wurden bei gewalttätigen Aktionen insgesamt mehr als 160

Polizeibeamte verletzt, u. a. am 18. Juni in Berlin (aus Anlaß der Kundgebung der „Konservativen Aktion“), am 25. Juni in Krefeld (Besuch des US-Vizepräsidenten), am 1. Oktober in Fallingb. (NPD-Parteitag), am 15. Oktober in Bremerhaven sowie am 22. Oktober in Hamburg (Aktionswoche gegen die NATO-Nachrüstung) und wiederholt am Baugelände der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.

Übersicht über Gewaltakte und sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund¹⁸⁾

	1982	1983
Sprengstoffanschläge	68*	55*
Brandanschläge ¹⁹⁾	310*	304*
Aktionen mit Körperverletzungen	22	41
Raubüberfälle	1	–
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	119	90
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- oder den Straßenverkehr	6	5
Sachbeschädigung mit Gewaltanwendung	1071	1045
Gewalttaten insgesamt	1597	1540
Gewaltandrohungen	43	7
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	249	157
Gesamt:	1889	1704

Bei den „sonstigen Gesetzesverletzungen“ handelt es sich im wesentlichen um Fälle des Hausfriedensbruchs, um Beleidigungsdelikte oder um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz; die zahlreichen Schmieraktionen sind hierbei nicht mitgezählt, weil über sie kein vollständiger Überblick besteht.

¹⁸⁾ Gesetzesverletzungen sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Körperverletzungen, Gewaltandrohungen, Schmieraktionen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff usw. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde.

¹⁹⁾ umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln

* einbezogen sind terroristische Gewaltaktionen (1983: 51 Sprengstoff- und 164 Brandanschläge; 1982: 63 Sprengstoff- und 120 Brandanschläge)

2. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

2.1 Verurteilungen (Überblick)²⁰⁾

(Vergleichszahlen 1982 in Klammern)

Insgesamt:	403	(438)	
davon:	36	(29)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, 9 ohne Bewährung (2)
	10	(14)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, 9 ohne Bewährung (7)
	166	(298)	Geldstrafen
	191	(97)	Verwarnungen, Geldbußen, Arbeits- auflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche.

2.2 Einzelne Verurteilungen

1983 wurden 22 Personen wegen Straftaten mit **linksterroristischem** Hintergrund zu Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt: So wurde die Studentin Helga R. wegen Unterstützung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung unter Einbeziehung einer früheren Reststrafe zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren und neun Monaten verurteilt. Sie war u. a. für die RAF als Kurier und bei dem Anschlag am 15. September 1981 auf den amerikanischen General Kroesen in Heidelberg als Helferin tätig. Ebenfalls wegen Unterstützung der RAF durch Beschaffen von Kfz-Daten wurde die Bürogehilfin Monika K. zu zwei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Mehrere Urteile ergingen auch wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung. Die Buchhändlerin Mirjam G. erhielt wegen Werbens für die RAF eine Freiheitsstrafe von sieben Monaten, ausgesetzt zur Bewährung.

Die Hauptverhandlungen gegen die im November 1982 im Zusammenhang insbesondere mit den schwerwiegenden Straftaten des Jahres 1977 festgenommenen Mitglieder der RAF – Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz – haben im Oktober 1983 bzw. Januar 1984 begonnen.

2.3 Anklagen: 280

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

²⁰⁾ Erfasst wurden nur erstinstanzliche Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl dieser Urteile dürfte insgesamt höher sein, weil erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichtes bekannt werden. Die fortgeschriebenen Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben.

RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN 1983

I. Allgemeine Erfahrungen

Rechtsextremistische Bestrebungen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie – offen oder verdeckt – die Grundlagen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie ablehnen und eine totalitäre Regierungsform fordern. Dabei ist ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus Ausgangspunkt unsachlicher Beschimpfungen sowie der Herabsetzung ausländischer Staaten und deren Staatsangehöriger und damit auch einer Mißachtung ihrer Menschenrechte. Die unverhohlene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus ist mit der Würde der Menschen und anderen wesentlichen Menschenrechten nicht vereinbar; gleiches gilt für andere rassistische Thesen. Die von Rechtsextremisten geforderte pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ auf Kosten der Interessen des einzelnen führt zu einer Aushöhlung der Grundrechte, die in erster Linie Individualfreiheitsrechte garantieren. Darüber hinaus diffamieren und bekämpfen Rechtsextremisten planmäßig die bestehende Staatsform. Ein besonderes Kennzeichen rechtsextremistischer Bestrebungen liegt ferner in der Rechtfertigung des NS-Regimes, wobei unter Herausstellung angeblich positiver Merkmale des „Dritten Reiches“ die Verbrechen des NS-Regimes verharmlost oder sogar jegliches nationalsozialistisches Unrecht gelehnet werden.

Diese beispielhaft genannten, besonders charakteristischen Merkmale des Rechtsextremismus sind nicht gleichmäßig in allen rechtsextremistischen Organisationen festzustellen. Bei einigen Organisationen sind nur Teilaspekte bestimmend. Dies gilt u. a. für die sog. „Nationaldemokraten“ und „National-Freiheitlichen“. Von diesen zu unterscheiden sind die Neonazis, die im Regelfall aus fanatischen HITLER-Verehrern bestehen. Die nicht auf die Person HITLERs ausgerichteten Neonazis mit nationalrevolutionären oder – wie es seit 1982 gelegentlich formuliert wurde – „antiimperialistischen“ Vorstellungen haben Strukturen vor Augen, wie sie dem frühnationalsozialistischen Ideologen STRASSER vorschwebten.

Durch die Festnahme mehrerer mutmaßlicher Terroristen im Februar 1983 in Frankfurt/M. und bei London konnte die bisher gefährlichste neonazistische Terrorgruppe zerschlagen werden. Mitglieder der Gruppe werden verdächtigt, u. a. im Herbst 1982 mehrere Mordanschläge auf amerikanische Soldaten mittels versteckter Sprengsätze in deren Pkw sowie zahlreiche Banküberfälle verübt zu haben. Die Gruppe zeigte dabei eine bisher in der rechtsextremistischen Szene nicht gekannte kriminelle Vorgehensweise; sie war teilweise Linksterroristen abgesehen.

78 Gewalttaten, davon 11 Terrorakte, umfangreiche Sicherstellungen von Waffen und Munition, zahlreiche Gewaltandrohungen und die zunehmende Zahl der erkannten militanten Aktivisten beweisen die anhaltende Bereitschaft zur Gewaltanwendung insbesondere in neonazistischen Kreisen.

Diese Feststellung wird wie in den Vorjahren durch die auf dem geheimen Melde-
wege gewonnenen Informationen bestätigt, wonach fanatische Neonazis weitere
terroristische Straftaten erörtern. Dabei spielen ihre Verbindungen zu militanten
Gesinnungsgenossen im westlichen Ausland nach wie vor eine bedeutsame Rol-
le.

Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch gewaltbereite Neonazis hält somit
weiter an.

Den Verfassungsschutzbehörden sind derzeit 1400 (1982: 1300) Neonazis be-
kannt, von denen ca. 230 als militant zu bezeichnen sind. Zunehmend bekennen
sich dabei solche Neonazis, die sich HITLER nicht mehr als Leitfigur des National-
sozialismus zum Vorbild nehmen, zu einem „antiimperialistischen Befreiungs-
kampf“ und versuchen auf diese Weise auch Verbindungen zu ausländischen
Gruppen aufzunehmen, die politisch eher links einzuordnen sind.

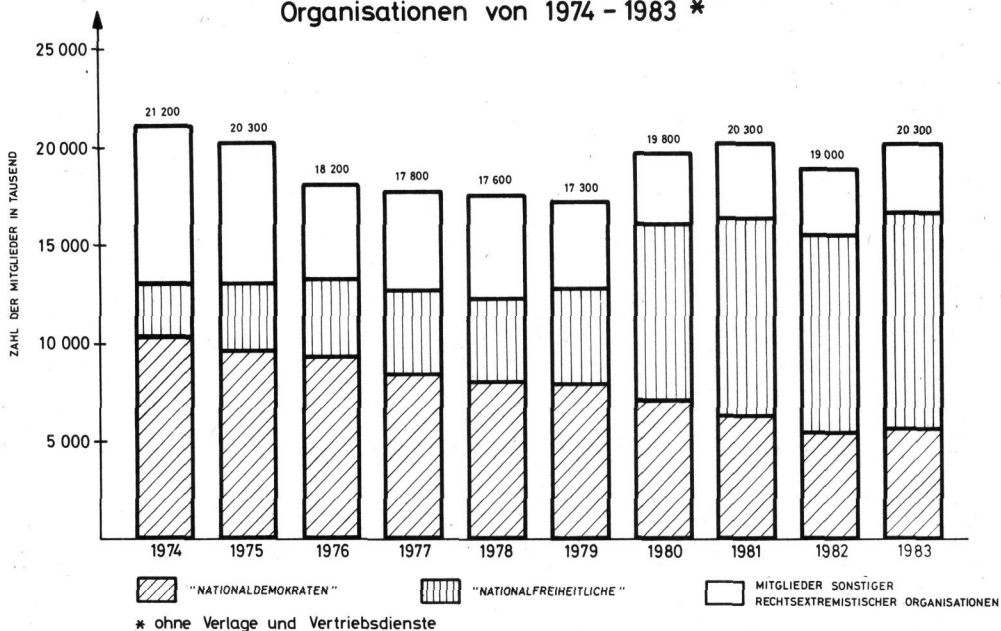
Mit dieser Entwicklung einher geht ein nationalistischer Neutralismus, der oft ag-
gressive antiamerikanische Züge trägt und sich zunehmend auch im übrigen
deutschen Rechtsextremismus verbreitet. Nur die sogenannten „nationalfreiheitsli-
chen“ Gruppen um den Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY stehen dieser
Entwicklung – die es in den fünfziger Jahren bereits einmal gab – ablehnend ge-
genüber. Festzustellen bleibt ebenfalls, daß dieser nationalistische Neutralismus-
gedanke, der sich auf ein wiedervereinigtes Großdeutschland richtet, zunehmend
sowjetfreundliche Züge aufweist; denn diese rechtsextremistischen Kreise glau-
ben, daß ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland im Interesse der Sowjet-
union liegen müsse.

Das am 7. Dezember 1983 durch den Bundesminister des Innern ausgesproche-
ne Verbot der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Ak-
tivistinnen“ (ANS/NA) hat deren Führung nicht überrascht. Sie hatte jedoch nicht da-
mit gerechnet, daß auch die „Aktion Ausländerrückführung“ (AAR), die als Wäh-
lervereinigung zur Teilnahme an der hessischen Landtagswahl im September zu-
gelassen worden war, als Teilgliederung in das Verbot einbezogen würde.

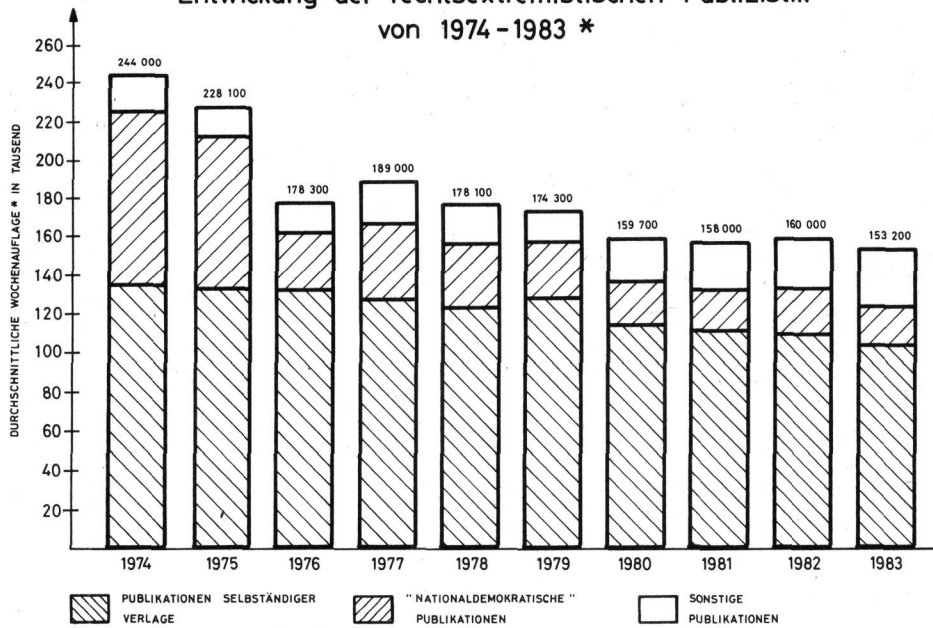
Militanten Neonazis, aber auch „Jungen Nationaldemokraten“, gelang es, teilweise
ausländerfeindlich eingestellte Gruppen wie Skinheads, militante Fußballfans so-
wie Rocker in ihre Aktionen gegen Ausländer einzubeziehen. Energische Gegen-
maßnahmen der Staatsschutzbehörden, insbesondere der Polizei, verhinderten
anlässlich des Fußballländerspiels Deutschland–Türkei im Oktober die von Rechts-
extremisten geplanten gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Türken.

Ende 1983 waren in 68 (1982: 74) rechtsextremistischen Gruppierungen 20 300
(1982: 19 000) Mitglieder organisiert. Diese Zunahme an Mitgliedern ist vor allem
auf die Werbeaktionen Dr. FREYs für seine „national-freiheitlichen“ Organisati-
onen zurückzuführen. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) da-
gegen konnte kaum nennenswerte Zugewinne an Mitgliedern verzeichnen. Ihr ge-
lang es nicht, mit Neutralismusparolen und dem Schüren von Ausländerfeindlich-
keit Erfolge zu erzielen.

Entwicklung der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen von 1974 - 1983 *



Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1974 - 1983 *



* Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, sind die Auflagen der nicht wöchentlich erscheinenden Schriften auf eine durchschnittliche Wochenauflage umgerechnet worden.

Periodische rechtsextremistische Publikationen³⁾ im Vergleich 1982–1983

Periodische Publikationen	Erscheinungsweise	1982			1983		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Neonazistische Schriften	monatlich	3	5 300	63 600	3	4 800	56 000
	zweimonatlich	—	—	—	3	2 000	12 800
	vierteljährlich ⁴⁾	2	7 000	28 000	6	7 400	29 900
		5	12 300	91 600	12	14 200	98 700
„Nationaldemokratische“ Schriften	monatlich	5	79 700	956 400	4	79 500	954 000
	zweimonatlich	6	13 600	81 600	9	9 450	56 700
	vierteljährlich ⁴⁾	12	9 200	36 800	10	12 650	50 600
		23	102 500	1 074 800	23	101 600	1 061 300
„National-freiheitliche“ Schriften	wöchentlich	1	25 000	1 300 000	1	25 000	1 300 000
	vierteljährlich ⁴⁾	1	500	2 000	—	—	—
		2	25 500	1 302 000	1	25 000	1 300 000
Schriften sonstiger Vereinigungen	zweimonatlich	3	5 100	30 600	2	10 000	55 000
	vierteljährlich ⁴⁾	7	4 630	18 520	3	8 500	34 000
		10	9 730	49 120	5	18 500	89 000
Schriften organisations- unabhängiger Verlage	wöchentlich	2	103 000	5 356 000	2	96 000	4 992 000
	2 × im Monat	1	1 500	36 000	1	1 500	36 000
	monatlich	5	27 550	330 600	5	28 300	339 600
	zweimonatlich	1	1 000	6 000	—	—	—
	vierteljährlich ⁴⁾	10	8 150	32 600	3	3 350	13 400
		19	141 200	5 761 200	11	129 150	5 381 000
	Summe:	59	291 230	8 278 720	52	288 450	7 930 000

³⁾ Vgl. Vortext zu dieser Übersicht (II. 3.)

⁴⁾ Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

4.4 Von den 280 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst ist einer Richter, 153 sind Beamte, 21 Soldaten, 64 Angestellte und 41 Arbeiter. Die 174 Beamten und Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen oder vergleichbaren Dienstgraden an:

höherer Dienst	32	(30)
gehobener Dienst	48	(54)
mittlerer Dienst	66	(76)
einfacher Dienst	28	(19)

5. Soziologische Daten

5.1 Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der seit 1977 wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten 1406 Personen

Altersstruktur bei Tatbegehung:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	40%
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	32%
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	11%
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	8%
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	9%

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	18%
Facharbeiter/Handwerker	19%
Angestellte	13%
Schüler/Studenten	12%
Auszubildende	18%

Die übrigen 20% verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 3,5% an; 1,5% sind Akademiker. Der Anteil der Frauen an dieser Gruppe beträgt 3%.

5,8% der rechtskräftig Verurteilten sind arbeitslos.

5.2 Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der für 1983 wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ermittelten 1211 (1982: 1177) mutmaßlichen Täter

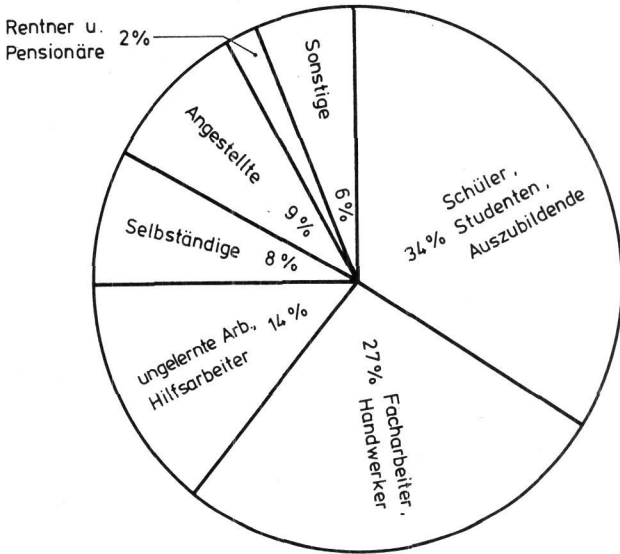
Altersstruktur:		1983	1982
Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	50%	46%
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	34%	28%
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	6%	10%
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	6%	8%
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	4%	8%

Berufsgliederung:

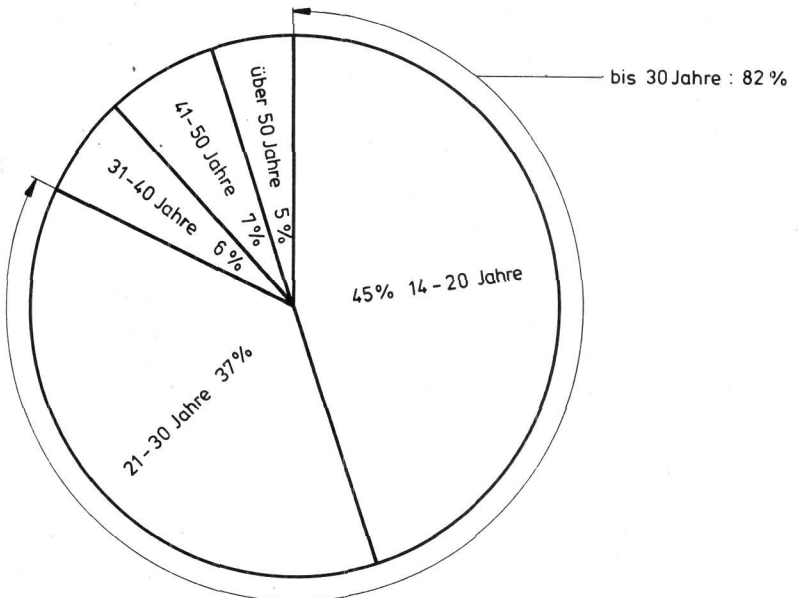
ungelernte Arbeiter	14%	16%
Facharbeiter/Handwerker	25%	24%
Angestellte	10%	7%
Schüler/Studenten	23%	18%
Auszubildende	13%	14%

Analyse der Täter bei rechtsextremistischen Gesetzesverletzungen

BERUFSANALYSE



ALTERSSTRUKTUR



Die übrigen 15% verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 1% an; 0,1% sind Akademiker. Der Anteil der Frauen in dieser Gruppe beträgt 4%.

4,5% der ermittelten Täter sind arbeitslos.

5.3 Analyse der militanten Rechtsextremisten

In den letzten fünf Jahren wurden 297 rechtsextremistische Aktivisten erfaßt, die sich bereits an Gewalttaten beteiligt, Gewalt angedroht oder geplant haben oder im Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff angetroffen wurden. Ihre Altersstruktur stellte sich am 31. 12. 1983 wie folgt dar:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	9%
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	58%
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	16%
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	11%
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	6%

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	13%
Facharbeiter/Handwerker	38%
Angestellte	14%
Schüler/Studenten	7%
Auszubildende	6%

Die übrigen 22% verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 1% an; ebenfalls 1% sind Akademiker. Der Anteil der Frauen an dieser Gruppe beträgt 2%.

65 der militanten Rechtsextremisten (= 22%) sind arbeitslos.

III. Schwerpunkte rechtsextremistischer Agitation

Rechtsextremisten zielten auch 1983 aus ihrer rassistisch und nationalistisch motivierten Einstellung heraus darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Das von ihnen angestrebte Staatssystem weist totalitäre und völkisch-kollektivistische Strukturen auf, bei den Neonazis unverkennbare Elemente der NS-Diktatur, teilweise unter Anlehnung an die mit den Namen Gregor STRASSER und Ernst RÖHM verbundene sozialistische Strömung. Daher bekämpfen Rechtsextremisten die demokratische Regierungsform, versuchen das Staatswertbewußtsein der Bevölkerung zu erschüttern und verleumden demokratische Personen und Einrichtungen.

1. Verfassungspolitik

Sowohl die sogenannten „Nationaldemokraten“ als auch die sogenannten „National-Freiheitlichen“ versuchen nach wie vor, den Anschein von Verfassungstreue zu erwecken. Im Organ der NPD „Deutsche Stimme“ (DSt), hieß es, „daß die Nationaldemokraten auf besserem Fuß mit dem Grundgesetz stehen als die Kartellparteien-Politiker“ (DSt 5/83, S. 1). Dr. FREY behauptete von sich, keiner habe

„häufiger seine absolute Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit unter Beweis gestellt“ („Deutsche National-Zeitung [DNZ] 48/83, S. 5).

Dagegen lehnen die Neonazis Lippenbekenntnisse dieser Art ab. Sie bekannnten sich zum „Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms“ der NSDAP (z. B. „Innere Front“ [IF] 3, S. 7) und strebten die „Neubegründung der NSDAP als legale Partei in Deutschland an“ (z. B. IF 3, S. 9).

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Die NPD legte sich auf ihrem Bundesparteitag 1983 endgültig auf den von ihr bereits 1982 eingeschlagenen neutralistischen Kurs fest. Sie strebt ein „unabhängiges und blockfreies Gesamtdeutschland“ an (DSt 12/83, S. 3), um „Deutschland als Ganzes aus der Konfliktzone herauszulösen“ (DSt 7/83, S. 3): „Die Einbindung Deutschlands in die Blockkonfrontation hat unser Land zum Hauptaufmarschgebiet raumfremder Mächte gemacht und das deutsche Volk zum Kanonenfutter für die imperialen Interessen der Supermächte erniedrigt“ (DSt 7/83, S. 3). Die NPD will die „Einheit Deutschlands und dessen Souveränität“ schrittweise über eine „Konföderation Deutschland“ nach Verhandlungen mit der DDR über „die Bildung einer Deutschen Nationalversammlung“ und Verhandlungen über den „etappenweisen Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland!“ erreichen (NPD-Schrift „Der Weg nach vorn“, S. 19), sie wendet sich „gegen jede Stationierung amerikanischer und sowjetischer Nuklearwaffen in Deutschland“ (DSt 12/83, S. 3).

Auch die Neonazis verfolgten einen strikten neutralistischen Kurs: „Wie kann ein Mensch, der von beiden Seiten bedroht wird, mit einem seiner Bedroher ein Bündnis schließen?“ („Die Bauernschaft“ 3/83, S. 52). Der „NS-Kampfruf“ der „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (52, S. 4) erklärte: „Besatzer raus! Wir Nationalsozialisten kämpfen für Deutsche Einheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung“.

In der neonazistischen Neutralismusagitation tritt ein deutlicher Antiamerikanismus zutage. Das „Vaterland“ zu verteidigen heiße heute, „sich aktiv gegen die amerikanische Kriegspolitik einzusetzen und den Einsatz deutscher Soldaten für die Zwecke des US-Imperialismus zu bekämpfen“ (Flugblatt „Neutronenbombe – Sicherheit oder Bedrohung?“ der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ [NRAF]). Die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) forderte: „Stoppt die ‚Nachrüstung‘ – Raus aus der NATO“ (ANS/NA-Flugblatt „Atomraketen? Nein!!! Besatzer raus!!!“). Den härtesten antiamerikanischen Kurs steuerte „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) des ehemaligen Wehrmachtgenerals Otto-Ernst REMER (71), der am 20. Juli 1944 als Kommandeur des Wachbataillons den Aufstandsversuch gegen HITLER in Berlin niedergeschlagen hatte. So heißt es im 1983 veröffentlichten „Manifest“ dieser Gruppierung: „Vernunft und Selbsterhaltung gebieten die Zusammenarbeit mit Rußland; . . . denn ohne die Existenz der Sowjetunion als Alternative und Verbündeter sind wir den Erpressungen des Westens wehrlos ausgeliefert“ (S. 12/13). „Wer sich mit den USA verbündet, der ist verloren. Wer mit der Sowjetunion zusammenarbeitet, wird überleben und bei den Siegern sein“ (S. 2). Die deutsche Bundeswehr sei in Wirklichkeit eine „NATO-Fremdenlegion für amerikanische Herrschaftspläne“ (S. 22). Die auf-

fallend sowjetfreundliche DDF fordert die „Allianz mit der Sowjetunion“ (Titelseite des genannten Manifestes).

Dagegen bekannten sich die „National-Freiheitlichen“ von Dr. FREY „zur atlantischen Verteidigungsgemeinschaft“ als einzigem Mittel gegen „die sowjetische Bedrohung“ (DNZ 10/83, S. 5) und bejahten die Nachrüstung des Westens als „zwingend geboten“ (DNZ 46/83, S. 4).

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Die innenpolitischen Stellungnahmen der Rechtsextremisten bestanden vorwiegend aus polemischer Verurteilung von Maßnahmen der Gerichte und Behörden gegen Gesinnungsgenossen. Die rechtsextremistische DDF beklagte, daß ein Historiker, der „zu anderen als zu den standardisierten Ergebnissen“ gelange, „boykottiert, herabgesetzt, als rechtsradikal oder nazistisch verleumdet“ werde („Manifest 1983“, S. 2/3). Der Neonazi Thies CHRISTOPHERSEN (65; Agrarjournalist) erklärte, Pressefreiheit habe es für ihn nie gegeben, dafür „Post- und Telefonüberwachung, Bespitzelung und Terror“. Strafbare Handlungen würden „von den Verfassungsschützern selbst ausgetüfelt, um sie uns dann anzulasten“ („Die Bauernschaft“ 3/83, S. 54).

Der Neonazi Michael KÜHNEN (28; Journalist) erklärte, wenn man seine Organisation in die Illegalität treibe, „dann werden wir Gewalt anwenden. Da garantiere ich für nichts, gar nichts“ („Quick“, 23/83, S. 26/27).

4. Ausländerpolitik

Ausländerfeindlichkeit auf rassistischer und nationalistischer Basis ist ein Wesensmerkmal der Rechtsextremisten. Auch 1983 stand die Ausländerproblematik im Mittelpunkt der Agitation rechtsextremistischer Gruppierungen.

Die „National-Freiheitlichen“ machten die „zu vielen ausländischen Hilfsarbeiter“ für die „Millionenarbeitslosigkeit“ und die Wirtschaftskrise verantwortlich (DNZ 20/83, S. 10). Die „Nationaldemokraten“ agitieren mit Parolen wie „Völkersalat in Westdeutschland“, „Ausländerinvasion: 40 Jahre geplanter Volkstod!“ („Info-Blitz“ 10/83), „kein Kindergeld an Ausländer“ (DSt 7/83, S. 7) gegen den „Einwanderungs- und Integrationsextremismus“ (DSt 1/83, S. 2). Noch aggressiver artikuliert sich der Ausländerhaß bei den Neonazis, die mit Parolen wie: „Erlöse Dein Vaterland! Ausländer raus!“ („NS-Kampfruf“ 51/83, S. 8) und „Ausländer raus bevor der Volkszorn erwacht“ (Flugblatt der ANS/NA) hervortraten. „Die Gastarbeiter sind nicht nur ein soziales, politisches, kulturelles, sie sind in erster Linie ein Umweltproblem“ („Die Bauernschaft“ 2/83, S. 5).

IV. Neonazismus

1. Zielsetzung

Neonazis knüpfen mit ihren politischen Vorstellungen an Weltanschauung, Programm und Machtanspruch des Nationalsozialismus an. Sie verlangen die Wiederzulassung der NSDAP, um darin alle nationalistischen Gruppierungen zu vereinen. Langfristiges Ziel neonazistischer Bestrebungen ist die Errichtung eines dem NS-System vergleichbaren Staatsgefüges. Neonazis sind Rassisten und Kämpfer für elitäre Führerstrukturen.

Sie glorifizieren den NS-Staat und seine damaligen Repräsentanten. Sie leugnen die NS-Verbrechen in den Konzentrationslagern sowie die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Seit 1982 ist Adolf HITLER nicht mehr die das Denken aller Neonazis beherrschende Leitfigur. Einige neonazistische Gruppierungen, die einen „antiimperialistischen Befreiungsnationalismus“ propagieren und vorgeben, sowohl die kapitalistischen als auch die kommunistischen Unterdrückungsmechanismen zu bekämpfen, wenden sich gegen den „Hitlerismus“, weil dieser eine der Ausdrucksformen des „kriegstreibenden Imperialismus“ sei, eine „Pervertierung“ der reinen Lehre des „historischen sozialrevolutionären Nationalsozialismus“, der untrennbar mit den Namen Gregor STRASSER (hoher nationalsozialistischer Funktionär der 20er Jahre; galt ab Dezember 1932 als abtrünnig) und Ernst RÖHM (Stabschef der SA; auf HITLERs Veranlassung im Juni 1934 ermordet) verbunden sei. „Bürgerlicher Nationalismus“ im Stile HITLERs sei Verrat an der sozialistischen Grundidee des Frühnationalismus, der eine Aussöhnung aller Schichten der Volksgemeinschaft zum Ziele gehabt habe. Diese „nationalrevolutionären“ Neonazis lehnen daher hitleristische Führerkult und Uniformfetischismus strikt ab. Der „antiimperialistische Befreiungsnationalismus“ dieser Neonazikreise führte auch 1983 zu Sympathieerklärungen gegenüber der IRA, der ETA, der PLO und GHADAFI.

2. Zahl der Neonazis

Den Sicherheitsbehörden waren Ende 1983 etwa 1400 Neonazis bekannt, also rd. 100 mehr als im Vorjahr. Ungefähr 1130 von diesen sind 16 erkannten neonazistischen Gruppen zuzurechnen. Das sind 80 mehr als 1982 (1050). Die übrigen 270 (1982/250) Neonazis waren entweder durch das am 7. Dezember erfolgte Verbot der ANS/NA ohne Gruppenzugehörigkeit oder sind notorische Einzelaktivisten.

3. Militante Neonazis

Die Zahl der erkannten militanten Neonazis wuchs 1983 von 212 auf 227. Es handelt sich dabei um neonazistische Aktivisten, die in den letzten Jahren an Gewalttaten beteiligt waren, Gewalt angedroht bzw. geplant hatten oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff waren.

Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden noch 70 militante Rechtsextremisten bekannt, die nicht den Neonazis, sondern anderen rechtsextremistischen

Gruppen zuzurechnen sind. Sie kommen vorwiegend aus den Reihen der „Jungen Nationaldemokraten“ und der „Wiking-Jugend“.

Knapp 100 militante Rechtsextremisten – vorwiegend Neonazis – wurden seit 1977 durch Terrorakte, Beteiligung an Terrorakten oder terroristischen Planungen bekannt.

Auch die Waffen- und Munitionsfunde besonders bei Neonazis weisen auf die anhaltende Militanz von Teilen des deutschen Rechtsextremismus hin. 1983 wurden u. a. sichergestellt: 142 (1982: 101) z. T. vollautomatische Schußwaffen und etwa 3000 (12 500) Schuß Munition, 17 (492) Granaten und sonstige Sprengkörper sowie gefährliche Materialien zur Sprengstoffherstellung.

4. Neonazistische Gruppen

Die Zahl der erkannten neonazistischen Gruppen ist gegenüber dem Vorjahr von 21 auf 16 gesunken. Dies hängt mit dem durch die ANS/NA ausgelösten Konzentrationsprozeß innerhalb des neonazistischen Lagers zusammen, der die bisherige Zersplitterung leicht abschwächen konnte. Diese Entwicklung dürfte durch das Verbot der ANS/NA jedoch gestoppt worden sein.

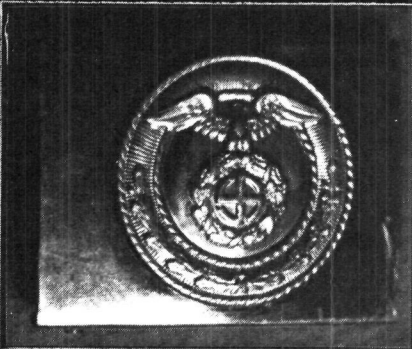
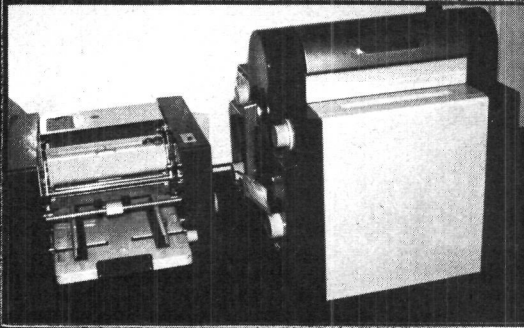
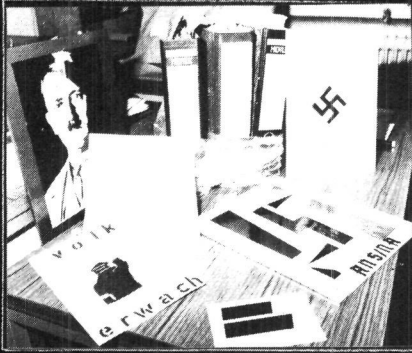
4.1 „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA)

Die am 7. Dezember durch den Bundesminister des Innern wegen Verfassungswidrigkeit nebst ihren Teilmembern verbotene und aufgelöste ANS/NA war am 15. Januar in Frankfurt/M. auf Initiative des im November 1982 aus der Straftat entlassenen Michael KÜHNEN sowie unter maßgeblicher Beteiligung von Thomas BREHL (27; Lagerist) und Arnd-Heinz MARX (26; Drucker) durch den Zusammenschluß der ANS-Gruppe Hamburg mit den „Kameradschaften“ Fulda und Frankfurt der „Nationalen Aktivisten“ gegründet worden. Die beiden „Kameradschaften“ waren vorher als „Wehrsportgruppe Fulda“ und „NS-Initiativgruppe Frankfurt/Main“ aufgetreten. Die ANS/NA hatte sich im Laufe des Jahres zur bedeutsamsten neonazistischen Organisation entwickelt. Sie übte eine starke Sogwirkung auf sympathisierende Kreise aus.

Zur Zeit des Verbotes gehörten der ANS/NA etwa 270 vorwiegend unter 30jährige an, die in mehr als 30 örtlichen „Kameradschaften“ erfaßt waren. Die Organisationsleitung bestand, nachdem MARX im September – kurz vor dem Verbot – wegen „nicht länger zu duldender Eigenmächtigkeit“ ausgeschlossen worden war, aus KÜHNEN, BREHL, Jürgen MOSLER (28; Schriftsetzer) und Christian WORCH (28; Notargehilfe). Die „Kameradschaftsführer“, die Leiter der sogenannten „Ämter“ und einige besonders ausgewählte Aktivisten bildeten den „Kader“, das „Rückgrat der Bewegung“ („Das Korps“ 2, S. 9). Für alle „Kameraden, die aus Alters- oder Berufsgründen nicht als Nationale Aktivisten in Erscheinung treten können“, war der „Freundeskreis Deutsche Politik“ geschaffen worden. Vorbereitet war bereits die Gründung einer „Europäischen Bewegung“, in der alle Neonaziorganisationen korporativ vertreten sein sollten. Eine „Stabswache“ zum Schutz der „Kameradschaftsführer“ sollte „Befehle bedingungslos“ durchführen, „Provokateure abwehren“ sowie „Disziplinlosigkeit, Aufsässigkeit und Spaltungsversuche“ unterbinden („Innere Front“ IF 4, S. 7).

Der Übermittlung von Befehlen und Anregungen sowie dem Zusammenhalt im „Führerkorps“ diente die unregelmäßig erscheinende interne Publikation „Das

Sicherstellungen anlässlich des Verbotes der ANS / NA



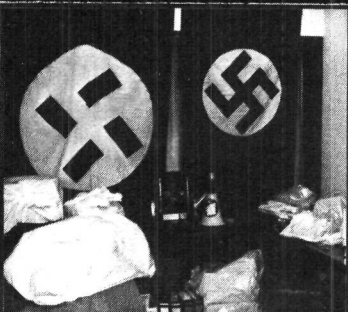


AKTIONSFONT
NATIONALER SOZIALISTEN
Nationale Aktivisten
ANS
Postfach 700351
6450 Hanau 7

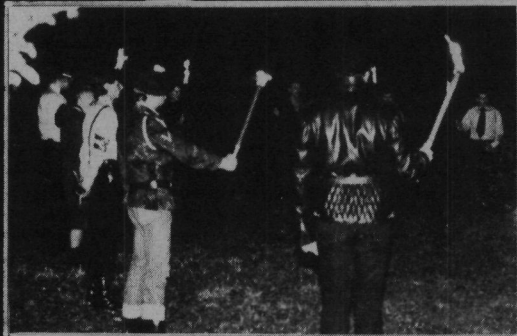
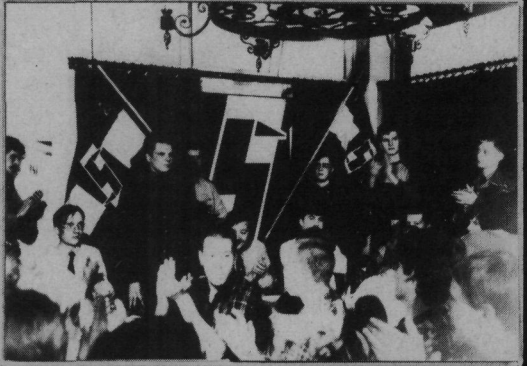
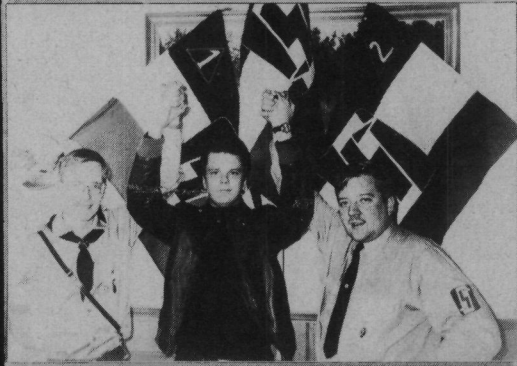
PRESSE



PRESSE



Auftreten der ANS / NA



Korps". In einer weiteren internen Schrift „Die Innere Front, Informationsbriefe zur Lage der Bewegung“ erklärte KÜHNEN, die „Nationalen Aktivisten“ seien für eine „Neue Ordnung“ und „für die Revolution“ zu kämpfen bereit (IF 3, S. 5). In einem am 21. März verteilten Werbeflugblatt bezeichneten sich die Anhänger der ANS/NA als „politische Soldaten einer neuen Ordnung“. Sie forderten auf zum Kampf gegen den Zionismus und die Überfremdung durch ausländische Arbeitnehmer. Die ANS/NA bezeichnete sich als „legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA“. Sie forderte in ihrem „Frankfurter Appell“: „Aufhebung des NS-Verbotes, Ausländerrückführung, Lebens- und Umweltschutz, Kulturrevolution gegen den Amerikanismus, Kampf für ein unabhängiges, sozialistisches Großdeutschland und die NATIONALE REVOLUTION!“ (IF 3, S. 7 und 3). Die ANS/NA zielte auf eine Wiederherstellung und Fortsetzung der NSDAP ab.

Die ANS/NA bemühte sich – in Teilbereichen auch erfolgreich – auf gewaltorientierte Gruppen von Skinheads, Rockern und Fußballfans Einfluß zu nehmen. Die Kameradschaft I in Hamburg hatte von KÜHNEN den Auftrag erhalten, den „Einfluß unserer Bewegung auf Skinheads, Fußballfans etc. auszudehnen“ (IF 5 S. 11). Die ANS/NA führte zahlreiche, zum teil bundesweite Kundgebungen durch. So gedachten am 30. April 60 ANS/NA-Aktivisten in Bad Bergzabern der Erhebung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ durch HITLER vor 50 Jahren. Eine öffentliche Demonstration von etwa 70 Anhängern der ANS/NA am Rande eines Treffens von „Truppenkameradschaften“ der ehemaligen Waffen-SS zu Pfingsten in Bad Hersfeld konnte von der Polizei verhindert werden. Am 5. November wurde in München eine von den Ordnungsbehörden verbotene ANS/NA-Veranstaltung mit 85 Teilnehmern zum 60. Jahrestag des Marsches zur Feldherrnhalle von der Polizei aufgelöst. In diesem Zusammenhang wurden u. a. Gaspistolen und -sprühdosen sowie Hieb- und Stichwaffen sichergestellt. Enge Verbindungen der ANS/NA bestanden vor allem zu dem Neonazi Curt MÜLLER (53; Gärtnermeister), dessen Anwesen in Mainz-Gonsenheim regelmäßiger Treffort für die Neonazis der ANS/NA war.

Anläßlich der am 7. Dezember in Zusammenhang mit dem Verbot erfolgten Vollzugsmaßnahmen stellte die Polizei bei Hausdurchsuchungen u. a. folgende Gegenstände sicher: Ein Kleinkalibergewehr, Gewehr-, Revolver- und Pistolenmunition, umfangreiches NS-Propagandamaterial und große Mengen Chemikalien sowie Sprenganleitungen der Bundeswehr.

Im Laufe des Dezembers fanden einige konspirative Treffen statt, auf denen KÜHNEN den Kurs für die nächste Zukunft umriß. Er betonte, die Arbeit werde unter anderem Namen fortgesetzt werden. Die Polizei ist hiergegen eingeschritten; Strafverfahren wurden eingeleitet.

4.2 „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR)

Die zusammen mit der ANS/NA am 7. Dezember verbotene und aufgelöste AAR war auf einem eigens dazu einberufenen „Führerthing“ der ANS/NA am 26. Juni bei MÜLLER in Mainz konspirativ als „parteilichter Arm unserer Bewegung“ gegründet worden. Während die ANS/NA nach eigenen Worten „mit ihrem offenen und provozierenden Bekenntnis zum Nationalsozialismus das strategische Element“ darstellen sollte, verkörperte „die AAR mit ihrem Aufgreifen ganz kon-

kreter Probleme, Sorgen und Gefühle der Masse... das taktische Element!“ („Das Korps“ 2, S. 6). Bundesvorsitzender der AAR war BREHL.

Die programmatischen Forderungen der AAR stimmten mit den im „Frankfurter Appell“ niedergelegten politischen Zielen der ANS/NA wörtlich überein. Als erste Maßnahmen forderte die AAR die „Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für arbeitslose Ausländer“, eine „drastische Verschärfung der Asylgesetzgebung“ und der übrigen Ausländergesetze („Aktionsprogramm“ Ziff. 2).

Zu der Landtagswahl in Hessen am 25. September trat die AAR in Fulda, Hanau, Groß-Gerau und in zwei Frankfurter Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten an. Sie erzielte mit insgesamt 890 Stimmen Ergebnisse zwischen 0,2 und 0,4 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Für die Aufstellung einer Landesliste hatte sie die notwendigen 1000 Unterschriften nicht beibringen können. Führende Funktionäre hatten bereits vor der Wahl erklärt, es gehe der AAR nicht um einen Wahlerfolg. Wichtig sei nur, daß die AAR als Partei anerkannt werde und so das „Verbot unserer Bewegung“ verhindere (IF 6, S. 2). Die AAR werde sich auch 1984 an Wahlen beteiligen. Ihre Anerkennung als Partei zeige, „daß es möglich ist, im Rahmen der bestehenden Gesetze legal gegen das NS-Verbot ankämpfen zu können“ (IF 6, S. 9).

4.3 Neonazikreis um Curt MÜLLER

Der mehrere Dutzend Anhänger umfassende nichtstrukturierte Mainzer Neonazizirkel um Curt MÜLLER stellt einen Treffpunkt für nationale und internationale neonazistische Aktivitäten dar. Der wiederholt wegen seiner neonazistischen Aktivitäten vorbestrafte MÜLLER ließ sich trotz erneuter mehrmonatiger Strafverbüßung nicht von seiner Agitation abhalten. Die zahlreichen Veranstaltungen der ANS/NA auf dem Gärtnerriegelände in Mainz-Gonsenheim trugen maßgeblich zum Auf- und Ausbau der inzwischen verbotenen Organisation bei. Besondere öffentliche Beachtung fand das mehrtägige Treffen von etwa 100 Neonazis Ende Januar aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtergreifung HITLERs, gegen das politische Gegner durch eine symbolische Belagerung des Anwesens protestierten.

4.4 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die HNG konnte 1983 ihren Mitgliederbestand auf annähernd 400 Personen ausbauen; sie ist damit die mitgliederstärkste neonazistische Organisation. Der am 9. März aus der Strafhaft entlassene WORCH, der bei der ANS/NA das „Amt für Gefangenenhilfe“ leitete, versuchte, auf die HNG Einfluß zu nehmen. Er plante, die HNG in eine Kaderorganisation und ein Sammelbecken junger Aktivisten unter Führung der ANS/NA umzugestalten. Es ist noch nicht abzusehen, ob von dem Verbot betroffene ANS/NA-Mitglieder sich nun in noch größerem Umfang der HNG zuwenden werden. Ein großer Teil der HNG-Mitglieder ist bereits in anderen neonazistischen Gruppen organisiert. Die HNG, die inhaftierte deutsche und ausländische Neonazis sowie Rechtsterroristen ideell und finanziell betreut, beklagte in ihrer Schrift „Information der HNG“ (Ausgabe 34/35, S. 35 und 22) das „Verbot der rechtmäßigen nationalsozialistischen Deutschen Reichsregierung“.

Die HNG unterhält enge Verbindungen zu zahlreichen Neonazis im In- und Ausland, insbesondere zu den HNG-Schwesterorganisationen „Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste“ (COBRA) in

Frankreich und dem „Committee to Free Patriots and Anticommunist Political Prisoners“ (COFPAC) in den USA. Als Verbindungsmann zu den französischen Gesinnungsgenossen dient das HNG-Mitglied Gerhard TÖPFER (26; Student), der sich durch seine Flucht nach Frankreich einer drohenden Haftstrafe entzogen hat.

4.5 „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)

Aus Lincoln/Nebraska versorgt der „Propagandaleiter“ der NSDAP-AO, der US-Amerikaner Gary Rex LAUCK (30; Journalist), über 3 Dutzend Stützpunkte der Organisation im Bundesgebiet mit Agitationsmaterial im Postversand. Die „Kampfschrift“, der „NS-Kampfzettel“ wird in Nordamerika gedruckt, wodurch ein strafrechtliches Risiko beseitigt wird, das im Fall der Herstellung in Deutschland bestehen würde. Die NSDAP-AO hat wiederholt durch ihre Gewaltaufrufe fanatische Aktivisten zu militanten, z. T. auch terroristischen Handlungen angestachelt. Auch 1983 erklärte die NSDAP-AO, sie brauche nicht auf Gewaltanwendung als ein „in moralischer und historischer Hinsicht berechtigtes und gar unerläßliches Kampfmittel gegen das Bonner Verratsregime und ihre kriminellen Handlanger“ zu verzichten („NS-Kampfzettel“ 49, S. 1).

An anderer Stelle wurde im „NS-Kampfzettel“ ausgeführt, nur die „Nationalsozialisten“ könnten Deutschland vor der „jüdisch bolschewistischen Gefahr“ retten („NS-Kampfzettel“ 49, S. 1 und 3). Zielvorstellung der NSDAP-AO ist die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich und die Errichtung einer neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der gesamten arischen Welt“ („NS-Kampfzettel“ 50, S. 8). Auch 1983 wurde wiederum in zahlreichen Plakat- und Klebeaktionen im Bundesgebiet Propagandamaterial der NSDAP-AO in die Öffentlichkeit gebracht.

4.6 „Nationalistische Front“ (NF)

Die im September in München als „Nationale Front – Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten“ (NF-BSN) gegründete Organisation setzt sich u. a. aus Anhängern der 1982 wegen Verfassungswidrigkeit verbotenen neonazistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA) und der ebenfalls neonazistischen „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ (NRAF) in Bremen zusammen. Dem inzwischen wieder zurückgetretenen Bundesvorsitzenden Karl J. (73; Künstler) standen die Funktionäre Bernhard P. (39; ehemaliger Student aus Freiburg) und Dieter S. (30; Programmierer) aus Bremen als Stellvertreter zur Seite. Die NF-BSN will sich als Partei an Wahlen beteiligen. Sie fordert ein „solidarisches Volksganzes für ganz Europa“ und die Rückführung der ausländischen Arbeiter. Am 5. Mai in München und Fürstenfeldbruck sichergestellte Unterlagen deuten darauf hin, daß die NF-BSN sich in der Nachfolge der verbotenen VSBd/PdA sieht.

4.7 „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)

Am 26. August wurde der seit Herbst 1981 flüchtige, mit Vollstreckungshaftbefehl gesuchte Leiter der BBI, Thies CHRISTOPHERSEN (65; Agrarjournalist), an der deutsch-belgischen Grenze festgenommen, nachdem die belgischen Behörden seinen Asylantrag abgelehnt hatten. Er hatte sich nach der Flucht zumeist in Belgien aufgehalten und von dort aus seine Veranstaltungen und den Vertrieb seiner rechtsextremistischen Schriften durchgeführt. 1983 hatten mehrere Treffen u. a.

Neonazistische Agitation



**AKTION/FRONT NATIONALER SOZIALISTEN
NATIONALE AKTIVISTEN**



NR 1
1983/83



Der Schulungsbrief

Interne Informations- und Mitteilungsschrift der
ANS/BO - Gau Rhein-Westfalen - (1. Jahrgang)

**Unser Kampf
gilt Deutschland!
(dem ganzen Deutschland)**



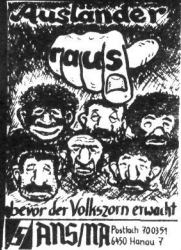
FREUNDESKREIS DEUTSCHE POLITIK

Deutsche Bürger-Initiative

Schriftenreihe Heft Nr. 3

Manfred Roeder

Ein Deutscher Frühling



Nach 38 Jahren endlich einen Friedensvertrag.
Die Wiedervereinigung in gerechten Grenzen.
Freilassung aller Kriegsgefangenen.
Eine realistische Ausländerpolitik.

**NATIONALE
AKTIVISTEN**



Europäische Freiheitsbewegung



Überwachen bitte nur an
Postcheckkonto
Raiffeisenbank
Konto-Nr. 8124 183
Gemeinschaftsbank e.H. Bismarck
in Osnabrück nur an
Osnabr. Postparkasse Wan

Deutsche Bürgerinitiative
Ein. 19.35-400
6579 Neukirchen (Südhein. 2.81)
(03.232 676.74)
Konto-Nr. 63 54 398
Manfred Roeder
3579 Schwarzenborn-Knaul

INFORMATION

DER

HNG



34./35. Ausgabe - Februar/März 1983

V 21 809 F
Die Bauernschaft
FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT
Organ der „Bürger- und Bauerninitiativen e.V.“

14. Jahrgang September 1982

AACHEN

die Kaiserstadt des heiligen Reiches deutscher Nation



Deutschenkennde und denkende Deutsche wählen am 25.9.83

AAR Aktion Ausländerförderung
Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung



THOMAS BREHL

Der Bundesvorsitzende der AAR
und Ihr Kandidat im Wahlkreis 14 (Fulda)



Kritik

Postfach 700351
6450 Hanau 7



Befauhaber:
Dr. Ursula Kottmann
Michael Kottmann
Hans-Jürgen

**AKTION/FRONT NATIONALER SOZIALISTEN
NATIONALE AKTIVISTEN
DIE INTERNER FRONT**



in Hagenau/Elsaß, in Lanaken/Belgien sowie in Antwerpen stattgefunden. CHRISTOPHERSEN verbüßt z. Z. eine neunmonatige Freiheitsstrafe wegen Verbreitens von Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen, Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung. Seine Ehefrau versucht, die BBI durch Rundbriefe zusammenzuhalten und das publizistische Wirken CHRISTOPHERSENS fortzusetzen.

4.8 „Deutsche Bürgerinitiative e. V.“ (DBI)

Der DBI-Leiter Manfred ROEDER (54; ehemaliger Rechtsanwalt), der 1982 wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt worden war, verfaßte in der Haft weiterhin „Rundbriefe“ der „Europäischen Freiheitsbewegung“. Im 37. Rundbrief erklärte ROEDER, „Ich bekenne mich zum Reich“ und „zu allen Vorkämpfern des Reiches“. HITLER war „der anerkannte Führer aller Deutschen, . . . der Vollender eines jahrtausendalten Traumes“.

Seine Ehefrau bemüht sich, die Aktivitäten der an Auflösungserscheinungen leidenden DBI durch Freundestreffen mit bis zu 60 Teilnehmern auf dem „Reichshof“ bei Schwarzenborn/Knüll (Schwalm-Eder-Kreis) fortzusetzen und alte Verbindungen, auch zu ausländischen Gesinnungsgenossen, zu pflegen.

4.9 „Deutsche Arbeiter Jugend“ (DAJ)

Die im Sommer 1982 bekanntgewordene, inzwischen infolge von Strafverfolgungsmaßnahmen aufgelöste DAJ in Berlin setzte sich aus Mitgliedern der rechtsextremistischen „Wiking-Jugend e. V.“ (WJ), ehemaligen NPD-Mitgliedern sowie früheren Angehörigen der verbotenen neonazistischen VSBD/PdA zusammen. Die Mitglieder der Gruppierung führten paramilitärische Übungen durch. Bereits im Dezember 1982 waren bei Anhängern der DAJ auch Waffen sichergestellt worden. Am 17. April überfiel eine achtköpfige, mit Schlagstöcken und Messern ausgerüstete Aktivistengruppe, darunter vier Anhänger der DAJ, ein besetztes Haus in Berlin-Kreuzberg.

4.10 „Wehrsportgruppe Wolfspack, Sturm 12“, Koblenz

Am 14. April verbot der Minister des Innern in Rheinland-Pfalz die erst im Januar gegründete „Wehrsportgruppe Wolfspack, Sturm 12“, Koblenz. Die aus militanten Neonazis im Alter von 15–21 Jahren bestehende Gruppe hatte die Wiedererrichtung eines Gemeinwesens angestrebt, „in dem die Besten den Staat führen“. Paramilitärische Ausbildung der Mitglieder hatte die gewaltsame Durchsetzung ihrer Ziele vorbereiten sollen. Bei Hausdurchsuchungen im Dezember 1982 und im März 1983 wurden bei Angehörigen der Gruppe u. a. Schußwaffen, größere Mengen zur Herstellung von Sprengstoff geeigneter Chemikalien und handschriftliche Anleitungen hierzu sowie NS-Materialien gefunden.

4.11 „Wehrsportgruppe Totila“, Bad Ems

Ende November verübte eine „Wehrsportgruppe Totila“ im Raum Bad Ems volksverhetzende Schmieraktionen. Die aus etwa 15 Personen bestehende neonazistische Gruppe, die auch bereits mehrere paramilitärische Übungen mit Einsatz von Hieb- und Stichwaffen abgehalten hatte, plante Gewalttaten gegen Ausländer. Die Staatsanwaltschaft in Koblenz hat gegen die Beteiligten ein Ermittlungsverfahren

wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung und anderer Delikte eingeleitet.

V. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die Zahl der NPD-Mitglieder nahm 1983 erstmals seit 1970 wieder leicht zu. Dadurch hat sich aber die personelle, finanzielle und organisatorische Misere der Partei nicht verbessert. Die von nationalistischem Neutralismus, Ausländerfeindlichkeit und völkischem Kollektivismus geprägte NPD beteiligte sich nur an der Bundestagswahl und an einer der vier Landtagswahlen des Jahres: Eine leichte Steigerung des Stimmenanteils bei der Bundestagswahl im März stoppte erstmals den seit 1980 anhaltenden Wählerschwund der Partei; sie verlor aber bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl in dem einzigen Wahlkreis, in dem sie sich zur Wahl stellte, annähernd die Hälfte ihrer Stimmen von 1979.

1. Wahlen

1.1 Bundestagswahl

Die vorgezogene Neuwahl des Bundestages am 6. März traf die NPD, die sich auf eine Wahl im Herbst 1984 eingestellt hatte, fast unvorbereitet. Die Partei führte ihren Wahlkampf mit Fernseh- und Rundfunkwahlwerbung, kleinen örtlichen Versammlungen, Flugblättern und dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DSt), das sie verteilte. Ihre Wahlparolen lauteten u. a.: „Arbeitsplätze für Deutsche – Ausländerstopp“ und „Unabhängigkeit die beste Friedenssicherung“.

Die NPD erhielt 91 095 Zweitstimmen (= 0,23 %) und damit rund 23 000 Stimmen mehr als bei der Wahl von 1980 (68 096 Zweitstimmen = 0,18 %). In den Wahlkreisen verzeichnete sie Zweitstimmenanteile zwischen 0,1 und 0,7 %. Ihr bestes Ergebnis mit 0,7 % der Zweit- und 1 % der Erststimmen erzielte sie im Wahlkreis 190 (Schwarzwald-Baar), wo der stellvertretende Parteivorsitzende und Bundesgeschäftsführer Jürgen SCHÜTZINGER (30; ehemaliger Polizeibeamter) kandidierte. Da es der NPD nur in 105 von 248 Wahlkreisen gelungen war, Direktkandidaten aufzustellen, erreichte sie insgesamt nur 57 112 Erststimmen (= 0,15 %). 1980 hatte sie auf die Nominierung von Direktkandidaten ganz verzichtet. Die NPD-Führung glaubt, mit dem Abschneiden ihrer Partei bei der Bundestagswahl die „Talsohle durchschritten“ zu haben.

1.2 Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Bei der ebenfalls am 6. März durchgeführten Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag konnte die NPD nur in einem der vier Wahlkreise die für eine Kandidatur erforderlichen Unterschriften beibringen. In diesem Wahlkreis, der den größten Teil des früheren Regierungsbezirks Pfalz umfaßt, erhielt sie 3656 Stimmen = 0,6 %. Bei der Landtagswahl 1979 waren es 6354 Stimmen = 1,1 %. Die Partei verlor damit fast die Hälfte ihrer Wähler von 1979.

1.3 Europa-Wahl 1984

Nach der deutlichen Wahlniederlage in Rheinland-Pfalz nahm die NPD an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Bremen und Hessen nicht mehr teil. Sie will auch 1984 zu keiner Landtagswahl antreten.

NPD zur "Europawahl"

Jetzt geht es um eine neue Politik

Nationaldemokraten beginnen den „Europa“-Wahlkampf

Widerstand gegen EG-Europa!



**Ja zu Deutschland,
Nein zu „EG-Europa“**

Die EG-Zeche mit Arbeitslosigkeit bezahlen!

Widerstand gegen den EG-Unsinn!

**NPD: EG verschwendet
deutsche Steuermilliarden**

Gegen die EG-Völkerwanderung

Für den deutschen Nationalstaat!

EG plündert Deutsche aus!

Drastische Erhöhung der bundesdeutschen Zahlungsverpflichtung an die EG (Über 30 % mehr!)

Wir Deutschen zahlen **allein** für das ganze Leben der EG-Bosse und Beamten.

EG-Parasitentum preßt die westdeutsche Wirtschaft wie ein Zitrone aus.

DEUTSCHE
ZUKUNFT
Zeitschrift der BI Ausländerstopp

Ausgabe Nr. 4 / 1983

Raus aus der EG?

Gegen: EG-Ausbeutung

**Für: DEUTSCHE UNABHÄNGIGKEIT
Nationaldemokraten**

Warum nimmt die NPD an der sogenannten „Europe-Wahl“ mit eigenen Kandidaten teil?
Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS ist unbestechlich gesamtdeutsch orientiert! Nur was uns Deutschen der Ernst näher bringt, was jede weitere Zersplitterung der deutschen Teilung verhindert, ... ist dem deutschen Volk von Nutzen.

Die „EG“ nützt den Deutschen in keiner Weise.

Wir Nationaldemokraten wollen in das sogenannte „Europe-Parlament“ – um dort unsere deutschen Interessen lautstark zu vertreten. (Was die Börsen- & Bögen-Parlamente absolut nicht fertig bringen.)

Darum NPD wählen und unterstützen:

- weil wir zuerst die Souveränität des deutschen Volkes fordern.
- weil wir Nationaldemokraten eine Revision der EG-Verträge erzwingen wollen, die uns seit Jahren zum Ausbeutungszoo für westeuropäische „Nachbarn“ erscheidig haben.
- damit endlich die Freizügigkeitsklausel der EG-Verträge ersatzlos gestrichen wird, um einen Zuzug weiterer Ausländer zu verhindern.

Wir Nationaldemokraten beabsichtigen:

- Den STOPP der Ausländerüberflutung und schrittweise Rückführung.
- Die Änderung des Asylrechts, weil wir die Bundesrepublik Deutschland nicht als Sozialamt der Welt ansehen.
- Die „EG“ erspricht nicht den deutschen Interessen, die NPD wird nach der Wahl zum westeuropäischen Parlament die lebenswichtigen deutschen Interessen nachdrücklich vertreten.
- Entweder die EG-Verträge werden revidiert, oder sie müssen von uns aufgekündigt werden.

Darum NPD wählen – die deutsche Alternative.

Das bedeutet für uns:

- Die Stahlindustrie, eine der modernsten der Welt, ist ruiniert. Alle ausländische Stahlhütten werden subventioniert, deutsche Firmen wie Klockner dafür mit hohen „Buß“-geldern belegt.
- Neue Zechenstilllegungen bringen Massenentlassungen, schon jetzt haben wir weit über 2,5 Millionen Arbeitslose.
- Die westdeutschen Werten stehen vor der Pleite. Auch hier werden Tausende arbeitslos.
- Auf dem Agrar- und Fischereisektor hat sich die „Wende“ zum Nachteil der Deutschen vollzogen. Deutsche Küttler dürfen nicht ausfahren, die Fanggebiete werden für sie immer kleiner. Dafür fangen unsere Nachbarn nach ihrem Belieben.

Es wird Zeit zur Wende!

Stopp den Ausverkauf deutscher Interessen. Schluß mit der Ausbeutung durch die EG

Wir Nationaldemokraten fordern kraftvoll die Revision der EG-Verträge oder den Austritt aus der EG.

Damit nicht noch mehr Deutsche arbeitslos werden – NPD wählen – weil es nötig ist.

**Daher sagen
wir Nationaldemokraten:**

Eine Friedensordnung für Europa ist ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und ohne die Auflösung der Blöcke unmöglich. Wer den Frieden will, der muß mit uns für Deutschlands Einheit und Selbstbestimmung kämpfen.

**Freundschaft
mit allen Völkern,
aber:
Deutschland
den
Deutschen!**

**EUROPA-
WAHL,
*
warum?**



**Gegen: EG-Ausbeutung
Für:
DEUTSCHE UNABHÄNGIGKEIT
Nationaldemokraten**

Statt dessen sollen alle Kräfte auf die Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 gerichtet werden, an der sich die NPD erstmals beteiligen will. Ihre schon seit Juli betriebene Wahlkampfagitatio n läuft auf die Parole „Raus aus den Europäischen Gemeinschaften!“ hinaus. Die Partei hofft, über Rundfunk und Fernsehen „europamüde“ Wähler ansprechen und einen Achtungserfolg zur moralischen Stärkung ihrer Mitglieder erzielen zu können.

Bei Kommunalwahlen will die NPD sich künftig schwerpunktmäßig nur an erfolgversprechenden Orten beteiligen. Zur Zeit befinden sich nur noch 12 NPD-Mitglieder in Kommunalparlamenten. Auch diese Zahl beweist den Niedergang der Partei innerhalb von 12 Jahren, hatte sie doch 1971 noch 426 kommunale Mandats-träger.

2. Parteiorganisation

2.1 Die Mitgliederzahl der NPD hat mit derzeit etwa 6000 Personen trotz zahlreicher Abgänge leicht zugenommen. Die Führungskreise führen dies vor allem auf die Fernseh- und Rundfunkwerbung vor der Bundestagswahl zurück. Sie glauben, die Verknüpfung der Themen Massenarbeitslosigkeit und Ausländerfrage sowie Neutralismus und Wiedervereinigung habe der Partei genutzt.

2.2 Die organisatorische und finanzielle Schwäche der NPD und die z. T. durch ihre Veranstaltungen ausgelösten Demonstrationen ihrer politischen Gegner führten dazu, daß die Partei auch 1983 auf öffentliche Großkundgebungen verzichtete. Sie führte nur zwei größere geschlossene Veranstaltungen durch:

Auf dem „**Deutschlandtreffen**“ am 17. Juni in Bad Neustadt an der Saale mit rd. 900 Teilnehmern propagierte der Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG (47; Rechtsanwalt) aus Tuttlingen den neuen Kurs der NPD: Sie habe als einzige Partei „einen konkreten Wiedervereinigungs- und Friedensplan für unser Volk“ vorgelegt. Die deutsche Frage könne nur „gegen die raumfremden Machtblöcke der Sowjetunion und der USA“ gelöst werden (DSt 7/83, S. 5).

Auf dem **Parteitag am 1./2. Oktober in Fallingb. ostel** mit rund 800 Teilnehmern wurden MUSSGNUG und seine drei Stellvertreter mit sicheren Mehrheiten wiedergewählt, außerdem die Kandidatenliste für die Europawahl mit MUSSGNUG an der Spitze aufgestellt. Der Parteitag stand ganz im Zeichen der Diskussion des neuen neutralistischen und isolationistischen Kurses der NPD in der Außen- und Deutschlandpolitik, den sie auf dem Parteitag 1982 eingeschlagen hatte. Einige Funktionäre hatten deswegen ihren Rücktritt bzw. Parteiaustritt erklärt. Es zeigte sich aber, daß die Gegner des neuen Kurses nur eine kleine Minderheit der Delegierten darstellten, die sich nicht durchsetzen konnte.

2.3 Die Aktivitäten der von der NPD gesteuerten „**Bürgerinitiative Ausländerstopp**“ haben weiter nachgelassen. Seit Jahresmitte sammelte die Bürgerinitiative Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag, in der dazu aufgefordert wird, „bei der EWG darauf hinzuwirken, daß die Assoziierungsabkommen mit der Türkei . . . bezüglich der Freizügigkeitsregelung gelöst wird“. Andernfalls solle die Bundesrepublik Deutschland aus der „EWG“ ausscheiden. Das Organ der Bürgerinitiative, „Deutsche Zukunft“, erschien weiterhin zweimonatlich.

2.4 Die finanzielle Situation der Partei ist weiter angespannt. Wegen der schlechten Beitragsmoral vieler Mitglieder mußte der Parteivorstand in diesem Jahr von einer Erhöhung des Monatsbeitrags (derzeit 10,00 DM) absehen. Statt dessen gründete er zur Sanierung der Parteifinanzen eine „nationaldemokratische Stiftung“ mit dem Namen „Deutschland wird leben!“. Alle Mitglieder wurden aufgerufen, mindestens 100,- DM für diese Stiftung zu spenden. Die NPD hat nach wie vor Schulden aus früheren Wahlkampfkostenvorauszahlungen. Sie betragen noch knapp 700 000,- DM.

3. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die Aktivitäten der NPD-Jugendorganisation waren auch 1983 durch die Führungsschwäche ihrer Spitze stark beeinträchtigt. Der umstrittene Bundesvorsitzende Rainer V. wurde im Mai vom Parteipräsidium der NPD wegen parteiinterner Streitigkeiten zum Rücktritt gezwungen und aus der NPD ausgeschlossen. Der ebenfalls führungsschwache kommissarische Bundesvorsitzende Claus K. wurde auf dem JN-Bundeskongreß am 29./30. Oktober durch den älteren und erfahreneren Hermann LEHMANN (33; kaufm. Angestellter) ersetzt. Von ihm erhofft sich die Partei das Ende der Führungskrise in der JN und Linientreue zur NPD.

Nicht zu übersehen sind nach wie vor die neonazistischen Tendenzen in Teilbereichen der JN. So löste der bayerische JN-Landesvorsitzende am 19. Juli den JN-Bezirksverband Oberbayern und den JN-Kreisverband München wegen neonazistischer Bestrebungen auf; der Neonazi KÜHNEN hatte zuvor am Münchener JN-Stammtisch teilgenommen. Auch der Referent für Öffentlichkeitsarbeit im JN-Bundesvorstand, Michael S. (22; Student), war zumindest seit Juli gleichzeitig Kameradschaftsführer der neonazistischen ANS/NA-Kameradschaft 16 München. Er trat erst kurz vor dem Bundeskongreß im Oktober aus NPD und JN aus.

Trotz der zahlreichen Abwanderungen zu neonazistischen Gruppen und trotz der internen Führungskrise blieb die Mitgliederzahl der JN im Jahre 1983 gegenüber dem Vorjahr mit etwas über 500 Personen konstant.

4. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der bereits seit vielen Jahren bedeutungslose NHB beschränkte sich nach den 1982 erfolgten Wahlen der Studenten Peter M. (27) und 1983 Karl-Heinz S. (26) zu Bundesvorsitzenden auf die Durchführung einiger interner Seminare. Er beteiligte sich nicht mehr an Hochschulwahlen.

5. Agitation

Ausländer- und Demokratiefeindlichkeit bestimmen 1983 die Agitation der „Nationaldemokraten“:

5.1 Die Partei behauptete, „das Bonner System“ sei „im wahrsten Sinne des Wortes deutschefeindlich“ wegen des „Schwachsinnns der Integrationsfetischisten in Bonn, die Türken hier ‚integrieren‘ zu wollen“ („Info-Blitz“ 2/83; „Klartext“ 2/83, S. 4). Die NPD forderte im Bundestagswahlkampf „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ und „Kindergeld nur für Deutsche“ (Flugblätter). Die

„Ausländerinvasion“ sei eine „soziale Zeitbombe“ („Deutsche Stimme“ 9/83, S. 3). Deutschland brauche „deutsche Politik, Volks- und Geschichtsbewußtsein und vor allem in der Erziehung das Ideal der Gemeinschaft des Volkes“ („Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ 3/83, S. 12).

Immer wieder schlägt auch Antiamerikanismus durch:

„Wer Amerika zum Freund hat, braucht sich um weitere Feinde nicht zu kümmern“ („Info-Blitz“ 9/83).

5.2 Die NPD versucht seit Jahren systematisch das demokratische Staatswertbewußtsein durch Diffamierung der demokratischen Institutionen zu untergraben. Die Regierenden in Bonn sind nach Ansicht der Partei „Schießbudenfiguren“ („Klartext“ 2/83, S. 2), ein „Machterhaltungskartell“ („Mauerspringer“ 3/4/83, S. 27) und „Schmiergeldparteien“ („Info-Blitz“ 1/83), die die „Schlammschlacht einer Bonner Polit-Schickeria um Einfluß und Macht“ („Deutsche Stimme“ 2/83, S. 3) betrieben. Es zeichne sich eine „wachsende Willkürherrschaft“ und eine „Entwicklung zum Unrechtsstaat“ ab („Deutsche Stimme“ 1/83, S. 5). Vor 1945 sei es in Deutschland ganz anders gewesen: „Der 8. Mai 1945 war . . . sicherlich eine Katastrophe – aber . . . keine Schande. Die Schande kam erst später in den Figuren der Besatzungshandlanger hüben wie drüben“ („Info-Blitz“ 1/83). Die Info-Schrift „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ warf die Frage auf: „Werden wir von Kriminellen regiert?“ (7/8/83, S. 16).

5.3 Der Zweite Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts stellte am 20. Mai in einem bisher nicht veröffentlichten Disziplinarurteil fest, die politischen Zielsetzungen der NPD seien mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar, weil die Partei wesentliche Grundrechte nicht oder nur eingeschränkt anerkenne. Die NPD fordere den Vorrang der „Volksgemeinschaft“ vor dem einzelnen. Darunter verstehe sie, erkennbar ausgerichtet an nationalsozialistischen Vorbildern, eine rassistisch bestimmte, auf Menschen deutschen Blutes beschränkte Gemeinschaft. Diese Deutung des Begriffs „Volksgemeinschaft“ werde bestätigt durch einen kaum verhüllt zum Ausdruck kommenden Antisemitismus. Diese Zielsetzung sei mit dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 des Grundgesetzes, insbesondere mit dem Verbot der Rassendiskriminierung, ebenso wenig zu vereinbaren wie mit den im Grundgesetz den Menschen verbürgten Freiheitsrechten. Die NPD bekämpfe die demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland in einer Weise, die erkennen lasse, daß sie alle diese Parteien aus dem politischen Leben zu eliminieren trachte.

5.4 Ähnliche Vorwürfe richteten der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende der JN, Christoph T. (22; Arbeiter) aus Trier, und der stellvertretende rheinland-pfälzische NPD-Landesvorsitzende, Hermann P. (26; Feinmechaniker) aus Monreal, die Ende Juli aus der Partei ausgetreten sind, gegen die NPD. Sie begründeten ihren Austritt in einer gemeinsamen Presseerklärung mit zunehmenden ausländerfeindlichen nationalsozialistischen, insbesondere rassistischen und demokratiefeindlichen Tendenzen unter den NPD-Mitgliedern. Trotz der Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Partei bestünden nach wie vor deutliche und unverkennbare Sympathien für neonazistische Gruppen. Sie seien beide zu der Überzeugung gekommen, daß die Politik der NPD und ihrer Nebenorganisationen dem

Wesen der Völkerfreundschaft und der Völkerverständigung sowie der Toleranz zuwiderlaufe.

VI. „National-freiheitliche“ Rechte

Dem rechtsextremistischen Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY (50) gelang es 1983, seine Anhängerkreise zu vergrößern. Davon profitierten auch die hinter seinen politischen Aktivitäten stehenden geschäftlichen Unternehmungen (Buch- und Gedenkmünzenverkauf). Die Auflagen der von Dr. FREY herausgegebenen Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und „Deutscher Anzeiger“ (DA), des Organs der „Deutschen Volkunion“ (DVU), haben sich mit zusammen über 100 000 Exemplaren nicht wesentlich verändert.

1. „Deutsche Volkunion“ (DVU)

1.1 Dr. FREY nutzte den Tod des von den „National-Freiheitlichen“ als Nationalheld verehrten und häufig als DVU-Redner eingesetzten früheren Fliegerobersten Hans-Ulrich RUDEL am 18. Dezember 1982 zu großen Werbekampagnen. In einer Rudel-Gedächtnis-Kundgebung mit dem Motto „Unser Held lebt in unserem Herzen“ am 9. Januar in München gab er vor rund 1200 Teilnehmern die Gründung des „Ehrenbundes Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten“ als fünfte „Aktionsgemeinschaft“ der DVU bekannt. Auf der Mitgliederversammlung der DVU am 5. März in Heidelberg verlieh er dem Verfasser einiger Bücher über Rudel, Günther JUST (60; Journalist), den neu gestifteten und mit 10 000 DM dotierten „Hans-Ulrich-Rudel-Preis“.

Neben dem „Ehrenbund Rudel“ unterhält Dr. FREY noch folgende weitere Aktionsgemeinschaften, deren Mitglieder zugleich Mitglied der DVU sind:

- „Aktion deutsche Einheit“ (AKON)
- „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA)
- „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.) und
- „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“ (ARF).

Insbesondere die RUDEL-Initiativen der DVU ließen die Zahl der Mitglieder der DVU 1983 steigen. Sie beträgt nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden jetzt über 11 000 Personen (1982: 10 000), Dr. FREY selbst spricht von 14 500 Mitgliedern. Die Mitglieder der DVU sind stark überaltert; sie beschränken sich überwiegend darauf, Zeitungen zu beziehen sowie Beiträge und gelegentliche Spenden zu entrichten.

1.2 Dr. FREY verlieh zwei weitere mit 10 000 DM dotierte Preise. Den „Europäischen Freiheitspreis“ der DNZ überreichte er am 17. Juni in der Mitgliederversammlung der AKON in München der Witwe seines verstorbenen Anhängers Professor Dr. Bolko Freiherr von RICHTHOFEN. Den „Andreas-Hofer-Preis“ des DA erhielt am 13. August auf einer Kundgebung in Passau mit 800 Teilnehmern die Familie des verstorbenen Südtiroler Bombenlegers Luis AMPLATZ, der Anfang der 60er Jahre in Italien zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt und 1964 unter ungeklärten Umständen ermordet wurde.

Die "Deutsche Volksunion" und ihre Aktionsgemeinschaften

Für Deutschlands Rechte



DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

die führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen
Rechten und freiheitlichen Mitte (Vorsitzender Dr. Gerhard Frey)



Ehrenbund Rudel

Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten



Aktion deutsche Einheit (AKON)

setzt sich für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands ein



Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)

arbeitet für ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse gegen
Besiegte des II. Weltkriegs



Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

will die Interessen des deutschen Volkes bei diesen Medien
durchsetzen



Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)

verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands

Stärken Sie die DVU und ihre Aktionsgemeinschaften durch Beitritt!

1.3 Der britische Schriftsteller David IRVING (45), der bereits im Vorjahr wegen seiner Unterstützung der rechtsextremistischen Vorhaben Dr. FREYs den „Europäischen Freiheitspreis“ der DNZ erhalten hatte, sprach in Vortragsreihen der DVU in mehreren Städten des Bundesgebietes im Mai über „Hitlers Tagebücher“ und im Oktober über das Thema „Nachrüstung – Gebot der Stunde“.

2. Verlage

Die in Dr. FREYs „Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“ (DSZ-Verlag) erscheinenden DNZ und DA nahmen den Tod RUDELs zum Anlaß für eine langfristige Werbeaktion für den Bezug der beiden Zeitungen, die „das Sprachrohr des deutschen Nationalhelden waren und bleiben“, und für den Beitritt zur DVU, „in deren Reihen Oberst Rudel stand“.

Der „Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH“ (FZ-Verlag), der Dr. FREYs Ehefrau gehört, gab eine Rudel-Gedenkmedaille in Gold und Silber, eine Langspielplatte und eine Tonbandkassette mit RUDELs letzten Reden sowie JUSTs neuestes Buch „Das war Rudel – Sein Leben, sein Vermächtnis“ heraus. Der FZ-Verlag vertreibt inzwischen 40 Gedenkmünzen in Gold und Silber, die großen Absatz fanden. DNZ und DA veröffentlichten monatelang Berichte über RUDELs Kriegstaten und forderten zum Kauf der Medaillen, Bücher, Schallplatten und Kassetten auf. Eine Werbekundgebung der DVU am 30. Oktober in München unter dem Leitsatz „Deutschland, Deutschland über alles“ diente vor allem der Einführung einer neuen Langspielplatte bzw. Tonbandkassette des FZ-Verlages mit gleichnamigem Titel.

Der NPD-Propagandist Gerd KNABE (61; Kabarettist und Publizist) schrieb Dr. FREY, „eine Mischung aus merkantiler Genialität und Chuzpe“ zu. FREY habe – gleichsam als Lieblingsbeschäftigung – „einen Verkaufsladen en gros und en detail“ aufgebaut. Der Einfallsreichtum „des millionenschweren Herrn FREY, . . . um an das Geld anderer Leute zu kommen“, kenne keine Grenzen (KNABE, „Die Kumpanei der zwei“, Winkelberg-Verlag Knüllwald-Nausis 1983, S. 13 und 26).

3. Agitation der „National-Freiheitlichen“

3.1 Die beiden Wochenzeitungen Dr. FREYs, die DNZ und der etwa zur Hälfte mit dieser inhaltsgleiche DA, polemisierten unverändert gegen die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Die Blätter kündeten „eine dramatische Umvolkung“ (DNZ 29/83, S. 5) und die „Große Gefahr eines Rassenproblems“ (DNZ 41/83, S. 8) an. Das Kindergeld an Gastarbeiter wurde als „Gebärrprämie für die türkische Bevölkerungsexplosion“ bezeichnet (DNZ 31/83, S. 8). Angesichts der „erschreckend hohen Beteiligung von Ausländern an Gewaltkriminalität“ (DA 4/83, S. 6) wurde gefordert, die „Samthandschuhe im Umgang mit ausländischen Gaunern“ abzulegen (DA 19/83, S. 7).

3.2 Antisemitismus wurde – wie seit eh und je – in Dr. FREYs Blättern als Antizionismus verbrämt. „Der Antisemitismusverdacht“ dient – so die „National-Freiheitlichen“ – „den Zionisten dazu, mißliebige Politiker mundtot zu machen“. Die Zionisten hätten „die erpresserische Möglichkeit, jeden als Antisemiten anzukla-

Schlagzeilen der "Deutschen National-Zeitung"
und des "Deutschen Anzeigers"

Rudels Heldentaten

Wie faschistisch ist Israel?

Sein Vermächtnis an die Deutschen

Immer wieder: Adolf Hitler

Geheimdokumente alliierter
Kriegsverbrechen aufgedeckt

Wie lange soll die Umerziehung noch weitergehen?
Die Lüge von
der deutschen Kriegsschuld



Dachau - was ist wahr? Wie war Hitler

Wie KZ-Opfer erfunden werden

wirklich?

Kriegsschuldlüge geplatzt

Moskaus Verbrechen an Deutschen

Die wahren Schuldigen
am Zweiten Weltkrieg

Was verheimlicht werden soll

Die wahren Kriegsverbrecher

Was das Fernsehen verschweigt

Deutschland soll deutsch bleiben

So wurden Millionen Deutsche ermordet

Das Programm der INITIATIVE für AUSLÄNDER-BEGRENZUNG

Arbeitslosigkeit durch Ausländer

Ausländer-Kriminalität wächst weiter

Deutsche als Leidtragende

Schaden durch
Ausländerinvasion

Unser Volk ist in Gefahr / S. 7

Zum Einbruch
abgerichtete Kinder
So machen Zigeuner die Städte unsicher

Ausländer-Kriminalität

Wird Deutschland türkisch?
2 Milliarden Kindergeld an Ausländer

im Wachsen

e Gefahr der Überfremdung

500000 Zigeuner ermordet?

Milliarden für Ausländer
und Abtreibung

Berichtigung einer antideutschen Legende

Rote und Grüne planen

Verbot der »Grünen«?

neue Ausländerinvasion

Ihre verbrecherischen Ziele

»Grüne« Feinde der Demokratie
Islam im Vormarsch

Verbrecher im Bundestag?

SPD schützt kriminelle Ausländer

Die wahren Ziele der „Grünen“

Wie Vogel lügt

Wie korrupt ist die SPD?

Sein Weg vom Nazi
zum Linksradikalen

Millionen Steuergelder
spurlos verschwunden
wie SPD und Grüne

So schändet SPD unsere Gefallenen
Unglaublicher Skandal
Eppers Dienste für Moskau

Deutschland verraten

Moskaus treuer Diener
Egon Behr läßt das Wählen nicht
Vogel im Korruptionssumpf

Lügt Die Ex-Nazis in der SPD

Moskaus Plan zum Umsturz

Warum Strauß die Kommunisten finanziert

Wehners

Wie Strauß die Wähler täuscht

Die Wende-
manöver
des
CSU-Chefs
verbrecherisches Leben

Seine große Schuld
Brandts verbrecherischer
Geheimplan

gen, der sich ihren politischen Bestrebungen im Hinblick auf Israel widersetzt“ (DA 16/83, S. 6). „Hitlers Politik rechtfertigt nicht ewig die Existenz des Judenstaates . . . Dreieinhalb Millionen Juden, die sich für gerecht halten und nur selbstgerecht sind – diese Juden sind unerträglich!“ (DNZ 36/83, S. 5/6). Den Juden in der Bundesrepublik Deutschland wurde u. a. vorgeworfen, daß sie „Sonderrechte genießen, wie sie keine Minderheit auf der Welt sonst besitzt“ (DA 17/83, S. 7).

3.3 Einen breiten Raum in den „national-freiheitlichen“ Blättern nahm wiederum der Versuch ein, das „Dritte Reich“ zu verharmlosen. So heißt es: „Im Westen Deutschlands“ seien „ganze Heerscharen besoldeter Umerzieher damit beschäftigt, große Persönlichkeiten unserer Geschichte zu schmähen“ (DA 10/83, S. 5). Besonders das Fernsehen sei bisher im Zweifel „gegen die geschichtliche Wahrheit, gegen die politische Vernunft, gegen das deutsche Volk“ vorgegangen (DNZ 28/83, S. 4). „Je länger der Nationalsozialismus zurückliegt, desto kräftiger wird bewältigt“ (DNZ 38/83, S. 5). Unsere Geschichte werde „aus politischen Zweckmäßigkeiten manipuliert“ (DA 25/83, S. 3). „Die Legende von der deutschen Alleinkriegsschuld ist längst von der seriösen Zeitgeschichtswissenschaft als alliierter Zweckpropaganda entlarvt worden“ (DNZ 41/83, S. 1).

3.4 Nach wie vor verunglimpften die Blätter demokratische deutsche Parteien und Politiker – vornehmlich die der SPD.

VII. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Neben den 16 neonazistischen, 8 „nationaldemokratischen“ und 3 „nationalfreiheitlichen“ Gruppierungen bestehen weitere 41 rechtsextremistische Organisationen mit insgesamt 2600 Mitgliedern, von denen hier nur die wichtigeren erwähnt werden.

1. Jugendgruppen

1.1 Überblick

Es gibt insgesamt 10 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen (1982: 11), deren Mitgliederbestand mit rund 1100 im Gegensatz zum Abwärtstrend der letzten Jahre nicht weiter zurückgegangen ist. Zu ihnen gehören die „Jungen Nationaldemokraten“ (vgl. oben unter V. 3) und der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (vgl. oben unter V. 4). Nicht alle Mitglieder dieser Gruppierungen sind engagierte Rechtsextremisten; viele Jugendliche werden allein von Lagerfeuerromantik, Naturverbundenheit, Abenteuerlust und Kameradschaftsgeist angezogen.

1.2 Rechtsextremistische Einflußnahme auf jugendliche Subkulturgruppen

Seit Herbst 1982 stellen die Verfassungsschutzbehörden eine bemerkenswerte Infiltration jugendlicher Subkulturgruppen durch rechtsextremistische, insbesondere neonazistische Aktivisten fest. Die bei Skinheads, Rockern und militanten

Fußballfans vorherrschende Gewaltbereitschaft, ihre aggressive Haltung gegenüber Ausländern, Hausbesetzern und „Linken“ sowie ihr provokantes NS-Gebaren hat das Interesse militanter Neonazis, aber auch anderer Rechtsextremisten geweckt. Sie sehen in diesen Kreisen für sich nutzbare Zielgruppen.

Skinheads nahmen wiederholt an rechtsextremistischen Veranstaltungen und Aktionen teil. Umgekehrt waren Neonazis bei Treffen von Subkulturgruppen anwesend. Drei ausländerfeindliche gewalttätige Fußball-Fans wurden am 22. Dezember wegen eines im September zusammen mit einigen Skinheads verübten Überfalls auf eine türkische Gaststätte in Kaiserslautern vom dortigen Landgericht wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung (ein Türke wurde lebensgefährlich verletzt) und Verwendens von NS-Parolen zu Freiheitsstrafen bis zu 18 Monaten verurteilt.

Militante Rechtsextremisten versuchten monatelang wegen ihrer eigenen zahlenmäßigen Schwäche Skinheads und fanatische Fußballfans zu Ausschreitungen gegen die Türken während und nach dem Fußballländerspiel Deutschland–Türkei am 26. Oktober in Berlin aufzuhetzen. Die Sicherheitsbehörden führten daraufhin umfangreiche Kontrollen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen vor dem Transit nach Berlin (West) und dort selbst durch. Die dadurch ausgelöste Verunsicherung war so groß, daß sich entgegen der erwarteten 2000 bis 3000 potentiellen Störern nur noch 150 Aktivisten in Berlin zusammenfanden, deren Störversuche in der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurden.

Ob es Neonazis künftig gelingen wird, Teile der gewalttätigen, aber im Grunde unpolitischen jugendlichen Subkulturgruppen an sich zu binden, muß bezweifelt werden. Rechtsextremistische Grundhaltungen sind mit der Vorstellungswelt und der Lebensweise dieser Jugendlichen nur schwer in Einklang zu bringen.

1.3 „Wiking-Jugend“ (WJ)

Die teilweise gewaltorientierte WJ ist mit wenigen hundert Mitgliedern die größte nicht an eine Partei gebundene rechtsextremistische Jugendgruppe. Sie sieht sich in der Tradition der „Hitler-Jugend“, die sie als „größte einheitliche, von einem ungeheuren Idealismus getragene Jugendbewegung aller Zeiten“ feiert („Wiking“ 4/82, S. 8). Der Bundesfahrtenplan der WJ für 1983 stand unter dem Leitthema „Ein Wort, ein Reich, ein Glaube: Deutschland“.

Die seit Jahren zu den „National-Freiheitlichen“ des Dr. FREY tendierende WJ distanziert sich nicht von Gewalttätern in den eigenen Reihen, sondern bezeichnet die früheren WJ-Führer Uwe ROHWER (46) und Manfred BÖRM (33), die 1979 vom Oberlandesgericht Celle wegen Beteiligung an einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung zu 9 bzw. 7 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden, weiterhin als „unser Uwe Rohwer“ und „unser Kamerad Manfred BÖRM“ („Wiking“ 1/83, S. 33). 1983 wurden bei WJ-Mitgliedern in Cuxhaven, Königswinter und Hilden Waffen bzw. Herstellungsanleitungen für Explosivstoffe sowie Zeitzündler gefunden; in Cuxhaven und Königswinter hatten die WJ-Aktivisten Sprengversuche mit Rohrbomben unter Verwendung von Selbstlaboraten durchgeführt.

Die WJ führte im Oktober unter Leitung ihres Bundesführers Wolfgang NAHRATH (54; Chemieingenieur) erstmals eine Veranstaltung auf dem „Reichshof“ des in Haft befindlichen neonazistischen Terroristen Manfred ROEDER in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) durch, wo sonst die „Freundestreffen“ der Neonazigruppe DBI stattfinden (vgl. oben IV. 4.8). Die Neigung der WJ zum Neonazismus

kommt auch in gelegentlichen Funden von NS-Material bei ihren Mitgliedern zum Ausdruck. Im Oktober und Dezember störten WJ-Aktivist*innen z. T. zusammen mit NPD- und DVU-Anhängern sowie Skinheads dreimal Volkshochschulveranstaltungen in Köln derart, daß die geplante Vorführung von NS-Filmen abgebrochen werden mußte.

1.4 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)

Der Verfall des BHJ hielt an. Der im September 1982 neu gewählte Bundesführer Heinz-Gert H. (20; Student) trat bereits vor Pfingsten wieder zurück. Sein Nachfolger Michael W. aus Kiel (24; Maschinenbauer), konnte nicht verhindern, daß sich die BHJ-Leitstelle West als „Gemeinschaft Volkstreuer Jugend“ (GVJ) verselbständigte. Auch 1983 gestalteten die Mitglieder des BHJ wieder den „Tag der Jugend“ bei den „Norddeutschen Kulturtagen“ der rechtsextremistischen „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) vom 8. bis 10. April in Lüneburg.

2. Kulturgruppen

Die acht rechtsextremistischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen weisen fast alle – insbesondere aufgrund der Überalterung ihrer Mitglieder – Verfallserscheinungen auf.

2.1 „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)

Auf der Hauptversammlung der einige hundert Mitglieder umfassenden GFP im März wurde der langjährige Vorsitzende und Inhaber mehrerer rechtsextremistischer Verlage, Dr. Gert SUDHOLT (40), von der Inhaberin des rechtsextremistischen „Klosterhaus-Verlages“ in Lippoldsberg, Dr. Holle GRIMM (65), abgelöst.

2.2 „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)

Das DKEG, einst zweitstärkste rechtsextremistische Organisation, verfügt infolge von Überalterung und Resignation nur noch über wenige hundert Mitglieder. Die Aktivitäten des Kulturwerks gingen weiter zurück. Ähnlich wie bei der GFP traten 1983 auch auf DKEG-Veranstaltungen wieder bekannte Rechtsextremisten als Redner auf.

2.3 „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)“ (BfG)

Der BfG führt das antisemitische Gedankengut der Eheleute LUDENDORFF fort. In der Zweimonatsschrift „Mensch und Maß“, die der „Ludendorff-Bewegung“ zuzurechnen ist, heißt es hierzu: „Erst die ‚völkische Idee‘, wie sie sich aus der Philosophie der Gotterkenntnis Ludendorff ergibt, kann und wird zur Grundlage jeder Volkserhaltung werden“ (18/83, S. 856).

3. „Freundeskreis Ulrich von Hutten“

Der im Februar 1982 gegründete „Freundeskreis“ mit Sitz in Starnberg trennte sich 1983 von seinem Spitzenfunktionär, dem ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht Otto Ernst REMER (71). Den Vorsitz in der Vereinigung führt die österreichische Rechtsextremistin Lisbeth GROLITSCH (61; Geschäftsführerin).

4. „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)

Die DDF wurde am 1. April auf Initiative von REMER nach dessen Trennung vom „Hutten-Freundeskreis“ gegründet. Sie trat bis September unter der Bezeichnung „Deutsche Freiheitsbewegung – Der Bismarck-Deutsche“ auf. Die unter REMERs Vorsitz stehende, nur wenige Dutzend Mitglieder zählende Organisation fordert die „bewaffnete Neutralität“ Deutschlands, Abkehr vom Westen, Austritt aus der NATO und der EG sowie eine „Allianz mit der Sowjetunion“.

5. „Deutscher Rechtsschutzkreis e. V./Deutsche Rechtsschutzkasse“ (DRsK)

Der mit dem rechtsextremistischen „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ (UFK) eng verbundene DRsK will die „politische Justiz“ in unserem Lande bekämpfen („Unabhängige Nachrichten“ -UN- 9/79, S. 12). Er konzentrierte sich 1983 wieder auf die angeblich rein politisch motivierten Urteile gegen Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis. Der Justiz wurde Gesinnungsverfolgung vorgeworfen.

VIII. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die 45 organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste (1982: 50) verbreiteten wie in den Vorjahren große Mengen rechtsextremistischer Druckerezeugnisse.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Die rechtsextremistischen Zeitungs- und Schriftenverlage nahmen 1983 von 19 auf 17 ab. Von ihnen sind folgende erwähnenswert:

1.1 „Die Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)

Die Auflage der DWZ – neben den beiden Blättern Dr. Gerhard FREYs die dritte rechtsextremistische Wochenzeitung – hat sich erneut um mehrere tausend Exemplare verringert. Nach Auffassung des Verlegers und Herausgebers Waldemar SCHÜTZ (70) verlangt jedoch „die Lage in unserem Vaterland“ die Herausgabe dieser Zeitung (41/83, S. 1).

1.2 „Nation Europa“ (NE)

Auch die rechtsextremistische Monatsschrift „Nation Europa“, deren Auflage mit weniger als 10 000 Exemplaren etwa gleichgeblieben ist, verstärkte ihre Agitation zum Thema „Umerziehung“. Im Zusammenhang mit den gefälschten „HITLER-Tagebüchern“ wurde ausgeführt, daß „für die ‚Päpste der Hitlerforschung‘ neue Erkenntnisse einfach unvorstellbar sind“. Andere „treibt die nackte Angst, ihre Schwarz-Weiß-Geschichtsschreibung im Sinne der Sieger 1945 werde revidiert“ (5/83, S. 3/4). Die Schrift wirft die Frage auf: „Woher sollen nach der erfolgreichen ‚Umerziehung‘, dem Fälschen und Totschweigen, die nachwachsenden Generationen wissen, ‚wie es wirklich war‘, was angestrebt, gewollt und in wenigen Jahren auch erreicht wurde?“ (5/83, S. 9/10).

1.3 „MUT“

Die etwa in gleicher Auflage erscheinende Monatsschrift „MUT“ befaßt sich neben zeitgeschichtlichen und ökologischen auch mit nationalistischen Themen. So schreibt in Nr. 188/1983, S. 16, Herausgeber Bernhard C. WINTZEK zu den Ostverträgen: Der Brief zur Deutschen Einheit sei die „Verpackung einer schmutzigen Ware . . . , die schamlose Aufgabe der Souveränitätsrechte über das ostdeutsche Reichsgebiet unter Bruch des Selbstbestimmungsrechts der betroffenen – meist Vertriebenen – Ostdeutschen.“ Das Verhalten des Bundestages belege „die Skrupellosigkeit unserer Volksvertreter“.

1.4 „Deutsche Monatshefte“ (DM)

Für die mit einer Auflage von rd. 5000 Exemplaren im rechtsextremistischen „Türmer-Verlag“ erscheinenden „Deutschen Monatshefte“ zeichnet der ehemalige Vorsitzende der GFP, Dr. Gert SUDHOLT, verantwortlich. Die Schrift macht unter der ständigen Überschrift: „Am deutschen Pranger“ Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens verächtlich.

1.5 „Mensch und Maß“

Der Verlag „Hohe Warte“, der von dem Schwiegersohn der Eheleute LUDENDORFF, Franz Freiherr Karg von BEBENBURG (73; Verleger), geleitet wird, gibt die zweimonatliche Schrift „Mensch und Maß“ heraus, die mit über 1000 Exemplaren vor allem rassistisch, insbesondere antisemitisch, ausgerichtet ist.

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen Buchverlage und Vertriebsdienste nahm mit 28 (1982: 31) weiter ab.

Der Grabert-Verlag gründete 1983 in Tübingen die HOGGAN-Stiftung, um den amerikanischen Autor David L. HOGGAN, der in seinen Schriften die deutsche Kriegsschuld verneint, zu unterstützen, weil er seine Professur in Kalifornien/USA verloren habe. HOGGAN schrieb u. a. die Bücher „Der erzwungene Krieg“ (1961) und „Das blinde Jahrhundert“ (1979).

3. Indizierungen

1983 wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften drei Indizierungen gegen Bild- bzw. Textträger ausgesprochen, weil ihr Inhalt den Krieg verherrliche oder zum Rassenhaß anreize. Dabei handelte es sich um den Videofilm „Das war unser Rommel“ sowie um die Bücher bzw. Broschüren „Polen und die Fälschungen seiner Geschichte“ von Else LÖSER und „Von kommenden Dingen“ von Wolf Dieter ROTHE.

Das Oberverwaltungsgericht Münster wies Berufungen des rechtsextremistischen Schallplattenvertriebs HOCHEDER & Co. KG, Düsseldorf, gegen Indizierungen der Schallplatten „Vorwärts voran! – Der Feldzug im Westen“ und „Volk ans Gewehr – Blitzsieg in Polen“ zurück; der Inhalt sei geeignet, Jugendliche für das Ideengut und die Methoden des Nationalsozialismus anfällig zu machen.

IX. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

1. Internationaler Neonazismus

Auch 1983 stand in den Beziehungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und ausländischen Gesinnungsgenossen die internationale Zusammenarbeit von Neonazis im Vordergrund. Die bereits in der zweiten Hälfte 1982 festgestellte Aktivierung der Verbindungen setzte sich fort. Insbesondere die Kontakte militanter Neonazis wurden ausgebaut.

Schwerpunkte bildeten die Verbindungen nach Frankreich und Belgien, aber auch nach Österreich und in die Schweiz. Mit Haftbefehlen gesuchten deutschen Neonazis wurde gelegentlich durch ausländische Gesinnungsgenossen Unterschlupf gewährt. In einigen Fällen erhielten die Flüchtigen von ihren Gesinnungsgenossen auch gefälschte Personalpapiere.

Die Koordinierungsfunktion der französischen neonazistischen Organisation „Faisceaux Nationalistes Européens“ (F.N.E.) und des belgischen „Vlaamse Militanten Orde“ (VMO) verlagerte sich u. a. infolge von Exekutivmaßnahmen mehr und mehr auf einzelne rechtsextremistische, insbesondere neonazistische Aktivisten in diesen Ländern. Sie betrieben ihre Aktivitäten mit zunehmender Konspiration.

Auch in anderen Ländern, so in Frankreich, Italien und den Niederlanden bildeten sich sogenannte „Hilfsorganisationen“ für strafverfolgte Gesinnungsgenossen nach dem Vorbild der deutschen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) (vgl. oben unter IV. 4.4).

Propagandistische Unterstützung erfuhr der internationale Neonazismus auch im Berichtsjahr durch Druckschriften insbesondere aus Nordamerika.

Die im deutschen Neonazismus teilweise feststellbare Hinwendung zur sozialrevolutionären Komponente des Nationalsozialismus und die neutralistischen Tendenzen deutscher Rechtsextremisten fanden bei den ausländischen Gesinnungsfreunden bislang keinen nennenswerten Anklang.

2. Frankreich

Auch 1983 entwickelte die französische neonazistische Organisation „Faisceaux Nationalistes Européens“ (F.N.E.) infolge durchgreifender Exekutivmaßnahmen gegen führende Mitglieder nur geringe Aktivitäten. Ihre Agitation beschränkte sich im wesentlichen auf die Herausgabe der Monatsschrift „Notre Europe“, in der auch über die Aktivitäten der „Freunde“ im Ausland berichtet wurde. Die frühere Koordinierungstätigkeit der F.N.E. ist inzwischen auf einzelne F.N.E.-Aktivisten übergegangen. Durch deren Vermittlung gelang es mehreren deutschen Neonazis, zumindest zeitweise in Frankreich unterzutauchen. So hält sich der wegen einer drohenden Haftstrafe geflohene Neonazi TOEPFER aus Bremen – von F.N.E.-Aktivisten betreut – in Frankreich auf, wo er die Interessen der HNG vertritt (vgl. oben unter IV. 4.4). Zwei in der Bundesrepublik Deutschland mit Haftbefehl gesuchte Neonazis aus Emden setzten sich bereits Ende 1982 ins Ausland ab. Sie hielten sich vorwiegend in Belgien und Frankreich auf, wo ihnen F.N.E.-Angehörige Unterkunft gewährten und sie mit falschen Papieren ausstatteten. Am 28. März wurde ein weiterer Neonazi wegen verbotenen Waffenbesitzes durch

Neonazistische Publikationen aus dem Ausland



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

SUMMER 52

SOMMER 1983 (94)

Kampf! Opfer! Arbeit!

SIEG

AJ-Press-Dienst Nr. 7/8-1983

Jahresbetrag Inland 150,-\$/Ausland 200,-\$ (28,- DM)

COBRA

INFORMATION

N°12

LA GRANDE LIBERTÉ, ANNE LECHEUX, CHRIS CAMPBELL, JANVIER 1983

MARZ - APRIL 1983 IV. JAHRG. - 2. FOLGE

Der Schulungsbrief

Die Welt wünscht unsere Auflösung.

Unsere Antwort kann nur der entwürdigte Schwur zur größten Gemeinschaft aller Zeiten sein. - Ihr Ziel ist die deutsche Zersplitterung. Unser Glaubensbekenntnis - Die deutsche Einheit. - Ihre Hoffnung ist der Erfolg der kapitalistischen Interessen / und unser Wille ist der Sieg der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft!

Der Führer am Feldberg, 1940.

Verleger: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP

White Power

THE REVOLUTIONARY VOICE OF NATIONAL SOCIALISM

Number 104

ISSN 0043-9937



The New Order Is Here!

NOTRE EUROPE

Directeur de la publication : Claude DOMINO

FEVRIER 83

N° 51 5 Frs.

501 - ans de captivité (Europe) Hubert HESS

CEDADE

50 ANIVERSARIO NACIONAL SOCIALISTA - 50 AN

NACIONAL-SOCIALISMO AYER Y HOY

EL CABO ADOLF HITLER

CEDADE/82: NUESTRA LUCHA

TODAS LAS ORGANIZACIONES

MEIN MATERIAL WIRD DEN EMPFÄNGER KOSTENLOS UND UNRESTETZT ZUGESTELLT.

SAMISDAT

LAGEBERICHT NACHRICHTEN

30. Juni 1983

Mut zur Wahrheit!

HITLERS TAGEBÜCHER & DAS TAGEBUCH DER ANNE FRANK?

1933 - 1983

die französischen Behörden festgenommen und später zu acht Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.

Die HNG und das 1982 von F.N.E.-Aktivisten gegründete „Comité Objectif entraidé et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste“ (COBRA) arbeiten eng zusammen; die Zugehörigkeit zur HNG begründet satzungsgemäß zugleich die Mitgliedschaft bei COBRA und den Anspruch auf Unterstützung durch beide Organisationen. HNG und COBRA gaben untereinander abgestimmte Listen von unterstützungswürdigen „nationalen politischen Gefangenen“ heraus.

3. Belgien

Am 2./3. Juli nahmen etwa 200 deutsche Neonazis und andere Rechtsextremisten die alljährliche flämische Volkstumsveranstaltung „Ijzerbedevaart“ zum Anlaß, sich mit ausländischen Gesinnungsgenossen gruppenweise in mehreren belgischen Orten zu treffen.

Der „Vlaamse Militanten Orde“ (VMO) spielte wegen interner Schwierigkeiten nicht mehr die Rolle wie in den Vorjahren, als er wiederholt internationale Rechts-extremistentreffen organisiert hatte.

Der seit etwa zwei Jahren in Belgien flüchtige deutsche Neonazi Thies CHRISTOPHERSEN führte vor seiner am 26. August erfolgten Festnahme an der deutsch-belgischen Grenze (vgl. oben unter IV. 4.7) unter Mitwirkung belgischer Neonazis internationale Treffen in Antwerpen und in seinem damaligen Aufenthaltsort Lanaken durch.

4. Österreich

Kurz vor dem am 7. Dezember erfolgten ANS/NA-Verbot wurden die deutschen Neonazis KÜHNEN und BREHL (vgl. oben unter IV. 4.1) anlässlich eines Besuches bei Wiener Gesinnungsgenossen in Krems festgehalten und ins Bundesgebiet abgeschoben; gegen sie wurde ein unbefristetes Aufenthaltsverbot für Österreich verhängt.

Der ehemalige VSBD/PdA-Funktionär Michael W. und drei österreichische Neonazis wurden am 18. Juli in Österreich festgenommen und am 17. Oktober vom Schwurgericht in Graz wegen „Wiederbetätigung für die verbotene NSDAP“ und schwerer Sachbeschädigung verurteilt. Sie hatten Anfang Juli im Raum Graz mehrere Gedenkstätten u. a. für Opfer des NS-Regimes zerstört bzw. beschädigt. W. wurde zu 10 Monaten, seine drei österreichischen Gesinnungsgenossen zu ein, zwei bzw. fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Regelmäßige Verbreitung fanden in der Bundesrepublik Deutschland die Schriften „SIEG-Aktuell-Jugend-Presse-Dienst“ und „Nachrichten-Austausch-Dienst“ (NAD) des österreichischen Rechtsextremisten Walter O. Im Impressum beider Schriften sind als Angehörige der deutschen „Lokalredaktion“ u. a. ehemalige Mitglieder der verbotenen neonazistischen Organisationen VSBD/PdA und ANS/NA aufgeführt.

Der auch in Deutschland verbreitete „Österreichische Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich“ bezeichnete in seiner Märzausgabe die Demokratie als „Verbrechertum“, das „zerstört und vernichtet werden“ müsse. Hinter der Demokratie stehe als „Diktator der Jude“. „Sabotage an der Demo-

Neonazistische Agitation aus dem Ausland

¡Ya está aquí!
L'EDADE

LOS PARTIDOS MIENTEN, SUS POLITICOS TAMBIEN.

NACIONAL SOCIALISMO

AP.CORREOS: 14.010 - BARCELONA

Die Bewegung heute -- Der Kampf geht weiter!

Hitler darf nicht sterben..

Zum 20. April

Wo geht dran wieder Wähler Hitler:
Es steigt der Führer aus Valkes Mitte.
Wir kannten vor Zeiten nicht Krone noch Thron.
Es führte die Männer ihr tüchtigster Hohn.
Die Freien der Freie!
Aber eigene Tat gab ihm die Wehre.
Und Gottes Gnade!
Wo schuf ihm sein Wirken Würde und Brand.
Aber vor dem Herr bring, ward Krieg genannt.
Kriegung des Krieger, wie wir es meinen.
Bild Das schon lange im Herzen der Meinen.

Überfremdung Europas

JETZT NSDAP

1933 30 JANUAR 1983

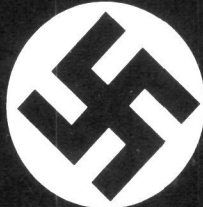
SEINE IDEE SEIN VERMÄCHTNIS

SIE LEBT! UNSERE VERFLÜCHTUNG!

TROTZ VERBOT-NICHT TOT!

NSDAP-AO

Einmal kommt der Tag der Rache, einmal, da werden wir frei! Schaffendes Deutschland ohne Bruch deine Ketten entwei.



DIE RUCKENTWICKLUNG DES MENSCHEN ?

WARUM VÖLKERMISCHUNG ?
EURASISCH-NEGROIDE ZUKUNFTSRASSE

AUSLÄNDER STOP

RETTE DEIN VOLK!

Ausländerstopp

Schluss mit den Besatzungszuständen!

NS-VERBOT AUFHEBEN!

NSDAP-AO

KAMPF FÜR DIE HISTORISCHE WAHRHEIT!

UNTER DIESEM ZEICHEN

- KEINE ARBEITSLOSIGKEIT
- KEINE INFLATION
- KEINE SCHWINDEL

deshalb fordern wir

NS-VERBOT AUFHEBEN!

Der SPD ist legal! Was ist die NSDAP verboten?

WERK IN EIGEN LAND

Erlöse dein Vaterland!

AUSLÄNDER RAUS!

NSDAP-AO
Box 644
Lincoln, NE 68506
U.S.A.

ES GAB KEINE GASKAMERN.

MASSENVERGASUNGEN TECHNISCH UNMÖGLICH

Nachrichten

Heraus aus den Militärblöcken und Schaffung einer neutralen Zone in Mitteleuropa ...!

ZUR ENTSCHEIDUNG IM RAKETENJAHR 1983

Staatliche Terror in der Zion-BRD

GEBOREN ALS DEUTSCHER, GELEBT ALS KÄMPFER, GEFALLEN ALS HELD, AUFERSTANDEN ALS VOLK.

WOFÜR SIE STARBEN, SOLLT DU NUN LEBEN. VERGISS ES NIE -- SOLDAT DER REVOLUTION.

Doppel-Diplomatie..
In Bonn

LINKS RECHTS

NF NATIONALISTISCHE FRONT

RECHTS REVOLUTIONAIR

REINDE TRUPPEN RAUS AUS EUROPA

FREMDE TRUPPEN RAUS AUS DEUTSCHLAND

Deutsch sein heißt:

Treu sein - Wahr sein - Kämpfer sein.

Und Kämpfer fällt ihr sein, Kämpfer für alles Gute und Schöne. Dazu Heil! Gott West!

Tod dem Sowjet-Kommunismus!

Es gibt nur schlechte, keine guten Juden

kratie“ sei „gerecht und Widerstand – mit allen Mitteln – unumstößliche Pflicht“ (11. Folge, S. 1/2).

5. Schweiz

Die neonazistische „Europäische Neu-Ordnung“ (ENO) mit Sitz in Lausanne führte am 2. und 3. April in Hagenau/Elsaß eine von mehreren Dutzend Personen besuchte Versammlung durch, die von Thies CHRISTOPHERSEN organisatorisch vorbereitet worden war. In einer von der Versammlung verabschiedeten Erklärung wurde dazu aufgefordert, die HNG und COBRA und damit die „Opfer der Unterdrückung“ zu unterstützen.

Nach CHRISTOPHERSENs Festnahme würdigte der ENO-Generalsekretär Gaston AMAUDRUZ (63; Verleger) dessen Eintreten gegen die „Lüge von den ‚sechs Millionen‘ und Auschwitz“ und behauptete, „die Lüge“ werde in der Bundesrepublik Deutschland „von der Polizei und der Justiz aufgezwungen“, die „im Dienst der Vereinigten Staaten und der zionistischen Drahtzieher“ stünden.

6. Großbritannien

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Berichtsjahr erneut Publikationen der neonazistischen „National Front“ (NF) verbreitet, in denen zur gewaltsamen Beseitigung der Demokratie aufgerufen wird. Der NF gelang es, britische Skinheads für ihre Zwecke zu gewinnen. Sie finanzierte eine von der Skinhead-Gruppe „Skrewdriver“, die aus Mitgliedern und Sympathisanten der NF besteht, produzierte Langspielplatte mit dem Titel „White Power“, die auch im Bundesgebiet vertrieben wurde. Der „Skrewdriver“-Bandleader und NF-Angehörige Ian STUART äußerte in einem Interview des Deutschen Fernsehens am 26. Oktober: „Nur ein nationalsozialistisches Europa wäre eine eigene und unabhängige Abschreckung“ gegenüber den beiden Machtblöcken in der Welt.

7. Spanien

Die Verbindungen von spanischen Rechtsextremisten bzw. Neonazis zu deutschen und anderen westeuropäischen Gesinnungsgenossen gingen in erster Linie von dem spanischen „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE) aus, der neonazistisches Propagandamaterial in die Bundesrepublik Deutschland versandte. Anlässlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung HITLERs am 30. Januar gab CEDADE unter dem Titel „50. Jahrestag des Nationalsozialismus“ ein ebenfalls im Bundesgebiet verbreitetes Sonderheft heraus.

8. Nordamerika

Mit NS-Schriften, Plakaten und Klebezetteln, die in den USA produziert und in großen Mengen in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust wurden, trug der Propagandaleiter der „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) und der „National Socialist Party of America“ (NSPA), Gary Rex LAUCK (30; Journalist) aus Lincoln/Nebraska, maßgeblich zur neonazistischen Agitation bei.

Seine gewaltorientierte vierteljährliche Kampfschrift „NS-Kampfpruf“ diente deutschen Neonazikreisen als Sprachrohr ihrer militanten politischen Ziele. Das Blatt zeichnete sich 1983 wiederum durch aggressiven Antisemitismus aus (siehe oben unter IV. 4.5).

Der deutsch-amerikanische Neonazi George P. DIETZ (55; Journalist) unterstützte seine deutschen Gesinnungsgenossen durch die Versendung der antijüdischen deutschsprachigen Zweimonatsschrift „Der Schulungsbrief“, die gegen die „Vergasungslüge“ agitierte und über Aktivitäten deutscher Neonazis berichtete. DIETZ offerierte seinen Anhängern wieder eine breite Auswahl rechtsextremistischer Literatur, die aus konspirativen Gründen unter Verwendung von Kenn-Nummern über seine Verlage „Liberty Bell Publications“, Reedy, und „White Power Publications“, Liverpool/West Virginia, zu beziehen waren.

Der Inhaber des in Toronto/Kanada ansässigen Verlages „Samisdat Publishers Ltd.“, Ernst ZÜNDEL (44; Fotoretuscheur), setzte seine publizistische Tätigkeit mit dem Ziel fort, „den 6-Millionen-Schwindel“ und die „Kriegsschuldfrage“ durch die Vermittlung der „Wahrheit“ zu klären und der „antideutschen Haßpropaganda“ entgegenzuwirken. Anfang 1983 wurde ZÜNDEL die Verlängerung seines Reisepasses durch das deutsche Generalkonsulat in Toronto mit der Begründung versagt, durch seine nachhaltige, systematische Verbreitung antisemitischer Äußerungen gefährde er das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland.

X. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund

(ohne Rechtsterrorismus)

1. Überblick

Im Jahre 1983 wurden insgesamt 2169 Gesetzesverletzungen⁵⁾ mit rechtsextremistischem Hintergrund, davon 67 nichtterroristische Gewaltakte⁶⁾, erfaßt. Im Vorjahr waren es 2475 Gesetzesverletzungen⁷⁾.

Diese Gesetzesverletzungen gliedern sich wie folgt:

	1983	1982
Sprengstoffanschläge	–	1
Brandanschläge	2	9
Raubüberfälle	1	8
Körperverletzungen	25	14
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	39	21
Gewalttaten (ohne Terrorismus) insgesamt	67	53
Gewaltandrohungen	202	251
Sonstige Gesetzesverletzungen, insbesondere Schmier- und Klebeaktionen	1900	2171
insgesamt	2169	2475

Von den insgesamt 2169 Gesetzesverletzungen hatten 1772 (rd. 82 %) neonazistischen Charakter, was gegenüber 1982 (rd. 64 %) eine erhebliche Steigerung bedeutet.

2. Gewaltaktionen

Die im Berichtsjahr 1983 festgestellten 25 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund richteten sich in 12 Fällen gegen Ausländer. Besonders schwerwiegend waren die Taten einer Gruppe von Rechtsextremisten und Skinheads aus Kaiserslautern, die am 13. Februar und 24. September türkische Gastarbeiter angriff und mehrere Türken zum Teil schwer verletzte. Am 5. September wurde der Neonazi Andreas S. (21; Friedhofsgärtner) von Gesinnungsgenossen in einer „Femegerichtsverhandlung“ als „Verräter und Spalter“ schwer mißhandelt.

Die 39 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewalteinwirkung richteten sich in 16 Fällen gegen Ausländer, insbesondere gegen Türken, und in 9 Fällen gegen Einrichtungen linker politischer Gegner. Unbekannte Täter brachen Anfang Juli in ein Heim der „Sozialistischen Jugend Deutschlands ‚Die Falken‘“ bei Darmstadt, Mitte Juli in das Wochenendhaus einer Jüdin bei Lüneburg und am 12. November in Räume des türkischen Arbeitervereins in Leverkusen ein. Einrichtungen wurden zerstört, Geld entwendet und NS-Symbole sowie neonazistische bzw. ausländerfeindliche Parolen an die Wände geschmiert.

3. Gewaltandrohungen

Von den 202 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 109 (rd. 54 %) (1982: rd. 39 %) gegen ausländische, insbesondere türkische Personen bzw. Objekte. Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und den Medien erregte eine Flugblattaktion einer „Deutschen Nationalen-Volksfront“ (DVF) in mehreren Städten des Ruhrgebiets, in der zum „bewaffneten Kampf gegen Türken“ aufgerufen wurde. Im Dezember begann eine anonyme „Todeschwadron Gau Weser-Ems“ mit in Osnabrück aufgegebenen Drohbriefen eine Aktion gegen Unternehmen, Ausländer und Ausländervereine; darin wird mit der Ankündigung „der bewaffnete Kampf beginnt“ die Entlassung der Ausländer aus den Unternehmen bzw. ihre Rückkehr in die Heimatländer bis „Mitte '84“ gefordert, anderenfalls „entsprechende Maßnahmen“ ergriffen würden. Nahezu sämtliche ausländerfeindlichen Gewaltandrohungen waren mit Forderungen wie

5) Gesetzesverletzungen sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z.B. Gewaltandrohungen, Schmieraktionen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzelheiten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde.

6) Terrorakte werden getrennt in dem Teil XII. dieses Berichtes behandelt.

7) Die Vergleichszahlen für 1982 wurden aufgrund von nachträglichen Meldungen fortgeschrieben und die terroristischen Taten abgezogen. Sie weichen daher von den im Vorjahresbericht genannten Zahlen ab.

Neonazistische Schmieraktionen

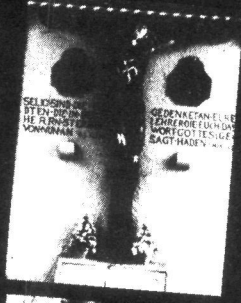


Deutsche erwacht

OUDE RAUS



Rotfront verrecke



TOD DEN
KAUS-AUS-BRD
DIE GRÜNEN

TÜRKEN RAUS!



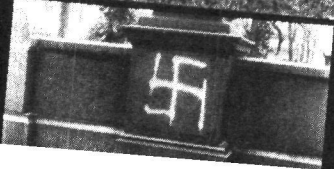
TOD DEN Juden

Sieg an allen Fronten

AUSLÄNDER RAUS!

Zigeuner RAUS

Auschwitz steht noch



AUSLÄNDER RAUS!
DER KAMPF GEHT WETTER

WANN

„Deutschland den Deutschen“, „Ausländer raus“ und „Türken raus“ verbunden. In 56 Fällen (28%) richteten sich Drohungen, zumeist begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen, gegen jüdische Personen und Objekte.

4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 1900 (1982: 2171) gewaltlosen Gesetzesverletzungen sind 1232 (rd. 65%) Schmier- und Klebeaktionen; in 111 Fällen (rd. 6%) wurde Propagandamaterial der NSDAP-AO verwendet.

5. Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen

Von den insgesamt 2169 Gesetzesverletzungen hatten 405 (rd. 19%) antisemitischen Charakter. 16 der insgesamt 34 bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Kultstätten sind Rechtsextremisten zuzuordnen. In 5 Fällen, am 28. Februar in Aschaffenburg, am 6. März in Simmern, am 28./30. Mai in Mainz bzw. Mainz-Bretzenheim und am 12. November in Limburg wurden erhebliche Schäden verursacht.

Besonderes Aufsehen erregte das Spiel „Jude ärgere Dich nicht“, gegen dessen Hersteller und Verbreiter am 23. August u. a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß Anklage erhoben wurde. Dieses Spiel war Ende 1982 an jüdische Einrichtungen, Redaktionen und öffentliche Stellen versandt worden. „Gewinner“ dieses Spiels ist, wer „möglichst viele Juden in die Gaskammern“ gebracht hat.

6. Täter

Als mutmaßliche Täter wurden 1211 Personen (1982: 1177) bekannt, von denen 395 (1982: 249) neonazistischen und 185 (1982: 229) anderen rechtsextremistischen Gruppen zuzurechnen sind. Die genannten Personen sind für insgesamt 615 (1982: 665) Gesetzesverletzungen verantwortlich; bei den restlichen Taten, meist Klebe- und Schmieraktionen, konnten die Täter noch nicht ermittelt werden. Die Aufklärungsquote beträgt damit rd. 28% (1982: rd. 27%). Von den festgestellten Tätern stehen 89 (1982: 101) im Verdacht, im Berichtsjahr mehr als eine Gesetzesverletzung begangen zu haben.

XI. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen (einschließlich Rechtsterrorismus)

1. Verurteilungen⁸⁾

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

- 27 (29) Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon
24 (22) ohne Bewährung

- 36 (60) Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon
10 (13) ohne Bewährung
- 65 (70) Geldstrafen
- 65 (91) sonstige Schuldprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geld-
bußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 193 (250) im Jahre 1983 ergangenen Verurteilungen wurden 121 (188) auch in diesem Jahr rechtskräftig.

2. Anklagen

1983 wurde Anklage gegen 285 Personen (1982: 308) erhoben.

3. Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen

Im Berichtsjahr wurden:

- 326 (336) Durchsuchungen
- 373 (381) Beschlagnahmen
- 256 (110) Festnahmen

registriert. Bei den 326 (336) Durchsuchungen wurden in 127 (87) Fällen Waffen und Munition und Materialien zur Explosivkörperherstellung gefunden.

4. Vereinsverbote

Am 7. Dezember verbot der Bundesminister des Innern die neonazistische „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) und deren unselbständige Nebenorganisationen u. a. die bei der hessischen Landtagswahl am 25. September angetretene „Aktion Ausländerrückführung“ (AAR), wegen Verfassungswidrigkeit (vgl. i. e. oben IV. 4.1 und 4.2). Die ANS/NA hat beim Bundesverwaltungsgericht Klage erhoben und der AAR-Landesverband Baden-Württemberg gegen das Verbot der „Bundespartei“ Rechtsmittel beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.

Der Minister des Innern in Rheinland-Pfalz verbot am 14. April die erst im Januar gegründete neonazistische „Wehrsportgruppe Wolfspack, Sturm 12“ in Koblenz (vgl. i. e. oben IV. 4.10).

5. Veranstaltungsverbote

Die Ordnungsbehörden verboten 6 Veranstaltungen (1982: 13) rechtsextremistischer Organisationen. Drei dieser Verbote betrafen Veranstaltungen der NPD oder der JN (1982: 9).

⁸⁾ Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Verurteilungen, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl dieser Urteile dürfte insgesamt bedeutend höher sein, weil erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung dieses Jahresberichts bekannt werden. Die fortgeschriebenen und daher erheblich erhöhten Vorjahreszahlen sind in Klammern gesetzt.

XII. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus 1983⁹⁾

1. Allgemeine Feststellungen

Die seit Ende 1977 andauernde Gewalteskalation bei neonazistischen Terroristen, hatte 1982 durch die Gewalttaten der im Februar 1983 aufgedeckten Terrorgruppe HEPP/KEXEL einen neuen Höhepunkt erreicht. Diese Untergrundgruppe ist nach dem bisherigen Ermittlungsstand zumindest für drei Mordanschläge auf US-Armee-Angehörige und fünf Banküberfälle im Jahre 1982 verantwortlich.

Die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Terrorakte¹⁰⁾ ging indes gegenüber dem Vorjahr von 17 auf 11 zurück. Offenbar sind die relativ hohe Aufklärungsquote bei diesen Gewalttaten und die gegen Mitglieder der Terrorgruppen verhängten z. T. hohen Freiheitsstrafen nicht ohne Wirkung geblieben. U. a. handelt es sich um einen Sprengstoffanschlag auf ein Asylantenheim in Stuttgart sowie um sieben Brandanschläge, von denen der auf ein türkisches Wohnhaus in Weilrod bei Usingen einen Schaden von DM 200 000 verursachte, und einen bewaffneten Banküberfall im Februar in Bad Vilbel.

2. Terroristische Gruppen

2.1 Es gab in der rechtsextremistischen Szene im Jahre 1983 keine Gewaltakte, die erkannten Gruppen zuzurechnen sind. Dem derzeitigen Erkenntnisstand entsprechend gehen alle 11 Terrorakte im Berichtsjahr auf das Konto unbekannter Täterkreise bzw. von Einzeltätern.

2.2 Im Mittelpunkt der exekutiven Maßnahmen gegen Rechtsterroristen standen 1983 die bereits 1982 begangenen Terrorakte der Untergrundgruppe HEPP/KEXEL.

Durch einen Hinweis aus der Bevölkerung konnten am 15. Februar in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt/Main die Neonazis Dieter S., Wulf-Helge B. und Hans-Peter F. sowie am 18. Februar in der Nähe von London Ulrich T. und Walther KEXEL (22; Elektroanlageninstallateur) festgenommen werden. Alle waren Mitglieder der Terrorgruppe um die Neonazis KEXEL und Odfried HEPP (25; ehemaliger Student), der noch flüchtig ist. Zu seiner Ergreifung ist eine Belohnung von

⁹⁾ Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

¹⁰⁾ Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus durchgeführt werden.

Anschlag auf US - Soldat in Butzbach



Sichergestellte Gegenstände im Fall HEPP / KEXEL



50 000 DM ausgesetzt. HEPP und F. waren Aktivisten der „Libanon-Gruppe“ der 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe“ des Karl-Heinz HOFFMANN (46; Graphiker) und 1980/81 im Nahen Osten durch Palästinenser im Waffen- und Sprengstoffgebrauch ausgebildet worden.

Nach den bisherigen Ermittlungen hatte die HEPP/KEXEL-Gruppe im Dezember 1982 zwei Mordanschläge auf US-Armee-Angehörige in Frankfurt-Fechenheim, Butzbach und Darmstadt durchgeführt, wobei zwei US-Soldaten schwer verletzt wurden. Die zu diesen Anschlägen benutzten Sprengkörper waren unter den jeweiligen Fahrersitzen ihrer Privatkraftfahrzeuge deponiert und in zwei Fällen durch Druckkontakt bei der Belastung des Fahrersitzes gezündet worden. Der dritte Sprengkörper kam nicht zur Explosion. Bei fünf Banküberfällen von April bis Dezember 1982 im Raum Erlangen und Frankfurt/Gießen erbeutete die Gruppe insgesamt rd. 630 000 DM.

Die Gruppe hatte sich bereits im Juli 1982 vom Nationalsozialismus HITLERscher Prägung losgesagt und zu einem undogmatischen antiimperialistischen Befreiungskampf gegen den Amerikanismus aufgerufen, bei dem auch „ausländische Antiimperialisten“ willkommen seien (vgl. hierzu i. e. oben IV. 1).

In mehreren Erddepots und bei Hausdurchsuchungen wurden u. a. 13 Schußwaffen, rd. 800 Schuß Munition, gefährliche Materialien zur Herstellung von Explosivkörpern, Geld und gefälschte Ausweise entdeckt. Insgesamt zeigte die Gruppe nach dem Vorbild linksextremistischer Terroristen einen Grad von Konspiration, wie er bisher in der rechtsextremistischen Terrorszene noch nicht festgestellt worden war.

2.3 Der Neonazi Andreas W. überfiel am 21. Februar in Bad Vilbel die Zweigstelle der Kreissparkasse Friedberg mit Waffengewalt und erbeutete rd. 40 000 DM. Er wurde am 23. Februar, bevor er sich zu Gesinnungsgenossen ins Ausland absetzen konnte, festgenommen und am 23. August rechtskräftig zu 2 Jahren Jugendstrafe mit Bewährung verurteilt.

Der zusammen mit W. festgenommene militante Neonazi Wolfgang KOCH (52; Rentner) ist angeklagt, ihn zu dieser Tat angestiftet und die Beute in Empfang genommen zu haben. KOCH ist als fanatischer und gewaltbereiter neonazistischer Aktivist bekannt. Er ist wegen Anstiftung zu einem vergleichbaren, 1982 in Frankfurt/M., erfolgten Banküberfall ebenfalls angeklagt. In beiden Fällen liegen Hinweise dafür vor, daß die Geldsummen von KOCH zur Durchführung militanter politischer Pläne benutzt werden sollten.

3. Internationale Verflechtungen

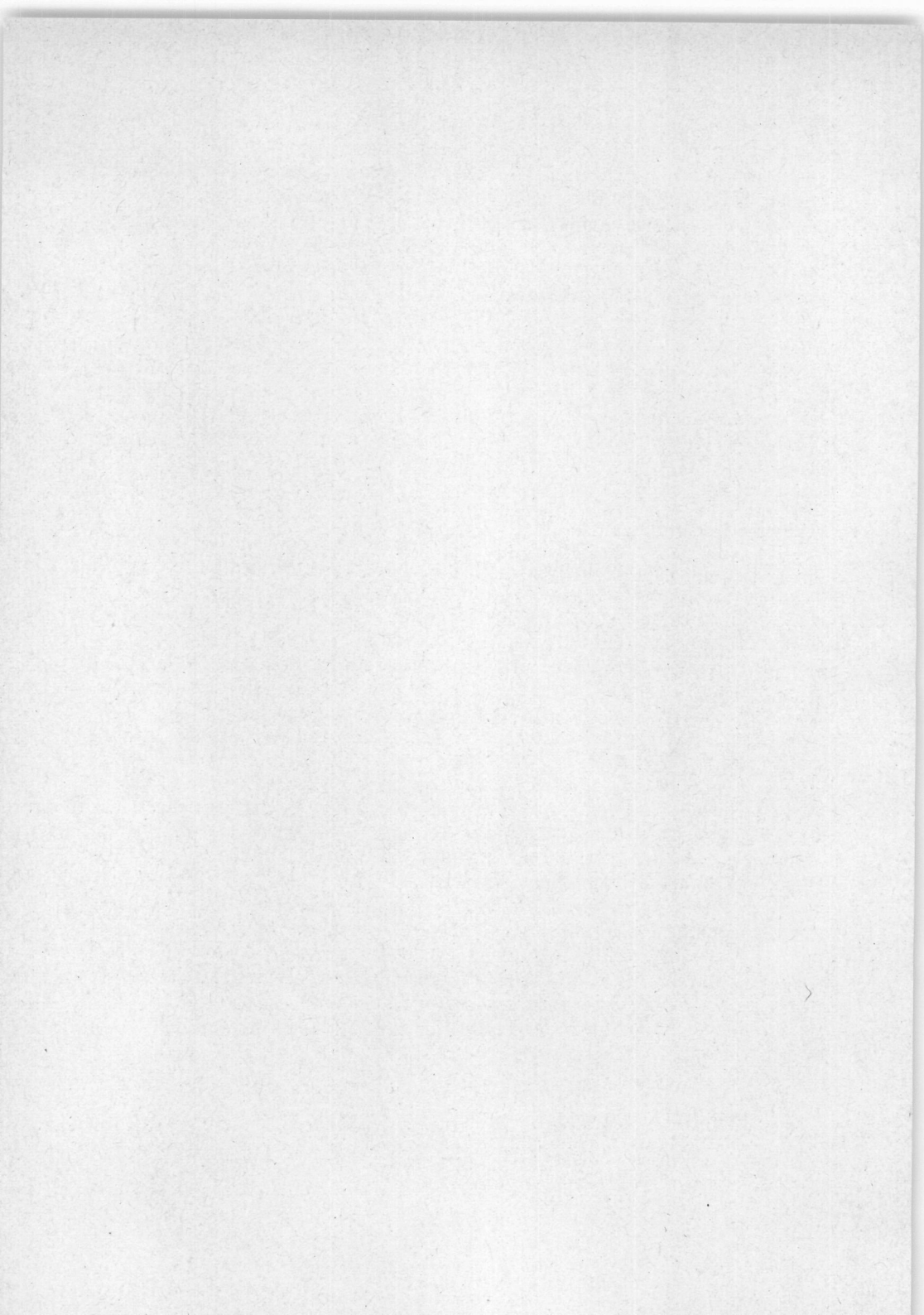
3.1 Von den zurückgekehrten Angehörigen der ehemaligen Libanon-Gruppe der 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe HOFFMANN“ sind derzeit noch vier Personen wegen im Libanon begangener Delikte in Haft. Gegen einige weitere sind Strafverfahren u. a. wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung, Freiheitsberaubung, des Diebstahls und der Herstellung von Falschgeld eingeleitet. Einige der Libanon-Aktivisten hatten sich der ANS/NA angeschlossen, andere stehen in dem Verdacht, der Terrorgruppe HEPP/KEXEL angehört zu haben. Mehreren Angehörigen der Gruppe waren im Libanon die Pässe abgenommen worden. Nachdem bereits im Oktober 1982 einer dieser Pässe durch die schwedi-

sche Polizei bei einem FATAH-Offizier sichergestellt worden war, wurde am 8. Oktober ein weiteres Ausweispapier bei der Festnahme des mutmaßlichen hauptverantwortlichen Attentäters des Sprengstoffanschlages auf den Flughafen Orly vom 15. Juli aufgefunden; er gehörte der „Armenischen Befreiungsorganisation“ (ASALA) an. Diesen Ausweis hatte der mit der FATAH seit vielen Jahren eng zusammenarbeitende Rechtsextremist Udo ALBRECHT (43; Programmierer) zwischenzeitlich im Besitz. ALBRECHT, der 1981 unter spektakulären Umständen in die DDR floh, befindet sich wieder im Vorderen Orient.

3.2 Gegen den in Österreich in Haft befindlichen deutschen Rechtsterroristen Ekkehard W. wird dort wegen „Betätigung im nationalsozialistischen Sinne“ und wegen „Gefährdung durch Sprengmittel“ verhandelt. W. und seinen acht österreichischen Gesinnungsgenossen wird vorgeworfen, teils Sprengstoffanschläge gegen jüdische Geschäftshäuser, teils neonazistische Propagandadelikte verübt zu haben.

4. Verurteilungen

Auch 1983 wurden hohe Freiheitsstrafen gegen Rechtsextremisten ausgesprochen: Wegen eines im Jahre 1977 verübten Sprengstoffanschlages auf das Gebäude der Staatsanwaltschaft in Flensburg wurde Heinrich E. zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und 10 Monaten erhielt Peter G. wegen eines Brandanschlages auf eine Asylantenunterkunft in Stuttgart, den er zusammen mit anderen im Jahre 1980 beging. Wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – „Deutsche Aktionsgruppen“ (DA) – und Beteiligung an den von dieser Gruppe im Jahre 1980 verübten Sprengstoffanschlägen wurde ein Ehepaar zu vier Jahren bzw. zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung und Zahlung einer Geldbuße verurteilt. Zwei Brüder erhielten wegen schweren Raubes, den sie 1982 in Frankfurt verübten, eine Freiheitsstrafe von jeweils fünf Jahren und 6 Monaten. Von fünf Angehörigen einer militanten Neonazigruppe wurden drei zu Freiheitsstrafen u.a. wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu Jugendstrafen von vier bzw. drei Jahren, der Gründer der 1982 verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit“ Friedhelm BUSSE (54) zu drei Jahren und neun Monaten verurteilt; bei der Festnahme dieser Gruppe 1981 in München waren zwei Gruppenmitglieder getötet worden. Wegen schwerer räuberischer Erpressung, Diebstahl und Verstoßes gegen das Waffengesetz wurde ein Ehepaar zu Freiheitsstrafen von sieben bzw. sechs Jahren verurteilt; sie hatten 1981 bei einem Bankraub in Rennerod/Westerwald 72 000 DM erbeutet.



SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN 1983

I. Allgemeine Erfahrungen

Die Gesamtmitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer¹⁾ fiel auf ca. 114 000 (Vorjahr: Ca. 122 000) zurück. Ihre Aktivitäten, die weiterhin von den Konflikten und Krisen in ihren Herkunftsländern, aber in erheblichem Ausmaß auch von der Lage der Ausländer im Bundesgebiet²⁾ bestimmt waren, ließen insgesamt nach. Einige Gruppierungen mußten starke Mitgliederverluste hinnehmen, bei anderen setzte sich der seit mehreren Jahren anhaltende langsame Mitgliederschwund fort.

Ausländische Extremisten gefährdeten wie im Vorjahr durch ihre Aktivitäten auf deutschem Boden die Sicherheit oder beeinträchtigten wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Palästinenser verübten 1983 keine Gewaltaktionen in der Bundesrepublik Deutschland. Anschläge gegen Gefolgsleute ARAFATs in den europäischen Nachbarländern bestätigen aber die Gewaltbereitschaft der Kräfte, die die politische Linie des PLO-Vorsitzenden ARAFAT und seiner Anhänger beenden wollen. In der Bundesrepublik Deutschland bezogen im Streit zwischen ARAFAT und seinen Gegnern in der FATAH bisher nur wenige Palästinenser Position gegen ihn. Die Entwicklung im Nahen Osten kann jedoch – ähnlich wie bereits in europäischen Nachbarländern – auch bei uns die Sicherheitsgefährdung vergrößern.

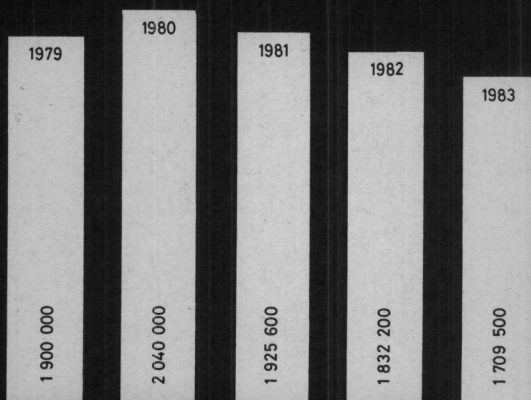
Sicherheitsrisiken gehen weiterhin von gewaltorientierten Gruppen der türkischen „Neuen Linken“ aus, die – teilweise gemeinsam mit Linksextremisten deutscher und anderer Nationalität – in Aktionseinheiten und Aktionsbündnissen als gemeinsames Ziel die Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse in der Türkei verfolgen. Ein Bombenanschlag gegen das türkische Generalkonsulat in Stuttgart am 30. Oktober und andere Ausschreitungen zeigen das Ausmaß der Gefährdung der inneren Sicherheit und der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Geiselnahme am 3./4. November 1982 im türkischen Generalkonsulat in Köln löste am 9. Februar das Verbot der türkischen Organisation der „Neuen Linken“ „DEVIRIMCI SOL“ („Revolutionäre Linke“) durch den Bundesminister des Innern aus.

¹⁾ Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 VerfSchG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

²⁾ Der Begriff „Bundesgebiet“ schließt Berlin (West) ein.

**Ausländische Arbeitnehmer
in der Bundesrepublik Deutschland
1979 - 1983**



TÜRKEN	541 800
JUGOSLAWEN	303 300
ITALIENER	235 350
GRIECHEN	112 000
SPANIER	74 050
PORTUGIESEN	48 200
SONSTIGE	394 800

Die Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Türken und ihren politischen Gegnern nahmen in der Bundesrepublik Deutschland weiter ab; sie gingen fast ausschließlich von Anhängern der türkischen „Neuen Linken“ aus. Extrem nationalistische Türken hielten sich weiter mit öffentlichen Aktivitäten zurück.

Auch nach den türkischen Parlamentswahlen am 6. November 1983 bietet sich den türkischen Linksextremisten keine Möglichkeit, in der Türkei politisch aktiv zu werden. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß sie ihre Aktivitäten im Bundesgebiet wieder verstärken werden. Großer Aufmerksamkeit bedürfen Bestrebungen, zentrale Führungsstellen aus der Türkei in andere Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, zu verlegen, um Repressionen in der Türkei zu entgehen.

Auf das Konto armenischer Terroristen, deren Unterstützerguppen sich ansatzweise jetzt auch im Bundesgebiet bilden, ging vermutlich ein Bombenanschlag auf das französische Generalkonsulat in Berlin (West); eine Person wurde getötet, 23 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Anhaltspunkte für eine Beteiligung im Bundesgebiet lebender Armenier an dem Anschlag gibt es jedoch nicht. Die Gefahr weiterer Gewaltakte besteht fort.

Iranische Extremisten verhielten sich im Vergleich zum Vorjahr verhältnismäßig inaktiv; zu Ausschreitungen kam es nur noch vereinzelt. Sie gingen von Gegnern der iranischen Regierung aus. Wie sich die Einigungsbemühungen monarchistischer und nationalistischer Iraner auf die Sicherheitslage auswirken werden, ist noch nicht abzusehen.

Es bestehen Anhaltspunkte, daß auch 1983 terroristische Operationen im Bundesgebiet von ausländischen staatlichen Stellen gesteuert wurden, deren Ziel es war, Gegner des jeweiligen Regimes außerhalb der Heimatländer zu ermorden.

Mit der Ermordung von zwei kroatischen Extremisten und einem Mordversuch an einem weiteren, setzte sich die Serie der Anschläge gegen Exiljugoslawen fort. Trotz ihres fortschreitenden Niederganges gehen auch von den großen kroatischen Exilorganisationen nach wie vor Gefahren für die Sicherheit aus. Neu entstandene gewaltorientierte Kleinstgruppen, vor allem von Kosovo-Albanern, verhalten sich zunehmend konspirativ.

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer ging 1983 auf insgesamt neun (1982: 36) stark zurück. Die Zahl der versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffvergehen reduzierte sich auf zwei (1982: 23). Die Anzahl der versuchten bzw. vollendeten Tötungsdelikte blieb mit fünf (1982: 4) annähernd gleich. Die Zahl der Gewaltakte insgesamt – einschließlich Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch etc. – sank auf 92 (1982: 100).

Extremistische Gruppen anderer Nationalitäten zeigten 1983 keine die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdende Aktivitäten.

II. Übersichten in Zahlen

1. Überblick

Im Bundesgebiet leben z. Z. ca. 4 534 900 (Stand: 30. September) ausländische Staatsangehörige; ca. 3 396 200 davon sind über 16 Jahre alt. Nach Schätzungen

der Sicherheitsbehörden sind etwa 3,4% der Ausländer in Vereinigungen organisiert, von denen extremistische oder politisch motivierte sicherheitsgefährdende Bestrebungen ausgingen. Dieser Prozentsatz war trotz niedrigerer absoluter Zahlen wegen des gleichzeitig rückläufigen Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung fast gleich hoch wie 1982.

Tabelle 1:

Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre, Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Wohn- bevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extre- mistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen über 16 Jahre ³⁾
Araber ⁴⁾	120 050	86 100	3 200 = 3,7% ⁷⁾ (3 450 = 3,9%)
Armenier ⁵⁾	—	—	50
Iraner	33 050	28 500	2 550 = 9,0% (2 650 = 9,5%)
Jugoslawen	612 800	473 700	1 600 = 0,3% (1 600 = 0,3%)
Türken	1 552 300	996 200	43 150 = 4,3% (52 100 = 5,2%)
Sonstige ⁶⁾	2 216 700	1 811 700	63 750 = 3,5% (62 300 = 3,3%)
Insgesamt	4 534 900	3 396 200	114 300 = 3,4% (122 100 = 3,5%)

³⁾ Zur Aufgliederung der Vereinigungen in Kernorganisationen, Nebenorganisationen und extremistisch beeinflusste Organisationen und deren Mitgliederzahl vgl. Tabelle 4 (Seite 169).

⁴⁾ Araber: Iraker, Libanesen, Libyer, Marokkaner, Palästinenser und Syrer

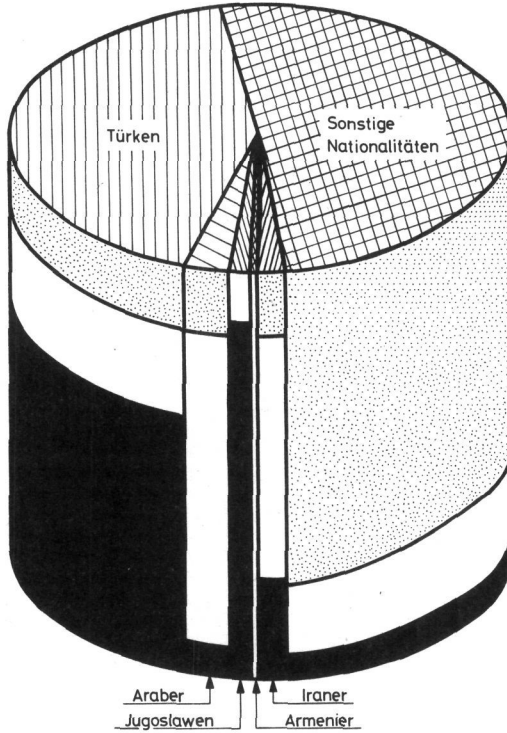
⁵⁾ Zu den Armeniern, die verschiedenen Nationalitäten angehören, liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahre vor. Armenier wurden 1982 unter „Sonstige“ aufgeführt.

⁶⁾ Sonstige: Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Iren, Italiener, Japaner, Kurden, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

⁷⁾ Prozentsatz an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahre.

Vergleich der Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen, unterteilt nach Nationalitäten und ihrem politisch ideologischen Standort

1983



- Orthodoxkommunistisch
- Neue Linke und sozialrevolutionär
- Rechtsextremistisch und extrem nationalistisch

2. Organisationen

Erstmals seit 1980 ist die Zahl der Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflussten – im Bundesgebiet aktiven – Vereinigungen auf 123 (1982: 133) zurückgegangen. Am stärksten verringerte sich die Zahl der Gruppen der „Neuen Linken“, geringfügig die der rechtsextremistischen und extrem nationalistischen Gruppen, während die Gesamtzahl orthodox-kommunistischer Vereinigungen konstant blieb.

Tabelle 2:

Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen mit Aktivitäten im Bundesgebiet nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	Gruppen ⁸⁾ der „Neuen Linken“	Rechts-extremistische ¹⁰⁾ und extrem nationalistische Gruppen	Insgesamt
Araber	4 (5)	14 (13)	1 (1)	19 (19)
Armenier ⁹⁾	– –	3	– –	3 –
Iraner	3 (3)	8 (11)	2 (2)	13 (16)
Jugoslawen	– –	1 (1)	8 (9)	9 (10)
Türken	4 (3)	7 (8)	2 (2)	13 (13)
Sonstige	28 (28)	32 (40)	6 (7)	66 (75)
Insgesamt	39 (39)	65 (73)	19 (21)	123 (133)

3. Mitglieder

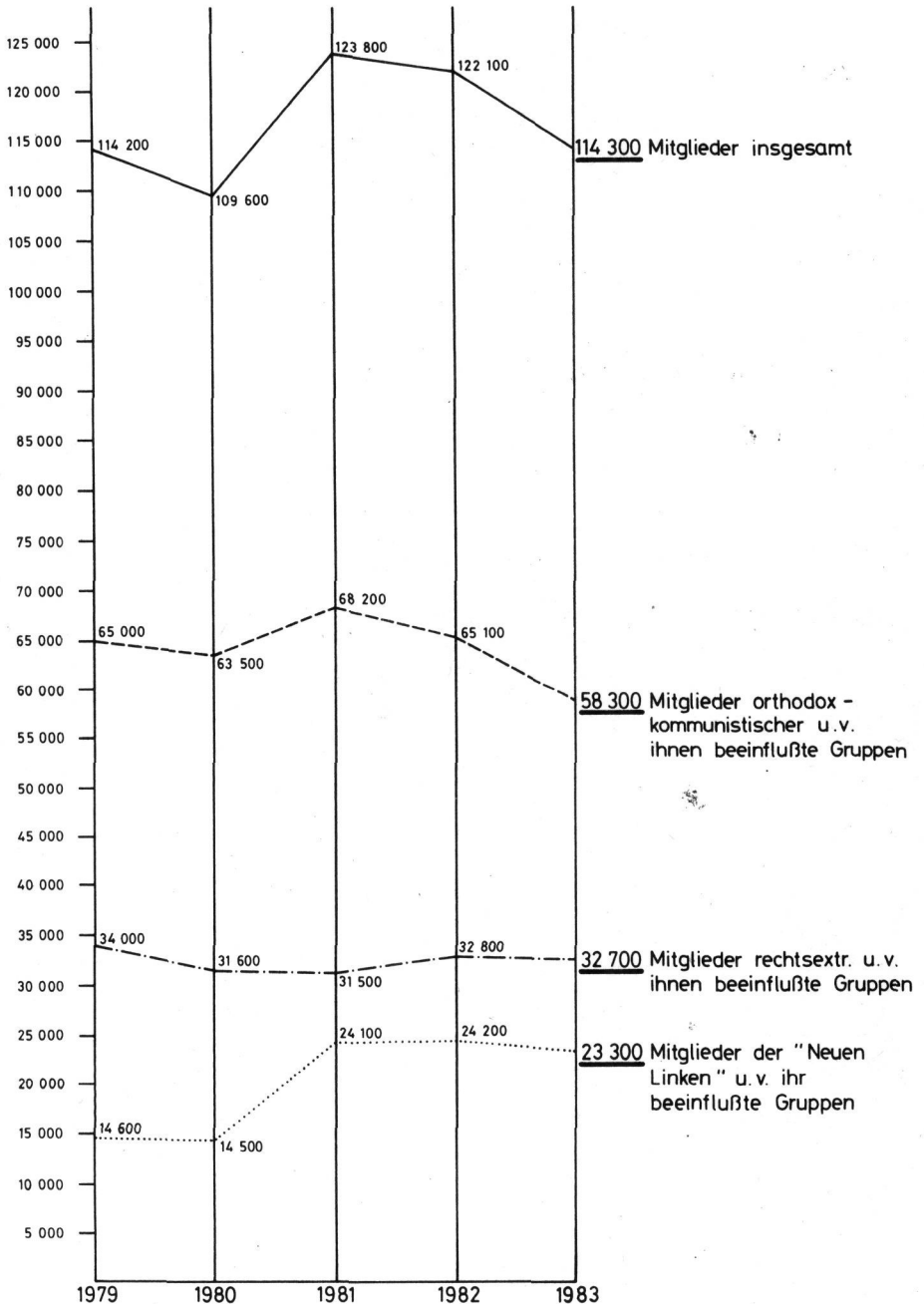
Die Gesamtstärke der ausländischen Extremistengruppen ging auf etwa 114 300 Mitglieder (1982: 122 100) zurück. Besonders stark war der Mitgliederverlust bei orthodox-kommunistischen Gruppen: von 65 100 (1982) auf 58 300. Bei der „Neuen Linken“ einschließlich der sozialrevolutionären Gruppen blieben die Zahlen mit 23 300 (1982: 24 200) und bei rechtsextremistischen bzw. extrem nationalistischen Vereinigungen mit 32 700 (1982: 32 800) ziemlich konstant.

⁸⁾ Zur „Neuen Linken“ werden hier – wie schon in früheren Jahren – die linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskau-orientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär-nationalistischer Einstellung.

⁹⁾ Armenische Staatsangehörige bzw. Volksangehörige wurden 1982 unter „Sonstige“ erfaßt.

¹⁰⁾ Rechtsextremistische und extrem nationalistische Gruppen wurden hier zusammengefaßt, da sie wesentliche Kriterien wie Nationalismus in aggressiver Form, Streben nach autoritärer Staatsform, Intoleranz, und elitäres Sendungsbewußtsein gemeinsam haben und eine exakte Unterscheidung im Einzelfall oft schwierig ist.

Mitgliederentwicklung bei den ausländischen Extremisten - Gruppen 1979 - 1983



Bei den türkischen Extremistenorganisationen fiel die Mitgliederzahl der bisher zahlenmäßig stärksten orthodox-kommunistischen Organisation „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF) nach letzten Schätzungen von etwa 15 000 auf 6000.

Die Zahl der türkischen Anhänger der „Neuen Linken“ und sozialrevolutionären Gruppen ging von 9700 auf 9200 zurück, während die Gesamtzahl rechtsextremistischer und extrem nationalistischer organisierter Türken mit 27 000 gleich der des Vorjahres blieb, nachdem das „Islamische Zentrum Köln e. V.“ erstmalig mit schätzungsweise 3000 Anhängern berücksichtigt wurde.

Tabelle 3:

Mitglieder extremistischer Gruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox- kommuni- stisch	„Neue Linke“ ¹¹⁾	Rechts- extremistisch u. extrem nationa- listisch	Insgesamt
Araber	500 (500)	2500 (2750)	200 (200)	3200 (3450)
Armenier	–	50	–	50
Iraner	400 (400)	1350 (1450)	800 (800)	2550 (2650)
Jugoslawen	– (–)	200 (150)	1400 (1450)	1600 (1600)
Türken	6 950 (15 400)	9200 (9700)	27 000 (27 000)	43 150 (52 100)
Sonstige	50 450 (48 800)	10 000 (10 150)	3300 (3350)	63 750 (62 300)
Insgesamt	58 300 (65 100)	23 300 (24 200)	32 700 (32 800)	114 300 (122 100)

Tabelle 4:

Mitglieder der extremistischen Kern-, Neben- und extremistisch beeinflussten Organisationen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

	Orthodox- kommuni- stisch	„Neue Linke“ ¹²⁾	Rechts- extrem. u. extrem nationalistisch	Insgesamt
Kernorganisationen	18 800 (18 250)	21 700 (17 050)	29 700 (29 800)	70 200 (65 100)
Nebenorganisationen	1250 (550)	350 (300)	3000 (3000)	4600 (3850)
extrem. beeinfl. Organisationen	38 250 (46 300)	1250 (6850)	– (–)	39 500 (53 150)
Insgesamt	58 300 (65 100)	23 300 (24 200)	32 700 (32 800)	114 300 (122 100)

4. Publizistik

*Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften ausländischer Extremistengruppen stieg von 176 auf 186, von denen 30 hier, die übrigen im Ausland erschienen.

Tabelle 5:

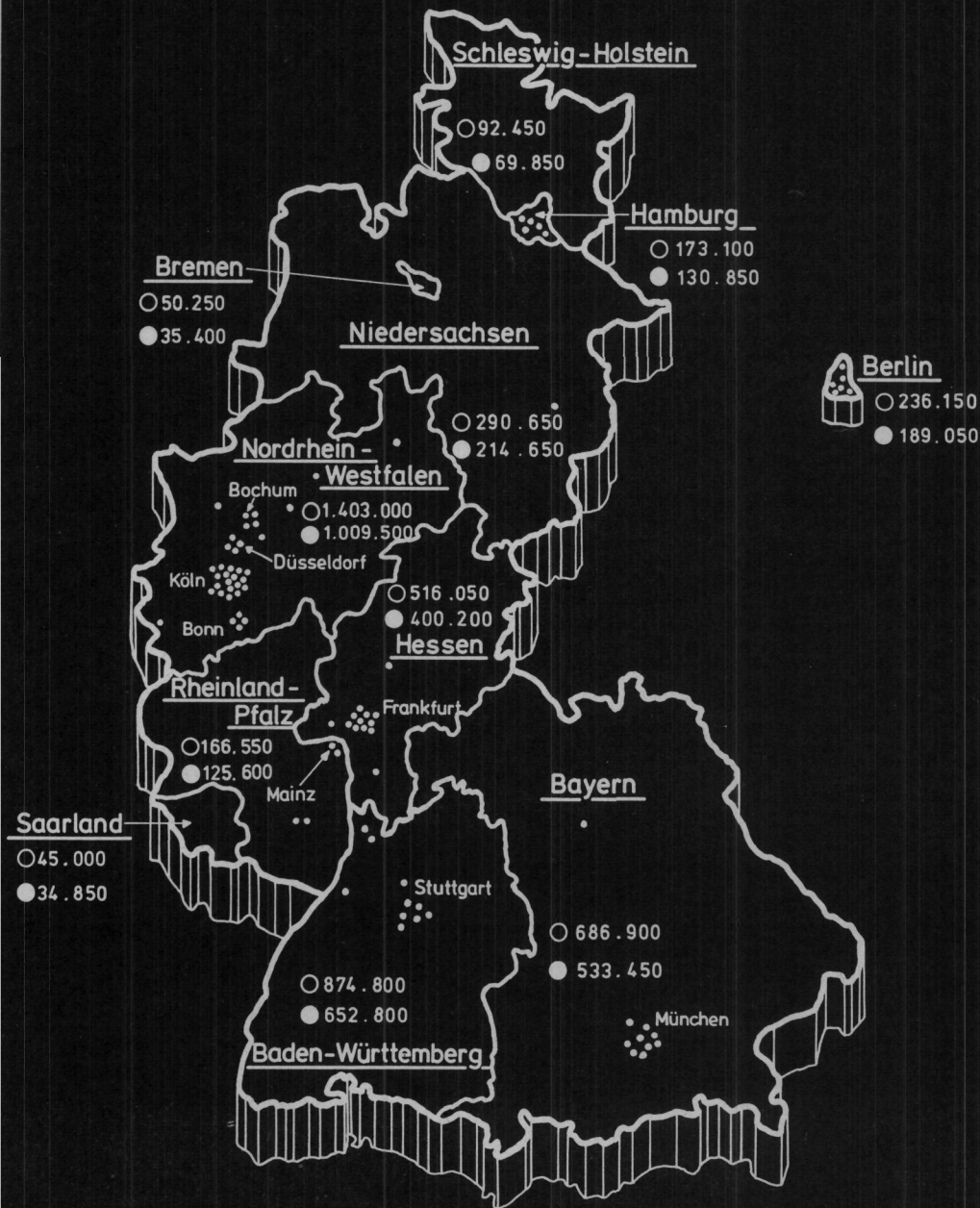
Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkzugehörigkeit	Gesamtzahl der Publikationen	davon im Bundesgebiet gedruckt
Araber	17 (16)	1 (1)
Armenier	1	–
Iraner	26 (29)	– (–)
Jugoslawen	30 (30)	9 (9)
Türken	44 (36)	8 (8)
Sonstige	68 (65)	12 (11)
Insgesamt	186 (176)	30 (29)

Wie im Vorjahr wird die überwiegende Mehrheit der Periodika (73%) von kommunistischen oder sonstigen linksextremistischen Ausländergruppen herausgegeben. Die restlichen vertreten rechtsextremistisches bzw. extrem nationalistisches Gedankengut.

¹¹⁾ u. ¹²⁾ siehe Fußnote ⁸⁾ auf Seite 166.

Übersicht über die ausländische Wohnbevölkerung, deren
 Personenanteil über 16 Jahre, sowie die Führungsstellen
 extremistischer und extremistisch beeinflussten Organisationen
 im Jahre 1983 im Bundesgebiet



○ Ausländische Wohnbevölkerung insgesamt : 4.534.900

● Ausländer über 16 Jahre insgesamt : 3.286.200

Tabelle 6:

Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox- kommuni- stisch	„Neue Linke“ ¹³⁾ und sozial- revolutionär	Rechtsextrem. u. extrem nationali- stisch	Insgesamt
Araber	6 (5)	10 (10)	1 (1)	17 (16)
Armenier	–	1	–	1
Iraner	5 (5)	16 (19)	5 (5)	26 (29)
Jugoslawen	– (–)	3 (3)	27 (27)	30 (30)
Türken	18 (11)	18 (17)	8 (8)	44 (36)
Sonstige	35 (31)	25 (26)	8 (8)	68 (65)
Insgesamt	64 (52)	73 (75)	49 (49)	186 (176)

5. Gewaltaktionen

1983 wurden im Bundesgebiet 92 (1982: 100) politisch motivierte vollendete und versuchte Gewaltaktionen ausländischer Extremisten bekannt; drei Personen wurden getötet und mindestens sechzig verletzt, darunter drei Polizeibeamte schwer. Körperverletzungen ereigneten sich vor allem unter türkischen und iranischen Extremisten.

Anonyme Täter bedrohten aus politischen Gründen Angehörige der Bundesregierung, ausländische Diplomaten und Einrichtungen, in- und ausländische Geschäftsunternehmen sowie politische Gegner mit Gewalt und Terror. In 28 (1982: 24) Fällen wurden Mord- und Sprengstoffanschläge angedroht. Soweit erkennbar, gingen die Drohungen in erster Linie von extremistischen Türken, Iranern, Armeniern und Jugoslawen aus.

¹³⁾ siehe Fußnote ⁸⁾ auf Seite 166.

Tabelle 7:

Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1983 (Vergleichszahlen 1982 in Klammern):¹⁴⁾

Terrorakte ¹⁵⁾ und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen		angedrohte Gewalt- aktionen		Insgesamt	
Tötungsdelikte	5	(4)	6	(9)	11	(13)
Sprengstoffvergehen	2	(23)	22	(15)	24	(38)
Brandanschläge	2	(7)	–	–	2	(7)
Geiselnahme	–	(2)	–	–	–	(2)
Zwischensumme	9	(36)	28	(24)	37	(60)
Sonstige Gewaltakte						
Körperverletzungen	20	(32)	–	–	20	(32)
Sachbeschädigungen	32	(16)	–	–	32	(16)
Sonstige (z. B. Verst. gegen VersammG, Hausfriedens- bruch)	31	(16)	4	(13)	35	(29)
Insgesamt	92	(100)	32	(37)	124	(137)

¹⁴⁾ In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Verstoßes aufgenommen.

¹⁵⁾ Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus durchgeführt werden. (Bei den in diesem Tabellenteil aufgeführten Gewaltaktionen handelt es sich bis auf 2 Tötungsversuche um Terrorakte.)

III. Mitgliederentwicklung¹⁶⁾, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen

1. Araber

1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
2900	100	200	3200	3450

1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die 1982 erlittene schwere militärische Niederlage der PLO im Libanon und die im Mai ausgebrochene, von Syrien und Libyen unterstützte Rebellion innerhalb der größten palästinensischen Widerstandsorganisation AL FATAH führten zu einer existenzbedrohenden Krise der PLO; die Mitglieder palästinensischer Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland wurden hiervon verunsichert. Die Gegner des PLO- und FATAH-Vorsitzenden ARAFAT, die den „bewaffneten Kampf“ als einziges Mittel zur Durchsetzung der Ziele des palästinensischen Widerstands betrachten, fanden jedoch im Bundesgebiet bisher insgesamt nur wenig Rückhalt.

Einige Anhänger der FATAH-Dissidenten, vor allem Mitglieder des „Palästinensischen Studentenverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PSV), versuchten vergeblich, einen Schwenk der palästinensischen Organisationen im Bundesgebiet zugunsten der Meuterei in der FATAH herbeizuführen. Der PSV war allerdings bereits vor Ausbruch der Rebellion in der FATAH durch ideologische und persönliche Streitigkeiten geschwächt.

Im „Palästinensischen Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PAV), der mit etwa 1000 Mitgliedern größten palästinensischen Organisation im Bundesgebiet, konnten die Anhänger der FATAH-Dissidenten nicht Fuß fassen. Auch die orthodox-kommunistisch orientierten Organisationen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) fanden sich trotz Billigung einer Reihe von Forderungen der Dissidenten nicht bereit, diese zu unterstützen. Sie kritisieren allerdings heftig ARAFATs Politik nach dem Auszug aus Tripoli, insbesondere dessen Treffen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten MUBARAK.

Die Demonstrations- und Agitationstätigkeit der palästinensischen Widerstandsorganisation im Bundesgebiet war gering. Zu nennenswerten Ausschreitungen kam es nicht.

¹⁶⁾ Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr sind auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen, beinhalten somit nicht immer einen Mitgliederzuwachs bzw. einen Mitgliederverlust.

1.3 Gewaltaktionen

1.3.1 Palästinenser

Politisch motivierte Terrorakte, die mutmaßlich palästinensischen Kommandos zuzurechnen sind, wurden in Europa 1983 in Portugal, Italien, Spanien und Griechenland verübt. Opfer waren vorwiegend Palästinenser, die als Gefolgsleute ARAFATs galten. So wurde am 10. April der PLO-Funktionär Dr. Issam SARTAWI, der als Gastdelegierter am 16. Kongreß der „Sozialistischen Internationale“ in Albufeira/Portugal teilnahm, in der Eingangshalle des Tagungshotels erschossen. Für diese Terrorakte ist wahrscheinlich die militante palästinensische „ABU NIDAL-Gruppe“ verantwortlich, die die politische Linie ARAFATs ablehnt.

1.3.2 Libyer

Am 24. März und 4. April wurden zwei im Bundesgebiet lebende Libyer in Bonn festgenommen und wegen gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Nötigung in zwei Fällen angeklagt. Ihnen wurde zur Last gelegt, am 13. und 14. November 1982 zwei libysche Oppositionelle in der ehemaligen Residenz des libyschen Botschafters in Bonn, die jetzt als „Haus des Volkes“ bezeichnet wird, festgehalten, mißhandelt und bedroht zu haben. Das gegen die beiden Libyer eingeleitete Verfahren wurde am 16. 5. 1983 auf Antrag der Staatsanwaltschaft vorläufig eingestellt, die Angeklagten wurden ausgewiesen. Gleichzeitig wurden acht in Libyen festgehaltene Deutsche freigelassen.

2. Türken

2.1 „Neue Linke“

2.1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
9200	–	–	9200	9700

2.1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Agitationsziele der Vereinigungen der türkischen „Neuen Linken“ waren auch 1983 die türkische Militärregierung, der „Imperialismus“ in jeder Form sowie verschiedene Aspekte der deutschen Politik. Besondere Kampagnen entzündeten sich an dem Verbot der „DEVIRIMCI SOL“ (vgl. Ziff. III 2.1.3), an Hungerstreiks in türkischen Haftanstalten, dem Freitod des Türken ALTUN in Berlin (West) und den Parlamentswahlen in der Türkei; es kam zu Demonstrationen, Flugblattaktionen, Hungerstreiks von Türken in deutschen Haftanstalten sowie Besetzungsaktionen und einem Bombenanschlag. An den Kampagnen beteiligten sich jeweils auch andere ausländische und deutsche Gruppierungen der „Neuen Linken“ sowie orthodox-kommunistische Vereinigungen deutscher und anderer Nationalität.

Die von der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L) beeinflusste Vereinigung „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF) ist weiterhin in die Gruppen „Partizan Bolsevik“ (PB) und „Partizan“ (P) gespalten. Nach wie vor propagiert die TKP/M-L die bewaffnete Revolution in der Türkei, weil „Sozialisten und Kommunisten bislang von allen in der Türkei herrschenden Regimen unterdrückt wurden“. Die mitgliederstärkere der beiden ATIF-Gruppen ist die Gruppe „Partizan“, obgleich sich die Zahl ihrer Mitglieder von rd. 3700 im Vorjahr auf schätzungsweise 2500 verringerte. Auf ihrem „Bundeskongreß“ vom 1. bis 4. April in Frankfurt/M. richteten Funktionäre vor über 500 Teilnehmern scharfe Angriffe gegen die Militär- und Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei. In Flugschriften wurde gegen die NATO polemisiert und der Bundesregierung eine „kriegstreiberische Rolle“ unterstellt. „Ausländerfeindlichkeit“ – so schrieb die Gruppe in einem anderen Flugblatt – ist „offizielle Staatspolitik des westdeutschen Staates“.

Die ATIF (PB) zeigte wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten unter den rd. 500 Mitgliedern Auflösungserscheinungen. Abgesehen von sporadischen Veröffentlichungen von Propagandaschriften ließen die Aktivitäten dieser Gruppe erheblich nach.

Das politische Gedankengut der in der Türkei aufgelösten „Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei“ (TDKP) wird in der Bundesrepublik Deutschland von der „Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.“ (DIDF) und von Anhängern der Gruppe „HALKIN KURTULUSU“ (HK) (Befreiung des Volkes) propagiert. Die Stärke der DIDF wird auf etwa 2600 (im Vorjahr: 1900) Mitglieder geschätzt, rund 500 Anhänger des Gedankenguts der TDKP (im Vorjahr: 450) sind der HK zuzurechnen. Obwohl die Jahreshauptversammlung vom 18. bis 20. Februar in Köln beschlossen hatte, die politische Arbeit zu verstärken, beschränkte sich die DIDF fast ausschließlich darauf, Propagandaschriften zu veröffentlichen. Schwerpunktthema der Agitation war die angeblich zunehmende ausländerfeindliche Einstellung, wofür der Bundesregierung die Verantwortung zugeschrieben wird. In einem Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration wurden die „Angriffe auf die Rechte der Ausländer“ mit den Maßnahmen „von damals gegen die Juden“ verglichen.

2.1.3 Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Der Bundesminister des Innern verbot am 9. Februar die besonders militante Organisation „DEVIRIMCI SOL“ (DEV SOL) („Revolutionäre Linke“) und deren Teilorganisationen in verschiedenen Orten, die „HALK DER“ („Volksvereine“)¹⁷⁾. Sie hatte sich zu Morden, einer Flugzeugentführung und anderen Terrorakten in der Türkei bekannt und offen Bereitschaft zu revolutionärer Gewalt bekundet. Anhänger von DEV SOL waren schon 1982 durch eine Reihe spektakulärer Aktionen hervorgetreten; am 3. November 1982 hatten bewaffnete und maskierte DEV SOL-Mitglieder das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt, zahlreiche Geiseln genommen und die Besetzung als „revolutionäre Aktion von Militanten der DS“ (DEV SOL) begründet. Das Verbot löste im Bundesgebiet eine einige Wochen an-

¹⁷⁾ Gegen das Verbot strengten die „HALK DER“ Solingen, Köln und Hamburg Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht an, in denen sie Verbindungen zu DEV SOL bestritten.

haltende Protestwelle mit zahlreichen Demonstrationen und Propagandaaktionen aus. Die Proteste wurden von Gruppen der deutschen „Neuen Linken“ unterstützt.

Die konspirativ arbeitende türkische Gruppe „AVRUPA 'da DEV GENC“ („Revolutionäre Jugend in Europa“) bekannte sich in einer Publikation gleichen Namens, die unmittelbar nach dem Verbot von DEV SOL erschien, zur Kölner Geiselnahme, die eine „bewaffnete von unserer Bewegung verwirklichte Besetzung“ gewesen sei. Die Organisation sei entschlossen, „den Kampf der DEV SOL . . . im Ausland fortzuführen“. Im Frühjahr veröffentlichte „AVRUPA 'da DEV GENC“ gemeinsam mit ATIF (P) eine Flugschrift mit der Überschrift „Die Hinrichtungen, Folterungen, Massaker der faschistischen Junta können den Revolutionskampf unseres Volkes nicht aufhalten“ und forderte dazu auf, „den Kampf in allen Ebenen und mit allen Möglichkeiten fortzusetzen“.

Im September veröffentlichten Anhänger der verbotenen Organisation ein mit DEV SOL unterzeichnetes Flugblatt mit der Erklärung, es gebe keine andere Möglichkeit als den „bewaffneten Kampf gegen das faschistische Regime“ in der Türkei.

Bestrebungen zur Gründung eines Dachverbandes türkischer Gruppen der „Neuen Linken“ in West-Europa mit dem Ziel der „Unterstützung des Widerstandes in der Türkei“ gingen von der Gruppe „DEVRIMCI YOL“ (DEV YOL) („Revolutionärer Weg“) aus.

Bei zahlreichen Protestaktionen gegen die Parlamentswahlen in der Türkei (6. November) kam es zu folgenden Gesetzesverletzungen:

- In Frankfurt/M. drangen am 29. Oktober acht Türken gewaltsam in das Stadtbüro der amerikanischen Fluggesellschaft PAN AM ein und versperrten die Eingangstür mit einer Kette. Im Schaufenster des Büros brachten die Täter ein Transparent an mit der Aufschrift „Nein zu der USA, CIA, NATO, Wahl in der Türkei . . .“. Über Megaphon verlasen sie ein Flugblatt „Wahlschwindel der faschistischen Junta ist zu boykottieren“. Als Polizei in das Büro eindrang und die teilweise maskierten Täter festnahm, wurden zwei Beamte leicht verletzt.
- In Stuttgart detonierte in der Nacht zum 30. Oktober im Eingang des türkischen Generalkonsulats ein Sprengsatz, wodurch ein Schaden in Höhe von etwa DM 2000 entstand. Am Nachmittag gingen bei dpa in Stuttgart, einem Mitarbeiter der türkischen Redaktion des SDR und bei der „Stuttgarter Zeitung“ in Esslingen Bekenneranrufe ein. In gebrochenem Deutsch mit türkischem Akzent erklärten sich die Anrufer, die bislang nicht bekannten „Brigaden zur Befreiung des türkischen Volkes“ und „Volksbefreiungsbrigade der Türkei“, für den Anschlag verantwortlich. Als Gründe des Anschlags nannten sie die türkischen Parlamentswahlen und das türkische Militärregime.
- In Dortmund drangen am 31. Oktober vier männliche Personen und eine weibliche Person mit zwei Schußwaffen in eine türkische Bank ein, drängten die Angestellten in einen Nebenraum und beschmierten die Wände der Geschäftsräume mit „NEIN ZU DEN WAHLEN DER JUNTA“.

2.2 Orthodoxe Kommunisten

2.2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
950	–	6000	6950	15 400

2.2.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF), die von der in der Türkei verbotenen „Kommunistischen Partei der Türkei“ (TKP), Exilsitz in Berlin (Ost), beeinflusst wird, weist jetzt etwa 6000 Mitglieder auf. Im Vorjahresbericht war die Mitgliederzahl noch mit 15 000 angegeben worden. Die erhebliche Differenz beruht teilweise auf verbesserten Erkenntnissen der Behörden für Verfassungsschutz, darüber hinaus aber auch auf einem erheblichen Mitgliederschwund, der auch organisationsinterne Gründe hat. Die Spaltung der TKP in mehrere Fraktionen führte zu heftigen Auseinandersetzungen auch in der FIDEF und beeinträchtigte nachhaltig deren Arbeit.

Arbeits- und Agitationsschwerpunkte der FIDEF waren nach dem Beschluß des Bundeskongresses vom 9./10. April in Essen, an dem Vertreter mehrerer orthodox-kommunistischer türkischer und kurdischer Organisationen sowie ein DKP-Bundesvorstandsmitglied teilnahmen, u. a.:

- Verstärkung der Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Zuzugsbeschränkungen,
- moralische und finanzielle Unterstützung der „in der Türkei inhaftierten Demokraten“ sowie
- Verstärkung der Aktivitäten in der „Friedensbewegung“.

Zu Beginn des Kongresses war es zwischen Tagungsteilnehmern und etwa 30 Anhängern der TKP-Fraktion „Leninisten der Kommunistischen Partei Türkei“ (TKP-L), die u. a. mehr Unabhängigkeit gegenüber Moskau anstrebt und die örtlichen FIDEF-Vereine in ihrem Sinne zu beeinflussen versucht, zu Ausschreitungen gekommen. Die Gruppierungen gingen mit Schlagwerkzeugen und Gaspistolen gegeneinander vor; die Polizei beendete die Auseinandersetzung; sieben Beteiligte wurden schwer verletzt.

Mitte Februar nahm die FIDEF in einer Presseerklärung zum DEV SOL-Verbot Stellung und behauptete, die Bundesregierung beabsichtige „diejenigen Arbeiter und Demokraten aus der Türkei einzuschüchtern, die gegen die reaktionäre Militärjunta in der Türkei, gegen Repressionen und Terror, gegen die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik, gegen die Arbeitslosigkeit und Stationierung der neuen Atomraketen in Europa kämpften“.

Anhänger der FIDEF beteiligten sich auch an Kundgebungen anderer Organisationen zum 1. Mai. Hierzu hatte die Föderation in einem deutschsprachigen Flugblatt aufgerufen, in dem der „NATO-Führung“ „Konfrontationskurs“ und der Bundesregierung unter Anspielung auf Ausländerfeindlichkeit „Ermutigung der Neonazis“ vorgeworfen wurde. Anfang August führte die FIDEF aus Solidarität mit den hungerstreikenden Insassen türkischer Haftanstalten auf dem Domplatz in Köln eine dreitägige Mahnwache durch, zu der u. a. die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend“ (SDAJ) und der „Marxistische Studenten Bund-Spartakus“ (MSB-Spartakus) Solidaritätsadressen schickten.

2.2.3 Aktionsbündnisse türkischer Linksextremisten

Wie im Vorjahr versuchten türkische Organisationen der orthodoxen und der „Neuen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland trotz ideologischer Unterschiede im Interesse des gemeinsamen Zieles einer Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei Aktionsgemeinschaften zu bilden.

Das weitgehend von der „DEVIRIMCI YOL“ beeinflusste „Antifaschistische Einheitskomitee im Ausland“ (BIRKOM) blieb bedeutendster Zusammenschluß türkischer linksextremistischer Organisationen unter Einschluß der orthodox-kommunistischen „Arbeiterpartei Kurdistans“; seine Aktivitäten ließen allerdings nach. Im Hinblick auf die Bundestagswahlen ließ das BIRKOM Mitte Februar 40 000 deutschsprachige Flugschriften drucken, in denen der Bundesregierung „diskriminierende Ausländerpolitik“ und „Raub natürlichster Rechte der 4,5 Millionen Ausländer“ vorgeworfen wurden.

Erneut verdeutlichte BIRKOM in einem Flugblatt zum 1. Mai seine Ziele: „Wir haben uns in der Organisation BIRKOM zusammengeschlossen, um die faschistische Diktatur durch die Revolution zu stürzen und um den gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit zu verstärken.“

Am 11. Juni organisierte das BIRKOM im Rahmen der Kampagne „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ in mehreren Städten des Bundesgebietes Protestkundgebungen, an denen sich teilweise auch andere Ausländer und Deutsche beteiligten:

- In Hamburg demonstrierten über 900 Personen, die in Sprechchören den Senat aufforderten, einen in Abschiebehäft einsitzenden Türken freizulassen.
- Etwa 1500 Demonstranten beteiligten sich an einer Kundgebung in Köln, die von der „Bunten Liste“ angemeldet worden war. Auf Transparenten hieß es u. a.: „Kein Pfennig für die faschistische Militärjunta“ und „Stoppt die Hinrichtungen und Massaker in Kurdistan“. Während des Umzugs kam es in der Kölner Innenstadt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen teilweise alkoholisierten Fußballfans und den Demonstranten.
- In Frankfurt/M. demonstrierten ca. 700 Personen gegen die Todesurteile in der Türkei. Auf die Fassade der Paulskirche wurde in türkischer Sprache die Parole „Nieder mit der faschistischen Junta“ gesprüht.
- Bis zu 2000 Personen, darunter etwa 120 Angehörige der Hausbesetzer- und der terroristischen Randszene, beteiligten sich an einer Kundgebung in Stuttgart. Starke Polizeikräfte verhinderten Ausschreitungen beim türkischen und amerikanischen Generalkonsulat.
- In Berlin demonstrierten rund 700 Personen gegen die türkische Militärregierung.

2.3 Extreme Nationalisten und islamische Extremisten

2.3.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
27 000	–	–	27 000	27 000

2.3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF), die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) vertritt, verlor zahlreiche Mitglieder; ihre Gesamtstärke wird jetzt auf 15 000 (im Vorjahr 18 000) geschätzt. Ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit waren gering.

Bekanntnisse der ADÜTDF zu Gewalttaten und anderen Gesetzesverletzungen gab es nicht. Hinweise aus Ermittlungsverfahren gegen türkische Staatsangehörige, die noch der Klärung bedürfen, deuten auf Kontakte in der Türkei gesuchter Gewalttäter zur ADÜTDF-Führung hin.

Das Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten extrem-islamischen „Nationalen Heilspartei“ (MSP) wird in der Bundesrepublik Deutschland von der Organisation „Islamische Union Europa e. V.“ mit ihrem Jugendverband „Islamische Welt-Jugendorganisation“ (DIGT) und ihren örtlichen Vereinigungen („Organisationen Nationaler Standpunkt“ u. a.) vertreten. Die Union nimmt unter den islamisch-extremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland eine Vorrangstellung ein. Über 2000 Personen feierten den 4. Jahrestag der „ruhmreichen islamischen Revolution unter ihrem Führer KHOMEINI“ auf dem Jahreskongreß am 2. bis 4. April in Hannover. Mit der Union ist das „Islamische Zentrum Köln e. V.“ (IZ) – schätzungsweise 3000 Mitglieder – organisatorisch und politisch-ideologisch verbunden; ein Teil der Union-Anhänger, die mit der Geschäftsführung des Vorstandes der Union unzufrieden waren, gründete 1983 die „Föderation der islamischen Zentren Deutschland e. V.“ mit Sitz in Köln.

2.4 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken

Die Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten nahmen weiter ab. Erwähnenswert sind folgende Fälle:

- Am 9. Januar demonstrierten in Nürnberg etwa 60 Mitglieder und Sympathisanten überwiegend türkischer Gruppen der „Neuen Linken“ gegen eine Folkloreveranstaltung örtlicher Mitgliedervereine der ADÜTDF. Dabei kam es zwischen Veranstaltungsteilnehmern und Demonstranten zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen zumindest drei Personen zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten. Ferner wurden zehn Personenkraftwagen von Veranstaltungsbesuchern von Demonstranten schwer beschädigt.
- In Bergen-Enkheim führte am 23. Januar der „Türkische Kulturverein Frankfurt/M. und Umgebung e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, eine Folkloreveranstaltung mit 600–700 Teilnehmern durch. Etwa 80 Gegendemonstranten, darunter 10–15 Deutsche der „Neuen Linken“, verwehrten den Teilnehmern den Zutritt; dabei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Beteiligten schlugen mit Stangen und Latten aufeinander ein; es gab mehrere Verletzte. Während der Veranstaltung gingen Bombendrohungen ein.
- Am 27. März versammelten sich in Darmstadt etwa 300 meist türkische Demonstranten, um gegen eine geschlossene Veranstaltung des „Türkisch-islamischen Kulturvereins in Darmstadt e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, zu protestieren. Entgegen einer Auflage des Ordnungsamtes zogen sie vor das Veranstaltungsort und empfingen die Besucher mit Pfiffen. Aus der Menge der Gegendemonstranten, die auf Transparenten „Keine städtischen Räume für die

Grauen Wölfe“¹⁸⁾ forderten, wurden wiederholt Steine geworfen. Weitere Übergriffe konnten durch die Polizei verhindert werden.

- Am 21. Mai versuchten in Hannover etwa 120 Türken und 30 Deutsche, eine Kulturveranstaltung des „Vereins türkischer Idealisten in Hannover und Umgebung e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, gewaltsam zu verhindern. Dabei sperrten die bewaffneten Teilnehmer der nicht angemeldeten Gegendemonstration den Vorplatz des Veranstaltungsorts ab und hinderten Besucher am Betreten der Halle. Als Polizeikräfte den Platz räumen wollten, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen drei Polizeibeamte schwer und drei Demonstranten leicht verletzt wurden. Insgesamt wurden 27 überwiegend von auswärts angereiste Personen u. a. wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Nötigung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchten Totschlags vorläufig festgenommen.
- Am 27. November veranstaltete der „Nationale türkische Jugendverein“ – Mitgliedsverein der ADÜTDF – in Bremerhaven einen Kulturabend. Als Versammlungsraum war eine Schulaula für eine angebliche Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der Erdbebenopfer in der Türkei angemietet worden. Die rd. 400 Besucher wurden vor dem Veranstaltungsgebäude von etwa 150 teilweise verummten Türken und Deutschen, die überwiegend kommunistischen Gruppierungen zuzuordnen sind, mit Schlagstöcken angegriffen. Auf eintreffende Polizeibeamte wurde mit einer Leuchtpistole geschossen.

3. Armenier

3.1 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Erstmals wurden in der Bundesrepublik Deutschland politische Aktivitäten hier lebender armenischer Extremisten und Ansätze organisatorischer Strukturen unter diesen festgestellt. Vermutlich armenische Nationalisten brachten am 24. Mai am Gebäude des türkischen Generalkonsulats in Nürnberg Plakate und Aufkleber an. Die Plakate mit armenischen Schriftzeichen wiesen auf ein Buch über den „armenischen Genozid“ (Massenmorde in der Türkei an Armeniern während des I. Weltkrieges) hin; die Aufkleber in den armenischen Nationalfarben zeigten ein Wappen, das der nationalistischen „DASHNAK-Partei“ – auch bekannt als „Armenische Revolutionäre Föderation“ (ARF) – zugeordnet wird. Anfang Juni wurden im Bundesgebiet Flugblätter der „Sympathisanten des Armenischen Befreiungskampfes“ (S.A.B.K.) verbreitet. Es gibt Anzeichen dafür, daß diese und eine weitere ähnliche Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland Verbindungen zur armenischen „Demokratischen Front“ (DF) unterhalten, die sich im Frühjahr aus Teilen der „Armenischen Nationalbewegung“¹⁹⁾ von Frankreich, Großbritannien und

¹⁸⁾ Der „Graue Wolf“ ist eine legendäre Figur aus der türkischen Mythologie, in dem die Türken ein Symbol für Mut, Stärke und Freiheit sehen. Mit dem Begriff „Graue Wölfe“ werden häufig die Mitglieder der ADÜTDF bezeichnet. Eine Organisation mit der Bezeichnung „Graue Wölfe“ gibt es im Bundesgebiet nicht.

¹⁹⁾ Diese „Nationalbewegungen“, die sich als legale Unterstützergruppen der „Armenischen Geheimarmee für die Befreiung Armeniens“ (ASALA) verstanden hatten, wurden Anfang des Jahres als zu gemäßigt aus der ASALA ausgeschlossen. Auseinandersetzungen in der ASALA über Angriffsziele und Kampfmethoden griffen auf die „Nationalbewegungen“ über und führten zur Gründung der DF.

Nordamerika bildete. Die DF bezeichnete sich in einem Kommuniqué, veröffentlicht im Organ der französischen „Armenischen Nationalbewegung“, HAY BAY-KAR, Nr. 53 vom 21. April, als Teil der internationalen revolutionären Bewegung und befürwortet den bewaffneten Kampf im türkischen Teil Armeniens mit dem Ziel eines unabhängigen armenischen Staates.

Armenier aus der Bundesrepublik Deutschland nahmen am zweiten „Armenischen Weltkongreß“ vom 20. bis 24. Juli in Lausanne teil, auf dem ein „Armenischer Nationalrat“ in Anlehnung an den „Palästinensischen Nationalrat“ mit dem Ziel der diplomatischen Anerkennung gegründet wurde. Der Kongreß beschloß eine provisorische Charta, in der das Recht auf Selbstbestimmung und auf Rückkehr der Armenier nach Westarmenien gefordert wird. Obgleich sich die Armenier dem Frieden und der Suche nach politischen Lösungen verpflichtet fühlten, heißt es in der Charta, müßten sie feststellen, daß heute „nur der Kampf in allen seinen Formen in der Lage ist, das Kräfteverhältnis zugunsten des armenischen Volkes zu verändern“. Der Kampf solle sich allerdings auf das Heimatgebiet beschränken.

3.2 Gewaltaktionen

3.2.1 Auch 1983 kam es zu einem terroristischen Anschlag im Bundesgebiet, für den vermutlich armenische Terroristen verantwortlich sind. Am 25. August wurde in Berlin (West) auf das französische Generalkonsulat im MAISON de FRANCE ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem eine Person getötet und 23 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Es entstand großer Sachschaden. Ungeklärt ist, ob die „Armenische Geheimarmee für die Befreiung Armeniens“ (ASALA) oder eine „Gruppe Orly“ für das Attentat verantwortlich ist; letztere führte in den letzten Jahren zahlreiche Anschläge auf französische Einrichtungen aus, um die Freilassung inhaftierter armenischer Terroristen in Frankreich zu erreichen. Ebenfalls noch offen ist die Beteiligung der möglicherweise von libyschen und syrischen Stellen unterstützten Terroristengruppe um „CARLOS“ an diesem Anschlag; „CARLOS“ hatte sich in einem Schreiben, eingegangen bei der Deutschen Botschaft in JEDDAH/Saudi Arabien am 10. Oktober, zu der Tat bekannt.

3.2.2 Die ASALA, die „Gruppe Orly“ sowie die „Gerechtigkeitskommandos des armenischen Völkermordes“ (JCAG) und eine bisher unbekannte „Armenische Revolutionäre Armee“ (ARA) – vermutlich eine Kommandogruppe der JCAG – verübten im Ausland 1983 ca. 20 Anschläge gegen diplomatische Vertreter und Einrichtungen der Türkei, u. a. in Belgrad, Brüssel, Lissabon und Paris. Bombenattentate auf französische Einrichtungen in Teheran und Marseille waren – wie vermutlich auch der Berliner Anschlag – Reaktionen auf die Festnahmen von Armeniern durch die französische Polizei nach einem Sprengstoffattentat auf dem Pariser Flughafen Orly Mitte Juli.

4. Iraner

4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
1450	50	1050	2550	2650

4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Anhänger der iranischen Regierung und ihre linksextremistischen Gegner zeigten 1983 im Vergleich zum Vorjahr erheblich weniger Aktivitäten. Die Zahl der politisch motivierten Gesetzesverletzungen ging von 30 auf vier zurück; in drei Fällen gingen diese von Gegnern der iranischen Regierung aus. Die Verhaftung führender Funktionäre und Mitglieder der orthodox-kommunistischen TUDEH-Partei im Iran und das Verbot der Partei im Mai durch die iranische Regierung lösten bei den Anhängern der Partei im Bundesgebiet Resignation aus. Die DKP und andere orthodox-kommunistische Bruderparteien in Westeuropa erklärten sich mit der TUDEH-Partei solidarisch.

Von monarchistischen und nationalistischen iranischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die in Opposition zu dem jetzigen Regime des Iran stehen, gingen 1983 keine nennenswerten Aktivitäten aus. In diesem stark zersplitterten Bereich zeigten sich erste Einigungsbemühungen.

4.3 Anhänger der iranischen Regierung

Die islamisch-extremistische „Union der Islamischen Studentenvereine in Europa“ (U.I.S.A.), die die Ziele der islamischen Revolution propagiert, veranstaltete vereinzelt Demonstrationen, z. B. zu den Themen „Palästina den Palästinensern“ und „Krieg Iran-Irak“; die Verbreitung von Agitationsmaterial ging zurück.

4.4 TUDEH-Partei

Das Vorgehen der iranischen Regierung gegen die TUDEH-Partei im Iran – sie hatte anfangs KHOMEINI und die neue iranische Regierung unterstützt – veranlaßte zahlreiche Parteimitglieder zur Flucht ins Ausland, u. a. in die Bundesrepublik Deutschland. Die Partei lastete in Veröffentlichungen die Schuld an der Verfolgung nicht KHOMEINI, sondern „konterrevolutionären, imperialistischen Kreisen“ in der iranischen Regierung an. Die Auslandssektionen wurden angewiesen, „den Kampf unter erschwerten Bedingungen bis zum Sieg fortzusetzen“ und sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen. Die von der TUDEH-Partei beeinflusste „Organisation Iranischer Studenten – Sympathisanten der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)“ in der Bundesrepublik Deutschland schloß sich den Protesterklärunen der TUDEH-Partei an.

4.5 Gegner der iranischen Regierung

4.5.1 „Neue Linke“

Zu den aktiven Gegnern der iranischen Regierung gehörten die Anhänger der „Guerilla-Organisation der Volksfedayin Irans“, die in der Bundesrepublik Deutschland in der „Conföderation Iranischer Studenten – National Union, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran“ (CISNU) organisiert sind. Den Anhängern der Volksfedayin sind die Besetzung des Büros von „Iran Air“ in Frankfurt/M. und die Beschädigung des iranischen Messestandes auf der Frankfurter Buchmesse, bei der ein iranischer Diplomat aus Bonn verletzt wurde – beides Mitte Oktober –, zuzurechnen. Die Polizei nahm insgesamt 36 an den Aktionen Beteiligte vorübergehend fest.

Dagegen ließen die Aktivitäten der größten iranischen Oppositionsbewegung, der „Moslemischen Studentenvereinigungen, Sympathisanten der Organisation der

Volksmohedin Iran (MSV – W. Germany)“ – sie bekennen sich nach wie vor zur „Organisation der Volksmohedin Iran“ (PMOI) in Paris – erheblich nach. Demonstrationen dieser Organisationen fanden nur noch vereinzelt statt.

4.5.2 Monarchisten/Nationalisten

Monarchistische und nationalistische iranische Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland traten 1983 – abgesehen von einigen Publikationen – kaum an die Öffentlichkeit.

Die immer stärkere Zersplitterung der monarchistischen und nationalistischen Bewegung in kleinste Gruppierungen war vermutlich Anlaß für ihre beiden wichtigsten Repräsentanten, den Gründer der in Paris ansässigen „Iranischen Befreiungsfront“ (FLI), Dr. Ali AMINI, und den ebenfalls in Paris lebenden Führer der „Nationalen Widerstandsbewegung Iran“ (NWI), Dr. Shapur BAKHTIAR, sich im Sommer um Zusammenarbeit und eine gemeinsame politische Linie zu bemühen. In einer Proklamation, die die gemeinsamen Ziele darstellt, stimmten sie in der „Bestätigung der konstitutionellen Monarchie aufgrund des unwiderruflichen nationalen Selbstbestimmungsrechtes“ überein. Die Proklamation wurde zum Jahresende in verschiedenen Publikationen der monarchistischen Presse der iranischen Opposition im Bundesgebiet, z. B. in „Iran – va Jahan“ und „ARA“, veröffentlicht und mit einem Aufruf zur Solidarisierung verbunden.

5. Jugoslawen

5.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1982
1600	–	–	1600	1600

5.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die „Kroatische Staatsbildende Bewegung“ (HDP), die sich als „Sammelbecken“ linksorientierter kroatischer Emigranten versteht, will weiterhin einen selbständigen Staat Kroatien auch mit Waffengewalt verwirklichen. Ihr Einfluß in der kroatischen Emigration ging jedoch insgesamt zurück; eine organisatorische Verfestigung im Bundesgebiet kam nicht zustande. Zu dieser Entwicklung trugen interne Auseinandersetzungen unter den HDP-Funktionären bei.

Der „Kroatische Nationalrat“ (HNV) – nationalistischer Dachverband kroatischer Emigrantenvereinigungen mit internationalem Aktionsrahmen (Sitz: New York) – verlor in der kroatischen Emigration weiter an Resonanz. Für die in verschiedenen Ländern durchgeführten Wahlen zum 5. Sabor (Parlament) des HNV am 1./2. Oktober kandidierten nur noch insgesamt 47 Exilkroaten, davon 5 aus der Bundesrepublik Deutschland, während sich für den 4. Sabor 1981 noch 71 Kandidaten beworben hatten. Insbesondere Gründungsmitglieder des HNV hatten nicht mehr kandidiert; die kroatischen „Altemigranten“ sind nach vielen Jahren politisch erfolgloser Arbeit kaum noch in der Lage, eine Führungsposition in der kroatischen Emigration zu behaupten.

Der international desolater Zustand der kroatischen Emigrantenvereinigungen war mitursächlich für die Bildung neuer, konspirativ arbeitender gewaltorientierter Kleinstgruppen u. a. auch in der Bundesrepublik Deutschland.

5.3 Mordanschläge auf Exilkroaten

Am 26. März ermordeten bisher unbekannte Täter in München den Exilkroaten Djuro ZAGAJSKI; ihm wurde der Schädel eingeschlagen. ZAGAJSKI war Aktivist der „Kroatischen Revolutionären Bewegung“ (HRP) – eine konspirativ arbeitende Kleinstgruppe –, die Ende 1981 in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt und weitgehend aufgelöst worden war. Ende Mai 1982 hatte die jugoslawische Polizei darauf hingewiesen, daß ZAGAJSKI Verfasser eines Flugblattes – unterzeichnet mit „Kroatische Revolutionäre“ – sei, das Reisende vor einem Urlaub in Jugoslawien warnte.

Am 29. Juli wurde der Exilkroate Stjepan DJUREKOVIC in seinem Verlag „Das kroatische Buch“ in Wolfratshausen mit tödlichen Schußverletzungen und zertrümmertem Schädel tot aufgefunden. DJUREKOVIC war in Jugoslawien bis zu seiner Flucht im April 1982 Direktor eines jugoslawischen Ölkonzerns gewesen; nach eigenen Angaben hatte man ihn für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Jugoslawien mitverantwortlich gemacht; in der jugoslawischen Presse war DJUREKOVIC vorgeworfen worden, Beträge in Millionenhöhe unterschlagen und sich „USTASCHA“-Kreisen (Bezeichnung für die politische Bewegung, die 1941 mit Unterstützung von Hitler und Mussolini einen eigenen Staat Kroatien gründete, der bis zum Ende des II. Weltkrieges bestand) angeschlossen zu haben.

Am 3. Dezember wurde auf den kroatischen Emigranten Luka KRALJEVIC – er gilt als führender Funktionär der HRP – in Buttenwiesen/Unterthürheim, Landkreis Dillingen, ein erneuter Mordversuch ausgeführt. KRALJEVIC wurde mit einem Schuß durch ein Fenster seiner Gaststätte am Kopf schwer verletzt. Bereits am 20. August 1982 hatte ein Unbekannter versucht, ihn mit einer Pistole zu erschießen, die nach polizeilichen Ermittlungen von einer österreichischen Firma am 19. 11. 1980 an das Bundessekretariat für Inneres der jugoslawischen Regierung nach Belgrad geliefert worden war. Die jugoslawischen Behörden hatten auf Anfrage erklärt, die Waffe sei zusammen mit anderen bei Unruhen im Kosovo aus einem Polizeifahrzeug entwendet worden. Der neue Mordversuch löste erhebliche Unruhe in jugoslawischen Emigrantenkreisen aus.

Spionageabwehr 1983

I. Allgemeine Erfahrungen

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland war aufgrund ihrer exponierten politischen, geographischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage auch im Jahre 1983 in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft intensiven Spionageaktivitäten der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten ausgesetzt.

Seit jeher ist es das klassische Ziel gegnerischer Spionageaktivitäten, politische Planungen und Entscheidungen auszuspähen. Entsprechend bemühten sich die kommunistischen Nachrichtendienste um Informationen aus den Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder. Weitere Schwerpunkte nachrichtendienstlicher Aufklärungsarbeit waren die Bundestagsparteien und die ihnen nahestehenden Institutionen und Organisationen, die Gewerkschaften und andere sozialpolitische Interessenverbände, die Massenmedien als wichtige Träger und Multiplikatoren der politischen Meinungsbildung sowie die Sicherheitsbehörden. Daneben standen die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen oppositionellen Emigranten und Emigrantenorganisationen aus den Warschauer-Pakt-Staaten im Blickfeld dieser Nachrichtendienste.

Das beherrschende politische Thema des Jahres 1983 in der Bundesrepublik Deutschland, die Frage nach der Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, war für die gegnerischen Nachrichtendienste Anlaß für vielfältige Aktivitäten. Die Angehörigen der amtlichen und halbamtlichen Vertretungen der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere die der UdSSR, der CSSR und Polens, unterstützten die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß und warben bei öffentlichen Veranstaltungen, Tagungen und Seminaren für die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Warschauer Paktes; dabei waren auch erkannte ND-Offiziere aktiv. Sie bemühten sich nicht nur um politische Beeinflussung, sondern knüpften auch Einzelkontakte, um Informationen über Organisationen und Einzelpersonen innerhalb des breiten Spektrums der „Friedensbewegung“ zu gewinnen.

Das Thema „Frieden“ erwies sich auch als besonders geeigneter Anknüpfungspunkt für Werbungsgespräche. So erinnerte ein Anbahner eines DDR-Nachrichtendienstes einen Bundesbürger an seine Unterschrift unter den „Krefelder Appell“, wertete dies als Beweis geistiger Gemeinsamkeit und wies ihn so auf seine moralische Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit hin.

Besondere Beachtung verdienen die in den letzten Jahren festgestellten erheblich verstärkten Anstrengungen der gegnerischen Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Militärspionage. Das gegnerische Interesse richtete sich dabei auf Erkenntnisse über die Bundeswehr, ihre Gliederung, Bewaffnung, Kasernenanlagen, Marinestützpunkte, Flugplätze, Depots, Radaranlagen, Raketenstellungen u. a., daneben auf die in der Bundesrepublik stationierten NATO-Streitkräfte, insbesondere die der USA. Auch auf die mit Rüstungsaufgaben beschäftigten Wirtschaftsunternehmen und Forschungsstätten richtete sich starkes Interesse des Gegners.

Dritter Schwerpunkt war die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Die Staaten des Warschauer Paktes unternehmen seit vielen Jahren große Anstrengungen, um Informationen über Spitzenprodukte und -entwicklungen auf den Gebieten der Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Chemie, Mikrobiologie, Energetik, Werkstoffherstellung und Nukleartechnik u. a. zu erlangen. Eine Auswertung der Erkenntnisse der letzten 30 Jahre hat ergeben, daß etwa 300 Groß- und Kleinbetriebe – größtenteils ständigen – Ausspähungsbemühungen ausgesetzt waren. An der Spitze stehen Produktions- und Vertriebsfirmen der elektronischen Industrie, gefolgt von Unternehmen für Maschinen- und Anlagenbau, der feinmechanischen und optischen Industrie, der chemischen und petrochemischen Industrie, des Fahrzeug-, Luftfahrzeug- und Schiffsbaus sowie der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie. Die nachrichtendienstlichen Aufträge betreffen vorwiegend die Beschaffung von Produktions- und Geschäftsunterlagen, Produktionsproben und -teilen sowie die Abklärung von Mitarbeitern des mittleren Managements als potentielle Zielpersonen für Werbungsversuche.

Wie in den Vorjahren gingen die Werbungsaktivitäten vorwiegend von den Nachrichtendiensten der DDR aus, gefolgt von den Nachrichtendiensten Polens, der CSSR, Rumäniens und der Sowjetunion. Mehr als die Hälfte der erkannten Werbungsmaßnahmen richtete sich gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), von denen wiederum zwei Drittel bei Aufenthalten, vor allem privaten Besuchsreisen, im kommunistischen Machtbereich angesprochen wurden.

Die Verbindungsaufnahme erfolgte entweder unter einer Legende, um den Angesprochenen zunächst über die wahre Identität und Absicht seines Gesprächspartners zu täuschen, oder aber es wurden – gerade bei Aufenthalten in Ostblockländern – finanzielle oder andere Vorteile in Aussicht gestellt.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt, gegen welche Berufsgruppe sich die Werbungsmaßnahmen der gegnerischen Nachrichtendienste im Berichtszeitraum richteten:

Aktive Angehörige der Bundeswehr und Zivilbedienstete bei den Stationierungstreitkräften	20,3%
industrielle und handwerkliche Berufe	18,7%
selbständige und unselbständige kaufmännische Berufe	15,0%
öffentlicher Dienst	15,0%
Studenten, Schüler und Auszubildende	8,8%
qualifizierte technische und naturwissenschaftliche Berufe	6,8%
geistige Berufe ohne öffentlichen Dienst (Professoren, Wissenschaftler, Ärzte, Journalisten, Juristen)	5,5%
Rentner, ohne Beruf bzw. unbekannt	5,1%
Verkehrsberufe (Kraftfahrer u. ä.)	4,8%

Eine Untersuchung der Altersstruktur zeigt, daß mehr als zwei Drittel der Angesprochenen im Zeitpunkt der Ansprache zwischen 20 und 40 Jahre alt waren, d. h. für den gegnerischen Nachrichtendienst in beruflicher Hinsicht interessante Perspektiven erwarten ließen. Die gegnerischen Nachrichtendienste überlassen die Ansprache dieser Personenkreise nicht dem Zufall, sondern führen eine umfassende Tip-Gewinnung gerade im Zusammenhang mit der Überwachung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs aus den westlichen Staaten durch (vgl. dazu S. 196 ff.). Neben den Werbungsmaßnahmen verdienen die Befragungen und

Abschöpfungen von Bundesbürgern bei Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich Beachtung. Zu derartigen Kontaktaufnahmen kommt es insbesondere im Zusammenhang mit Grenzabfertigungen, polizeilichen Anmeldungen oder anderen Berührungen mit staatlichen Organen, z. B. bei geringfügigen Verkehrsverstößen etc.

Auch bei den im Jahre 1983 bekanntgewordenen Werbungsbemühungen gegenüber Bundesbürgern mußten die gegnerischen Nachrichtendienste eine hohe Ablehnungsquote in Kauf nehmen (mehr als 80%).

Anlaß nachrichtendienstlicher Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich waren vorwiegend Aussiedlungsbemühungen, beabsichtigte private Westreisen sowie Westkontakte allgemein. Die damit verbundenen Antrags- und Genehmigungsverfahren bieten vielfältige Ansatzpunkte für eine nachrichtendienstliche Verpflichtung sowie die Erteilung von Aufträgen, denen sich der Angesprochene nur schwer entziehen kann.

2. Operative Reisekader im Führungs- und Verbindungswesen

Gegnerische Nachrichtendienste halten mit ihren Agenten im Operationsgebiet Verbindung u. a. über „operative Reisekader“, die als Instruktoren oder Kuriere in das Einsatzland kommen.

Der Instrukteur hat als „verlängerter Arm“ der nachrichtendienstlichen Führungsstelle

- dem von ihm betreuten Agenten Weisungen zu erteilen
- ihn fachlich und politisch zu schulen
- sowie von ihm beschaffte Informationen entgegenzunehmen.

Im Gegensatz dazu hat der Kurier grundsätzlich nur die Funktion eines Boten. Er ist für unpersönlichen Informationsaustausch und Weisungsübermittlung über Tote Briefkästen zuständig.

Nur in Ausnahmefällen findet ein unmittelbarer Kontakt zwischen Agent und Kurier statt.

Ihrer Tarnung entsprechend sind die operativen Reisekader wie folgt einzuteilen:

2.1 Operative Reisekader mit Falschidentität

Sie bedienen sich der biographischen Daten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) und sind mit entsprechend gefälschten Reisedokumenten ausgestattet.

Dazu folgender Fall:

Am 2. Dezember 1981 reiste mit der Bundesbahn eine Person aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland ein, die einen Reisepaß auf den Namen

Gottfried TERPITZ,
wohnhaft in Mannheim,

mit sich führte¹⁾. Über Erlangen und Nürnberg begab sich „TERPITZ“ nach München, wo er in den folgenden Tagen mehrfach mit einem Agenten zusammentraf. Bei der Festnahme des angeblichen TERPITZ am 10. Dezember 1981 stellte sich heraus, daß er Direktor einer Oberschule in der DDR war, der für seinen nachrichtendienstlichen Einsatz mit Falschdokumenten ausgestattet worden war. Der tatsächliche Namensinhaber hatte 1979 die Transitstrecke nach Berlin (West) be-

¹⁾ (alle Angaben geändert)

nutzt; dabei war sein Reisepaß für etwa 10 Minuten durch DDR-Grenzkontrolleure sichtentzogen überprüft worden. Vermutlich wurden bei dieser Gelegenheit Ablichtungen der Ausweispapiere hergestellt.

2.2 Operative Reisekader mit angeblich offiziellem Auftrag

Sie treten als sogenannte „offizielle Reisekader“, z. B. als Wissenschaftler, Vertreter „Volkseigener Betriebe“ oder Monteure mit dienstlichem Auftrag in Erscheinung und legitimieren sich mit Reisepässen, die ein Dienstvisum enthalten. Um ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit im Einsatzland abzudecken, erledigen sie in der Regel auch ihren „offiziellen“ Auftrag.

So reiste der Dipl.-Ingenieur und wissenschaftliche Mitarbeiter an der Bauakademie der DDR in Berlin (Ost)

Dr. Wilhelm EBERHARD²⁾

mehrmals in die Bundesrepublik Deutschland ein. Im Rahmen seines offiziellen Auftrags besuchte er die Universitäts-Bibliotheken in Bochum, Stuttgart und Karlsruhe, um hier Unterlagen für eine wissenschaftliche Arbeit einzusehen. Tatsächlich hatte er jedoch den Auftrag, einen in Süddeutschland wohnhaften Ingenieur aufzusuchen, der anlässlich eines Verwandtenbesuchs in der DDR vom „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) kontaktiert worden war. Dr. EBERHARD sollte diesen Kontakt mit dem Ziel vertiefen, den Ingenieur als Agenten zu gewinnen.

2.3 Operative Reisekader als private Besuchsreisende

Es sind meist Rentner oder Frührentner, die mit Personaldokumenten des Auftragslandes ausgestattet in das Einsatzland einreisen, aus Tarnungsgründen hier wohnende Verwandte besuchen und dabei ihren nachrichtendienstlichen Auftrag erledigen.

Beispiel:

Die in der DDR lebende Schwester eines Arbeiters, der in einem US-Militärdepot in Südwestdeutschland tätig war, hatte ihren Bruder dem MfS zugeführt. Er verpflichtete sich zu einer Spionagetätigkeit und lieferte seinen Auftraggebern in den folgenden Jahren umfangreiche militärische Unterlagen.

Seine Schwester, eine Frührentnerin, war mehrfach von der Führungsstelle zum Wohnort ihres Bruders gesandt worden, um ihm Instruktionen zu überbringen. So konnten diese Verwandtenbesuche den nachrichtendienstlichen Einsatz tarnen. Bei den „Operativen Reisekadern“ handelt es sich durchweg um überzeugte Kommunisten. Ein hoher Anteil verfügt über eine abgeschlossene Hochschulbildung. An ihre moralische Integrität werden hohe Anforderungen gestellt. Dennoch weichen diese von der eigenen Propaganda gerühmten „Kundschafter des Friedens“ bei nachrichtendienstlichen Einsätzen gelegentlich vom Pfad der sozialistischen Tugend ab. So wurde in den letzten Jahren eine Reihe von Agenten dadurch enttarnt, daß sie als Ladendiebe in Kaufhäusern auffielen, wo sie im Ostblock begehrte Konsumartikel zu entwenden versuchten.

²⁾ Name geändert

3. Nachrichtendienstliche Nutzung von Detekteien und Auskunfteien

Gegnerische Nachrichtendienste nutzen nicht selten auch legale Möglichkeiten der Informationsbeschaffung. Dabei bieten sich insbesondere Detekteien und Auskunfteien zu Personen- und Objektklärungen an. Diese sind sich häufig nicht bewußt, für Zwecke eines gegnerischen ND mißbraucht zu werden.

Viele Privatdetektive sind ehemalige Angehörige von Sicherheitsbehörden oder der Bundeswehr, die oft noch Zugänge zu ihren früheren Dienststellen haben, die sich ein gegnerischer Nachrichtendienst erst mühsam erschließen müßte. Außerdem gehört die verdeckte Ermittlung zur alltäglichen Arbeit eines Privatdetektivs, was ihn in besonderem Maße zum nachrichtendienstlichen Einsatz befähigt.

Kleinere Detekteien haben für gegnerische Nachrichtendienste den Vorteil, daß sie bei umfangreichen Abklärungsaufträgen größere Detekteien oder Auskunfteien einschalten, die den ursprünglichen Auftraggeber nicht kennen und daher keinen nachrichtendienstlichen Hintergrund vermuten.

Weiterhin bietet es sich an, den Privatdetektiv zunächst für eine legale Zusammenarbeit zu gewinnen und diese allmählich in konspirative nachrichtendienstliche Tätigkeit übergehen zu lassen. Um sich keiner nachrichtendienstlichen Verstrickung auszusetzen, haben sich viele der auf diese Weise Geworbenen den Verfassungsschutzbehörden offenbart, nachdem sie ihre Gutgläubigkeit mißbraucht sahen. Gegnerische Nachrichtendienste werben aber auch gezielt Privatdetektive als Agenten an. Beispielhaft ist hierfür der Fall K.:

Am 12. Januar 1983 wurde der aus Ungarn stammende deutsche Staatsangehörige

Sandor K.

wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen. K. war im Oktober 1982 aufgefallen, als er in der Nähe von Heidelberg aus dem Pkw heraus das Wohnhaus eines Polizeibeamten fotografierte. Ende September 1983 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Stuttgart wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Das Urteil ist rechtskräftig.

Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung stellt sich der Fall wie folgt dar:

K. war 1954 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Zunächst arbeitete er als *Krautfahrer*, später als *Krautfahrzeugmeister und Fuhrparkleiter*. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme war er ohne feste Anstellung. 1963 meldete er ein Gewerbe als Privat- und Industriedetektiv an und übte in den folgenden Jahren diese Tätigkeit nebenberuflich aus.

1965 erhielt er durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit. K., der seit 1970 regelmäßig in seine frühere Heimat reiste, hielt sich im April 1981 zur Regelung familiärer Angelegenheiten in Ungarn auf. Bei seiner polizeilichen Anmeldung wurde er von zwei Zivilisten angesprochen, bei denen es sich, wie sich später herausstellte, um Angehörige des ungarischen Nachrichtendienstes handelte. Beide zeigten sich über die persönliche und berufliche Lage von K. bestens informiert. Sie forderten ihn unter Anspielung auf seine Nebentätigkeit als Detektiv auf, gegen Entgelt für die „ungarische Polizei“ im Bundesgebiet Ermittlungen durchzuführen. Diese sollten sich angeblich gegen Personen richten, die des Diebstahls und Schmuggels von Antiquitäten in bzw. aus Ungarn verdächtig wa-

ren, sowie gegen unterhaltspflichtige geflüchtete Ungarn. K. nahm das Angebot in Erwartung einer finanziell lohnenden Nebentätigkeit an.

Seine Auftraggeber teilten ihm bruchstückhafte Personaldaten über Zielpersonen mit, welche er auszuforschen hatte. Die Informationen erlangte er teils durch eigene Ermittlungen, teils durch die Einschaltung anderer Detekteien und einer bundesweit tätigen Auskunftei. Dazu hatte K. bei der Auskunftei ein sogenanntes Abonnement erworben, d. h. eine Sammlung sog. Auskunfts berechtigungsscheine, in die er nur noch die Namen der Zielpersonen einzusetzen hatte. Aufgrund der bei ihm gefundenen Unterlagen konnte rekonstruiert werden, daß er in mindestens 23 Fällen Personen abgeklärt hat oder abklären ließ. Die Ermittlungsergebnisse, die teilweise mit Fotomaterial angereichert waren, übergab er bei konspirativen Treffs in Österreich. Die Treffpartner waren K. bereits beim Anbahnungsgespräch vorgestellt worden. Treffaufforderungen erhielt er über Ansichtskarten mitgeteilt. Insgesamt konnten K. fünf solcher Treffs nachgewiesen werden.

Die erteilten Aufträge dienten eindeutig der geheimdienstlichen Forschungstätigkeit. So zeigte der ungarische Nachrichtendienst besonderes Interesse an Personen, die sowohl beruflich als auch privat nach Ungarn reisten oder Beziehungen persönlicher Art zu Ungarn besaßen. Außerdem ließ er ein besonderes Interesse an Angehörigen der Sicherheitsbehörden erkennen:

Ein Mitarbeiter des ungarischen Nachrichtendienstes versuchte, in verschiedenen ungarischen Städten unter einer Legende einen bayerischen Polizeibeamten anzuwerben sowie mit einem baden-württembergischen Polizeibeamten Kontakt aufzunehmen. Die beiden Beamten waren zuvor von K. abgeklärt worden.

Auch die DDR-Nachrichtendienste haben in zahlreichen Fällen Detektive und Mitarbeiter von Wirtschaftsauskunfteien für nachrichtendienstliche Zwecke benutzt. So bediente sich das MfS häufig des Umstands, daß viele Detekteien freie Mitarbeiter beschäftigen, die in ihrer Freizeit Aufträge erledigen. Es veranlaßt Kontaktpersonen, sich um eine derartige Mitarbeitertätigkeit zu bewerben, um dann – mit einem Ausweis des Unternehmens ausgestattet – Ermittlungen für das MfS durchführen zu können.

In einigen Fällen sollten Detektive Personen ausfindig machen, die aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu einer Agententätigkeit bereit sein könnten.

Der kürzlich strafrechtlich abgeschlossene Spionagefall um den ehemaligen Detektiv L. zeigt die nachrichtendienstlichen Einsatzmöglichkeiten von Detekteien und Auskunfteien. Der Agent klärte auftragsgemäß u. a. einen pensionierten Offizier der Bundeswehr sowie einen Angehörigen eines deutschen Nachrichtendienstes ab und observierte einen aus Berlin anreisenden Besucher der britischen Botschaft in Bonn.

4. Aktive Maßnahmen³⁾

4.1 Vorbemerkung

Die gegnerischen Nachrichtendienste führen seit Anfang der fünfziger Jahre ge-

³⁾ Offensive Operationen der gegnerischen Nachrichtendienste, mit denen diese auf Weisung oder Initiative der politischen Führung ihres Landes aktiv die eigene Außenpolitik und die der Staaten des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR zu fördern oder zu unterstützen versuchen.

zielt politische Operationen durch. Diese „aktiven Maßnahmen“ dienen dem Ziel, auf die Innen- und Außenpolitik vornehmlich westlicher Staaten Einfluß zu nehmen, ihre Beziehungen untereinander wie zu den Staaten der Dritten Welt zu unterminieren und ihre politischen Repräsentanten und Institutionen zu diskreditieren, um langfristig die eigenen politischen Absichten zu fördern. Sie unterstützen auf diese Weise die außenpolitischen Zielsetzungen der Warschauer-Pakt-Staaten mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Die Steuerung dieser politischen Operationen der gegnerischen Nachrichtendienste erfolgt unmittelbar durch die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien.

Bei der Durchführung „aktiver Maßnahmen“ bedienen sich gegnerische Nachrichtendienste heute vielfältiger und subtiler Techniken, die von der schlichten Verbreitung falscher oder entstellter Nachrichten über koordinierte Pressemanipulationen bis hin zum Einsatz von Einflußagenten reichen. Aufgrund der ständig verfeinerten Methoden sind „aktive Maßnahmen“, wenn sie überhaupt erkannt werden, in der Regel nur sehr schwer als solche nachweisbar. Ihr Stellenwert wird jedoch anhand des für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden jährlichen Budgets deutlich. Nach Angaben eines Überläufers stehen dem KGB für mindestens 500 Aktionen im Jahr insgesamt 300 Mill. DM zur Verfügung.

Nach dem Vorbild des KGB haben auch andere gegnerische Nachrichtendienste eigenständige Organisationseinheiten für „aktive Maßnahmen“ geschaffen, die in enger Abstimmung mit dem KGB sowohl alleinverantwortlich als auch gemeinsam tätig werden. In der DDR ist dies die Abteilung X der HVA des MfS; auch die übrigen Abteilungen sind verpflichtet, auf Möglichkeiten für entsprechende Aktionen hinzuweisen und geplante Maßnahmen durchzuführen.

4.2 Einzelfälle

Art und Methode „aktiver Maßnahmen“ veranschaulichen folgende Beispiele:

4.2.1 Nach Angaben des 1979 in den Westen übergetretenen MfS-Oberleutnants STILLER plante die HVA des MfS Mitte der siebziger Jahre langfristig wirkende Maßnahmen gegen die westdeutsche Kernenergiewirtschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Störung der wirtschaftlichen Entwicklung und einer Schädigung der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland. Durch die Beeinflussung und Unterstützung von Pressekampagnen gegen die angeblich von der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie ausgehenden Gefahren sollte eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen Kernkraftgroßanlagen erreicht werden.

Als Beispiel für eine in diesem Rahmen geplante, aber letztlich nicht durchgeführte Aktion berichtete STILLER von Überlegungen des MfS, kleinste, unschädliche Mengen radioaktiver Stoffe in der Umgebung von Kernkraftwerken oder Atom-mülldeponien auszulegen; als Zielobjekt sei die damals geplante Atom-mülldeponie Gorleben ausgesucht worden. Aus Gründen politischer Opportunität habe man diese Maßnahme jedoch zurückgestellt. Das MfS habe sich einen größeren Erfolg versprochen, wenn das Projekt durch eine solche Maßnahme kurz vor der Fertigstellung zu Fall gebracht werden würde.

4.2.2 Auch die westliche Verteidigungs- und Bündnispolitik ist Ziel „aktiver Maßnahmen“, vornehmlich im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschuß:

Im Mai 1983 wurde mehreren Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland von einer nicht existenten „Gesellschaft für vernünftige Politik e. V.“ mit angeblichem Sitz in Dortmund und Ulm eine englischsprachige Broschüre zugesandt, die Ablichtungen von NATO-Verteidigungsplänen aus den Jahren 1968/69 mit teilweise höchster Geheimhaltungsstufe enthielt.

In einer beigefügten Kommentierung wurde versucht, durch geschickte Verbindung von Textteilen, die aus dem Gesamtzusammenhang gerissen waren, den Nachweis zu erbringen, daß die NATO aufgrund ihrer Planungen einen nuklearen Angriffskrieg vorbereite. Es sollte der Eindruck erweckt werden, der Einsatz von Kernwaffen unterliege allein dem Ermessen amerikanischer Generäle, die von einer vorangehenden Entscheidung politischer Gremien unabhängig seien. Ein auf diese Weise begonnener Kernwaffenkrieg werde in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland treffen.

Angesichts der geschickten Art der Darstellung hätte eine Veröffentlichung durch die Presse in der Bevölkerung erhebliche Irritationen über die Ziele der NATO hervorgerufen.

4.2.3 Die Gefährdung außenpolitischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland durch „aktive Maßnahmen“ veranschaulicht folgender Fall:

Im Frühjahr 1983 legte der für Sicherheitsfragen zuständige Minister eines afrikanischen Staats auf einer internationalen Pressekonferenz einen angeblichen Bericht der dortigen deutschen Botschaft vor, in dem von Umsturzbestrebungen der USA gegen seine Regierung sowie dem Aufbau von Söldnertruppen im benachbarten Ausland die Rede war. Ferner enthielt der Bericht kritische und herabwürdigende Äußerungen über den Staatschef. Obwohl die deutsche Botschaft unverzüglich die Echtheit des Berichtes dementierte, wurde das angebliche Botschaftsschreiben wenig später in zwei Tageszeitungen abgedruckt und als echt bezeichnet. Erst nachdem die Botschaft unanfechtbare Beweise für die Fälschung des Berichts vorlegte, wurde das Dokument auch von seiten der afrikanischen Regierung als Fälschung anerkannt. Dennoch wurde der Bericht wenig später nochmals in einer Zeitschrift aufgegriffen und der Eindruck der Echtheit durch einen Teilabdruck des Briefkopfes unterstrichen. Bemerkenswerterweise war dieser Abdruck im Gegensatz zum ursprünglich veröffentlichten Fälsikat in den Punkten berichtigt worden, mit denen von deutscher Seite der Nachweis einer Fälschung erbracht worden war. Hinweise auf eine Urheberschaft des MfS ergaben sich aus der Qualität der Fälschung und der stilistischen Abfassung der deutschsprachigen Fassung, die von der englischen Version des Botschaftsberichts abweicht.

Durch die mehrfachen Veröffentlichungen des gefälschten Berichts wurde den Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Afrika geschadet. Die bilateralen Beziehungen zu dem afrikanischen Land verschlechterten sich nachhaltig, und in der Öffentlichkeit wurde der Eindruck einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einem angeblich beabsichtigten Umsturz erweckt.

4.2.4 Beispielhaft für einen Versuch politischer Verunglimpfung von Politikern ist folgender Fall:

Ende Dezember 1982 gingen italienischen, britischen und türkischen Presseorganen in anonymer Form Kopien gefälschter Briefe zu, darunter ein angebliches Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten STRAUSS an den Vorsitzenden

der rechtsextremen türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP), TÜRKESH, vom Juni 1980. Neben herabwürdigenden Äußerungen zur Person und Politik des Papstes wurde in dem vertraulich gehaltenen Schreiben der Eindruck erweckt, Ministerpräsident STRAUSS habe aufgrund seiner intensiven Kontakte zu TÜRKESH gewußt, daß AGCA schon im November 1979 im Auftrag der MHP öffentlich die Ermordung des Papstes anläßlich dessen Türkeiibesuches angekündigt habe.

Ziel dieser „aktiven Maßnahme“ dürfte neben der politischen Verunglimpfung von STRAUSS in erster Linie eine Ablenkung von der zu dieser Zeit öffentlich diskutierten Verstrickung des bulgarischen Nachrichtendienstes in das Papstattentat gewesen sein.

Anhaltspunkt für die Urheberschaft eines Ostblocknachrichtendienstes war die Tatsache, daß Angehörige der bulgarischen Botschaft nach Zusendung des Briefes unvermittelt Kontakte zu zwei Adressaten der Briefe aufnahmen.

II. Legale Residenturen⁴⁾

1. Überblick

Auch 1983 operierten die kommunistischen Nachrichtendienste aus den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen und Einrichtungen ihrer Heimatländer einschließlich der gemischten Firmen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Ende 1983 konnten knapp 30% der Angehörigen und Mitarbeiter dieser Vertretungen und Einrichtungen als hauptamtliche oder beauftragte Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes (ND-Offiziere) oder einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit Verdächtige identifiziert werden.

Die bereits im letzten Verfassungsschutzbericht erwähnte Unterstützung der Kampagne gegen die Nachrüstung der NATO durch die hiesigen Vertretungen der Warschauer-Pakt-Staaten setzte sich 1983 in noch stärkerem Umfang fort. Die ND-Angehörigen der Vertretungen der UdSSR, der CSSR und Polens waren besonders aktiv. Ihre Aktivitäten zielten auf politische Beeinflussung sowie auf Ausforschung von Organisationen und Personen der „Friedensbewegung“.

So wurde bekannt, daß von Juli bis Oktober 1983 sowjetische Botschaftsangehörige bei ca. zwanzig dem Nachrüstungsthema gewidmeten Veranstaltungen aufgetreten sind. Das Sowjetische Generalkonsulat (SGK) in Hamburg unterstützte die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß im norddeutschen Raum. Mitarbeiter des SGK wurden als Referenten oder Diskussionsteilnehmer zu entsprechenden Veranstaltungen gesandt.

Sie beschränkten sich dabei nicht nur auf Vorträge, sondern nutzten die Gelegenheit, um Einzelkontakte zu knüpfen, die anschließend mit dem Ziel ausgebaut wurden, Informationen zu gewinnen und politische Beeinflussung auszuüben.

Auch Mitarbeiter der politischen Abteilung und des Militärattachéstabes der Botschaft der CSSR bemühten sich um Kontakte zu Angehörigen der „Friedensbewegung“, insbesondere indem sie an Seminaren, Tagungen und Kolloquien teil-

⁴⁾ Stützpunkte eines Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, getarnt in einer offiziellen Institution (z. B. Botschaft), mit der Aufgabe, nachrichtendienstlich gegen das Gastland zu arbeiten.

nahmen, die von Gruppierungen und Institutionen der „Friedensbewegung“ veranstaltet wurden.

Anmerkung:

Wie ausgeprägt das Interesse der CSSR an dieser Thematik war, zeigt die Tatsache, daß auch die tschechoslowakischen Grenzorgane in diese Kampagne eingespannt wurden. So wurden Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland bei Fahrten in die CSSR über die „Friedensbewegung“ befragt. Umgekehrt waren Geschäftsreisende aus der CSSR angewiesen, deutsche Gesprächspartner über ihre Haltung zur „Friedensbewegung“ anzusprechen. In Einzelfällen sollte auch Propagandamaterial verteilt werden.

Auch Angehörige der Polnischen Botschaft in Köln waren bemüht, sich umfassend über die „Friedensbewegung“ zu informieren und entsprechende Kontakte zu pflegen. So organisierte etwa der I. Sekretär der politischen Abteilung Gruppenreisen nach Polen zur Begegnung mit dem polnischen Friedenskomitee.

2. UdSSR

Der Anteil der erkannten ND-Offiziere bzw. der einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit verdächtigen Mitarbeiter am Gesamtpersonalbestand der amtlichen und halbamtlichen sowjetischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland – einschließlich der Sowjetischen Militärmissionen und der sowjetischen Einrichtungen in Berlin (West) – hat sich gegenüber den Vorjahren nochmals auf nunmehr fast 50% erhöht. Unter den Diplomaten ist ihr Anteil nach wie vor besonders hoch; in der Hauptsache sind sie in der Politischen Abteilung und in der Abteilung Wissenschaft und Technik der Botschaft etabliert.

Auch die Residentur in der Handelsvertretung in Köln leistet im Bereich Wissenschaft und Technik einen für die Sowjets wesentlichen nachrichtendienstlichen Beitrag.

Gerade dieser Einrichtung bieten sich aufgrund ihrer offiziellen Aufgabenstellung hervorragende Möglichkeiten zur unverfänglichen Aufnahme von Kontakten zu Industrieunternehmen und Handelsbetrieben jedweder Größe, die sich Geschäfte mit der UdSSR erhoffen. Nach anfänglich legalen Geschäften wird häufig versucht, die Zusammenarbeit auf den Handel mit geschützten westlichen Technologiegütern auszudehnen, die nicht in die Staaten des Warschauer Paktes ausgeführt werden dürfen (vgl. dazu den auf S. 208 ff. geschilderten Fall BATASCHEW). Die bei den Oberbefehlshabern der Stationierungsstreitkräfte der Drei Mächte akkreditierten Sowjetischen Militärmissionen (SMM) in Baden-Baden, Bünde/Westf. und Frankfurt/M. hatten Ende 1983 einen Personalstand von 21 Offizieren und 25 militärischen Hilfskräften, die ausnahmslos dem Militärischen Nachrichtendienst GRU angehören. Die den SMM-Mitgliedern vertraglich zugesicherte Mobilität innerhalb der Grenzen ihres Stationierungsbereichs – ausgenommen ständige und zeitweilige Sperrgebiete – bildet die Voraussetzung für ihre Auspähnungstätigkeit gegenüber den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Streitkräften. Die GRU-Offiziere führen während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland – in der Regel sind es zwei bis drei Jahre – bis zu 250 operative Einsatzfahrten durch, die manchmal bis zu drei Tagen dauern. Zielobjekte sind insbesondere Kasernenanlagen, Nachrichtenübermittlungs- und Versorgungseinrich-

tungen, Truppenübungsplätze und Raketenstellungen, daneben strategisch wichtige zivile Objekte, wie Rüstungs- und Energieversorgungsunternehmen und das öffentliche Verkehrsnetz. Bei den Fahrten werden technische Hilfsmittel wie Foto- und Filmapparate verwendet, Tonbandaufzeichnungen gemacht und topographische Unterlagen und Skizzen benutzt bzw. angefertigt. Dabei treten die SMM-Offiziere zunehmend offensiver und aggressiver auf; trotz mehrmaliger Aufforderung des Wachpersonals sich zu entfernen, fotografieren sie ihre Zielobjekte unbeirrt weiter. In einem Fall entfernten sie sich erst, nachdem ein Militärposten mit gezogener Waffe erschienen war.

Ein Streifenwagen der deutschen Polizei, der ein flüchtendes SMM-Fahrzeug auf eine Wiese abgedrängt hatte, wurde von den Insassen mit Steinen und Ästen beworfen. Das Fahrzeug war zuvor in der Nähe des Kernkraftwerkes Obrigheim gesichtet worden.

Durch zunehmende Verlagerung dieser Erkundungsfahrten in die Nachtstunden soll die Gefahr der Entdeckung gemindert werden. Trotzdem konnten gegenüber den Vorjahren erheblich mehr Sperrgebietsverletzungen durch SMM-Mitglieder festgestellt werden.

Beträchtliches Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte ein Verkehrsunfall, den der Fahrer eines SMM-Kfz Ende Januar in einem ständigen Sperrgebiet in der Nähe von Glücksburg (Schleswig-Holstein) verursachte, als er mit einem deutschen Pkw kollidierte. Die Fahrt hatte eindeutig der Ausspähung dortiger Marineeinrichtungen gedient. Der verantwortliche SMM-Offizier wurde einige Zeit nach dem Vorfall abgelöst.

3. Polen

Nahezu die Hälfte aller Angehörigen der polnischen Vertretung in Köln ist dem Polnischen Nachrichtendienst (PND) zuzurechnen.

Zu den nachrichtendienstlichen Schwerpunkten gehört die Betreuung der regimetreuen POLONIA-Verbände. Dazu zählen u. a. der polnische Kulturverein, der Bund der Polen in der Bundesrepublik Deutschland (ZGODA), dessen Schwesterorganisation RODLO sowie die deutsch-polnische Gesellschaft.

4. CSSR

Der im Jahr 1983 an der Botschaft der CSSR zu verzeichnende beträchtliche Personalaustausch hatte keineswegs einen Rückgang der nachrichtendienstlichen Aktivitäten der legalen Residentur zur Folge. Vielmehr hat sich 1983 der Anteil der erkannten ND-Offiziere an den Vertretungen der CSSR deutlich erhöht.

Im Bereich der politischen Spionage hat sich das Interesse auf die Parteien der neuen Regierungskoalition verlagert; der CSSR-Nachrichtendienst widmet jedoch den GRÜNEN und dem sicherheits- und außenpolitischen Bereich der SPD auch weiterhin erhebliche Aufmerksamkeit.

Daneben steht die Ausspähung der Emigrantenszene nach wie vor im Vordergrund.

5. Rumänien

Die Stärke des ND-Personals innerhalb der Botschaft, der hiesigen rumänischen Staatshandelsunternehmen sowie der gemischten Firmen blieb gegenüber 1982

nahezu konstant. Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der „Legalresidentur“ konzentrierten sich neben der Infiltration der Aussiedler- und Emigrantenverbände auf die Informationsbeschaffung im Bereich der Industrie und Forschung durch ND-Offiziere in der Wirtschaftsabteilung und im sogenannten Technischen Büro.

Ziel der ND-Offiziere ist es, ihre Kontaktpersonen im Wirtschaftsbereich – großenteils ehemalige Rumäniendeutsche – nach und nach nachrichtendienstlich zu verstricken. Es bleibt dabei offen, ob von diesen „Sympathisanten“ der nachrichtendienstliche Hintergrund ihrer Beziehungen erkannt wird, jedenfalls werden sie seitens des rumänischen Nachrichtendienstes als „Quellen“ registriert, genutzt und geführt.

Ein Arbeitsschwerpunkt der ND-Offiziere in der Wirtschaftsabteilung ist die Beschaffung elektronischer Geräte aller Art. Dabei fungieren sie als Repräsentanten der zentralen rumänischen Beschaffungsfirma

ELECTRONUM
Import & Export,
Bukarest

und bereiten die entsprechenden Firmenverbindungen vor. Der Geschäftsabschluß selbst wird von zwei Vertretern von ELECTRONUM mit Diplomatenstatus getätigt, die zu diesem Zweck ständig zwischen Bukarest und Westeuropa pendeln, einkaufen und bar bezahlen. Zur Durchführung ihrer Mission verfügen sie über den gesamten Apparat der Wirtschaftsabteilung der Botschaft und des Technischen Büros in Köln.

III. Die DDR-Nachrichtendienste

1. Lückenlose Grenzkontrolle: DDR-Reisende im Computer des MfS

1.1 Vorbemerkung

Bürger aus dem Bundesgebiet und Berlin (West), die von einem DDR-Nachrichtendienst angesprochen werden, sei es in der DDR oder im Westen, sind immer wieder erstaunt über das umfassende Wissen der Gegenseite über ihre Person. Dieses Wissen, verbunden mit dem skrupellosen Ausnutzen von Schwachpunkten, erleichtert den gegnerischen Nachrichtendiensten den Zugang zur Zielperson.

Diese gute Anbahnungsbasis gründet sich auf die umfassende Tip-Gewinnung im Rahmen der Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs durch die DDR-Organen. Das nahezu lückenlose Kontrollverfahren ermöglicht nicht nur die Verhinderung der Einreise „regimefeindlicher Kräfte“, sondern auch gezielte Vorbereitungen für die Anwerbung nachrichtendienstlich interessanter Zielpersonen. So dürften die meisten Personenhinweise innerhalb der HVA aus der systematischen Sichtung und Aufarbeitung der Reiseunterlagen von Westbesuchern stammen. Der nachfolgende Beitrag beschreibt die enge Verzahnung von Abwehr- und Spionageinteressen innerhalb des MfS.

1.2 Antragspflichtiger Reiseverkehr

Zentrale Sammel- und Leitstelle für die Kontrolle und Überwachung des grenz-

überschreitenden Reiseverkehrs ist die Hauptabteilung VI des MfS in Zusammenarbeit mit den MfS-Bezirksverwaltungen sowie ihren Mitarbeitern in den Paßkontrolleneinheiten an den Grenzübergangsstellen.

Bei mehrtägigen privaten oder beruflichen DDR-Aufenthalten haben Bundesbürger ihre persönlichen Angaben im „Antrag auf Einreise in die DDR“ über ihre Zieladresse der örtlich zuständigen Meldestelle der Volkspolizei zuzuleiten. Im Rahmen des sich anschließenden Genehmigungsverfahrens zwecks Sicherheitsüberprüfung und operativer Nutzung gelangt eine Ausfertigung des Antrags an die Hauptabteilung VI des MfS. Diese erfaßt – seit 1975 mittels EDV – alle Erkenntnisse aus den anfallenden Unterlagen (Visumantrag sowie Reise-, Zusatzdokumente, wie Ein- und Ausreisekarte, Zählkarte und Berechtigungsschein), d. h. die biographischen Daten, erlernter und ausgeübter Beruf, Arbeitsstätte, Reisezweck und -ziel in der DDR, Kfz-Kennzeichen, benutzte Grenzübergangsstellen, Reisezeit etc.

Anmerkung:

Für die Zeit vor 1975 kann sich das MfS auf die aufbewahrten Visaunterlagen und andere Dokumente stützen.

Gleiches gilt für Touristenreisen von Bundesbürgern in die DDR. Auch die dabei anfallenden Reiseunterlagen – bestätigter Voucher des Reisebüros der DDR sowie Touristenvisum – werden in der EDV gespeichert.

Damit beginnt die nachrichtendienstliche Bearbeitung der Besuchsreisenden schon lange vor deren Einreise. Im Rahmen der „Erarbeitung von Einreisehinweisen für die HVA“, d. h. zur Unterstützung der Tip-Gewinnung des Spionageapparates des MfS, werden alle Reiseunterlagen nach operativen Gesichtspunkten ausgewertet. Dazu werden aufgrund entsprechender Anforderungsprofile computermäßig Listen nachrichtendienstlich interessanter Personen erstellt, die der HVA zugeleitet werden und die dortigen Abteilungen durchlaufen.

Diese Anforderungsprofile beruhen auf Richtlinien, die nicht nur per EDV verarbeitet, sondern auch bei den Grenzübergangsstellen vorwiegend für die Befragung von Personen im antragsfreien Reiseverkehr genutzt werden. Nach den Richtlinien sind unter operativen Gesichtspunkten von Interesse

- Reisende aus bestimmten Zielgebieten und Zielorten in der Bundesrepublik Deutschland,
- bestimmte Personen- bzw. Berufsgruppen wie öffentlicher Dienst, Bundeswehr, Sicherheitsbehörden, Zivilbedienstete der alliierten Streitkräfte,
- bestimmte Objekte, Betriebe und Institutionen.

1.3 Antragsfreier Reiseverkehr

Die zentrale Datenspeicherung erstreckt sich auch auf das Meldeaufkommen aus den antragsfreien Tagesaufenthalten in Berlin (Ost) sowie auf den Transitverkehr, d. h. den Reiseverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) sowie den durch die DDR fließenden Verkehr in angrenzende Staaten. Dazu gehören auch die Ergebnisse der Befragungen nachrichtendienstlich interessanter Personen durch besondere Operativ-Mitarbeiter an den Grenzübergangsstellen. Die anfallenden Ein- und Ausreiseunterlagen sowie sonstige schriftlichen Befragungsergebnisse werden täglich durch einen Kurier abgeholt und zur Zentrale der HA VI zwecks Speicherung und Überprüfung gebracht.

1.4 Nutzung der Datenspeicherung durch die HVA

Besteht seitens der Operativ-Mitarbeiter der HVA Interesse an einzelnen Personen aus den Computerlisten der HA VI, so veranlassen diese eine Anfrage beim Zentralarchiv/Zentralkartei, um festzustellen, ob die Zielperson evtl. bereits für eine andere operative Diensteinheit des MfS oder für das KGB gesperrt ist. Ist dies nicht der Fall, wird die HA VI um komplette Mitteilung aller dort vorliegenden Erkenntnisse ersucht; dies schließt auch die Überlassung der beim Grenzübertritt hergestellten Kopien der Personal- und Reisedokumente ein. Es folgen Überprüfung der DDR-Gastgeber, deren evtl. Ansprache, meist unter Legende, sowie evtl. Ermittlungsaufträge zur Zielperson im Bundesgebiet. Für die Einleitung operativer Maßnahmen ist ausreichend Zeit vorhanden, da die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Visaanträgen vier Wochen beträgt.

Damit sind die Voraussetzungen für eine Kontaktaufnahme mit dem Westbesucher nach dessen Ankunft am DDR-Zielort geschaffen.

1.5 Reiseverkehr zur Leipziger Messe

Obwohl die Einreise zur Leipziger Frühjahrs- oder Herbstmesse mit Messeausweisen erfolgt, die jedermann ohne Vorantragsverfahren bei beauftragten Reisebüros im Bundesgebiet oder unmittelbar bei den Wechselstellen an den Grenzübergangsstellen erhält, beschafft sich die HA VI außer den beim Grenzübertritt anfallenden Daten im weiteren Verlauf des DDR-Aufenthalts weitere Informationen über den Besucher.

Die personell besonders stark besetzte Bezirksverwaltung Leipzig unterhält neben den Operativ- und Abwehreinheiten einen „Messestab“ und bildet anlässlich der Messen ein eigenes operatives Leitzentrum. Dieses registriert über die Meldestellen der Volkspolizei den gesamten Reiseverkehr, überwacht die Hotels und Privatquartiere und leistet den anderen Diensteinheiten des MfS Amtshilfe. Die operativ tätigen Mitarbeiter haben Einblick in die karteimäßig erfaßten Melde-scheine, die – ähnlich wie die Unterlagen im antragspflichtigen Reiseverkehr – Angaben zum Beruf und zur Arbeitsstelle enthalten. Daneben besteht zur sofortigen Überprüfung nachrichtendienstlich interessanter Personen eine Direktverbindung zum Zentralarchiv/Zentraldatei des MfS. Die operative Arbeit kann aufgrund der geschilderten Arbeitsmöglichkeiten noch während des Messeaufenthalts aufgenommen werden.

2. Nachrichtendienstliches Interesse an Unternehmensberatern

Eine Quelle in einem nachrichtendienstlich interessanten Objekt anzuwerben oder sie dorthin einzuschleusen, ist im Bereich der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage nicht die einzige erfolgversprechende Methode der Informationsbeschaffung. Die Nachrichtendienste der DDR bemühen sich seit einigen Jahren – teilweise mit Erfolg – um eine Personengruppe, die zwar organisatorisch außerhalb der Zielobjekte steht, aber dennoch Zugang zu allen Betriebsinterna einschließlich Forschungsergebnissen und technischem „Know how“ hat: die freiberuflichen Unternehmensberater. Dabei macht es keinen Unterschied, ob diese Einzelpersonen oder Firmen eine breite Palette von Dienstleistungen (beispielsweise von der Analyse der Kostenstruktur bis hin zum Planungssystem im Bereich von Forschung und Entwicklung) anbieten oder ob sie sich auf bestimmte Teilgebiete der Unternehmensführung (z. B. Marketing, Personalsuche, EDV-

Beratung) spezialisiert haben. In jedem Falle gewähren die Wirtschaftsunternehmen den Beratern tiefe Einblicke in die betrieblichen Abläufe und den jeweiligen technologischen Stand. Anders als ein im Objekt tätiger Agent, der durch besondere Wißbegier für Informationen außerhalb seines Aufgabenkreises auffallen könnte, ist ein Unternehmensberater geradezu gezwungen, sich einen umfassenden Überblick über innerbetriebliche Zusammenhänge zu verschaffen. Gegenüber der fest in einen Betrieb integrierten Quelle hat der als Agent geworbene Unternehmensberater ferner den Vorteil der größeren Flexibilität, denn er ist nicht selten für mehrere Firmen gleichzeitig tätig, bzw. er kann aus den Angeboten verschiedener Firmen auch unter nachrichtendienstlichen Aspekten auswählen. So war im Spionagefall A. der Agent mit Billigung seiner Führungsstelle nach jahrelanger Tätigkeit aus dem weltweit tätigen Computerunternehmen IBM ausgeschieden und hatte sich als Unternehmensberater auf dem EDV-Sektor selbständig gemacht. Die Möglichkeit, damit sein Informationsspektrum zu verbreitern, fand die Zustimmung des MfS.

Die Kontaktaufnahme gegnerischer Nachrichtendienste zu Unternehmensberatern erfolgt regelmäßig unter „falscher Flagge“. Was scheinbar als normale Geschäftsverbindung mit meist unverfänglichen Informationsaufträgen beginnt, erhält im Laufe der Zeit mit der Verlagerung auf sicherheitsempfindliche Zielobjekte immer deutlicher den Charakter einer nachrichtendienstlichen Beziehung. Mancher Unternehmensberater erkennt diesen Wandel erst spät, anderen ist die subjektive Tatseite der geheimdienstlichen Agententätigkeit oft nicht nachzuweisen. So mußte das Ermittlungsverfahren gegen einen Marketingberater, der nachweislich jahrelang Informationen aus den Bereichen Chemie, Kernforschung und Militärtechnik an das MfS geliefert hatte, eingestellt werden. Seine Einlassung, er habe seine Geschäftspartner für Angehörige des „Ministeriums für Wissenschaft und Technik der DDR“ gehalten, war nicht zu widerlegen.

Neben dem MfS bemüht sich auch der Militärische Nachrichtendienst der DDR um die Anwerbung von Unternehmensberatern und vergleichbaren freiberuflichen Tätigen.

Auf diesem Sektor hat sich in jüngerer Zeit besonders ein Anbänger spezialisiert, der als

„Dipl.-Ingenieur Bernhard RANGE,
Straße der Einheit 31, Oranienburg“

auftritt und angeblich Beratung in Marketingfragen sucht.

Er wendet sich zunächst schriftlich an entsprechende Inserenten überregionaler Zeitungen, zeigt sich an einer Zusammenarbeit interessiert und lädt die Betreffenden zur Besprechung von Einzelheiten nach Berlin (Ost) ein.

Nach dem gleichen, seit Jahren bekannten Schema ging ein anderer Anbänger im Spionagefall S. vor. Michael S. hatte Mitte 1981 mehrmals in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für seine Werbeagentur „Allround PR“ inseriert. Daraufhin meldete sich bei ihm ein „Dipl.-Ingenieur Max JENSEN“ aus Berlin (Ost), der vorgab, einem „Büro für technische Informationen und Dokumentation“ anzugehören. S. traf mit JENSEN zwischen Dezember 1981 und Oktober 1982 insgesamt sechsmal in Berlin (Ost) zusammen und erhielt als Abschlagszahlungen ca. 12 000,- DM. Dafür lieferte er selbst zusammengestellte Marktübersichten über westliche Firmen, die hochwertige Metallegierungen für den Mikroprozessorenbau vertreiben. Beim letzten Treff zeigte JENSEN auch andere Interessen; er bat

S., eine Marktübersicht über die Waffenherstellung in der Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten.

Erst in dieser Phase will S. den wahren Hintergrund seiner Geschäftsverbindung in die DDR erkannt haben. Das OLG Düsseldorf verurteilte ihn am 7. Oktober wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Das Urteil ist rechtskräftig.

3. Mißbrauch privater Ost-West-Beziehungen für Spionagezwecke

Seit jeher nutzen das MfS und andere Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Paktes private Beziehungen zwischen Ost und West, um nachrichtendienstliche Kontakte zu Bundesbürgern zu knüpfen. Ein solches Vorgehen bietet zum einen den Vorteil, daß Personen für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit eher durch Bekannte als durch Fremde gewonnen werden können; zum anderen erregen Kontakte und gegenseitige Besuche von Personen aus beiden Teilen Deutschlands viel weniger Verdacht, wenn diese auf persönlicher, insbesondere verwandtschaftlicher Basis beruhen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß Personen mit Wohnsitz in der DDR, die von Bundesbürgern besucht werden, relativ häufig über den nachrichtendienstlichen Auftrag der bei ihnen aufgetauchten Anbahner unterrichtet sind und auch aktiv das Werbungsgeschehen unterstützen. In vielen Fällen dient im weiteren Verlauf der nachrichtendienstlichen Verbindung die Privatadresse des Verwandten aus der DDR als Deckadresse, an die die geheimdienstlichen Informationen aus dem Bundesgebiet gesandt werden.

Seltener sind demgegenüber die Fälle, in denen Verwandte oder Bekannte aus der DDR selbst als Anbahner, Instruktoren oder Kuriere gegenüber Bundesbürgern auftreten. Im Berichtsjahr sind jedoch auch solche Fälle bekannt geworden:

3.1 Im Juli 1983 wurde eine Frau aus der DDR festgenommen, nachdem sie gegenüber ihrem Vetter, einem Polizeibeamten, offenbart hatte, im Auftrag des MfS in die Bundesrepublik Deutschland eingereist zu sein, um ihn für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu werben. Da der Polizeibeamte bis 1973 selbst in der DDR gelebt hatte, glaubte das MfS, er habe noch enge Bindungen dorthin, zumal er in der Vergangenheit mehrfach vergeblich versucht hatte, von den DDR-Behörden Genehmigungen für Besuchsreisen zu erhalten. Nunmehr sah das MfS eine Chance, solche Reisen als Gegenleistung für eine Mitarbeit zu ermöglichen. Der Polizeibeamte unterrichtete jedoch seine Vorgesetzten über den Werbungsversuch.

3.2 Im September 1983 wurde ein Hochschullehrer aus der DDR im Bundesgebiet festgenommen. Er war mit total gefälschten Ausweispapieren auf den Namen eines Bundesbürgers eingereist und hatte sich mit einem in der chemischen Industrie tätigen Verwandten getroffen.

Dieser übermittelte ihm Informationen aus seinem Arbeitsbereich und nahm einen Fragenkatalog entgegen.

3.3 Auch im Spionagefall SCH./W. (vgl. S. 212 ff.) spielten verwandtschaftliche Beziehungen eine Rolle. SCH. wurde im Jahre 1971 anlässlich eines Besuches bei

seiner Kusine in der DDR von dieser dem MfS zugeführt. Die Kusine nahm auch im Spätsommer des gleichen Jahres in Berlin an einem weiteren Treff zwischen dem Ehepaar SCH. und MfS-Führungsoffizieren teil. Auch bei einem nachrichtendienstlichen Treff des MfS mit der Tochter SCH.'s, Silvia W., war sie anwesend. Eine derartig intensive Beteiligung einer Verwandten am nachrichtendienstlichen Geschehen ist ungewöhnlich und läßt darauf schließen, daß die Kusine „altgediente“ inoffizielle Mitarbeiterin des MfS ist.

3.4 Auch in anderen Spionagefällen aus jüngster Zeit lösten verwandtschaftliche oder private Kontakte nachrichtendienstliche Verstrickungen aus:

Dies gilt beispielsweise für den Spionagefall um den Juristen O., der 1983 strafrechtlich abgeschlossen wurde. O. hatte 1974 als Jurastudent einen Freund bei einer Besuchsreise in die DDR begleitet und dabei dessen dort wohnhaften Vater kennengelernt. Dieser hat ihn dem MfS zugeführt und in der Folgezeit bei zahlreichen konspirativen Treffs in der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und weiteren Ländern nachrichtendienstlich betreut. Im Zusammenhang mit der Bewerbung des O. bei einer Sicherheitsbehörde wurde bei der Sicherheitsüberprüfung seine nachrichtendienstliche Verbindung aufgedeckt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte ihn im Juli rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren.

Auch im Spionagefall B. lösten private DDR-Kontakte die nachrichtendienstliche Verstrickung aus. Die zuletzt als Schreibkraft des Kommodore eines Jagdbombergeschwaders tätige Ingeborg B. war 1975 von einer früheren Schulfreundin aus der DDR angeschrieben worden. Nach einem längeren Briefwechsel war sie in die DDR eingeladen worden. Anschließend versuchte der Ehemann der Schulfreundin bei mehreren als Geschäftsbesuchen getarnten Reisen in das Bundesgebiet, B. in ihrer Wohnung aufzusuchen. Als dies fehlschlug, drängte seine Ehefrau die Sekretärin zu weiteren Besuchen in der DDR. Diese führten dann auch zu einer Anwerbung der Sekretärin durch MfS-Angehörige und dazu, daß sie dem MfS geheimhaltungsbedürftige Unterlagen übermittelte. B. wurde im März 1983 rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Der Dipl.-Biologe Dr. F. schließlich war bis zu seiner Festnahme im Jahre 1979 am Zentrallabor für Mutagenitätsprüfung in Freiburg/Br. tätig. Er erhielt im Jahre 1969 erstmals Besuch von seinem in der DDR lebenden Schwager und lieferte diesem in der Folgezeit in Kenntnis des nachrichtendienstlichen Hintergrundes wissenschaftliche Unterlagen aus seinem Arbeitsbereich.

F. wurde Ende 1982 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.

IV. Sowjetische Militär- und Wirtschaftsspionage

1. Das sowjetische System der Beschaffung militärisch nutzbarer Informationen aus den westlichen Industrieländern

1.1 Erklärtes Ziel der UdSSR ist es seit jeher, den Westen auf industriell-wirtschaftlichem Gebiet einzuholen und nach Möglichkeit zu überflügeln. Trotz erheblicher und stetig gestiegener Anstrengungen ist sie diesem Ziel nicht näher gekommen. Die UdSSR versucht, den Vorsprung der westlichen Industrieländer

u. a. dadurch wettzumachen, daß sie die Ergebnisse westlicher Forschung auf illegalem Weg „importiert“ und entweder der eigenen Industrie oder ihren Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zuführt. Dabei kommt allen militärisch nutzbaren Forschungs- und Entwicklungsergebnissen aus dem Westen eine hohe Priorität zu.

Da die militärisch nutzbaren Technologien einer schnellen Weiterentwicklung unterliegen, der die UdSSR aus eigenem Vermögen nicht folgen kann, beschafft sie sich geschützte rüstungstechnische Informationen in großem Stil aus dem Westen. Nebenbei erspart sie die mit eigener Forschung und Entwicklung verbundenen immensen Kosten.

1.2 Diese Aufgabe liegt in den Händen des Zentralkomitees der KPdSU (ZK). Zuständig ist eine Vielzahl von Abteilungen und Kommissionen des ZK, die mit Forschung, Entwicklung oder Produktion auf dem Gebiet der Rüstungstechnik befaßt sind; organisatorisch schließt sich der sowjetische Ministerrat mit seiner politisch-administrativen Funktion an.

Unterhalb dieser Ebene besteht ein verzweigtes und kompliziertes, dennoch sehr wirkungsvolles System, das den generellen Auftrag umsetzt, rüstungstechnische Informationen aus den westlichen Industrieländern zu beschaffen und die Informationen nutzbringend zu steuern. Dieses System kann als staatlich organisierter „Technologiediebstahl“ bezeichnet werden.

Herzstück des Systems ist das „Komitee des Präsidiums des sowjetischen Ministerrates für Angelegenheiten der Rüstungsindustrie“, kurz VPK genannt. Das VPK ist das zentrale technisch-administrative Bindeglied zwischen den mit der eigentlichen Beschaffung einschlägiger Informationen befaßten Institutionen und den Empfängern der Informationen. So gesehen läßt sich das VPK als oberste administrative Instanz der sowjetischen militärischen Rüstung bezeichnen. Für die technische und wissenschaftliche Beratung in Fragen der Beschaffung sowie für die technische Bewertung der beschafften Informationen stehen dem VPK das „Staatskomitee für Wissenschaft und Technik“ (GKNT) und ein technisches Zentrum, abgekürzt VIMI, zur Seite.

Das VPK koordiniert in Abstimmung mit den Ministerien, die in irgendeiner Form mit Rüstung befaßt sind (insgesamt neun, dazu die Ministerien für chemische Industrie, für Elektrotechnik und petrochemische Industrie) und den entsprechenden Informationsbedarf haben, das Beschaffungsprogramm und legt die Prioritäten fest. Das Ergebnis dieser Arbeit sind Listen, die als Wunsch- und Auftragskatalog den Beschaffungsorganen zugeleitet werden. Zu diesen gehören das Komitee für Staatssicherheit (KGB), der militärische Nachrichtendienst GRU, das GKNT, die sowjetische Akademie der Wissenschaften sowie das Außenhandelsministerium und das Staatskomitee für außenwirtschaftliche Beziehungen (GKES).

Im KGB ist es die Verwaltung T der Ersten Hauptverwaltung (Auslandsaufklärung), die den wissenschaftlich-technischen Bereich der Aufklärung abdeckt. Speziell im Bereich Rüstungstechnik ist diese Partner des VPK. Die im Ausland operierende Komponente der Verwaltung T ist die Linie (Fachrichtung) X, deren ND-Offiziere in großer Zahl in den „Legalen Residenturen“ arbeiten, abgedeckt durch eine offizielle Funktion.

In der GRU ist es die operativ arbeitende wissenschaftlich-technische Aufklärungsabteilung, die auf die Beschaffung rüstungstechnischer Informationen spezialisiert ist. Auch sie ist mit ND-Offizieren in den „Legalen Residenturen“ vertreten, jedoch weniger stark als das KGB.

Der Aufgabenbereich des GKNT, das etwa den Rang eines Ministeriums hat, reicht von der Grundlagenforschung bis hin zu ihrer Anwendung in der Industrie. Zu diesem Zweck sammelt das GKNT auch systematisch wissenschaftliche, technologische und technische Informationen aus den westlichen Industrieländern und erforscht deren Märkte. Dies geschieht in erster Linie im Rahmen der üblichen internationalen Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Für diese Aufgabe unterhält das GKNT die Abteilung für ausländische Beziehungen. Da die internationale Zusammenarbeit in einigen Fällen aber auch günstige Ansatzpunkte für die konspirative Beschaffung geschützter Informationen bietet, ist diese Abteilung mit Offizieren des KGB und der GRU durchsetzt. Sie werden sowohl bei internationalen oder bilateralen Konferenzen und Verhandlungen in der UdSSR als auch bei Zusammenkünften im westlichen Ausland nachrichtendienstlich aktiv. Soweit rüstungstechnische Informationen anfallen, werden diese an das VPK geliefert.

Die sowjetische Akademie der Wissenschaften, die unmittelbar dem Ministerrat untersteht, ist u. a. für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung verantwortlich, die eine unmittelbare Auswirkung auf die industrielle Produktion hat. Auch sie nutzt – wie das GKNT – die internationale Zusammenarbeit, um auf illegalem Wege an geschützte Informationen aus Wissenschaft und Technik der westlichen Industrieländer zu gelangen; rüstungstechnische Informationen werden an das VPK weitergeleitet.

Das Außenhandelsministerium ist für die Planung, Koordinierung und Kontrolle des sowjetischen Außenhandels zuständig. In das Ministerium sind zwei Abteilungen integriert, die für die Beschaffung wissenschaftlichen, technologischen und technischen Materials aus dem Westen zuständig sind: die Abteilung „Handelsbeziehungen zu westlichen Ländern“ und die Abteilung „Import von Maschinen und Anlagen aus kapitalistischen Ländern“. Zur Beschaffung nutzen die Angehörigen dieser Abteilungen die offiziellen internationalen Verbindungen, wobei sie sich auf ein dichtes Netz von Handelsmissionen, gemischten Firmen und Einkaufszentralen im Ausland stützen können.

Die Aufgabenstellung des GKES ähnelt der der beiden genannten Abteilungen des Außenhandelsministeriums; speziell obliegt ihm die Kontrolle der Einkaufszentralen, mit deren Hilfe auf offiziellem Wege westliche Güter beschafft werden.

Während KGB und GRU versuchen, auf konspirative Weise – vornehmlich durch den Einsatz von Agenten – zum Ziel zu kommen, sind GKNT und Akademie der Wissenschaften nicht grundsätzlich, sondern lediglich durch Zuweisung bestimmter Beschaffungsaufgaben gehalten, teilweise auf ähnliche Art arbeiten zu lassen. Eine teilweise personelle Verflechtung mit KGB und GRU unterstützt sinnvoll die Erfüllung der diesbezüglichen Aufgaben. Das Außenhandelsministerium und das GKES nutzen bei der Beschaffung rüstungstechnisch nutzbaren Materials ihre vielfältigen Handels- und Geschäftsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern. Dabei werden gelegentlich unlautere Geschäftspraktiken angewandt. In diesem Zusammenhang spielt insbesondere die Umgebung der westlichen Embargobestimmungen eine große Rolle.

1.3 Die UdSSR besitzt naturgemäß ein besonderes Interesse an Informationen über Industrieerzeugnisse, die vom COCOM⁵⁾ als Embargogüter deklariert sind und demnach im Handel mit den Staaten des Warschauer Paktes Beschränkungen unterliegen. Die Computertechnologie, und hier wiederum Erzeugnisse der Mikroelektronik, stehen hierbei an erster Stelle. Da die UdSSR – anders als der Westen – die Mikroelektronik im nichtmilitärischen Bereich wenig anwendet, fehlt ihr im Umgang mit dieser Technik der industrielle Unterbau und die breite Erfahrungsbasis.

Was heute auf dem Gebiet der Mikroelektronik als neueste Errungenschaft gilt, kann morgen bereits überholt sein. Daher kommt es der UdSSR darauf an, jeweils möglichst schnell in den Besitz der entsprechenden aktuellen Informationen zu gelangen. Das hat in einer Vielzahl bekannt gewordener Fälle dazu geführt, daß z. B. KGB- und GRU-Offiziere entgegen ihrer sonst geübten Praxis recht plump und direkt agieren. Dabei nehmen sie das Risiko einer Enttarnung offenbar bewußt in Kauf.

1.4 Das beschaffte Material durchläuft auf dem Wege zu den Abnehmern das technische Zentrum VIMI, wo es gesammelt, bewertet, verglichen und analysiert wird. Dem VIMI obliegt auch die anschließende Verteilung des für interessant befundenen, nutzbringend verwertbaren Materials und die Kontrolle über die Verwertung. Zum Zwecke der Kontrolle haben die Abnehmerstellen regelmäßige Berichte zu fertigen.

Abnehmer und verwertende Stellen der beschafften rüstungstechnisch nutzbaren Informationen sind die ausschließlich oder am Rande mit Rüstung befaßten sowjetischen Ministerien. Wegen der sich zwangsläufig ergebenden Interessen- und Zuständigkeitsüberschneidungen stehen sie untereinander über ein gut funktionierendes System technischer Sonderdienste in enger Verbindung. In den meisten Fällen werden die beschafften Informationen zur Umsetzung und Anpassung an die Erfordernisse der betroffenen Industriezweige an Forschungs-, Versuchs- und Entwicklungseinrichtungen weitergeleitet.

Wie sehr es der UdSSR auch auf den aus dem illegalen Technologietransfer resultierenden ökonomischen Vorteil ankommt, zeigt, daß das VPK Bilanzen erstellt, aus denen die finanziellen Einsparungen ersichtlich sind, die erreicht werden können, weil eigene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben nicht durchgeführt werden brauchen. Der illegale Technologietransfer entlastet die sowjetische Volkswirtschaft um ganz erhebliche Summen und versetzt die UdSSR in die Lage, ihr Militärpotential stärker als sonst möglich zu steigern.

Es ist naheliegend, daß die USA mit ihren technologisch hoch entwickelten Industrien den sowjetischen Ausspähungs- und Beschaffungsbemühungen im Bereich der Rüstungstechnik am stärksten ausgesetzt sind. Daneben sind auch in besorgniserregendem Maße die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan gefährdet.

⁵⁾ „Coordinating Committee for East West Trade Policy“; Mitglieder sind alle NATO-Staaten außer Island sowie Japan.

2. Der Sowjetische Nachrichtendienst GRU – Moskaus Spezialisten für militärstrategische und rüstungstechnische Aufklärung

2.1 Die weltweiten Spionageaktivitäten der Sowjetunion wie auch die Kontrolle und Überwachung der Sowjetbürger im In- und Ausland werden in den westlichen Medien meist zu Recht dem sowjetischen Nachrichtendienst KGB zugeschrieben. Das KGB als der größte sowjetische Nachrichtendienst besitzt umfassende Zuständigkeiten für alle Abwehr- und Offensivaktionen innerhalb der UdSSR und für nahezu alle im Ausland. So ist das KGB auch verantwortlich für die personelle und materielle Sicherheit der sowjetischen Kolonien im Ausland, d. h. des zu sowjetischen Einrichtungen in fremden Staaten entsandten Dienstpersonals und der Familienangehörigen.

Neben dem KGB betreibt der militärische Nachrichtendienst, die GRU, die militärstrategische, militärtaktische und rüstungstechnische Aufklärung. Die GRU ist als sogenannte Informationsabteilung in den Generalstab des Verteidigungsministeriums eingegliedert, den sie möglichst umfassend über gegnerische Streitkräfte und Rüstungsindustrien ins Bild setzen soll. Sie beschafft dementsprechend weltweit Informationen von strategischem und militärischem Wert. Zu ihrem Auftrag gehört es auch, militärtechnisch verwendbare westliche Spitzentechnologie auszuspähen (vgl. dazu die Ausführungen unter IV.1).

2.2 Die Ausbildung zum GRU-Offizier dauert mehrere Jahre. Aus den Reihen der jüngeren Offiziere der Roten Armee werden geeignet erscheinende Kandidaten ausgewählt. Diese absolvieren zunächst ein zwei- bis dreijähriges Studium an der Akademie der Roten Armee, das mit einem Diplom oder mit dem akademischen Grad eines Kandidaten der Militärwissenschaften abschließt. Die intensive nachrichtendienstliche Ausbildung erstreckt sich auf alle Sparten der Spionage, Sabotage und der subversiven Tätigkeit. Darüber hinaus werden Sprachlehrgänge sowie Seminare über Länderkunde, diplomatische Gepflogenheiten und psychologische Beeinflussung abgehalten.

2.3 Nach einer etwa einjährigen Vorbereitungszeit in der GRU-Zentrale in Moskau wird dem nunmehr hinreichend qualifizierten GRU-Offizier ein Dienstposten im In- oder Ausland zugewiesen. Ist er für eine Verwendung im deutschsprachigen Ausland vorgesehen, so ist es besonders günstig, wenn er im Ersteinsatz nach Berlin (Ost) entsandt werden kann. Als Mitarbeiter der Botschaft oder der Handelsvertretung findet er in Berlin ideale Voraussetzungen, um sich auf den Einsatz in einem kapitalistischen Land vorzubereiten. Im Westteil der Stadt kann er umfassende Systemkenntnisse und Vertrautheit mit westlichen Gewohnheiten und Bräuchen erlangen und insbesondere studieren, wie Westdeutsche, aber auch Amerikaner, Engländer und Franzosen sich im Privatleben geben. In späteren Einsätzen wird er hiervon profitieren können.

GRU-Offiziere, die in Berlin (Ost) oder in der DDR eingesetzt sind, nutzen die sich aus diesen Standorten ergebende Situation, gefahrlos Agenten anwerben und führen zu können. So werden als Zielpersonen z. B. Besuchsreisende aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt und angesprochen, wobei der erste Kontakt meist durch DDR-Behörden vermittelt wird. GRU-Offiziere gehen hier nach klassischem Muster vor: Bei Bundesbürgern, die z. B. in regelmäßigen Ab-

ständen Verwandte oder Bekannte in der DDR besuchen, erscheint nach Vorankündigung durch eine DDR-Dienststelle am Besuchsort ein angeblicher russischer „Reporter“ oder „Student“. Er spricht gut Deutsch und gibt vor, für eine Reportage oder eine wissenschaftliche Arbeit weitere Informationen über die Bundesrepublik Deutschland zu benötigen. Während eines meist zwanglosen ersten Gesprächs über die hiesigen allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse versucht er, mehr über die Person und ihre Lebensverhältnisse zu erfahren, um letztlich beurteilen zu können, ob eine nachrichtendienstliche Werbung erfolgversprechend ist. Bei einer Ansprache wird häufig unverhohlen auch Druck ausgeübt. Als Mittel können Verfehlungen dienen, z. B. eine fehlende Reisegenehmigung des Vorgesetzten des Besuchers (vgl. dazu den Fall M. auf S. 210 ff.) oder Androhungen von Repressalien gegen Verwandte in der DDR oder der Wegfall bisheriger Vergünstigungen, z. B. weitere Einreisegenehmigungen. Erklärt sich die Zielperson zur Mitarbeit bereit, so wird sie meist offiziell verpflichtet, „für den sowjetischen Staat zu arbeiten“. Auftrags erledigungen, weitere Treffs in der DDR, Zahlungen von Verratsgeld gegen Quittung etc. machen die nachrichtendienstliche Verstrickung perfekt.

2.4 Operationsstützpunkte der GRU-Offiziere im westlichen Ausland sind insbesondere die „Legalen Residenturen“ der GRU in den offiziellen sowjetischen Vertretungen. In der Bundesrepublik Deutschland sind GRU-Offiziere unter ziviler Abdeckung und teilweise unter dem Schutz diplomatischer Immunität vor allem in der Botschaft in Bonn, in der Handelsvertretung in Köln und im Generalkonsulat in Hamburg etabliert. Daneben gehören alle Mitglieder des Militärattaché-Stabes und der drei Sowjetischen Militärmissionen der GRU an (vgl. dazu auch die Ausführungen auf S. 194 f.).

2.5 Unter den Teilnehmern sowjetischer Delegationen, die in das Bundesgebiet einreisen, befindet sich häufig ein ND-Offizier, oft der GRU. Bei allen Besuchen in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft bietet sich als Abdeckung die Qualifikation eines Ingenieurs oder Wissenschaftlers an. Es werden Kontakte zu Fachleuten geknüpft oder bereits bestehende gefestigt und die Gesprächsteilnehmer umfassend „abgeschöpft“.

Aber auch Mitglieder deutscher Delegationen, die die Sowjetunion zu wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Tagungen, Kongressen oder Fachgesprächen besuchen, haben in der Regel zwangsläufig Kontakte mit GRU-Offizieren. Unter ziviler Abdeckung, z. B. als Mitarbeiter beim GKNT oder einer Außenhandelskommission, nutzen GRU-Offiziere diese Treffen zumindest zu fachlicher Abschöpfung. Aber auch handfeste nachrichtendienstliche Aufträge können bei diesen Anlässen erledigt werden; so werden z. B. Zielpersonen unbemerkt abgeklärt und überprüft, ob sie sich für eine Agententätigkeit eignen; ggf. werden Kompromate⁶⁾ geschaffen, z. B. das der unerlaubten Geldwechselgeschäfte oder verbotenen Ausfuhr von Ikonen.

⁶⁾ s. auch Verfassungsschutzbericht 1982 (S. 193–196)

V. Verbringungsmethoden beim illegalen Technologietransfer

1. Wie bereits für die UdSSR dargelegt, unternehmen die Warschauer-Pakt-Staaten große Anstrengungen, um leistungsfähige Technologien aus den westlichen Industrieländern zu importieren und der eigenen Wirtschaft nutzbar zu machen. Problematisch ist dieser Warenverkehr für den Westen insbesondere dann, wenn diese Technologien in der Rüstungsindustrie Verwendung finden können und auf diese Weise zur Stärkung der Militärmacht des Warschauer Paktes beitragen.

Die dem COCOM-Gremium angehörenden Staaten haben daher strategisch bedeutsame Güter gesetzlichen Ausfuhrbeschränkungen unterworfen, die es ermöglichen, ihren Export zu verbieten. Die gegnerischen Nachrichtendienste versuchen, diese Ausfuhrbeschränkungen zu unterlaufen und Unterlagen oder Musterstücke über rüstungstechnisches Know-how zu beschaffen. Oft handelt es sich auch um eine auftragsgemäße Neu- oder Ersatzteilbeschaffung für Produktionsanlagen, die z. T. nur mittelbare rüstungstechnische Bedeutung haben. Dabei bedienen sie sich sowohl offener Beschaffungsmethoden, indem sie lediglich die gesetzlichen Bestimmungen ausnutzen oder umgehen, als auch nachrichtendienstlicher, d. h. konspirativer Mittel; die Grenzen sind oft fließend.

2. Bei der Beschaffung wertvoller westlicher Technologie zeigen sich die gegnerischen Nachrichtendienste sehr pragmatisch und einfallreich. Folgendes Grundmuster ist bekannt:

2.1 Spitzentechnologie, die den Embargobestimmungen unterliegt, wird z. B. in den USA über Zwischenhändler, die von gegnerischen Nachrichtendiensten gesteuert sind, aufgekauft. Das verpackte Gut wird mit einer falschen Deklaration versehen – z. B. wird aus Computerteilen eine Ladung Büromöbel – und an einen anderen Zwischenhändler, z. B. in die Bundesrepublik Deutschland, geliefert. Von hier gelangt das Embargogut über weitere Zwischenhändler letztlich in ein europäisches Land, das nicht dem COCOM angehört, z. B. in die Schweiz, Österreich oder Schweden. Bei diesen Zwischenhändlern kann es sich auch um Schein- oder Briefkastenfirmen handeln, die von nur einer Person betrieben werden.

2.2. Die sowjetischen Nachrichtendienste nutzen auch den weitgehend kontrollfreien Ausreiseverkehr aus der Bundesrepublik Deutschland für die Transitstrecken nach Berlin (West). So verstaute ein Agent wiederholt den Embargobestimmungen unterliegende Geräte und Unterlagen in seinem Pkw und fuhr damit in Richtung Berlin (West). Ohne Kontrolle passierte er den westdeutschen Grenzübergang und traf sich absprachegemäß in der DDR mit seinem Führungsoffizier auf einem Parkplatz an der Transitstrecke. Dort übergab er die Embargowaren und erhielt die vereinbarte Bezahlung.

Embargogüter, die wegen ihrer Größe oder ihres Gewichts nur auf einem Lkw transportiert werden können, werden – als Umzugsgut deklariert – vom Bundesgebiet in Richtung Berlin (West) gesandt. Dabei macht man sich zunutze, daß Umzugsgut mit dem Zielort, für das ein Zollbegleitschein bei der örtlichen Industrie- und Handelskammer erhältlich ist, am Grenzübergang der Bundesrepublik

Deutschland nicht kontrolliert wird. Das Umladen erfolgt schließlich auf einem Parkplatz an der Transitstrecke.

Ganz offensichtlich sind die sowjetischen Nachrichtendienste bemüht, genügend Transportkapazität für Embargowaren bereitzustellen. So wurden mehrmals Kleinspediteure in unverfänglicher Form über Zeitungsinserate angesprochen und Fahrten nach Berlin (West) in Aussicht gestellt. Bei Vorstellungsgesprächen in Gaststätten wurden die Bewerber zunächst über Auftraggeber, zukünftige Gesprächspartner und Transportgut im unklaren gelassen. Stattdessen wurden sie umfassend zum persönlichen Umfeld und zu den Beweggründen ihrer Bewerbung befragt, um eine private Telefonnummer gebeten und auf später vertröstet. Für die weitere Entwicklung eines solchen Falles in Richtung auf eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit ein Beispiel:

Einer der interessierten Kleinspediteure wurde nach einigen Tagen telefonisch zur Fortsetzung des Gesprächs nach Berlin (West) eingeladen. Dort befragte man ihn umfassend nach der Kapazität seines Speditionsunternehmens und dem möglichen Zeitpunkt einer Auftragsübernahme. Nach Vorlage seines Personalausweises wurde ihm mitgeteilt, daß er gute Aussichten habe, den Auftrag zu erhalten. Einige Wochen danach sagte ihm ein unbekannter Anrufer den Auftrag zu, wenn er zu einem weiteren Gespräch, diesmal nach Berlin (Ost), komme.

In einem Büro wurde ihm eröffnet, daß sich aufgrund einiger Unklarheiten die Übernahme von Transporten verzögere, aber die Möglichkeit bestehe, ihm zu Einnahmen zu verhelfen. Dazu müsse er einem anderen Gesprächspartner vorgestellt werden. Daraufhin fanden weitere Zusammenkünfte mit einem Sowjetrussen in der Sowjetischen Handelsmission in Berlin (Ost) statt. Es stellte sich heraus, daß insbesondere Interesse an der Beschaffung von Informationen über westliche Computer- und Elektroniktechnologie, die Embargobestimmungen unterliegt, bestand. Ferner erkundigte sich der sowjetische Gesprächspartner, ob der Spediteur bereit sei, Ladegut durch die DDR nach Berlin (West) zu transportieren und Teile davon auf der Transitstrecke umzuladen.

VI. Festnahmen und Verurteilungen

1. Überblick

Im Jahre 1983 konnten 31 Personen wegen des Verdachts einer geheimdienstlichen Tätigkeit für einen kommunistischen Nachrichtendienst von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen werden; es ergingen 29 Haftbefehle. Bis auf drei Fälle bestätigte sich im Verlauf der weiteren Ermittlungen der Anfangsverdacht. In sieben Fällen führten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die ersten Ermittlungen. Von den Festgenommenen waren 20 Personen von einem DDR-Nachrichtendienst, fünf von einem sowjetischen, zwei von einem ungarischen und einer von einem polnischen Nachrichtendienst angeworben worden. Unter ihnen befanden sich sechs Bewohner der DDR sowie je ein Sowjetrusse und ein Pole.

Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 26 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit“ (§§ 93–101 a

StGB). 20 Personen waren von einem DDR-Nachrichtendienst, fünf Personen von einem sowjetischen Nachrichtendienst und eine Person von einem ungarischen Nachrichtendienst geführt worden. Unter den Verurteilten befanden sich 22 Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, drei Personen mit Wohnsitz in der DDR oder Berlin (Ost) sowie ein Sowjetrusse.

2. Fall BATASCHEW

Der Fall BATASCHEW ist ein Musterbeispiel für die Arbeitsmethode von ND-Offizieren der sowjetischen „Legalen Residenturen“, insbesondere für ihre Bemühungen, auf nachrichtendienstlichem Wege in den Besitz von Informationen über geschützte westliche Technologie zu gelangen:

Nach Vorermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde am 17. Februar 1983 der Mitarbeiter der Sowjetischen Handelsvertretung (SHV) Genadj BATASCHEW in Köln bei einem nachrichtendienstlichen Treff mit dem Unternehmensberater D. festgenommen. Der 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf verurteilte ihn am 8. Juli 1983 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten; Anfang Dezember 1983 wurde er im Rahmen einer Austauschaktion in die UdSSR abgeschoben.

BATASCHEW gehörte der SHV seit Juni 1981 als Mitarbeiter ohne diplomatischen Status an. Er vertrat dort die staatlichen Außenhandelsvereinigungen TECHNO-PROMIMPORT (u. a. zuständig für die Einfuhr von Ausrüstungen der elektronischen Industrie) und LIZENZINTORG (u. a. zuständig für den An- und Verkauf von Lizenzen und Patenten), beide mit Sitz in Moskau.

Im Oktober 1981 hatte BATASCHEW zu D. Kontakt aufgenommen, als dieser noch Vertriebsleiter einer Firma für Datenübertragungsgeräte war. Nach telefonischer Verabredung eines Gesprächstermins erschien BATASCHEW in den Geschäftsräumen der Firma und bat um Produktinformationen, die er angeblich zur Prüfung durch Fachleute nach Moskau weiterleiten wollte. Obwohl ihm D. erklärte, daß für die Geschäftsabschlüsse mit der UdSSR eine Tochtergesellschaft der Firma zuständig sei, bestand er darauf, mit D. in Verbindung zu bleiben. Bei den in der Folgezeit stattfindenden monatlichen Geschäftsbesprechungen bemerkte D. das Bestreben des Sowjetrussen, den Kontakt zielstrebig zu einer nachrichtendienstlichen Verbindung auszubauen. BATASCHEW tat dies mit der für Angehörige der sowjetischen „Legalen Residenturen“ typischen äußersten Behutsamkeit. Zunächst versuchte er, die Bekanntschaft mit D. mehr auf eine persönliche Basis zu stellen. Er besuchte diesen nicht mehr in dessen Firma, sondern traf sich mit ihm in Restaurants und bedachte ihn gelegentlich mit kleinen Aufmerksamkeiten, wie einer Flasche russischen Cognacs, einer Dose Kaviar oder einem Feuerzeug. Der nächste Schritt bestand darin, die Bekanntschaft Außenstehenden zu verheimlichen und sie der möglichen Beobachtung und Kontrolle durch Sicherheitsbehörden zu entziehen. So untersagte BATASCHEW D., ihn in der Handelsvertretung anzurufen oder ihm zu schreiben. Die nächste Zusammenkunft wurde schon beim jeweils vorhergehenden Treffen verabredet. BATASCHEW drängte auch darauf, sich mit D. nach Möglichkeit in der Umgebung Kölns zu verabreden, um der Notifizierungspflicht (Angehörige der sowjetischen und chinesischen Vertretungen müssen bestimmte Reiseabsichten vorher offiziell anzeigen – „notifizieren“) auszuweichen.

Im gleichen Maße wie BATASCHEW den Kontakt mit D. zunehmend konspirativ gestaltete, ließ er immer deutlicher erkennen, daß es ihm nicht um die anfangs vorgegebenen normalen Geschäfte ging. D. sollte ihm vielmehr bei der Beschaffung von Informationen über geschützte westliche Technologie behilflich sein; dabei betrafen die Wünsche nur zum Teil die von D.'s Beschäftigungsfirma angebotenen Produkte. Im fortgeschrittenen Stadium der nachrichtendienstlichen Verbindung versuchte BATASCHEW dann D. zu veranlassen, seine Beschaffungsmöglichkeiten durch Anwerbung anderer Personen mit geeigneten Zugängen in der Elektronikbranche zu verbessern. Die Geworbenen sollten D. dann nach den Anweisungen BATASCHEWs Informationen beschaffen.

Als D. sich als Unternehmensberater selbständig machte, begrüßte BATASCHEW diesen Schritt wegen der damit verbundenen beruflichen Unabhängigkeit. Er wies aber eindringlich darauf hin, daß Geschäftsabschlüsse mit ihm auf keinen Fall über D.'s Geschäftsbücher laufen dürften.

BATASCHEWs nachrichtendienstliches Interesse galt in erster Linie Dokumenten und Informationen über ein Datenbanksystem, das u. a. auch von den Sicherheitsbehörden wie dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst benutzt wird; es war bereits im Jahre 1980 in den USA Ziel eines Angriffs des KGB. Weiterhin verlangte er Informationen über Geräte für die verschlüsselte Datenübertragung, die ausschließlich bei der Bundeswehr Verwendung finden. Allein für die Beschaffung entsprechender Schaltskizzen und Gerätebeschreibungen sagte er D. eine Vergütung von mehreren Tausend DM zu.

Schließlich war er an Dokumentationen und Forschungsberichten über Computersysteme interessiert. Seine diesbezüglichen Anweisungen zeichneten sich durch detaillierte Angaben über spezielle Hard- und Software-Produkte aus.

D. kam den Aufträgen BATASCHEWs nur in geringem Umfang nach.

BATASCHEW ist der Linie X der „Legalen Residenturen“ des KGB in der Bundesrepublik Deutschland zuzuordnen (vgl. S. 194 f.).

3. Fall M.

Der Fall M. ist ein Beispiel für die Gefährdung von Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und aufgrund familiärer Bindungen Reisen in den kommunistischen Machtbereich unternehmen. Er veranschaulicht die Bedeutung von Sicherheitsüberprüfungen.

Nach Vorermittlungen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) wurden am 28. April 1982 der Oberfeldwebel d. R. und ehemalige Angestellte im Fernmeldedienst der Bundeswehr Horst M. und seine Ehefrau Renate wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für den sowjetischen Nachrichtendienst GRU festgenommen. Am 26. Mai 1983 verurteilte der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts Horst M. wegen Landesverrats in einem besonders schweren Fall und landesverräterischer Ausspähung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten, seine Ehefrau wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu zwei Jahren Freiheitsstrafe.

Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung stellt sich der Fall wie folgt dar:

M. wurde im Oktober 1964 als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr eingezogen, wo er als Zeitsoldat schließlich 12 Jahre blieb. Seinem Wunsch, Berufssoldat zu werden, wurde nicht entsprochen.

Anfang 1966 erhielt M. den Sicherheitsbescheid Stufe I (berechtigt zum Umgang mit Verschlusssachen bis einschließlich der Stufe GEHEIM). Nachdem er im April 1968 an einem Kryptoverwalter-(Verschlüsselungssachen-)Grundlehrgang teilgenommen hatte, wurde er 1973 zum Kryptoverwalter eines Gebirgsflugabwehrbataillons bestellt.

Noch vor Ablauf seiner Dienstzeit bewarb er sich um die Einstellung als Angestellter in den Fernmeldedienst des Verteidigungskreiskommandos 654 in Traunstein. Nach einer Ausbildung im Fernsprech- und Fernschreibdienst erfolgte zum 1. Oktober 1976 seine Einstellung. Zu seiner Tätigkeit als Fernschreiber gehörte u. a. die Bedienung des Fernschreibschlüsselgeräts und der Umgang mit nationalem Schlüsselmaterial. Im Oktober 1981 wurde ihm der Sicherheitsbescheid Stufe II (Zugang zu Verschlusssachen bis einschließlich STRENG GEHEIM – Kryptosicherheit) erteilt; im Dezember 1981 wurde er zum Kryptoverwalter bestellt.

Die Ermittlungen gegen das Ehepaar M. wurden ausgelöst, nachdem sich Frau M. im März 1981 erfolgreich um eine Anstellung als Fernsprech- und Fernschreibangestellte in der Standortfernmeldeanlage Bad Aibling beworben hatte. Ihre Einstellung erfolgte zum 1. April 1981. Im Rahmen ihrer Sicherheitsüberprüfung ergaben sich Verdachtsmomente, die durch weitere Ermittlungen erhärtet wurden. Horst M. legte schließlich ein Teilgeständnis ab.

Ausgangspunkt seiner nachrichtendienstlichen Verstrickung waren Reisen, die er und seine Ehefrau in den Jahren 1975/76 in die DDR bzw. nach Berlin (Ost) zu dem dort wohnhaften Halbbruder seiner Ehefrau Horst K. unternommen hatten. Obwohl Reisen in die DDR der Genehmigung seiner Dienststelle bedurften, hatte er diese verschwiegen. Während eines Aufenthalts in Berlin (Ost) im August 1976 wurde M. von seinem Schwager mit einem Russen namens „Alexei“ bekannt gemacht, bei dem es sich, wie sich später herausstellte, um einen Mitarbeiter der GRU handelte.

Im Frühjahr 1976 erhielt M. einen Anruf seines Schwagers, in dem dieser ihn zu einem neuerlichen Besuch aufforderte. Dementsprechend reiste die Familie M. Mitte April nach Berlin (Ost). Als K. von dem Vorhaben M's hörte, bei seiner in Berlin (West) wohnhaften Schwiegermutter zu übernachten und täglich mit Besuchervisum in den Ostsektor zu kommen, besorgte er ihm und seiner Familie ein Dauervisum. Bei einem Treff mit „Alexei“, der wie auch alle weiteren jeweils im Pkw des Russen stattfand, berichtete M. über Gliederung und Auftrag seiner Einheit und übergab ein Fernmeldeverzeichnis der Kaserne sowie handschriftliche Aufzeichnungen über mehrere Übungen seiner Einheit. Als Entgelt erhielt er 600,- DM, die er mit seinem Decknamen „Ortwin“ quittierte. Er verpflichtete sich schriftlich zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit für den sowjetischen Nachrichtendienst.

Der weitere Verlauf der nachrichtendienstlichen Verbindung ist typisch für die Führung eines Agenten durch die GRU. So erhielt M. die Anweisung, von ihm beschafftes Material zukünftig in Erdverstecken zu deponieren; zu diesem Zweck überreichte ihm „Alexei“ Skizzen über die Lage von drei Verstecken im Raum Traunstein/Rosenheim. Den voraussichtlichen Tag der Beschickung sollte er rechtzeitig über zwei Deckanschriften in Berlin (Ost) (mittels Durchschreibverfahren in Briefen mit unverfänglichem Text) mitteilen. Auch das Entgelt für die Materiallieferungen sollte über Erdverstecke übermittelt werden. Erstmals im Oktober

1978 benutzte M. einen der Toten Briefkästen zur Weiterleitung von Verratsmaterial.

Als M. Anfang Juni 1981 den für Mai ausgegebenen Bereichsschlüssel Süd für das Schlüsselgerät ELCROTEL vernichten sollte, vernichtete er lediglich die Sicherheitsverpackung und deponierte die Schlüsselunterlagen in einem der Erdverstecke.

Bei einer Wohnungsdurchsuchung bei den Eheleuten M. wurden Unterlagen gefunden, die auch Renate M. belasteten. Es stellte sich heraus, daß sich die Ehefrau aktiv in die Verratstätigkeit ihres Mannes eingeschaltet hatte. Sie half ihm bei der Ausführung des nachrichtendienstlichen Auftrages, indem sie sich an der Suche nach geeigneten Örtlichkeiten für Tote Briefkästen beteiligte und ihn bei deren Beschickung begleitete. Während der Beschickung eines Erdverstecks hielt sie sich in der Nähe auf, wobei sie ihren Ehemann „absicherte“. Außerdem fertigte sie in latenter Schrift sämtliche Schreiben an die Deckadressen. Für seine Dienste will Horst M. nach eigenen Angaben insgesamt 1800 DM und 1000 M (Ost) erhalten haben.

4. Fall SCH./W.

Militärische Einrichtungen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte, insbesondere der USA, sind seit vielen Jahren Zielobjekte gegnerischer Ausspähungsaktivitäten. Neben Werbungsmaßnahmen gegenüber Soldaten wird immer wieder versucht, unter den vielen deutschen Zivilbediensteten Agenten zu gewinnen.

Der Fall SCH./W. ist ein Beispiel dafür, daß auch Personen mit untergeordneten Tätigkeiten über Jahre hinweg hochwertige Informationen für gegnerische Nachrichtendienste beschaffen können.

Am 22. März 1983 wurden der Rentner Hans-Joachim SCH. sowie seine Tochter Silvia W. unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen DDR-Nachrichtendienst festgenommen. Am 18. November 1983 verurteilte das OLG Koblenz SCH. zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren, W. zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten.

Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung stellt sich der Fall wie folgt dar:

SCH. war vom März 1971 bis Ende Oktober 1982 als Heizer in einem Depot der US-Army in Bruchmühlbach-Miesau (Rheinland-Pfalz) beschäftigt. Im Sommer 1971 besuchte er zusammen mit seiner Ehefrau seine in der Nähe von Halle wohnhafte Kusine Hanna N. Durch deren Vermittlung wurden sie mit dem MfS-Angehörigen „Werner“ zusammengebracht. „Werner“ besaß nicht nur genaue Kenntnisse über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Eheleute SCH., sondern er wußte auch von der Tätigkeit des SCH. im US-Depot. Er forderte diesen auf, gegen gute Bezahlung an seinem Arbeitsplatz herumliegende militärische Unterlagen zu sammeln und in die DDR zu bringen, sowie über personelle und strukturelle Veränderungen zu berichten. Abschließend überreichte „Werner“ ein „zusätzliches Urlaubsgeld“ in Höhe von 300,- DM; es wurde ein weiterer Treff im Ostberliner Hotel „Stadt Berlin“, an dem auch Hanna N. teilnehmen sollte, vereinbart.

SCH. durchsuchte täglich die ihm zugänglichen Müllcontainer im Depot nach geeignetem Material. Ihm war bekannt, daß alles im Depot nicht mehr benötigte

Schriftgut, ausgenommen Verschlussachen, in den Müllcontainern abgelegt und dann vernichtet wurde. Das gesammelte Schriftgut brachte SCH. in einem Karton auf dem Gepäckträger seines Mofas ohne Kontrolle aus dem Depot.

Im Spätsommer 1971 reiste SCH. mit Ehefrau zu dem schriftlich über seine Kusine vereinbarten Treff nach Berlin. Die Unterlagen aus dem Depot führte er, weisungsgemäß in Geschenkpapier eingewickelt, in Tragetaschen mit sich.

Den Eheleuten SCH. wurden von ihrer Führungsstelle Code-Wörter mitgeteilt, mit denen sie bei drohender Entdeckung gewarnt werden sollten:

ZWEIBRÜCKEN oder GOLD	– alle belastenden Unterlagen vernichten
SILBER	– keine weiteren Unterlagen im Depot sammeln
EISENBERG	– sofort in die DDR kommen
BAUM	– am dritten Tag nach Erhalt dieses Codewortes erfolgt Anruf der Führungsstelle

Von 1971 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Depot im Oktober 1982 verschaffte SCH. dem MfS eine nicht mehr zu rekonstruierende Menge von Hand- und Werkstattbüchern über Munition, Panzer, Hubschrauber und Raketen, andere Vorschriften mit Angaben über Ausbildung, Kampfbereitschaft und Bewaffnung der US-Streitkräfte sowie Personalunterlagen, die er mittels Durchsicherung der Müllbehälter an sich brachte.

Dieses Schriftgut wurde von SCH. oder seiner Ehefrau bis 1978 bei jährlich bis zu acht Treffs ausschließlich in Berlin (Ost) oder Orten in der DDR übergeben. Danach erfolgten mit Rücksicht auf den schlechten Gesundheitszustand der Eheleute Treffs in Abständen von zwei Monaten auch in Mannheim.

Eine Sonderprämie erhielt er für die Lieferung von drei Büchern mit Detailzeichnungen und Schaltplänen des Waffensystems CRUISE MISSILE. Außerdem wurde er 1974 und 1980 mit Verdienstorden ausgezeichnet; Orden und Urkunden wurden ihm jedoch – wie es der Praxis des MfS entspricht – nicht ausgehändigt.

Im November 1981 während eines Treffs in Berlin (Ost) führte SCH. auch seine Tochter Silvia, die mit dem US-Sergeanten Walter W. verheiratet ist, dem MfS zu. Den Auftrag seiner Führungsstelle, auch seinen Schwiegersohn gegen gute Bezahlung nachrichtendienstlich zu verstricken, konnte SCH. nicht realisieren. W. lehnte entsprechende Angebote ab, meldete den Anbahnungsversuch aber nicht den US-Sicherheitsorganen.

Ende 1981 verpflichtete sich Silvia W. zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Sie versuchte weiterhin, ihren Ehemann zu einer ND-Tätigkeit zu bewegen. Außerdem begleitete sie ihren Vater anstelle ihrer 1981 verstorbenen Mutter zu den Treffs in die DDR oder in Mannheim. Sie half nicht nur bei dem Transport und der Übergabe des im Depot gesammelten Materials, sondern lieferte auch Unterlagen, die sie bei ihrem Ehemann gefunden hatte. Für ihre Mitarbeit erhielt Silvia W. insgesamt etwa 6000,- DM.

Als Motiv für sein Handeln führte SCH. ausschließlich materielle Gründe an. Mit den finanziellen Zuwendungen habe er seiner Familie ein besseres Leben ermöglichen wollen. Auch seine Tochter Silvia gab dies als Beweggrund ihres Handelns an.

SCH. verschaffte durch seine Verratstätigkeit dem MfS einen umfassenden und aktuellen Einblick in die Struktur und die Aufgaben des größten und bedeutendsten Munitionsdepots der US-Streitkräfte in Europa.

Angesichts der Bedeutung des Agenten SCH. für das MfS wundert die dürftige

Ausstattung mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln. Möglicherweise haben sein ungünstiges Persönlichkeitsbild und seine nur mäßige Intelligenz die Führungsstelle zu dieser Vorsichtsmaßnahme veranlaßt.

5. Fall M.

Am 1. Februar 1983 wurde der Rentner Alfred M. wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen DDR-Nachrichtendienst festgenommen. Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg verurteilte ihn am 9. November 1983 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren.

Dieser Spionagefall, der nur durch Zufall den Sicherheitsbehörden zur Kenntnis gelangte und dessen volles Ausmaß nicht beweisfähig geklärt werden konnte, stellt sich nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung wie folgt dar:

Im November 1982 übergab die Geschäftsführerin einer Raststätte der Polizei eine lederne Herrentasche, die in der Gaststätte gefunden worden war. Die Tasche enthielt eine fest eingebaute Kamera der Marke ROBOT, Typ Star 25, sowie 1000 DM. Die Ermittlungen ergaben, daß die Kamera im Februar 1976 von dem Düsseldorfer Hersteller in die DDR geliefert worden war. In Verbindung mit der Herrentasche ist die Kamera besonders geeignet für die Herstellung konspirativer Fotos. Die Kamera enthielt einen zum Teil belichteten Schwarz-Weiß-Film; die entwickelten Fotos zeigten in zwei Serien Straßen und Geländeausschnitte. Auf einem der Bilder war zudem das amtliche Kennzeichen eines Pkw zu erkennen, als dessen Halter M. ermittelt werden konnte. Nach Vorlage der Fotos räumte M. ein, nachrichtendienstlich tätig gewesen zu sein. Zweck und Hintergrund seiner nachrichtendienstlichen Aktivitäten konnten jedoch nicht mit letzter Gewißheit geklärt werden. Die näheren Umstände lassen allerdings den Schluß zu, daß es sich um eine Aktion von größerer nachrichtendienstlicher Bedeutung handelte.

Bemerkenswert ist zunächst der politische Werdegang des Agenten M. Im Jahre 1949 trat er als 27jähriger der KPD bei, zugleich wurde er Mitglied der FDJ. In der KPD übernahm er alsbald die Funktion des Sekretärs für Jugendfragen. In der FDJ wurde er zunächst Gruppenleiter der Ortsgruppe Hamburg-Mitte, später Kreissekretär für Kultur und Erziehung; einige Zeit hatte er auch die einflußreiche Position eines Kadersekretärs inne; er organisierte u. a. Delegationsreisen nach Rostock und Wismar. Kurz vor dem Verbot der KPD im Jahre 1956 verlor er nach einem Parteiausschlußverfahren wegen „Abweichertums“ alle Funktionen in der Partei, wurde jedoch nicht ausgeschlossen. Nach dem KPD-Verbot stellte er seine politischen Aktivitäten ein.

Bis in die Gegenwart unterhielt M. verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen in die DDR. Es ist davon auszugehen, daß sich M. spätestens im Oktober 1982 gegenüber einem Geheimdienst der DDR, vermutlich dem MfS, zur geheimdienstlichen Mitarbeit verpflichtete.

Auftragsgemäß mietete er für 14 Tage ein abseits gelegenes kleines Blockhaus in Wessobrunn/Oberbayern als Übernachtungsquartier an. Zusätzlich besorgte er ausreichend Proviant. Weisungsgemäß kaufte er in Hamburg einen gebrauchten Pkw VW-Golf. Danach traf er sich mit zwei aus der DDR entsandten Agenten in Hamburg. Gemeinsam fuhren sie mit dem Pkw nach Wessobrunn; von dort unternahmen sie jeweils zwei Fahrten nach München, wo die Begleiter des M. nachrichtendienstliche Treffs wahrnahmen. Später erkundete M. im fränkischen Raum

Übernachtungsmöglichkeiten für eine später durchzuführende Operation. In Rothenburg o. d. Tauber testete er drei Pensionsbetriebe und fand ein Quartier, das von der Lage her geeignet erschien. Seine beiden Begleiter fuhren zunächst in den Raum Ingolstadt/Freising und dann weiter in den Kreis Bad Kissingen, wo sie mit der eingangs erwähnten Kamera eine Serie von Geländeaufnahmen fertigten, die aneinandergereiht einem Wegweiser gleich die Auffindung bestimmter Positionen ermöglichen.

Das Unternehmen wurde aus Angst vor Entdeckung abgebrochen, nachdem die konspirative Kamera auf der Rückfahrt in der Autobahn-Raststätte vergessen worden war. Die beiden Agenten begaben sich unverzüglich per Eisenbahn in die DDR zurück.

Etwa eine Woche später erhielt M. den vereinbarten Kontrollanruf eines seiner Begleiter. Dabei wurde ein erneuter nachrichtendienstlicher Treff in Aussicht genommen.

Aus vergleichbaren Fällen ist bekannt, daß für derartige Aufgaben nur Agenten eingesetzt werden, die langfristig ihre Loyalität und absolute Zuverlässigkeit bewiesen haben. Daher dürften M.s ehemalige KPD-Mitgliedschaft, seine fortdauernde Sympathie für das kommunistische System und eine langjährige Bekanntschaft mit einem SED-Funktionär eine Rolle gespielt haben.

Interessant ist aber zugleich, daß M. nachrichtendienstlich angeworben wurde, obwohl er KPD-Mitglied war. Im allgemeinen werden aus diesem Personenkreis keine Agenten rekrutiert. Im Fall M. könnte dies bedeuten, daß er für das MfS von besonderem nachrichtendienstlichen Interesse war und das Risiko, wegen seiner früheren KPD-Mitgliedschaft den Verfassungsschutzbehörden bekannt zu sein, in Kauf genommen wurde.

Inwieweit in diesem Zusammenhang seine mehr als zehnjährige Tätigkeit (bis 1981) in einem Spirituosengeschäft in Hamburg, zu dessen Kundenkreis auch Mitarbeiter der im gleichen Hause untergebrachten Landesbehörde für Verfassungsschutz gehörten, von Bedeutung war, blieb ungeklärt.

Sachwortregister

A

ABU NIDAL-Gruppe 174
Aktion Ausländerrückführung (AAR) 112
Aktion Deutsche Einheit e. V. (AKON) 137
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) 137
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) 112, 113, 120, 121, 122, 123, 126, 127, 148, 155
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-Berlin (ADS West-Berlin) 40
Aktive Maßnahmen 190
ALBRECHT, Udo 159
AL FATAH 161, 173
ALTUN 174
AMAUDRUZ, Gaston Armand 150
AMINI, Ali 183
AMPLATZ, Luis 137
Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM) 178
Antiimperialisten (Antiimpis) 107
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 59
Anti-Kabelgruppen 97
ARAFAT 161, 173, 174
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 87
Arbeiterfotografengruppen 72
Arbeiterkampf 86
Arbeiterkonzerte 80
Arbeiterpartei Kurdistan 178
„Arbeitsausschuß“ der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ 59
Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik 86
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler 70
Arbeitskreis Demokratischer Soldaten (ADS) 62

Armenische Geheimarmee für die Befreiung Armeniens (ASALA) 180, 181
Armenische Nationalbewegungen 180
Armenische Revolutionäre Armee (ARA) 181
Armenische Revolutionäre Föderation (ARF) 180
Armenischer Nationalrat 181
Armenischer Weltkongreß 181
Auskunfteien (nachrichtendienstliche Nutzung) 189
AUST, Ernst 84
Autonome 18, 90, 103, 106, 107
Autonomie – Neue Folge (Hamburg) 82
AVRUPA 'da DEV GENC 176

B

BAKHTIAR, Shapur 183
BATASCHEW, Gennadij 209
BEGENBURG, Franz Freiherr von KARG 145
BETHGE, Horst 44
Betrieblich-Alternative Liste (BAL) 73
Blätter für deutsche und internationale Politik 70
BÖRM, Manfred 142
BREHL, Thomas 123, 127, 148
BREUCH, Rolf 45
Brigaden zur Befreiung des türkischen Volkes 176
Brücken-Verlag 70
Bürgerinitiative Ausländerstopp 133
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI) 128
Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) 48
Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF) 94
Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. 143
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) 143
Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI) 83

Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 87
Bund Westdeutscher Kommunisten
(BWK) 86, 92
BUSCHMANN, Martha 101
BUSSE, Friedhelm 159

C

„CARLOS“ 108
CHANDRA, Romesh 101
Christen für die Abrüstung (CfA) 44, 102
Christliche Friedenskonferenz (CFK) 102
CHRISTOPHERSEN, Thies 121, 128, 148,
150
CIMEA 101
Circula Espanol de Amigos de Ruopa
(CEDADE) 150
CLESS, Olaf 72
Comité Objectiv entraide et solidarit e avec
les victimes des la Repression Antinatio-
naliste (COBRA) 127
Committee to Free Patriots and Anticomm-
unist Political Prisoners (COFPAC) 128
Conföderation Iranischer Studenten 182
cuba libre 59

D

Damnitz-Verlag im Verlag Plambeck 72
DASHNAK-Partei 180
Das Korps 123, 127
Das Kroatische Buch 184
Demokratische Fraueninitiative (DFI) 46
Demokratische Front (DF) 180
Demokratische Front für die Befreiung
Palästinas (DFLP) 173
Demokratischer Frauenbund Berlin
(DFB) 40
Der Schulungsbrief (DIETZ) 151
Der Weg nach vorn 120
Detekteien (nachrichtendienstliche
Nutzung) 189
DEUMLICH, Gerd 73
Deutsche Aktionsgruppen (DA) 159
Deutsche Arbeiterjugend (DAJ) 130

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) 130
Deutsche Friedensgesellschaft - Verei-
nigte Kriegsdienstgegner e. V. (DFG-
VK) 45
DFG-VK-intim 46
Deutsche Friedens-Union (DFU) 44
Deutsche Kommunistische Partei
(DKP) 17, 33, 34, 35, 36, 48, 51, 52, 58,
68, 177
Deutsche Kulturgemeinschaft
(DKG) 143
Deutsche Monatshefte (DM) 145
Deutsche Nationale – Volksfront 152
Deutsche National-Zeitung (DNZ) 113,
121, 137, 139, 141
Deutsche Stimme (DSt) 119, 121, 133,
135
Deutsche Volksunion (DVU) 113, 137
Deutsche Volkszeitung/die tat (DVZ/die
Tat) 51
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 144
Deutsche Zukunft 133
Deutscher Anzeiger (DA) 137, 139, 141
Deutscher Rechtsschutzzkreis e. V./Deut-
sche Rechtsschutzkasse (DRsK) 144
Deutsches Kulturwerk Europäischen Gei-
stes (DKEG) 143
DEVIRIMCI YOL (Revolutionärer Weg)
(DEV YOL) 176
DEVIRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)
(DEV SOL) (DS) 161, 174, 175, 177
Die Bauernschaft 120, 121
Die Deutsche Freiheitsbewegung
(DDF) 120, 144
DIETZ, George P. 151
Die Wahrheit 40
Direkte Aktion 89
DJUREKOVIC, Stjepan 184
DKP-Hochschulgruppen 68
DKP-Landrevue 37
DKP-Pressedienst 37
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
(DSZ-Verlag) 139
Durchblick 61
DUTZI, Gisela 106

E

- effektiv 58
Ehrenbund Rudel 137
Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur 72
elan – Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen 41
elan – Das JUGENDMAGAZIN 41
ELECTRONUM (Bukarest) 196
ENGEL, Stefan 83
ERLEBACH, Kurt 43
ETA 122
Europäische Freiheitsbewegung 130
Europäische Neu-Ordnung (ENO) 150
express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 89

F

- Faiseaux Nationalistes Européens (F.N.E.) 146
Fanal-Anarchistische Studentenzeitung 89
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) 175, 176
Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF) 168
Föderation der islamischen Zentren Deutschland e. V. 179
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) 179
Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF) 175
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 90, 95
Franz-Mehring-Schule der SED 36
Freie Arbeiter-Union (FAU) 89
Freie Arbeiter-Union/Studenten (FAUST) 89
Freie Deutsche Jugend (FDJ) 78
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 78

- Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH (FZ-Verlag) 139
FREY, Dr. Gerhard 113, 119, 121, 137
Freundeskreis Deutsche Politik 123
Freundeskreis Grenada-BRD 59
Freundeskreis Ulrich von HUTTEN 143
Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK) 144
Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba e. V. 59
Friedensrat der DDR 43
frontal 52

G

- GÄBLER, Bernd 42
GAUTIER, Hermann 35
Gemeinschaft Volkstreuer Jugend (GVJ) 143
Gerechtigkeitskommando des Armenischen Völkermordes (JCAG) 181
GERNS/STEIGERWALD, Antimonopolistischer Kampf heute 33
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft West-Berlin (DSFW) 40
Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam e. V. 48
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 143
Gewaltfreie Aktionsgruppen 82, 89
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie 95
Grabert-Verlag 145
Graswurzelbewegung 90
Graswurzelrevolution 90
GRIMM, Dr. Holle 143
GROLITSCH, Lisbeth 143
GRU (militärischer Nachrichtendienst der UdSSR) 194, 202, 205, 206, 211
Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 87
Gruppe Orly 181
Gruppe Z 86

Guerilla-Organisation der Volksfedayin
Irans 182

H

HÄBER, Herbert 76
HALK DER (Volksvereine) 175
HALKIN KURTULUSU (HK) 175
Hamburger Utsichten 37
HAY BAYKAR 181
HEPP, Odfried 156, 158
Hilfsorganisation für nationale politische
Gefangene und deren Angehörige e. V.
(HNG) 127, 146, 148, 150
HITZER, Friedrich 72
HOCHEDER und Co., KG 145
Hochschule des Leninschen Komsomol 36
HOFFMANN, Karl-Heinz 158
HOGGAN, David L. 145
HOGGAN-Stiftung 145

I

Illegaler Technologietransfer 207
Info-Blitz 134, 135
infodienst – Informationsdienst für DKP-
Betriebszeitungen, Wohngebiets- und
Hochschulzeitungen 37
Info für eine sozialrevolutionäre Bewe-
gung (Bremen) 82
Information der HNG 127
Informationsdienst für Soldaten 41
Initiative Christen für die Abrüstung 44
Initiative „Frauen in die Bundeswehr? –
Wir sagen Nein!“ 46
Initiative Freie Arbeiter-Union (I.FAU) 89
Initiative für Ausländerbegrenzung
(I.f.A.) 137
Initiativen gegen Bombentransporte 95
Initiative „Soldaten gegen Atomrake-
ten“ 62
Initiative „Weg mit den Berufsverbo-
ten“ 44
Innere Front (IF) 120, 123, 127
Institut für Gesellschaftswissenschaften
beim ZK der KPdSU 36

Institut für Internationale Politik und Wirt-
schaft (IPW) 78

Institut für Marxistische Studien und For-
schungen e. V. (IMSF) 69

Internationale Demokratische Frauenföde-
ration (IDFF) 102

Internationale Föderation der Wider-
standskämpfer (FIR) 102

Internationale Kommunistische Strömung
(IKS) 88

Internationale Sozialistische Arbeiterunion
(ISA) 87

Internationale Vereinigung Demokrati-
scher Juristen (IVDJ) 102

INTERNATIONAL-Informations- und Bil-
dungszentrum e. V. 80

IRA 122

Iranische Befreiungsfront (FLI) 183

Iran-va Jahan 183

IRVING, David 139

Islamische Union Europa e. V. 179

Islamische Welt-Jugend-Organisation
(DIGT) 179

Islamisches Zentrum Köln e. V. (IZ) 179

J

JANSEN, Mechtild 45, 48

Jugendbildungsstätte Burg Wahr-
berg 41, 65

Jugendpolitische Blätter 41

Junge Nationaldemokraten (JN) 112,
123, 134, 141

JUNG, Heinz 69

Junge Pioniere-Sozialistische Kinder-
organisation (JP) 42

JUST, Günter 137

K

Karl-Liebknecht-Schule 36

KESSLER, Gisela 52

KEXEL, Walther 156

KFAZ-„Büro“ 45

KHOMEINI 179, 182

KLAR, Christian 110

Klartext 134, 135

Klosterhaus-Verlag 143
KOCH, Horst-Dieter 84
KOCH, Wolfgang 158
Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR 44
Komitee des Präsidiums des sowjetischen Ministerrates für Angelegenheiten der Rüstungsindustrie (VPK) 202
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 45
Komitee für Staatssicherheit (KGB) 191, 202, 204, 210
Komitees und Initiativen gegen Bombentransporte 95
KOMMUNE-Forum für Politik und Ökonomie 89
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 87
Kommunistische Hochschulgruppen 86
Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) 84
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 33, 53
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 84
Kommunistischer Bund (KB) 86
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 88
Kommunistischer Hochschulbund (KHB) 87
Kommunistische Studenten (KS) 84
Kommunistische Studentengruppen (KSG) 83
KONJETZKY, Klaus 72
KRALJEVIC, Luka 184
Krefelder Initiative 44, 56
KRENZ, Egon 78
Kroatische Revolutionäre Bewegung (HRP) 184
Kroatischer Nationalrat (HNV) 183
Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP) 183
KROOSS, Achim 42
KÜHNEN, Michael 121, 123, 134, 148
kürbiskern-Literatur, Kritik, Klassenkampf 72

Kuhle Wampe 65
KURZ, Ingrid 59

L

LAUCK, Gary Rex 128, 150
Legale Residenturen
– Polen 195
– Rumänien 195
– UdSSR 194
LEMANN, Hermann 134
Leninisten der Kommunistischen Partei Türkei (TKP-L) 177
Leninscher Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) 36
Liberty Bell Publication 151
links-Sozialistische Zeitung 89
LIZENZINTORG 209
LÖSER, Else 145

M

MAISON de FRANCE 181
Manifest 1983 121
MANNHARDT, Klaus 45
marburger echo 37
MARX, Arnd-Heinz 123
Marx-Engels-Stiftung e. V. 69
Marx-Engels-Zentrum 69
Marxistische Abendschulen (MASCH) 70
Marxistische Arbeiterbildung-Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 70
Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ) 88, 99
Marxistische Betriebsarbeiterschulen 61
Marxistische Blätter 70
Marxistische Gruppe (MG) 88, 100
Marxistische Hochschulzeitung 88
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) 42, 68
MSB-Info 42
Marxistische Schulzeitung 88
Marxistische Studentenzeitung (MSZ) 88

Marxistische Zeitung (MZ) – gegen die Kosten der Freiheit 88
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD) 83, 99
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI) 83
Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV) 83
MASKE, Achim 45
MATTHIESSEN, Gunnar 45
Mauerspringer 135
MAYER, Erich 70
Mensch und Maß 145
Messemagazin International (MMI) 72
MIES, Herbert 35, 54, 69
Militante autonome Gruppen 82, 94, 95
Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 188, 190, 191, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 212
Moderne Zeiten 86
MOHN, Willi 36
MOHNHAUPT, Brigitte 110
Moslemische Studentenvereinigungen Sympathisanten der Organisation der Volksmojahedin Iran (MSV) 182, 183
MUBARAK 173
MÜLLER, Curt 126, 127
MUSSGUG, Martin 133
MUT 145

N

Nachrichten-Austausch-Dienst 148
Nachrichtenhefte 86
NACHRICHTEN-Verlags GmbH, Frankfurt/M. 70
NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 53
NAHRATH, Wolfgang 142
Nationaldemokratische Partei 112, 113, 120, 131
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 134, 141
Nationale Front (NF) 150
Nationale Front – Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten (NF-BSN) 128

Nationale Heilspartei (MSP) 179
Nationale Widerstandsbewegung Iran (NWI) 183
Nationalrevolutionäre Arbeiterfront (NRAF) 120, 128
National Socialist Party of America (NSPA) 150
National Union Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran 182
Nation Europa (NE) 144
Neues Deutschland 43
Neues München 37
NEUMANN, Oskar 72
Notre Europe 146
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 128, 150, 154
NS-Initiativgruppe Frankfurt/M. 123
NS-Kampftruf 120, 128, 151

O

OCHENSBERGER, Walter 148
Operative Reiskader 187
Österreichischer Beobachter – Kampfblatt der NSDAP in Österreich 148
Organisation der Volksmojahedin Iran (PMOI) 183
Organisationen Nationaler Standpunkt 179
Organisation Iranischer Studenten – Sympathisanten der Volksfedayin des Iran 182

P

PAECH, Norman 48
Pahl-Rugenstein-Verlag 70
Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 173
Palästinensischer Nationalrat 181
Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PSV) 173
Pionierorganisation Karl LIEBKNECHT 40
PLAMBECK & Co. 70
Politische Berichte 86

POLONIA-Verbände 195
Posadistische Kommunistische Partei 88
PPA-Tagesdienst 37
praxis-Erfahrungen aus dem Leben der
Arbeit der Partei 37
Partei der Arbeit Albanien (PAA) 84
Partizan (P) 175
Partizan Bolsevik (PB) 175
pionier 42
Pionierleiter-Info 42
Politische Berichte 30
Progress-Presse-Agentur (PPA) 37
PPA-Tagesdienst 30
PUTZ (Bochum) 82

R

radikal (Berlin) 82
RAMIREZ-SANCHEZ, Illich
(„CARLOS“) 108
RAUSCH, Günter Maria 106
Rebell 83
Regenbogen (Dortmund) 82
REMER, Otto-Ernst 120
Repro + Druck GmbH 83
Resultate 88
Revolutionäre Gewerkschafts-Op-
position (RGO) 84, 99
Revolutionäre Jugend in Europa
(AVRUPA) 176
Revolutionäre Kommunistische Partei der
Türkei (TDKP) 175
Revolutionäre Zellen (RZ) 18, 82, 103,
104, 106
Revolutionärer Jugendverband Deutsch-
lands (RJVD) 83
Revolutionär Sozialistische Jugend-
organisation (RSJ) 87
RGO-Nachrichten 84
RICHTHOFEN, Freiherr Dr. Bolko
von 137
RÖDER, Manfred 130, 142
Röderberg-Verlag 70
RÖHM, Ernst 122

Rote Armee Fraktion (RAF) 18, 103, 105,
107, 110
RAF-Umfeld/-Anhänger 18, 103, 106,
107
rote blätter 42
Rote Fahne 83
Rote Maulwürfe 87
Rote Schülerfront (RSF) 87
Rote Zora 103, 104
Roter Morgen 84
Roter Pfeil 83
Roter Rebell 84
ROTHE, Wolf Dieter 145
ROHWER, Uwe 142
RUDEL, Hans Ulrich 137
Rührt Euch – Zeitung für Soldaten 41

S

Samisdat Publishers Ltd. 151
SARTAWI 174
SCHLEIER, Irmgard 56
SCHLEIFSTEIN, Josef 69
SCHMIERER, Gerhart 88
SCHMITT, Horst 40
SCHNEIDER, Hans 70
SCHÜTZ, Waldemar 144
SCHÜTZINGER, Jürgen 131
SCHULZ, Adelheid 110
SEW-Hochschulgruppen 40
Sieg-Aktuell-Jugend-Presse-Dienst 148
Skrewdriver 150
Sowjetisches Friedenskomitee 46
Sowjetische Militärmission (SMM) 194
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) 88
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(SDAJ) 41, 62
SDAJ-Presseinfo 62
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
(SED) 17, 33
Sozialistische Einheitspartei Westberlins
(SEW) 40

Sozialistischer Hochschulbund (SHB) 52, 68
Sozialistischer Jugendbund (SJB) 87
Sozialistischer Jugendverband Karl LIEBKNECHT (SJV Karl LIEBKNECHT) 40
Sowjetisches Friedenskomitee 46
Staatskomitee für außerwirtschaftliche Beziehungen (GKES) 202
Staatskomitee für Wissenschaft + Technik (GKNT) 202, 206
STEIGERWALD, Robert 69
Stimmen der hessischen Nationaldemokraten 135
STRASSER, Gregor 122
STUART, Ian 150
STÜRMANN, Werner 41
STÜTZ, Hannes 72
SUDHOLT, Dr. Gert 143, 145
Sympathisanten des Armenischen Befreiungskampfes (S. A. B. K.) 180

T

TECHNOPROMIMPORT 209
tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst 72
TIEDEMANN, Gabriele 108
TILLMANN, Ulrich 156
Todesschwadron Gau Weser Ems 152
TÖPFER, Gerhard 128, 146
Treffpunkt Gruppenleiter Aktuell 41
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) 87
TUDEH-Partei 182
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 175
Türmer-Verlag 145

U

Unabhängige Nachrichten (UN) 145
UNIDOC Film Verleih 72
Union der Islamischen Studentenverein in Europa (U. I. S. A.) 182
Unsere Zeit (UZ) (DKP-Zentralorgan) 37, 70

UZ-Extra 51, 52, 57, 59, 61, 62
Unternehmensberater (nachrichtendienstliches Interesse) 198
Ustascha 184

V

Vereinigte Arbeiterliste (VAL) 83
Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS) 68
Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) 48
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 43, 58
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten (VVN Westberlin – VdA) 40
Verein türkischer Idealisten in Hannover und Umgebung e. V. 180
Verlag Hohe Warte 145
Verlag Marxistische Blätter 70
Verlag „pläne“ GmbH 72
Vlaamse Militanten Orde (VMO) 146, 148
Volksbefreiungsbrigade der Türkei 176
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) 137
Volksecho 84
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 173
Volksfront gegen Realition, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 84
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA) 128, 148

W

was tun 87
WEBER, Josef 56
Wehrsportgruppe Fulda 123
Wehrsportgruppe HOFFMANN 158
Wehrsportgruppe Totila 130
Wehrsportgruppe Wolfspack Sturm 12, 130
Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) 101

Weltfriedensrat (WFR) 45
Weltkreisverlag 70
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt 72
widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 89
Wikinger 142
Wiking-Jugend 123, 142
Wilhelm Pieck – Jugendhochschule der FDJ 36
Willibald 42
Wir Frauen (DFI-Organ) 46

WITT, Gregor 45
WORCH, Christian 127
World Youth 41
WROSCH, Michael 148

Z

ZAGAJSKI, Djuro 184
ZINGERL, Guido 72
ZÜNDEL, Ernst 151
Zwischenruf Links 84

